Montag, 17. März 1986 - D * * *

Axel Springer Verlag AG, Postf. 10 08 64, 4300 Essen 1, Tel. 0 20 54 / 10 11
Wichtige Telefon-Nummern der WELT: Zentralredaktion Bonn (02 28) 304-1 / Anzeigenannahme Kettwig (0 20 54) 10 15 24 / Vertriebsabteilung Hamburg (040) 347-1 – Pflichtblatt an allen deutschen Wertpapierbörsen

DIE WELT

UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Nr. 64 - 12. W.- Preis 1,20 DM - 1 H 7109 A

Belgien 38,00 bfr, Dänemark 8,75 dkr, Frankreich 7,00 F, Griechenland 140 Dr. Großbritannien 65 p, Italien 1500 L, Jugoslawien 275,00 Din, Luxemburg 28,00 lfr, Niederlande 2,20 hfl, Norwegen 7,50 nkr, Österreich 14 öS, Portugal 115 Esc. Schweden 6,50 skr, Schweiz 2,00 sfr, Spanien 170 Pts, Kanarische Inseln 185 Pts.

POLITIK

Hungerstreik: Aus Protest gegen das Vorgehen der Behörden gegen Mitglieder einer Friedensgruppe, die den Militärdienst verweigern und deshalb zu Haftstrafen verurteilt wurden, sind in einer Kirche nahe Warschau sechs Frauen in einen einwöchigen Hungerstreik getreten.



Beziehungen: Die privaten Verbindungen zwischen Deutschen und Amerikanern haben nach den Worten von US-Botschafter Burt (Foto) ein „verblüffendes Ausmaß" erreicht. Jährlich würden fast 100 Millionen Briefe geschrieben und 35 Millionen Telefonate über den Atlantik geführt.

Berlin: Bauskandal und Spendenaffäre haben das Vertrauen der Berliner in den Regierenden Bürgermeister Diepgen offenbar kaum erschüttert. Das zeigt eine neuen Umfrage. (S. 5)

Aussichten: Peking und Moskau sehen trotz grundsätzlicher Differenzen „große Möglichkeiten und gute Aussichten" für eine intensivere Zusammenarbeit. So sind „konkrete Vorschläge" für eine Ausweitung des Handels zum Auftakt des Besuchs des Ersten stellvertretenden sowjetischen Ministerpräsidenten Archipow in China erörtert worden.

Korruption: In der CSSR ist eine neue Kampagne gegen Korruption gestartet worden. Die Regierung in Prag, alarmiert von der hohen Zahl aufgedeckter Bestechungsfälle, folgt mit ihrem Vorgehen offenbar dem Beispiel der sowjetischen Behörden.

Afghanistan: Den Abbruch der diplomatischen Beziehungen zu Kabul hat der SPD-Bundestagsabgeordnete Neumann gefordert. Er begründet dies mit den Menschenrechts- und Völkerrechtsverletzungen der UdSSR. (S. 12)

Leistung: Die Junge Generation darf sich nach den Worten von Ministerpräsident Späth (CDU) der Leistungsgesellschaft nicht verschließen. Anders könnten die sozialen Probleme nicht gelöst werden. (S. 4)

Paraguay: Präsident Stroessner ist nach den Angaben von Außenminister Saldivar von der Bundesregierung in die Bundesrepublik eingeladen worden.

HEUTE IN DER WELT

Schriftstellerverband ohne Zukunft?

Martin Walser sprach von einer „fraktionierten Lächerlichkeit", mit der sich der Verband Deutscher Schriftsteller darstelle. Die VS-Tagung in Berlin läßt Zweifel aufkommen, ob der Verband noch eine Zukunft hat. Seiten 2 und 3

Die Klage der Grünen

Heute verhandelt das Bundesverfassungsgericht über die Klage der Grünen gegen das Gesetz zur Parteienfinanzierung. Die SPD hat sich aus dem 1983 gefundenen Kompromiß der Parteien längst verabschiedet. Seite 5

WIRTSCHAFT

US-Aktienmärkte: Bei ungewöhnlich hohen Umsätzen erzielte der populäre Dow-Jones-Industrie-Index sein bisher bestes Fünf-Tage-Ergebnis. Er stieg um 92,91 auf 1792,74 Punkte. Einen solchen Sprung hatten die „Blue Chips" zuletzt im August 1984 geschafft. (S. 13)

Welttextilabkommen: Nur vorsichtig will die EG ihren Markt für Textilimporte weiter öffnen. Ziel der Gemeinschaft ist zwar die völlige Rückkehr zu den Regeln des Gatt, doch soll der Importschutz nur nach und nach abgeschafft werden. (S. 15)

Opec: Vor dem Hintergrund des Preisverfalls auf dem internationalen Ölmarkt tagen die Ölminister der 13 Opec-Staaten; doch zeichnet sich bislang keine Strategie zur Stabilisierung des Marktes ab. Ein Abrutschen des Ölpreises unter zehn Dollar pro Barrel wird nicht ausgeschlossen. Großbritannien und Norwegen werden dafür verantwortlich gemacht. (S. 13)

KULTUR

Kroetz: Sein jüngstes Stück mit dem bajuwarischen Titel „Der Nusser" beginnt bei der Uraufführung im Münchner Residenztheater mit schmerzendem Lärm und einem Schrei – doch bald verpufft der Schmerz in leere Theatralik. Verblüffend zugleich: Der Regisseur Kroetz traut dem Autor Kroetz offensichtlich kaum. (S. 23)

Pariser Oper: Der 40 Jahre alte Regisseur Jean-Louis Martinoty ist zum neuen Chef der Pariser Oper bestellt worden. Der Altphilologe ist auch in Deutschland als eine der treibenden Kräfte der Händel-Feste in Karlsruhe bekannt. WELT-Interview mit dem Intendanten: „Mich interessiert die Melodie". (S. 23)

SPORT

Basketball: Mit dem 131. Bundesliga-Sieg (83:74 über SG München) hintereinander wurde Agon 08 Düsseldorf zum siebten Mal in Folge und zum achten Mal überhaupt deutscher Damen-Meister. Am Donnerstag spielen sie in Mailand gegen den AS Vicenza um den Europa-Cup (S. 11)

Radsport: Gewinner des ersten klassischen Radrennens der neuen Saison von Mailand nach San Remo (298 km) wurde der irische Weltcup-Gewinner Sean Kelly vor dem amerikanischen Exweltmeister Lemond und dem Italiener Becchia. (S. 11)

Ski: Weltcup-Sieger in der Nordischen Kombination wurde bereits vor dem Ende der Saison der Berchtesgadener Hermann Weinbuch (Foto). In Oslo wurde er hinter dem Norweger Boegseth Zweiter. Das reichte zum Erfolg. (S. 10)



AUS ALLER WELT

Everest: Eine für den kommenden Herbst geplante Expedition soll klären, ob es stimmt, daß der 8848 Meter hohe Mount Everest bereits 1924 von zwei britischen Bergsteigern bezwungen wurde – 29 Jahre vor Sir Edmund P. Hillary. Die beiden Briten sollen eine Kamera zurückgelassen haben, die nun gesucht wird. (S. 24)

Rockpalast: In ein Meer von Wunderkerzen verwandelte sich die Gruga-Halle in Essen – 8000 Zuschauer nahmen Abschied vom „Rockpalast"-Festival, das, 1977 begründet, zu einer Institution geworden war. Dieses Mammut-Unternehmen – über halb Europa ausgestrahlt – hatte stets riesigen Beifall gefunden. (S. 24)

Bonn erwartet Honecker noch vor dem Kreml-Chef

Kohl rechnet mit einem der erfolgreichsten Jahre im Verhältnis zur „DDR"

BERNT CONRAD, Bonn

In Bonn verstärkte sich gestern der Eindruck, daß der „DDR"-Staatsratsvorsitzende Erich Honecker auf jeden Fall vor einer möglichen Visite des KPdSU-Chefs Michail Gorbatschow in die Bundesrepublik Deutschland kommt. Nach zwei sehr freundlich verlaufenen Gesprächen zwischen Bundeskanzler Kohl und Honecker in Stockholm wird offenbar fest damit gerechnet, daß der SED-Generalsekretär – trotz anderslautender Hinweise in den vergangenen Tagen – doch noch in diesem Jahr Bonn besuchen wird. Ein Termin scheint allerdings noch nicht vereinbart zu sein.

Regierungssprecher Friedhelm Ost wollte auch eine Meldung des „Spiegel", vor Honecker werde zuerst der sowjetische Parteichef Gorbatschow nach Bonn kommen, nicht bestätigen. „Davon ist uns überhaupt nichts bekannt", erklärte Ost zu diesen Spekulationen. Tatsächlich wird in Regierungskreisen mit der umgekehrten Reihenfolge gerechnet.

Zu dem Verhältnis mit der „DDR" zitierte Ost gestern gegenüber der WELT den Kanzler mit der Einschätzung: „Im Blick auf die deutsch-deutschen Beziehungen können wir diesem Jahr beruhigt entgegensehen".

Der „Bild"-Zeitung hatte Kohl nach dem Zusammentreffen in Stockholm gesagt: „Es bestehen gute Chancen, daß das Jahr 1986 eines der erfolgreichsten in den Beziehungen zwischen beiden deutschen Staaten wird. Mein Hauptziel ist, daß während der Durststrecke der deutschen Geschichte, solange die Teilung andauert, das menschliche Miteinander nicht abstirbt und möglichst viele Menschen – vor allem junge Leute – in Deutschland zueinander reisen können. Wer einmal in Eisenach auf der Wartburg war oder in Weimar, in Ost-Berlin, in Leipzig, die Semper-Oper und den Zwinger von Dresden gesehen hat, der weiß erst aus eigener Erfahrung: Das alles ist Deutschland, unser gemeinsames Vaterland. Ich bin sicher, daß die Zahl der Reisen aus der DDR weiter ansteigt."

Kohl und Honecker waren in der schwedischen Hauptstadt schon vor der Trauerfeier für den ermordeten Ministerpräsidenten Palme eine halbe Stunde lang zusammengetroffen. Sie saßen dann beim Trauerakt nebeneinander und plauderten anschließend noch einmmal 15 Minuten bei einem Empfang des schwedischen Außenministeriums.

Themen des ersten Gespräches waren – parallel zu dem Treffen Kohls mit Volkskammerpräsident Horst Sindermann vor dreieinhalb Wochen – verschiedene Aspekte der innerdeutschen Beziehungen, darunter auch der Wunsch des Kanzlers nach verbesserten Reisemöglichkeiten. Dabei hat sich nach Bonner Angaben der schon durch das Sindermann-Gespräch entstandene positive Eindruck noch verstärkt.

Honecker berichtete dem Kanzler auch, viele junge Leute in der Bundesrepublik interessierten sich nach seinem Eindruck für die Entwicklung in der „DDR". Ihn hätten zum Beispiel Abiturienten aus einer Stadt am Rhein eingeladen, auf ihrer Abiturfeier eine Rede zu halten. Darauf Kohl: „Vielleicht kann man das mit dem Besuch in Bonn verbinden."

DER KOMMENTAR

Eine Duftmarke

GÜNTHER BADING

Kurt Biedenkopf hat Bedenken gegen einen wichtigen Teil der Novellierung des Neutralitäts-Paragraphen 116 angemeldet. Das ist legitim. Und es ist auch nicht unschicklich, wenn er in seinem Schreiben an den Bundesarbeitsminister versucht, seinen eigenen in den Beratungen der Koalition unterlegenen Vorschlag einer Schiedsstelle wieder ins Gespräch zu bringen. Einer Frage würdig allerdings ist die Wahl von Mittel und Zeitpunkt. Wer immer das Schreiben öffentlich gemacht hat – Biedenkopf mußte wissen, daß solche Kritik in Bonn nicht geheim bleibt. Neben der brüchigen Argumenten ist die Wahl des Zeitpunktes bedenklich. Denn die Koalition hat in einem langen, aufreibenden Prozeß unter nervenzermürbendem Beschuß von Sozialdemokraten und Grünen im Bundestag und im DGB entschieden. Und sie steht zu dieser Entscheidung, ob es nun die FDP ist oder die Union, vom Wirtschaftsrat bis zu den Sozialausschüssen. Nur der Chef des neuen, mit Hinweis auf die hohe Delegiertenzahl bei Bundesparteitagen der CDU stets mit dem Zusatz „mächtigen" versehenen Landesverbandes Nordrhein-Westfalen, will den Kompromiß nicht tragen. Motivforschung bietet sich an. Ist es die verletzte Eitelkeit des wiedererstarkten Politikers, der gerne selbst als großartiger Friedensstifter zwischen Gewerkschaften und Koalitionären aufgetreten wäre? Oder ist es der Versuch des neuen Landeschefs der CDU in Düsseldorf, im neuen, größeren Haus gleich von Anfang an deutlich zu machen, wer das Sagen hat? Schließlich liegt Norbert Blüms Wahlkreis Dortmund im Biedenkopf-Land.

Was immer den Professor getrieben haben mag – Theo Waigel und Wolfgang Vogt haben recht, ihn daran zu erinnern, daß der einzelne ohne Solidarität in der Politik ein Nichts ist. Auch Kurt Biedenkopfs neue Hausmacht stützt sich nur auf eines: die Geschlossenheit seiner Landespartei.

In der Union Unmut über Biedenkopf

Beim Paragraphen 116 verlangt CSU-Landesgruppenchef Waigel Solidarität für Blüm

GÜNTHER BADING, Bonn

Der Vorsitzende des CDU-Landesverbandes Nordrhein-Westfalen, Kurt Biedenkopf, hat mit seiner Distanzierung vom Koalitionsentwurf des neuen Paragraphen 116 im Arbeitsförderungsgesetz (AFG) in den Reihen der eigenen Partei herbe Kritik geerntet. Biedenkopf hatte sich in einem Brief an Bundesarbeitsminister Norbert Blüm dagegen ausgesprochen, dem Präsidenten der Bundesanstalt für Arbeit bei der Entscheidung über Zahlung oder Verweigerung von Kurzarbeitergeld im Arbeitskampf in dem zu schaffenden Neutralitäts-Ausschuß die entscheidende Stimme zu geben. Da der Präsident von der Regierung „abhängig" sei, könne die Regierung selbst den Streikverlauf beeinflussen.

In der Sache wurde Biedenkopf gestern aus der gesamten Partei widersprochen, von den Sozialausschüssen bis zum Wirtschaftsrat der Union, der – trotz grundsätzlicher Bedenken – die Besetzung des Neutralitätsausschusses nach Blüms Vorstellungen guthieß. Blüm selber erklärte gegenüber der WELT, Anlaß für Biedenkopfs Kritik sei wohl ein Mißverständnis. „Der Präsident der Bundesanstalt ist nicht weisungsgebunden. Ich habe nur die Rechtsaufsicht. Würde ich versuchen, ihm Weisungen zu erteilen, so würde ich das Recht brechen." Im übrigen müsse der Präsident wohl mitreden dürfen, wenn es um den Einsatz von Geldern seines Hauses gehe.

SEITEN 12 UND 13:
Weitere Beiträge

Der Parlamentarische Staatssekretär im Arbeitsministerium, Wolfgang Vogt, der aus Biedenkopfs Landesverband kommt, nannte die Behauptung von der Streikbeeinflussung durch die Bundesregierung „absurd". Im übrigen habe es nichts mit Kollegialität und Solidarität gemein, wenn Biedenkopf seine Kritik genau dann öffentlich mache, wenn die CDU-Sozialausschüsse über ihre Haltung zur Neufassung des Paragraphen 116 AFG – zugunsten von Blüm – entschieden hätten. „So darf das Gewicht des Vorsitzenden der CDU in Nordrhein-Westfalen nicht noch einmal in die Bundespolitik eingebracht werden." Der Vorstand der Sozialausschüsse hatte am Samstag den Koalitionskompromiß mit 23 gegen zehn Stimmen gebilligt.

Der CSU-Landesgruppenvorsitzende Theo Waigel nannte gegenüber der WELT die Kritik Biedenkopfs „weder der Sache, noch der Form nach hilfreich". Im Gegensatz zu der von Biedenkopf ursprünglich verlangten Schiedsstelle sei es Aufgabe des jetzt vereinbarten Neutralitäts-Ausschusses, in Arbeitskämpfen die Neutralität der Bundesanstalt zu sichern, und zwar durch Mitwirkung der betroffenen Gewerkschaften und Arbeitgeber. Waigel: „Die Union braucht jetzt keine weiteren Vorschläge, sondern Geschlossenheit auch im politischen Handeln, und Norbert Blüm braucht Unterstützung und Solidarität."

Auch ein Verfahren gegen Brandt?

Parteienstreit um Generalstaatsanwalt Schmitz / Wallmann fordert „Konsequenzen"

gba. Bonn

Die Bonner Staatsanwaltschaft, die gegen den Kanzler ermittelt, wird sich voraussichtlich in dieser Woche mit der Frage befassen müssen, ob auch gegen den SPD-Vorsitzenden Willy Brandt ein solches Verfahren eröffnet wird. Gegen beide Politiker war Strafanzeige wegen des Verdachts der uneidlichen Falschaussage vor dem Flick-Untersuchungsausschuß des Bundestages gestellt worden.

Die Bonner Staatsanwälte hatten im Fall des Kanzlers keinen Anlaß gesehen, der Anzeige zu folgen, sie mußten sich jedoch der Dienstanweisung des Kölner Generalstaatsanwalts Bereslaw Schmitz beugen. Schmitz, der in der vergangenen Woche nach Bekanntwerden seiner Einflußnahme (WELT vom 13. 3.) nur intensive Erörterungen mit Bonn zugab, bestätigte inzwischen, daß er die Bonner Staatsanwälte zum Handeln gegen ihre eigene Sachentscheidung gezwungen hat. Er bestritt aber, daß er dazu von seinem Vorgesetzten – weisungsberechtigt ist der Justizminister in Düsseldorf – veranlaßt worden sei. Dem SPD-Vorsitzenden Brandt wird vorgeworfen, er habe im Untersuchungsausschuß jede Flick-Spende für die SPD in Abrede gestellt, sei aber durch Aussagen von Parteifreunden widerlegt worden.

Mit Blick auf die Berichtspflichtigkeit so brisanter Entscheidungen wie der Verfahrenseröffnung gegen den Kanzler werden in den Unionsparteien zunehmend Fragen laut. In Vorüberlegungen für einen parlamentarischen Untersuchungsausschuß, im Bundestag oder im Düsseldorfer Landtag, wird neben Merkwürdigkeiten im Fall Kohl und Brandt auch auf Einflußnahme der damaligen SPD-Justizministerin Donnepp bei der Anklageerhebung gegen die FDP-Politiker Graf Lambsdorff und Friderichs abgehoben.

SEITEN 2 UND 5:
Weitere Beiträge

In einem WELT-Interview forderte der stellvertretende CDU-Bundesvorsitzende Walter Wallmann „Konsequenzen" aus dem Vorgehen des Kölner Generalstaatsanwalts: Schmitz habe die Justiz in ein „nicht erträgliches Zwielicht" gebracht. Wallmann: „Es darf nicht einmal den Anschein geben, die Justiz, in diesem Fall die Strafverfolgungsbehörde, werde politisiert."

Der niedersächsische Ministerpräsident Ernst Albrecht verlangte „dringend weitere Aufklärung" trotz des Eingeständnisses von Generalstaatsanwalt Schmitz. Der CDU-Politiker sagte gegenüber der „Bild"-Zeitung: „Es ist doch unwahrscheinlich, daß der Kölner Generalstaatsanwalt Schmitz gegen das Votum der örtlichen Bonner Staatsanwälte ein Ermittlungsverfahren gegen den Kanzler einleitet, ohne vorher mit seinen Vorgesetzten im NRW-Justizministerium gesprochen zu haben." SPD-Fraktionschef Vogel forderte Albrecht im ZDF auf, entweder Beweise auf den Tisch zu legen oder sich bei Schmitz zu entschuldigen.

Frankreich wählte neues Parlament

DW. Paris

Bei den Wahlen zur französischen Nationalversammlung zeichnete sich bis gestern mittag eine etwas geringere Wahlbeteiligung ab als vor fünf Jahren. Bis zwölf Uhr hatten nur 23,7 Prozent ihre Stimme abgegeben, 1981 waren es zu diesem Zeitpunkt dagegen schon 27,6 Prozent. Die meisten Wahllokale schlossen um 18 Uhr, in vielen großen Städten erst um 20 Uhr. Erstmals in der Fünften Republik gilt das unter der sozialistischen Regierung eingeführte Verhältniswahlrecht.

Reagan verschärft Druck auf Kritiker

DW. Washington

US-Präsident Ronald Reagan, der sich wegen seiner Gegnerschaft zu den Kommunisten selbst als „Contra" bezeichnete, hat am Wochenende den Druck auf die Kritiker seiner Nicaragua-Politik weiter verschärft. In der wöchentlichen Rundfunkansprache berichtete Reagan, neue Geheimdiensterkenntisse zeigten, daß sich sandinistische Agenten als Freiheitskämpfer verkleideten und unschuldige Bürger ermordeten. Reagan fordert für die „Contras" 70 Millionen Dollar Militärhilfe.

Papst fordert Treue zur Lehre

DW. Rom

Papst Johannes Paul II. hat gestern zum Ende einer dreitägigen Tagung mit brasilianischen Bischöfen im Vatikan die Kirche Brasiliens dazu aufgerufen, sich seiner Lehrautorität zu beugen. Gleichzeitig gestand der Papst den Bischöfen „legitime Meinungsverschiedenheiten bei der Suche nach Wahrheit" ein. Ein Dokument zur Frage der Befreiungstheologie wird nach den Worten des Papstes nach Ostern veröffentlicht.

Seite 12: Theologie der Befreiung

Schweizer lehnen UNO-Beitritt ab

DW. Bern

Die Schweizer haben gestern in einer Volksabstimmung den Beitritt ihres Landes zu den Vereinten Nationen (UNO) abgelehnt. Das ergab sich offiziell nach Auszählung der Ergebnisse der Mehrheit der 26 Kantone und Halbkantone. In keinem Kanton fand sich eine befürwortende Mehrheit. Die Ablehnung betrug durchschnittlich 75 Prozent. In dem Kanton Genf, Sitz zahlreicher UNO-Organisationen, sprachen sich 69,8 Prozent gegen den Beitritt aus.

Tatverdächtiger bleibt in Haft

DW. Stockholm

Der 32jährige Schwede, den die Polizei der Beteiligung an dem Palme-Mord verdächtigt, bleibt weiter in Haft, teilte der Stockholmer Polizeichef mit. Weitere Einzelheiten wurden nicht bekannt. Der in der vergangenen Woche als bisher einziger Tatverdächtiger von der Polizei verhaftete Mann wird heute dem Richter vorgeführt. Dieser entscheidet über eine weitere Verlängerung der Haft. Der 32jährige bestreitet alle Vorwürfe.

Grüne loben Rita Süssmuth

DW. Karlsruhe

Die Berufung von Rita Süssmuth zur Familienministerin hat die frühere Bundestagsabgeordnete der Grünen Antje Vollmer „eine strategische Meisterleistung des Herrn Geißler" genannt. Im Anschluß an eine Sitzung des Bundeshauptausschusses ihrer Partei sagte Frau Vollmer, die Grünen schauten „mit einigem Respekt" auf die Arbeit der Ministerin. Aufgabe ihrer Partei sei es deshalb, klar zu machen, „daß wir die wirkliche Frauenpolitik machen".

In Polen steigen wieder die Preise

DW. Warschau

In Polen sind gestern die Grundnahrungsmittel um durchschnittlich acht Prozent teurer geworden. Die Anhebung der Preise für Brot und Getreideerzeugnisse, Butter, Milch und Milchprodukte sowie für Pflanzenfette und Zucker wurde erst am Samstagabend bekanntgegeben und mit erhöhten Kosten der Landwirtschaft begründet. Wenn man alle staatlichen Subventionen für die Lebensmittelpreise aufheben wolle, müßten die Erhöhungen 30 Prozent ausmachen, was aus sozialen Gründen nicht möglich sei, schrieb die Nachrichtenagentur PAP.

Vor Verhängung des Kriegsrechts hatten Preiserhöhungen in Polen wiederholt zu Unruhen und Protesten geführt. Daß auch die jüngsten Anhebungen erhebliche Emotionen hervorriefen, zeigte eine Sondersendung des Fernsehens, in der mehrere Fachminister unzählige telefonische Zuschaueranfragen beantworteten.

„DDR" weist 200 Personen zurück

DW. Hamburg

Die Behörden in der „DDR" haben rund 200 Personen aus der Bundesrepublik Deutschland, die zur Leipziger Frühjahrsmesse reisen wollten, an der Grenze zurückgewiesen. Allein in Bayern konnten seit Donnerstag 91 Menschen den Grenzübergang Rudolphstein nicht passieren. Am hessischen Grenzübergang Herleshausen wurden seit Freitag abend 88 Reisende – ausschließlich ehemalige „DDR"-Bewohner – zurückgeschickt. Ein Grenzschutzbeamter in Niedersachsen sprach von einer „ziemlich großen Zahl" von Zurückweisungen am Grenzübergang Helmstedt.

Regierungskreise in Bonn erinnerten gestern daran, daß legal übergesiedelte Bewohner der „DDR" bis zu fünf Jahre keine Einreisegenehmigung erhalten. Einige versuchten dann, die vereinfachten Einreisemodalitäten zur Leipziger Messe auszunutzen, indem sie in der Bundesrepublik einen Messeausweis kauften.

SED-Chef rechnet mit mehr Handel

D.D. Leipzig

Bei einem Besuch am Stand des Salzgitter-Konzerns auf der Leipziger Messe sagte SED-Chef Honecker gestern, er erwarte 1986 eine Zunahme des innerdeutschen Handels. Gegenüber dem Ständigen Vertreter Bonns in Ost-Berlin, Bräutigam, betonte Honecker, die „DDR" sei an gutnachbarlichen Beziehungen zur Bundesrepublik interessiert. Am Nachmittag empfing der SED-Chef den Regierenden Bürgermeister von Berlin, Diepgen, in Leipzig. Heute nachmittag spricht Bundeswirtschaftsminister Bangemann in Ost-Berlin mit Honecker.

Die gestrigen Gespräche waren nur der Auftakt von Kontakten zwischen Politikern aus der Bundesrepublik und der „DDR". Auch die Regierungschefs von Hamburg und Bremen, Dohnanyi und Wedemeier, treffen in diesen Tagen mit führenden „DDR"-Politikern zusammen.

Seite 13: Westdeutsche Firmen

Manila plant Neuwahlen und eine neue Verfassung

Rebellen warnen Regierung / Marcos will USA verlassen

DW. Manila

Die philippinische Regierung unter Präsidentin Corazon Aquino hält offenbar an Plänen fest, sich selbst als „Revolutionsregierung" zu proklamieren, um dadurch den Bruch mit der Ära des gestürzten Präsidenten Ferdinand Marcos besonders deutlich zu akzentuieren. Zu diesen Plänen gehören die Ausarbeitung einer neuen Verfassung und die Anberaumung von Neuwahlen für die Nationalversammlung, in der gegenwärtig die Anhänger von Marcos die Mehrheit haben, die aber in sich mehr und mehr zerstritten sind. Neuestes Beispiel dafür ist der frühere Arbeitsminister Blas Ople, der sich am Samstag von der Partei des gestürzten Präsidenten lossagte und die „Philippine Nationalist Party" (PNP) gründete.

Macapanton Abbas, ein politischer Sprecher der Nationalen Befreiungsfront Moro, forderte Frau Aquino gestern auf, das Abkommen von Tripolis aus dem Jahre 1976 voll zu erfüllen. Darin war Mindanao und weiteren Inseln im Süden der Philippinen Selbstverwaltung in den Bereichen Steuern, öffentliche Haushalte und regionale Sicherheit eingeräumt worden, um die bewaffneten Aufstände im Süden des Inselstaates zu beenden.

„Die Moslems haben nicht Marcos, sondern das Regierungssystem bekämpft", sagte Abbas, der sich seit Freitag wie andere Rebellenführer zu Gesprächen mit der neuen Regierung in Manila aufhält. „Und sie werden nicht Aquino, sondern ein System akzeptieren".

Der am 25. Februar in die USA geflohene entmachtete philippinische Präsident Marcos bemüht sich angeblich mit Unterstützung der Washingtoner Regierung um ein anderes Aufnahmeland. Die „New York Times" berichtete gestern unter Bezug auf Regierungsquellen, daß Marcos sich am liebsten in Spanien, Mexiko oder Panama niederlassen würde. Auf Hawaii fühle er sich wegen der Proteste gegen sein ins Ausland transferiertes Vermögen und seine diktatorische Regentschaft nicht mehr sicher und er fürchte auch gerichtliche Schritte in den USA.

F



Beute einer Partei

Von Enno v. Loewenstern

Vorsätzliche Falschaussagen haben manchmal kurze Beine. Am Montag hatten „die zuständigen Justizpressestellen“ noch ausdrücklich wissen lassen: „Als nicht korrekt werden jedoch Gerüchte bezeichnet, Generalstaatsanwalt Bereslaw Schmitz habe die Entscheidung an sich gezogen“.

Als dann die Entscheidung am Dienstag bekanntgegeben wurde und das CDU-Präsidium anfragte, „ob das Ermittlungsverfahren gegen Bundeskanzler Helmut Kohl von der Bonner Staatsanwaltschaft oder auf höhere Weisung eingeleitet worden sei“, da „warnte“ der Ministerpräsident und SPD-Spitzenkandidat Rau noch am Freitag „nachdrücklich davor, die Justiz zur ‚Beute einer Partei‘ oder zum ‚Schlagstock gegen den politischen Gegner zu machen‘“. Und der SPD-Justizminister Krumsiek beteuerte: „Während des Meinungsbildungsprozesses der Staatsanwaltschaft hat es nicht einmal Sachgespräche über die Angelegenheit gegeben.“ Das Justizministerium sei vom Generalstaatsanwalt in Köln erst informiert worden, nachdem die Meinungsbildung „im Raume der Staatsanwaltschaft definitiv abgeschlossen war“.

Am Samstag kam dann die Wahrheit ans Tageslicht: Schmitz gestand, daß die Bonner Staatsanwaltschaft ein Ermittlungsverfahren gegen Kohl abgelehnt hatte und daß er die Entscheidung an sich zog und seine Untergebenen zwang, wider ihr besseres Wissen ein solches Verfahren zu eröffnen. Der Öffentlichkeit ist also die glatte Unwahrheit aufgebunden worden, im zweiten Fall kaschiert mit der gerissenen Formel vom „Raum der Staatsanwaltschaft“. Jetzt mag man uns weiszumachen suchen, der ihr übergeordnete Generalstaatsanwalt gehöre zum „Raum der Staatsanwaltschaft“. Welcher Eindruck dem Leser vermittelt werden sollte und welches schlechte Gewissen dahinterstand, ist offensichtlich.

Die Justiz als „Beute einer Partei“, als „Schlagstock gegen den politischen Gegner“? Rau konnte es nicht treffender sagen. Ein Untersuchungsausschuß sollte in der Tat ausführliche uneidliche Richtigaussagen zu diesen Machenschaften erzwingen, von Schmitz über Krumsiek bis Rau.

Entwicklungs-Pessimismus

Von Heinz Heck

Pessimismus zieht sich durch den Fragenkatalog des entwicklungspolitischen Bundestagsausschusses für die heutige Anhörung in Bonn. Entwicklungspessimismus ist durch einige spektakuläre Fehlentwicklungen wie die in Äthiopien, mehr noch durch Schlagworte in Mode gekommen.

Gerade in der Entwicklungspolitik aber sollte man sich hüten, Modeströmungen nachzulaufen. Es ist zum Beispiel keine neue Erkenntnis, daß man ein Land nicht durch Hineinpumpen von Devisen zu wirtschaftlichem Wohlstand bringt. Entscheidend ist vielmehr die Wirtschaftspolitik seiner Regierung. Wer durch überhöhte Wechselkurse Importgüter billig halten will (ein häufig befolgtes Rezept), treibt vor allem die Auslandsverschuldung in die Höhe, weil der Anreiz zum Marsch in den Dollar unwiderstehlich wird.

Das ist aber keineswegs der einzige Grund für die hohen Schulden. Die Ölpreisexplosionen der siebziger Jahre brachten die ölabhängigen Entwicklungsländer an den Rand der Existenzkrise, die durch eine großzügigere Kreditgewährung meist behoben werden konnte. Es gibt in der Dritten Welt Herausforderungen, von deren Ausmaß man sich in unseren Breiten keine Vorstellung macht. Wenn sich die Bevölkerungszahl eines Landes in zwanzig bis fünfundzwanzig Jahren verdoppelt, sprengen die finanziellen Anforderungen jeden Rahmen. Geburtenkontrolle könnte eine Antwort sein; doch selbst bei konsequenter Befolgung (die es wiederum kaum gibt) bringt dies nicht von heute auf morgen Erleichterung.

Korrupte Regierungen tun ein übriges, um das Bild der Dritten Welt nicht in dem gewünschten Glanz erstrahlen zu lassen. Wir müssen aber die Regierungen nehmen, wie sie sind. Es gilt daher, die Konditionen der Hilfe so zu gestalten, daß Mißbrauch möglichst vermieden wird. Hingegen: „Der Verzicht auf Entwicklungshilfe beraubt die westlichen Industrieländer eines wichtigen Verhandlungsinstruments, ohne die Herrschaftsverhältnisse im Süden zugunsten der Armen zu verändern“, schreibt der Konstanzer Professor Elsenhans zutreffend. Bilanz ziehen und Perspektiven zeigen: gut. Aber Resignation kann nicht die Antwort sein.

Und Bleuel kassiert

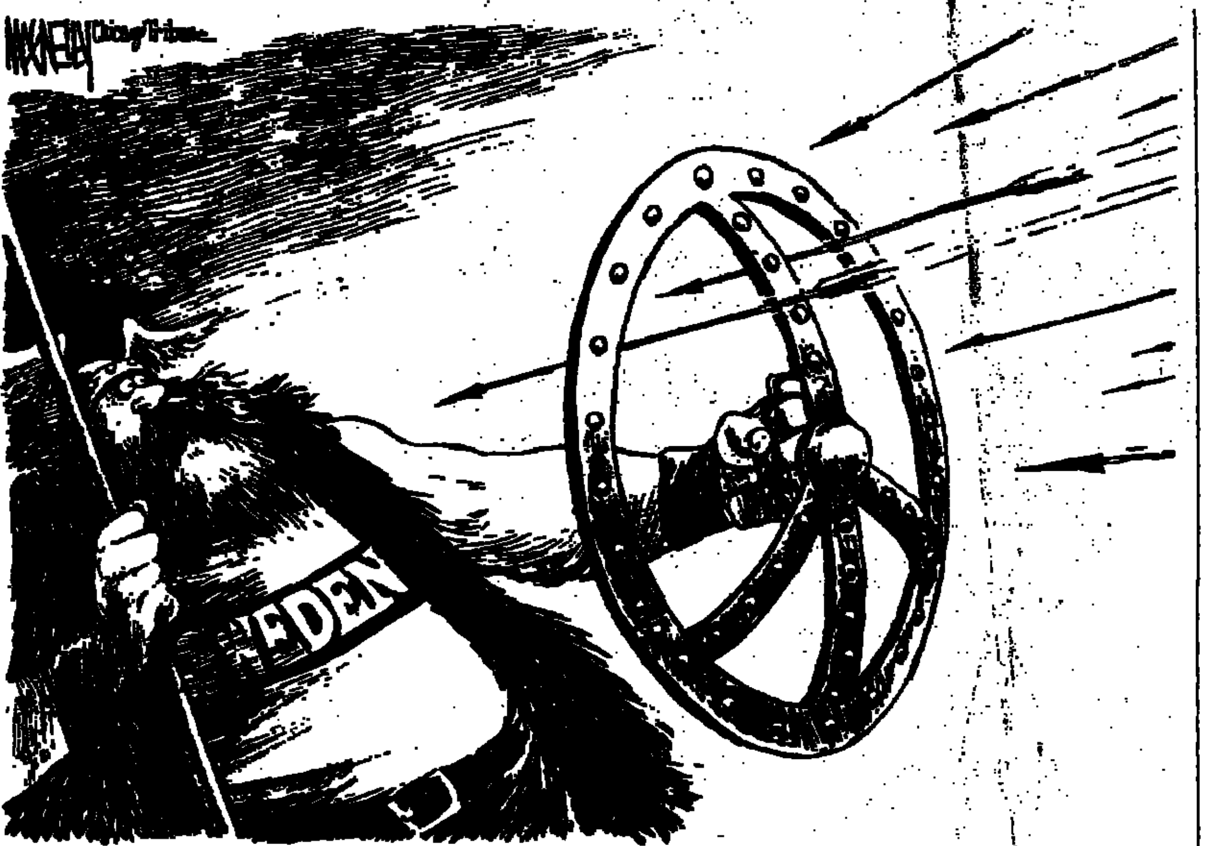
Von Günter Zehm

Der Verband Deutscher Schriftsteller (VS) in der IG Druck und Papier ist am Ende. Darüber täuscht auch der Pyrrhus-Sieg der „Betonfraktion“ um Bernt Engelmann auf der Berliner Bundesversammlung nicht hinweg, der in der Wiederwahl von Hans Peter Bleuel zum Vorsitzenden kulminierte. Im Gegenteil, die Wiederwahl des mit seinen bisherigen Vorstandskollegen heillos zerstrittenen, vom Odium eines dubiosen „Arbeitsvertrags“ umwehten Bleuel war der Tropfen, der das Faß des Unmuts zum Überlaufen bringen wird. Sezession ist angesagt. Den Austritten von Hans Christoph Buch und Johannes Schenk werden weitere folgen. Hätte der Verband noch ein literarisches Renommee, es wäre endgültig dahin.

Die verbleibende *Restmannschaft* aber *ist von Verzweiflung* erfaßt. Auch die Treuesten der Treuen, sofern sie nicht politisch verblendet sind oder direkt im Sold der IG Druck oder der DKP stehen, erkennen, daß sie in der Sackgasse stecken. Nicht nur die hanebüchene „Ostpolitik“ des VS, die immer wieder diplomatische Rücksichten vorschiebt, um die Menschenrechte zu ignorieren, und die den VS bei den osteuropäischen Intellektuellen bereits um jeglichen Kredit gebracht hat, steht zur Disposition, sondern die Zugehörigkeit zur IG Druck und Papier überhaupt.

Verräterisch das Wort Engelmanns in Berlin, der VS müsse sich davor hüten, vom Klotz zum bloßen Klötzchen am Bein der Gewerkschaft zu werden. In der Tat, je größer die „Mediengewerkschaft“ wird, je mehr Interessenverbände sie umfaßt, um so unwichtiger werden darin die Schriftsteller. Sie dürfen zwar Gewerkschaftsabende verzieren und Gewerkschaftsappelle unterschreiben, doch zu sagen haben sie nichts. Und der Preis, den sie fürs Verzieren und Unterschreiben bezahlen, besteht im Verlust der eigenen Identität, in der Verlotterung der Sprache, in der Übernahme eines leeren, gebetsmühlenhaft leiernden Politjargons.

„Der VS unter Bleuel hat uns unsere Seele geraubt“, sagte eine Teilnehmerin in Berlin. Es klang nur wenig pathetisch, es war eine nüchterne Feststellung.



MACNELLY / CHICAGO TRIBUNE

Das fremde Interesse

Von Wilfried Hertz-Eichenrode

Der 20. April rückt näher. Mit ihm nicht nur Hitlers Geburtstag, sondern auch die 40. Wiederkehr jenes Ereignisses, das die Partei Honeckers als freiwillige Vereinigung der SPD mit der KPD in Ost-Berlin und der Sowjetzone zur Sozialistischen Einheitspartei zu feiern gedenkt. Der XI. SED-Parteitag vom 17. bis 21. April gibt dazu Gelegenheit. Denjenigen, die jünger als vierzig Jahre sind, sei berichtet, daß Kurt Schumacher, der unvergessene Wieder- und Neubegründer der Sozialdemokratie nach dem Kriege, damals von den deutschen Kommunisten als den „roten Faschisten“ sprach.

Egon Bahr ist ein Zeitzeuge. Er nennt den Vereinigungsparteitag von SPD und KPD zutreffend eine Zwangsverschmelzung. Bahr hat einen lesenswerten Bericht veröffentlicht (Januar-Heft „Die Neue Gesellschaft – Frankfurter Hefte“), dem er die Sentenz voranstellt: Was heute zwischen Sozialdemokraten und Kommunisten in der Bundesrepublik Deutschland und in der „DDR“ vor sich gehe, geschehe vor dem Hintergrund der vierzig Jahre zurückliegenden Auseinandersetzung, die nicht durch einen ideologischen Kompromiß, sondern durch Macht entschieden worden sei. Da kann man herauslesen, daß der ideologische Kompromiß noch ausstehe, wenngleich Bahr versichert, die gegenseitige ideologische Abgrenzung sei für die SPD ebenso geboten wie für das Selbstverständnis der SED.

Wie also ist das, wenn Anno 1986 im Kometenschweif des Plauderers Sindermann ein Mann namens Herbert Fechner in Bonn auftaucht, der 1945/46 wie sein bekannterer Namensvetter Max Fechner (1953 als „Feind des Staates und der Partei“ aus der SED verstoßen, 1956 amnestiert, 1973 gestorben) als Sozialdemokrat die Vereinigung mit der KPD anstrebte und Kurt Schumacher als Verräter beschimpfte? Wie ist das, wenn dieser Herbert Fechner der SPD-Prominenz die Hand drückt?

Wer es gesehen hat, wie Schumacher, den nach neun Jahren und zehn Monaten KZ ausgemergelten Körper auf die treue Helferin Annemarie Renger gestützt, den Bundestag betrat, wird dieses Bild nie vergessen. Noch bevor es einen Bundestag gab, hatte der Mann mit den fiebrigen Augen, der harten Stimme und dem unbeugsamen Mut eine Leistung vollbracht, die John McCloy als US-Hochkommissar mit den Worten würdigte: „Deutschland und der Westen stehen in Kurt Schumachers Schuld, weil er seine große Partei wie ein Staatsmann in die Freiheit geführt hat.“ Schumacher hatte für West-Berlin und die Westzonen die von Otto Grotewohl betriebene Vereinigung der SPD mit der KPD entschieden abgelehnt. Seine Begründung hat nichts von ihrer Aktualität verloren:

1. Die Kommunisten seien fest an Rußland als Staat und an seine außenpolitische Zielsetzung gebunden; die SPD könne und wolle nicht „das autokratisch gehandhabte Instrument eines fremden imperialen Interesses“ werden.

2. Was Sozialdemokraten und Kommunisten trenne, sei nicht „eine Verschiedenheit in der Radikalität, sondern ein anderer Blickwinkel in der Betrachtung der politischen Welt, eine andere Art, die Verhältnisse und Ideen zu werten“.

Im März 1946 bestätigten die Berliner Sozialdemokraten der Westsektoren in einer Urabstimmung von weltpolitischem Rang die Entscheidung Schumachers. Mit 82 Prozent ihrer Stimmen lehnten sie die Vereinigung mit der KPD ab.

Gleichwohl hatten nach den Erfahrungen im Dritten Reich die Einheitsillusionen eine geradezu mystische Kraft. In einem Brief an Schumacher hat auch Willy Brandt eingeräumt, daß er „seinerzeit Anhänger einer einheitlichen sozialistischen Partei war, die unabhängig sein und auf demokratischer Grundlage stehen sollte“. Im Rückblick ist der Sachverhalt eindeutig. Die Zwangsvereinigung von SPD und KPD in der Sowjetzone hatte angeblich die Spaltung der deutschen Arbeiterbewegung überwinden sollen. In Wirklichkeit hat sie die deutsche Arbeiterbewegung unheilvoller gespalten denn je. In der „DDR“ schließt die SED eine Sozialdemokratische Partei Deutschlands aus.



Der Gast, der Schumacher einen „Verräter“ genannt hatte: Herbert Fechner FOTO: DPA

Das war für Herbert Wehner so klar, daß er noch 1973 im Bundestag an ein Gespräch erinnerte, welches er 1952 mit Konrad Adenauer geführt hatte. Bei aller Schärfe der sozialdemokratischen Opposition, hatte er dem Kanzler gesagt, habe die SPD „eine Grenze, die wir nicht überschreiten dürfen, um den Preis der Existenz unseres Staates und unserer eigenen Partei; diese Grenze ist die Kollaboration mit den dortigen Parteien“ (in der „DDR“).

1985 hat die SPD die Grenze überschritten, als sie mit der SED einen Rahmenvertragstext für eine chemiewaffenfreie Zone in Mitteleuropa aushandelte. Das kann nicht eine Parteiangelegenheit sein, sondern muß Sache der Staaten und ihrer Regierungen bleiben. Aus dem Vorgang läßt sich der Schluß ziehen:

Schumachers *zweite* Begründung zur Ablehnung einer Verschmelzung von SPD und KPD, die ideologische Abgrenzung, hält die SPD noch aufrecht. Doch der ersten Begründung Schumachers, die SPD könne und wolle nicht Instrument irgendeines fremden imperialen Interesses sein, ist der Boden entzogen. Im Zeichen ihrer „zweiten Ostpolitik“ läßt sich die SPD *mit der SED derart eng ein*, daß sich die Frage stellt, ob es sich nicht um die Kollaboration handelt, von der Wehner zu Adenauer gesprochen hatte.

So weit ist die SPD schon, daß Sindermann als ihr Gast in Bonn für das sowjetische Zwangsverschmelzungsprodukt SED sagen konnte, „daß wir deutsche Politik machen und daß wir der Meinung sind, wir sind sehr gute Deutsche“. Die kommunistischen Spalter unseres Vaterlandes im Gewand des Biedermanns.

IM GESPRÄCH Marcel Dassault

Junger Alterspräsident

Von Peter Ruge

Vierundneunzig Jahre alt, stellt sich Marcel Dassault immer noch kämpferisch an die Seite der bürgerlichen Parteien – der große Flugzeugkonstrukteur Frankreichs ist der älteste Abgeordnete; er wird es auch im neuen Parlament sein. Am 2. April darf er, und auf dieses Vorrecht freut er sich, als Alterspräsident mit seiner schon etwas brüchig gewordenen Stimme die neue Legislaturperiode der Nationalversammlung eröffnen – zum dritten Mal in seinem Leben.

1978 zogen die Sozialisten bei dieser Zeremonie aus dem Palais Bourbon aus. Für sie verkörperte Dassault den Typus des Kapitalisten schlechthin, wie man ihn mit Rolls Royce und dicken Havannas zeichnet. Der Milliardär hat weder das eine noch das andere. 1981, als die Linken die Macht übernahmen, drohten sie ihm als erstem mit der Verstaatlichung. Dassault nahm es gelassen, das alles hatte er schon einmal erlebt unter Blums Volksfront-Regierung von 1936. Sie nahm ihm damals die Werke weg, die er seit 1913 aufgebaut hatte, und entschädigte ihn mit siebzehn Millionen Francs. Dafür richtete Dassault ein Konstruktionsbüro ein, eine Erfinderschmiede, auf deren Planungsergebnisse keine französische Staatsführung später mehr verzichten wollte. Das legte den eigentlichen Grundstein für seinen Reichtum und seinen Einfluß.

Dassault zog sich dafür andere Feinde zu: nun begannen ihn die Rechten zu verfolgen, weil er eigentlich Marcel Bloch hieß und einer jüdischen Arztfamilie aus dem Elsaß entstammte. Unter der Vichy-Regierung wurde er vier Jahre interniert, davon ein Jahr in Buchenwald. Als man ihn befreite, war er ein Schatten seiner selbst – ob er ein Ressentiment gegenüber den Deutschen bewahrt, darüber spricht er nicht.

Marcel Dassaults Stern ging nach dem Zweiten Weltkrieg noch einmal auf: er wurde der gefeierte Konstrukteur der Mystères und dann der Mirage-Überschall-Kampfflugzeuge. In de Gaulle sieht er den einzigen Rivalen seines Lebens: weil sie beide die Menschen dazu brachten, zu träumen, sich zum Blick hinter die Wolken aufzuschwingen.



Kein Hindernis ist unüberwindlich: Dassault FOTO: AVENTURIER/STUDIO X

Er selbst ist kein Träumer. Er leistete den sozialistischen Verstaatlichungsplänen monatelang Widerstand, zermürbte seine Verhandlungspartner. Schließlich offerierte er der Regierung aus Sozialisten und Kommunisten eine Beteiligung von sechsundzwanzig Prozent. Er wollte angeblich keine Gegenleistung. Aber bis heute verschweigen die Beteiligten, was Dassault sich für sein 180-Millionen-Geschenk an den Staat *wirklich einhandelte*. Er sagt, er habe für die Erhaltung seines uneingeschränkten Rechts bezahlt, in seiner Firma bis ans Lebensende Flugzeuge zu entwerfen – dafür lebe er, davon lasse er nicht, dies sei seine wahre Leidenschaft.

Was macht den alten Mann in Frankreich zum Idol der Jugend? Hier lebt einer vor, daß es letztlich kein Hindernis gibt, das der Glaube an eine Berufung nicht überwinden könnte.

DIE MEINUNG DER ANDEREN

The Washington Post

Sie warnt die neue philippinische Regierung:

Die philippinische Präsidentin Corazon Aquino ist offenbar bereit, eine „Revolutionsregierung“ auszurufen ... Damit wird sie das verteufelte Problem mit der Nationalversammlung lösen, in der die Marcos-Partei aufgrund früherer Parlamentswahlen nach wie vor eine Mehrheit beansprucht. Ihre Regierung wird in der Lage sein, eine neue Verfassung auszuarbeiten und Wahlen nach ihrem Gutdünken auszuschreiben ... Präsidentin Aquino sollte aber vielleicht doch daran denken, daß nicht alle, die ihr Erfolg wünschen, ihren Schritt in Richtung Revolutionsregierung gutheißen. Uns scheint es, daß dieser Schritt kaum mit dem großen Engagement vereinbar ist, mit dem Frau Aquino ihre Kampagne für eine demokratische Regierung führte.

NEUE RUHR ZEITUNG

Das Essener Blatt meint zur Lage der Nation:

Es war eine saubere, durchaus positive Bilanz, die Bundeskanzler Kohl *zur „Lage der Nation“* vorlegen konnte ... Zweifellos hat auch diese Bundesregierung die Beziehungen zur DDR zum Nutzen der Menschen ausgebaut. Niemand kann das bestreiten, auch die Opposition tut es nicht.

LE QUOTIDIEN DE PARIS

Er kommentiert die Verbreitung von Video-Aufnahmen von drei ihrer vier französischen Geiseln durch die libanesische Terrorgruppe „Islamischer Dschihad“:

Alles deutet in der Tat darauf hin, daß sie die Niederlage der gegenwärtigen Mehrheit wünschen. Einerseits, weil sie sie als verantwortlich für das Engagement Frankreichs an der Seite des Irak im Krieg gegen Iran ansehen, und andererseits, weil die islamische Bewegung sich auf diese Weise den Sturz von Führern dieses Westens zuschreiben könnte, der auf ihrer Seite Gegenstand von so viel Haß ist.

Allgemeine Zeitung

Das Mainzer Blatt schreibt zu Giotto und Halley:

Gerade weil der Halleysche Komet Rätsel mit ins All zurücktragen wird, bewahrt er sich trotz des bis in den interstellaren Raum reichenden Röntgenblicks der Wissenschaft eine unverletzliche Aura des Mystischen. Auch wenn die Menschen jetzt mehr über ihn wissen, so werden sie dem strahlenden Schweifstern, so wie seit dem ersten überlieferten Erscheinen 240 Jahre vor Christus, auch künftig staunend wie einem kosmischen Wunder gegenübertreten.

STUTTGARTER ZEITUNG

Zum Scheitern des Medienstaatsvertrags heißt es hier:

Daß es Auswege aus der verfahrenen Lage gibt, die nur nicht genutzt werden, hat Nordrhein-Westfalen am Donnerstag bewiesen. Johannes Raus Regierung bot den Unionsländern an, die hessische Fernsehwerbung von den Gerichten klären zu lassen und „ARD eins plus“ fürs erste aufzuschieben, bis der Staatsvertrag über die Satellitenkanäle zustande gekommen ist. Rau hat damit Verantwortungsgefühl für die Rundfunklandschaft bewiesen. Sein Land und der wohlhabende Westdeutsche Rundfunk könnten den Tod der ARD nämlich gelassen mitansehen.

Die globale Revolution der Demokratie

Reagans große außenpolitische Erklärung / Von Fritz Wirth

Eine fragwürdige Gewohnheit bei der Beurteilung politischer Vorgänge ist der Hang einiger Analytiker zum vereinfachenden, vergröbernden Etikett. Ein Beispiel: Reagans Wort vom „Reich des Bösen“ genügte, sein Verhältnis zur Sowjetunion unter „Konfrontationspolitik“ einzuordnen. Das war damals fragwürdig und ist es heute erst recht. Reagan praktiziert seit geraumer Zeit eine Außenpolitik von bemerkenswerter Flexibilität und gleichzeitiger logischer Grundsätzlichkeit, die nicht nur zu beträchtlichen Erfolgen, sondern auch zu globalen Neuorientierungen geführt hat.

Das zeigt sich nicht nur in der bestimmten und zugleich diplomatisch geschickten Art, mit der er Diktatoren wie Duvalier und Marcos gewaltlos aus der Macht zu hebeln half, sondern auch in anderen politischen Initiativen: seine Sanktionen gegen Südafrika zum Beispiel und die mit seiner *Billigung* vom Afrika-Sachbearbeiter Chester Crocker geäußerte Vision einer farbigen Mehrheitsregierung in Südafrika sowie die Warnsignale, die die Reagan-Administration seit einiger Zeit an die Regierungen in Chile und Südkorea wegen der Verletzung der Menschenrechte in diesen Ländern sendet.

Die bemerkenswerte Botschaft, die Reagan an diesem Wochenende an den Kongreß schickte, untermauert seine Haltung. Sie ist keine neue Initiative oder gar Neuformulierung der US-Außenpolitik. Sie gibt jedoch dem Bild der außenpolitischen Praxis Amerikas, wie sie sich seit geraumer Zeit darbietet, einen festen programmatischen und strategischen Rahmen.

Reagan ordnet darin Amerikas Außenpolitik in den Prozeß einer „globalen Revolution der Demokratie“ ein, die sich nach seiner Einschätzung in der Welt ausbreitet: „Es kann in dieser globalen Revolution keinen Zweifel geben über *den Standort* der USA. Das amerikanische Volk glaubt an die Menschenrechte und bekämpft Tyrannei jeder Art, gleichviel, ob sie von links oder von rechts kommt. Wir gebrauchen unseren Einfluß, diesen Wechsel zur Demokratie zu ermutigen, in einer Weise, die sowohl die politischen Wirklichkeiten und Traditionen in diesen Ländern respektiert als auch ihre Bedrohung durch äußere oder innere totalitäre Kräfte berücksichtigt.“

Reagans Kampfansage gegen Diktaturen von rechts und von links ist von den Exegeten behende als Absage an die sogenannte „Kirkpatrick-Doktrin“ und als eine aufsehenerregende Reform der Reaganschen Außenpolitik bezeichnet worden. Frau Kirkpatrick hatte bekanntlich zwischen „traditionellen autoritären Regimen“, die eine nachsichtigere Behandlung verdienten, und marxistischen Diktaturen differenziert. Der Irrtum: Diese angebliche „Kirkpatrick-Doktrin“ war nie Bestandteil der offiziellen amerikanischen Außenpolitik, weil sie dem starken moralischen Anspruch Reagans in der Politik widerspricht.

Ebenso falsch wäre es, in diesem Dokument mit seiner starken Betonung humanitärer Prinzipien eine Rückkehr zu Jimmy Carters naivschwärmerischer Menschenrechtskomponente in der Außenpolitik zu sehen, die Reagan einst so scharf kritisierte. Diese Politik Carters blieb erfolglos, weil sie von seinen Gegnern und vor allem von der Sowjetunion als ein Zeichen der Schwäche interpretiert und zur Festigung eigener geopolitischer Positionen mißbraucht wurde. Die Bürgerrechtspolitik Reagans dagegen basiert auf „militärischer Stärke und wirtschaftlicher Vitalität der USA“, wie er es in seiner gestrigen Botschaft formuliert. Sie ist nicht außenpolitische Kapitulation, sondern Herausforderung.

Das einzig Bedauerliche an dieser außenpolitischen Botschaft Reagans an den Kongreß ist ihr Timing. Sie erscheint – sicherlich nicht zufällig – zu einem Zeitpunkt, da die Nicaragua-Debatte die amerikanische Szene beherrscht, und läuft deshalb Gefahr, als Waffe in dieser innenpolitischen Auseinandersetzung abgehakt zu werden.

Tatsächlich ist sie nicht nur eine Botschaft an den Kongreß, sondern im sich anbahnenden Gipfeldialog ein Signal an die Sowjetunion. Es unterstreicht den Stellenwert, den Reagan in diesem Dialog, den die Sowjets so nachdrücklich auf propagandistische Abrüstungseffekte zuzuspitzen versuchen, Menschenrechtsfragen und regionalen Konflikten zuweist.

Reagan hatte ähnliche Signale bereits im letzten Oktober in seiner UNO-Rede ausgesandt. Die gestrige Botschaft ist nicht nur dringlicher, sondern auch wirksamer. Sie gibt den Sowjets nicht mehr länger die Chance, ihre Menschenrechtsverletzungen in Afghanistan, Angola, Äthiopien mit dem Hinweis auf Südafrika, Chile oder die Philippinen zu beantworten.



Die Lust am Studium und die Last der knappen Kasse

Wie gut oder schlecht geht es den Studenten? Eine Frage, auf die Bildungsministerin Wilms und das Deutsche Studentenwerk höchst unterschiedliche Antworten geben. Kein Wunder – denn im April steht eine Entscheidung über höhere Ausbildungsförderung an.

Von THOMAS LINKE

Das kleine Kellerbüro in der Bonner Kaiserstraße ist trotz der Semester-Ferien gut besucht. Zwischen klapprigen Schreibmaschinen, überquellenden Bücherregalen und Kisten voller Broschüren und Plakaten aus dem letzten Wahlkampf um die Mandate im Uni-Parlament diskutieren Studenten Studien über Studenten. Thema: Wieviel Geld hat die kommende „geistige Elite" denn nun wirklich im Portemonnaie. Zwei Analysen kamen dabei zu recht unterschiedlichen Ergebnissen.

Für die Studentenrunde ist klar, daß sich die Situation in den letzten Jahren nicht gerade verbessert hat, wobei man aber nicht nur auf den Geldbeutel schaut: „Wenn wir unsere Chancen auf dem Arbeitsmarkt betrachten und wenn man sich morgens schon um sieben in die Schlange vor der Bibilothek einreihen muß, um wenigstens ein paar Bücher für die Semesterarbeit zu bekommen, ist unser Studium sicher nicht einfacher geworden", meint Martin (20), der im dritten Semester Politische Wissenschaft studiert.

Er und die anderen in dem Kellerbüro arbeiten in der Liberalen Aktion mit, einer Gruppe die sich seit rund 15 Jahren – unabhängig von parteipolitischen Interessen und Organisationen – um die Belange der Studenten kümmert, und das mit einigem Erfolg. Im letzten Wahlkampf wurden sie stärkste Fraktion im Studentenparlament, das den Allgemeinen Studentenausschuß (AStA) wählt. Der verwaltet in Bonn immerhin einen Etat von anderthalb Millionen Mark.

In diesem Budget ist auch ein Fonds für sogenannte „Härtefälle" enthalten. 200 000 Mark werden zinslos an die ausgeliehen, denen die „Knete" absolut ausgegangen ist. Das seien in den letzten Jahren wieder mehr geworden, meint Martin, weil die Finanzen halt bei vielen nicht mehr stimmten.

Allensbach: 75 Prozent kommen zurecht

Genau das bestreitet Bildungsministerin Dorothee Wilms. Sie beruft sich auf eine Repräsentativ-Umfrage unter 1000 ausgewählten Studenten, die das Institut für Demoskopie Allensbach in diesem Januar durchgeführt hat. Ergebnis: „Die wirtschaftliche Lage der Studenten hat sich in den letzten drei Jahren deutlich verbessert." 75 Prozent der befragten Studenten erklärten, daß sie mit ihren Einnahmen zurechtkommen. Vor vier Jahren seien es nur 66 Prozent gewesen. „Von einer wachsenden Unzufriedenheit der Studenten – wie von interessierter Seite immer wieder behauptet – kann also keine Rede sein", erklärte Dorothee Wilms.

Wen die Ministerin mit „interessierter Seite" meinte, war klar. Das Deutsche Studentenwerk (DSW) behauptete nämlich genau das Gegenteil über die Finanzkraft der Jungakademiker. Das DSW hatte in seiner 1985 erfolgten 11. Sozialerhebung – die pikanterweise vom Bildungsministerium finanziert wurde – an 54 repräsentativ ausgewählten Hochschulen festgestellt: „Die wirtschaftliche Lage der Studenten ist heute schlechter als 1982." Dabei wurden der Öffentlichkeit wahrhaft spartanische Zustände unter Deutschlands Nachwuchselite vermeldet: Jeder vierte befragte Student habe nur fünf Mark für das tägliche Brot in der Tasche und über 25 Prozent müßten mit weniger als 700 Mark im Monat auskommen.

„Mindestens zehn Mark pro Tag fürs Essen"

„Das mit den fünf Mark halte ich für absolut unmöglich", meint Dagmar (25), die Nordistik und Skandinavistik studiert. Sie rechnet vor, daß allein für zwei Essen in der Mensa mit einem Getränk locker fünf Mark draufgehen, und billiger als in den subventionierten „Studentenrestaurants" geht es wirklich nicht. Dann fehlt aber noch das Frühstück und zudem bleibt die Mensa am Wochenende und teilweise während der Semster-Ferien geschlossen. Dagmar: „Ich bin der Meinung, daß wir mindestens zehn Mark pro Tag fürs Essen brauchen, dadrunter geht es einfach nicht."

Das DSW hatte als regelmäßige Gesamtaufwendungen eines ledigen Studenten, der nicht bei den Eltern wohnt, im letzten Sommer 863 Mark errechnet. Davon 272 Mark für Miete – Dagmar: „Das kommt ungefähr hin" – und 100 Mark Fahrtkosten. Protest regt sich in der Gruppe, als die Kosten für Lernmittel zur Sprache kommen. Da hatte das DSW nur 50 Mark als Mittelwert errechnet. „Wie dieses Ergebnis zustandekommt, ist mir schleierhaft", meint Shaedia (22), Jurastudentin im sechsten Semster: „Ich habe allein an Kopierkosten für eine einzige Seminararbeit über 150 Mark, und von diesen Arbeiten schreiben wir normalerweise mehrere im Semester." Und kopieren müssen die Studenten immer öfter, denn die Ausstattung der Präsenzbibliotheken reicht für die augenblickliche Akademiker-Schwemme längst nicht mehr aus. Martin: „In der Uni-Bibliothek ist seit zwei Jahren kein neues Buch mehr gekauft worden." Folge: Um die Pflichtlektüre für Seminare entstehen regelrechte Rangeleien. Wem da die nötige Durchsetzungskraft fehlt, der kopiert lieber und studiert im stillen Kämmerlein. Oder er muß, besonders vor juristischen Examen, mit einem Repetitor vorlieb nehmen, der allerdings pro Kursus 1000 Mark verlangt.

An der Misere mit der Literatur setzt die Liberale Aktion konkret mit ihrem Service für die Kommilitonen an. „Wenn es auch für uns sicher nicht leichter geworden ist, so wollen wir uns ja nicht einfach hinstellen und das Händchen aufhalten, sondern konkret was verbessern", meint Martin. So hat seine Gruppe eine „Bücherbörse" eingerichtet, Da verkaufen Kommilitonen, die Staatsexamen, Diplom oder Magister in der Tasche haben, ihre Bücher an die, die noch vor den Prüfungen zittern. „Das sind dann zwar oft nicht mehr die neuesten Auflagen, die wir in der Jurisprudenz unbedingt brauchen, aber besser als nichts", meint Shaedia. Sie kümmert sich auch um die von der Gruppe eingerichtete Zimmervermittlung: „Auch hier merken wir, daß viele Kommilitonen wirklich nicht das dicke Geld haben. Für viele ist 250 Mark das absolute Limit, was sie für eine Bude zahlen können." Damit könne man in Bonn noch was ganz ansehnliches finden, aber in Hamburg oder München ...

Mit der schlechteren Arbeitsmarktlage ist für den Akademiker-Nachwuchs nicht nur die Aussicht auf einen gelungenen Start ins Berufsleben düsterer geworden – auch die Jobs in den Semester-Ferien oder am Wochenende sind dünner gesät und bringen laut DSW weniger ein. Auch hier widerspricht Dorothee Wilms entschieden: „Die ganz überwiegende Mehrheit der Studenten, 76 Prozent, ist mit der eigenen Jobsituation zufrieden." 80 Prozent der Studenten erhalten nach der von der Ministerin bevorzugten Allensbach-Studie einen höheren oder zumindest den gleichen Stundenlohn wie vor drei Jahren.

Von denen, die gern mehr jobben würden, haben gegenüber Allensbach zehn Prozent über die schlechte Arbeitsmarktsituation und 13 Prozent über die Studien-Belastung als Hinderungsgrund geklagt. „Die Naturwissenschaftler haben es durch ihren mehr verschulten Studienablauf bei der Jobsuche natürlich wesentlich schwieriger als wir Geisteswissenschaftler", sagt Dagmar, die Geld nebenbei durch klassische Konzertmusik verdient, nachdem sie seit einigen Jahren keine Ausbildungsförderung (BAföG) mehr bekommt.

Zum nächsten Wintersemester soll der Höchstförderungssatz des BAföG einschließlich Mietzuschuß und Krankenversicherung auf 823 Mark gegenüber derzeit 788 Mark erhöht werden, eine Steigerung von rund vier Prozent. Außerdem sollen die Freibeträge vom Elterneinkommen, das bei der BAföG-Bemessung berücksichtigt wird, 1986 und 1987 jeweils um zwei Prozent steigen. Weitere Verbesserungen soll es bei der Förderung von Auslandsstudien im außereuropäischen Bereich und bei der Rückzahlung von BAföG geben – 1982 wurde diese Förderung auf Volldarlehen umgestellt.

Verbesserungen als unzureichend kritisiert

Im Bildungsausschuß des Bundestages wurden die genannten Verbesserungen in der letzten Woche von vielen Experten allerdings als unzureichend kritisiert. DSW-Präsident Professor Hans-Werner Folz kritisierte vor allem das „Förderloch" bei den Studenten, deren Eltern ein mittleres Bruttoeinkommen von 40 000 bis 50 000 Mark jährlich haben. Ein Vier-Personen-Haushalt mit diesem Einkommen falle aus der BAföG-Förderung heraus, könne aber ein Studium eines Kindes oft nicht finanzieren. Ein Erhöhung der Freibeträge würde laut Folz auch dazu führen, daß sich der von 37 Prozent (1982) auf 25 Prozent gesunkene Anteil geförderter Studenten wieder erhöhe.

Auch die eigenen „Parteistudenten" sind mit der BAföG-Politik ihrer Ministerin nicht immer einverstanden. Christoph Brand, Vorsitzender des Rings Christlich-Demokratischer Studenten: „Die Quote der geförderten Studenten läßt sich nur durch die Abschaffung des Volldarlehens zugunsten eines Teilstipendiums steigern, was auch den psychologischen Hemmnissen bei der Beantragung von BAföG entgegentreten könnte."



So sah ein „Tausend-Mark-Schein" aus, den VS-Mitglied Hannes Schwenger vom Berliner Landesverband gegen den ungeliebten VS-Vorsitzenden Hans Peter Bleuel während der Tagung des VS zirkulieren ließ: Das Konterfei Bleuels und der Schriftzug „Druck und Papier". Schwenger wollte damit auf den lukrativen Vertrag anspielen, den Bleuel von der IG Druck und Papier erhalten hat. FOTO: DIE WELT

Etwas Schlamm und eine Menge Beton

Martin Walser sprach von einer „fraktionierten Lächerlichkeit", mit der sich der Verband Deutscher Schriftsteller darstelle. Tatsächlich nahm die VS-Tagung in Berlin einen Verlauf, der Zweifel aufkommen läßt, ob diesem Verband überhaupt noch eine Zukunft beschieden ist.

Von GÜNTER ZEHM

Ein Rüchlein von Korruption lag über dem Rathaus Schöneberg in Berlin, aber nicht wg. Antes & Co., sondern wg. des Verbandes Deutscher Schriftsteller (VS) in der IG Druck und Papier, der hier seine Bundestagung abhielt.

Soeben hatte der Vorsitzende, Hans Peter Bleuel aus München, seinen Rechenschaftsbericht abgegeben, mit scharfen Attacken gegen „profitgierigen Kapitalismus" und „unkontrollierte Medienmacht", da teilte das Vorstandsmitglied Karin Hempel-Soos mit, daß sie vor einigen Tagen aus dem VS-Vorstand ausgetreten sei, weil sie nicht mehr mit Bleuel habe zusammenarbeiten wollen. Dieser habe verschwiegen, daß er mit der IG Druck und Papier einen lukrativen Arbeitsvertrag abgeschlossen habe, 5000 Mark monatlich seit 1984, um ein Buch über eben diese IG zu schreiben. Wie könne einer „ehrenamtlicher" Vorsitzender in einem Verein sein, der gleichzeitig sein Arbeitgeber sei?

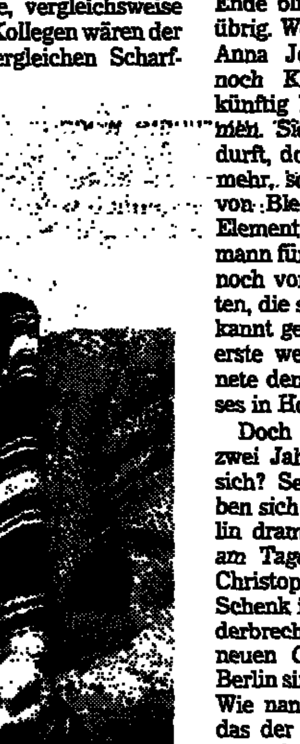
Das Auditorium war betroffen. Die „Schlammschlacht", die einige für Berlin vorausgesagt hatten, war da. Zwar ergriff sofort der stellvertretende Gewerkschaftsvorsitzende Detlef Hensche das Wort und meinte, Bleuels Vertrag sei doch „das Selbstverständlichste von der Welt", zwar rechnete der Gewerkschaftsfunktionär Ruckhaberle begütigend vor, daß nach Abzug von Steuern und Sozialabgaben „vielleicht noch 3000 Mark" übrigblieben, aber die Unruhe in der Versammlung wich nicht, zumal nun weitere merkwürdige VS-Vorstandspraktiken ruchbar wurden.

Hans Peter Bleuel, als Schriftsteller so gut wie unbekannt, hatte vor zwei Jahren den VS-Vorsitz übernommen, nachdem Bernt Engelmann vor allem wegen seiner Ausgrenzungspolitik gegenüber VS-Kollegen, die aus der „DDR" gekommen waren, hatte zurücktreten müssen. Ihm wurde die Austrittswelle prominenter Mitglieder zur Last gelegt. Eigentlich sollte Ingeborg Drewitz Engelmanns Nachfolgerin werden, aber in einem Überraschungscoup hatte die sogenannte Betonfraktion, eine Mischung aus verbissenen DKP-Leuten und professionellen IG-Druck-Funktionären, in letzter Minute den Engelmann-Adlatus Bleuel durchgeboxt. Jetzt in Berlin zeigte sich, daß der Münchner die „Betonpolitik" nur allzu beflissen fortgesetzt hat.

Das Vorstandsmitglied Martin Buchhorn erklärte, er, Buchhorn, habe sich geweigert, seine eigenen Erfahrungen zum Bleuelschen Rechenschaftsbericht zu Protokoll zu geben, aus Angst, „von Bleuel zensiert zu werden". Vorstandsmitglied Erich Loest teilte einen konkreten Fall von Bleuel-Zensur mit, deren Opfer er selbst geworden war: Bleuel hatte ihn kurzerhand aus einer Anthologie hinauszensiert, weil er sich nicht bereit gefunden hatte, einen Unterschied zwischen (guten) sowjetischen und (schlechten) amerikanischen Raketen zu machen. Weder Loest noch Buchhorn wollten weiter mit Bleuel zusammenarbeiten.

„In jedem Dachdeckerverein geht es seriöser zu als in diesem VS", klagte die Hamburger Psychologin Dörte v. Drygalski. Nach ihrer Meinung hätte Hans Peter Bleuel nicht einmal „entlastet" werden dürfen. Doch er wurde nicht nur „entlastet", sondern von der Betonfraktion auch sofort wieder als Kandidat für den neuen Vorsitzenden aufgestellt. Die Gegenkandidatin aus dem oppositionell gestimmten Berliner Landesverband, Anna Jonas, hatte keine Chance, obwohl sie im Vorstellungsvortrag bis an die Grenze ihrer Kompromißbereitschaft gegangen war. Die nach Berlin gekommenen Delegierten waren vorprogrammiert. 25 zu 19 für Bleuel hieß am Ende das Abstimmungsergebnis. Der Saal quittierte es mit Buhrufen und höhnischem Gelächter.

Vergeblich hatten in der Diskussion zuvor vor allem weibliche VS-Mitglieder, aber auch Martin Walser (der nach seinem Diskussionsbeitrag gleich wieder abreiste), vor einer Fortsetzung der Betonpolitik gewarnt. Walser beanstandete die „verkommene, vor Plattitüden strotzende Sprache", die sich der VS-Funktionäre bemächtigt habe, und die „Arroganz der Macht", mit der sie die Verbandsmitglieder schurigelten und zensierten. Karin Struck erinnerte an die psychische Besonderheit von Poeten und Schreibern; ein Schriftstellerverband dürfe sich nicht in Politisiererei und Fraktionsmacherei erschöpfen.



Wider die „Arroganz der Macht": Martin Walser FOTO: TEUTOPRESS

Sie wie auch Hans Christoph Buch aus Berlin kritisierten den „unfruchtbaren generellen Konfrontationskurs", auf den der VS unter Engelmann und Bleuel gebracht worden sei. Man dürfe sich gegenüber den neuen Medien nicht blindlings maschinenstürmerisch verhalten, sondern müsse die Chancen, die in ihnen steckten, entschlossen wahrnehmen. Es sei geradezu lächerlich, wie ängstlich der VS vor jeder elektronischen Medien-Neuerung zurückbibbere.

Auch wirke es sich nachgerade verhängnisvoll auf das literarische Leben aus, daß die Verleger vom VS immer nur als Klassenfeinde hingestellt würden. In vielem seien sie nämlich Partner der Schriftsteller beim Bemühen um eine gute Literatur. Die Verhältnisse in Deutschland seien, im Gegensatz zu den Aussagen Bleuels, der die Bundesrepublik als ein halbanalphabetisches Entwicklungsland hinstelle, vergleichsweise günstig. Viele VS-Kollegen wären der ewigen und immergleichen Scharfmacherphrasen (bei gleichzeitigem Streicheln des kommunistischen Ostens) bis oben hin überdrüssig. Man müsse in der Verbandspolitik endlich einen realistischen Kurs einschlagen.

Bei der Betonfraktion gingen solche Vorwürfe und Ratschläge offenbar zum einen Ohr hinein und zum anderen gleich wieder hinaus. Wie sicher sie sich der Mehrheit der 46 Delegierten fühlte, zeigte nicht zuletzt auch die Wahl der beiden Bleuel-Stellvertreter und der Beisitzer. Kein einziger Kompromißkandidat wurde gewählt. Neben den bisherigen und neuen Stellvertreter Gert von Paczensky, der sich in Berlin bei seinen vielen Interventionen als besonders eifriger Betonierer entpuppte, rückte an Stelle von Loest Max von der Grün. Für Buchhorn kam Wolf-Peter Schnetz, der zum Münchner Kreis um Engelmann gehört, für Karin Hempel-Soos die zwar niedliche, aber doch recht vernagelte Anti-Atom-Dadaistin Angela Hoffmann aus Hannover.

Die Frauen-Riege des VS war mit einigen Hoffnungen zum Kongreß nach Berlin gereist. Hochgemut forderte man anfangs sogar eine fünfzigprozentige Frauenquote für die Besetzung der Vorstandssitze. Doch am Ende blieb so gut wie nichts davon übrig. Weder Ingeborg Drewitz noch Anna Jonas, weder Karin Struck noch Karin Hempel-Soos werden künftig Führungspositionen einnehmen. Sie hätten vielleicht noch gedurft, doch sie wollten einfach nicht mehr, schon gar nicht an der Seite von Bleuel. So wird das weibliche Element außer von Fräulein Hoffmann für die nächsten zwei Jahre nur noch von Frau von Bothmer vertreten, die schriftstellerisch dadurch bekannt geworden ist, daß sie einst als erste weibliche Bundestagsabgeordnete den Plenarsaal des Hohen Hauses in Hosen betrat.

Doch hat der VS überhaupt noch zwei Jahre ungestörter Zukunft vor sich? Seine Überlebenschancen haben sich nach den Vorgängen in Berlin dramatisch verschlechtert. Noch am Tage der Wahl erklärten Hans Christoph Buch und Johannes Schenk ihren Austritt. Ein Auseinanderbrechen und die Gründung eines neuen Gegenverbands zunächst in Berlin sind in greifbare Nähe gerückt. Wie nannte Martin Walser das Bild, das der Verband Deutscher Schriftsteller in der IG Druck und Papier der Öffentlichkeit bietet? Es sei „eine fraktionierte Lächerlichkeit". Welcher Autor von einigem Rang wird sich noch in ein solches Bild einreihen wollen?

Ovationen für Späth, Beifall für Albrecht

mj. Gifhorn

Der baden-württembergische Ministerpräsident Lothar Späth hat der „Jugend 1986" bescheinigt, zukunftsoffen zu sein und sozialverantwortliches Leistungsbewußtsein zu besitzen. Auf dem Niedersachsentag der Jungen Union (Motto: „Mitmachen statt miesmachen") sagte der von Ovationen begleitete Hauptredner aus dem Südwesten am Wochenende in Gifhorn, hinter den gängigen Ansichten über „Technikfeindlichkeit" verberge sich „mehr Frust der Älteren als tatsächliches Befinden der Jungen". Nach seiner Erfahrung hätten diese längst bemerkt, wie „die siebziger Jahre unter SPD-Führung verschlafen" worden seien und „daß Halbtagslehrer keine Alternative zu Ganztagsingenieur ist".

Späths „Starrolle" auf der niedersächsischen CDU-Nachwuchskonferenz war offenkundig ein gezielter Nadelstich gegen die hiesige Mutterpartei. Mit dem Anspruch, „kritischer Motor der CDU" zu sein, findet der wiedergewählte JU-Landesvorsitzende Gunther von Mirbach seine 18 000 Gefolgsleute von der Partei nicht ernstgenommen. In Gifhorn entlud sich heftiger Ärger, weil „dementsprechend" der einzige JU-Kandidat auf der 50köpfigen CDU-Landtagswahlliste als aussichtslose Nummer 46 plaziert wurde. Der Verdacht, in den Listenwahlgremien säßen zu viele selbstsüchtige Inhaber von Ämtern und Würden, wurde Ministerpräsident Ernst Albrecht und CDU-Landeschef Wilfried Hasselmann offen vorgehalten.

Daß Albrecht, vier Stunden früher als Späth, überhaupt vor der Jungen Union auftrat, war im Kalender der Staatskanzlei zunächst „aus Termingründen" gar nicht vorgesehen und aus der JU-Einladung nicht ersichtlich. Nichtsdestoweniger artiger Beifall für den Landesvater bekräftigte indes Mirbachs Aufruf, „um der Sache willen" sich im Wahlkampf nicht zu verweigern.

DIE WELT (USPS 603-590) is published daily except sundays and holidays. The subscription price for the USA is US-Dollar 365,00 per annum. Distributed by German Language Publications, Inc., 560 Sylvan Avenue, Englewood Cliffs, NJ 07632. Second class postage is paid at Englewood, NJ 07631 and at additional mailing offices. Postmaster: send address changes to: DIE WELT, GERMAN LANGUAGE PUBLICATIONS, INC., 560 Sylvan Avenue, Englewood Cliffs, NJ 07632.

Staatsbürgerschaft für die „DDR" gefordert

Parteitag der Bremer SPD / Müller neuer Vorsitzender

W. WESSENDORF, Bremen

Auf ihrem ersten Parteitag nach dem überraschenden Rücktritt Hans Koschnicks vom Amt des Regierungschefs im September 1985 hat die Sozialdemokratische Partei Bremens die Umbesetzungen beendet. Als letzte Führungsposition ist der Parteivorsitz im SPD-Landesvorstand Bremen neu besetzt worden. Nach acht Jahren Amtszeit als Landesvorsitzender, parallel dazu seit September letzten Jahres auch Fraktionsvorsitzender, hat Konrad Kunick (45) auf dem Landesparteitag nicht mehr kandidiert. Zum Nachfolger wurde der bisherige Vorsitzende des SPD-Unterbezirks Ost, Hans Dieter Müller (58), gewählt.

In seinem Rechenschaftsbericht plädierte Kunick für die Anerkennung der „DDR". Es gebe keine Alternative, um eine gemeinsame Nation zu erhalten. Gleichzeitig forderte Kunick in seiner Grundsatzrede, Perspektive müsse es sein, beide Länder von fremden Truppen zu befreien. „Wenn wir auf ewiger Freundschaft mit den USA verharren, dann muß die Präambel des Grundgesetzes geändert werden."

Heftige Kritik übten Kunick und Müller, wie auch Bürgermeister Klaus Wedemeier an der Bundesregierung. Sie stecke in einer tiefen Krise, zeige Profilneurosen und gehe in die falsche Richtung, sagte Wedemeier. Bremen brauche auch in Bonn eine SPD-geführte Regierung, um den Sprung zu einer neuen Industriepolitik in der Küstenregion zu schaffen.

Im Hinblick auf die Landeswahlen im Herbst 1987 schrieb Kunick den Genossen ins Stammbuch: „Nur wenn wir uns nicht gegenseitig ein Bein stellen, braucht sich die Partei keine Gedanken über rot-schwarze oder rot-grüne Koalitionen zu machen."

Der alte wie der neue Parteivorsitzende stellten die Friedenssicherung in den Mittelpunkt ihrer programmatischen Reden. Müller sagte, das Problem Nummer 1 bleibe das Wettrüsten, denn Wettrüsten bedeute eine ungeheuerliche Vergeudung öffentlicher Ressourcen.

Müller will als Parteichef integrieren, notfalls ein Stück Opposition leisten und für eine menschliche Gesellschaft kämpfen. Große Hoffnung richte sich wieder auf die Sozialdemokraten. Für sie will Müller fünf Wählergruppen gewinnen: die Arbeiter, die Jung- und Erstwähler, die Frauen, die Senioren und die wissenschaftlich-technische Intelligenz.

Bis heute gebe es die Gleichstellung der Frau nicht. Deshalb dürfe sich die SPD auch nicht damit zufriedengeben, mehrheitlich von den Frauen gewählt zu werden. Sie müsse zur Partei der Frauen werden. Müller wird in seinem Amt als Parteichef der SPD-Bremen von zwei Frauen unterstützt, die zur Stellvertreterin und Schriftführerin gewählt wurden.

Lummer: Asylrecht zu großzügig

DW. Hamburg

Der Berliner Innensenator Heinrich Lummer (CDU) hat erneut eine Änderung des Grundgesetzes zur Verschärfung des Asylrechts gefordert. In einem Interview mit dem Nachrichtenmagazin „Der Spiegel" erklärte er, die Bundesrepublik sei an die Grenzen ihrer Möglichkeiten gekommen. „Ich sehe die Gefahr sozialer Spannungen, wenn die Zahlen zu groß werden", sagte er. Die Bundesrepublik habe zwar Verpflichtungen aus der Zeit des Dritten Reichs, sie könne aber ihr Asylrecht „nicht auf Dauer aus unserer Schuld in der Vergangenheit betrachten".

Hupka: Teilung nicht akzeptieren

AP, Stuttgart

Zu einer gesamtdeutsch orientierten Politik hat der Vorsitzende der Landsmannschaft Schlesien, Herbert Hupka, aufgefordert. Der CDU-Bundestagsabgeordnete kritisierte auf einem Kongreß der Landsmannschaft in Stuttgart, daß sich mancher Politiker in Bonn offensichtlich an die Teilung Deutschlands gewöhnen wolle. Damit dürfe sich aber kein Deutscher abfinden, sagte Hupka. Für den Fortbestand der deutschen Spaltung machte er die Sowjetunion verantwortlich, die den von ihr unterdrückten Völkern das Selbstbestimmungsrecht verweigere.

Zustimmung für Parteien in Berlin schwindet

hrk. Berlin

Ein Jahr nach der Berliner Wahl vom 10. März 1985 haben die regierenden Parteien CDU und FDP an Zustimmung eingebüßt (44 und sechs Prozent). SPD und AL liegen mit 36 und 14 Prozent insgesamt gleichauf. Eberhard Diepgen verlor gegenüber Herbst 1985 geringfügig an Zustimmung (59 zu 62 Prozent damals), liegt in der Einschätzung der Berliner indes höher als im Februar 1985 (53 Prozent). Dies ist der Kern einer in bestimmten Zeitabständen üblichen Umfrage des Emnid-Instituts, die der Senat jetzt bekanntgab.

Das Ergebnis lehrt, daß die Korruptionsaffäre möglicherweise das Image der Senatsparteien berührt, die Politik des Regierenden Bürgermeisters Eberhard Diepgen insgesamt jedoch weiterhin beträchtliche Zustimmung genießt. Die CDU verlor, folgt man dieser Momentaufnahme, gegenüber Herbst 1985 drei Prozent der Stimmen (damals 47), die FDP ein Prozent, während sich SPD und AL um jeweils zwei Prozentpunkte steigerten.

Wichtiger ist die zuversichtliche Grundstimmung bezüglich der eigenen Lage, die die Berliner nach dieser Umfrage an den Tag legen: 48 Prozent und damit jeder zweite Berliner nannten die wirtschaftliche Lage der Stadt „gut". 37 Prozent meinten, sie sei „weniger gut".

Inzwischen nimmt die gerichtliche Aufarbeitung des Bauskandals an Tempo zu: Am 25. April beginnt der erste Prozeß gegen den früheren CDU-Baustadtrat Wolfgang Antes. In einem zweiten Teilkomplex erhob die Staatsanwaltschaft jetzt erneut wegen des Verdachts der Bestechlichkeit Anklage gegen Antes. Zugleich stellte die Staatsanwaltschaft ihre Klageschrift gegen den Bauträger und großzügigen Bargeld-Parteispender Kurt Franke fertig. Ihm wird die Bestechung zweier CDU-Baustadträte vorgeworfen.

Im Streit um den Kreuzberger Baustopp-Beschluß – Groß-Bauträger sollen hier nach dem Willen von AL und SPD vorerst nicht mehr zum Zuge kommen – betont Baustadtrat Werner Orlowsky (AL): „Ich bin nicht der Initiator, ich führe einen Beschluß der Bezirksverordneten aus." Jetzt will der Senat den einmaligen Vorgang an sich ziehen.

Erfolg für Bayerns Genossinnen?

Auf den aussichtsreichen Listenplätzen nur eine Frau mehr / Ziel nicht erreicht

Von PETER SCHMALZ

War dieser Samstag im Münchner Pschorr-Keller für Bayerns weibliche Sozialdemokraten nun ein Erfolg, wie die Nürnberger Bundestagsabgeordnete Renate Schmidt nach fünfstündiger Sitzung in ihrem Schlußwort optimistisch meinte? Oder war dieser Tag für die Frauen in der SPD ein Skandal, wie die Münchner Bundestagskandidatin Hanna Wolf wütend erklärte, als sie nach vier Stunden mit einigen Genossinnen den Saal unter Protest verließ und deshalb auch nicht mehr miterleben durfte, wie sie ohne Gegenkandidat auf den voraussichtlich aussichtslosen Platz 34 der SPD-Landesliste gewählt wurde?

Die Antwort ist schwer zu finden, weil beide Frauen ein bißchen recht haben und der Grund dafür in der gegenwärtig problematischen Gemütslage dieser Partei zu suchen ist.

„Schäm dich"

Wie auch in anderen Landesverbänden, streben die bayerischen Genossinnen nach mehr Repräsentanz bei der lukrativen Mandatsvergabe, doch von den derzeit 26 bayerischen SPD-Bundestagsabgeordneten sind mit Renate Schmidt, Anke Martiny und Sigrid Skarpelis-Sperk nur drei weiblichen Geschlechts. Doch die Partei signalisierte Einsicht in das Drängen des angeblich schwächeren Geschlechts. Zwar hatte Frau Martini auf dem Parteitag in Hof im vergangenen Herbst bei der Wahl zum Landesvorsitz gegenüber Herrn Schöfberger noch das Nachsehen, doch die Delegierten versprachen damals nach einer Minirevolution der Frauen, diese künftig bei der Vergabe der Mandate mit 25 Prozent und damit ungefähr nach ihrer Mitgliederstärke zu berücksichtigen. Der Bezirk Südbayern legte sich sogar per Beschluß auf diese Quote fest. Und genau dieses schuf böses Blut.

Denn schon im Vorfeld der Nominierungskonferenz mußte sich Parteichef Rudolf Schöfberger aus weiblichem Mund den Vorwurf gefallen lassen, er sei ein „Steinzeitpatriarch", weil die Südbayern nur zwei Frauen für einen aussichtsreichen Platz vorgeschlagen haben. „Wenn der Unterschied zwischen Anspruch und Wirklichkeit zu groß wird", fragte Skarpelis-Sperk am Samstag, „wie sollen uns dann die Wählerinnen und Wähler ihr Vertrauen schenken?" Schöfberger suchte sein Heil gegen den weiblichen Aufruhr in Rosa Luxemburg, die, so meinte er, nicht mit Austritt oder Beitragskürzungen gedroht, sondern gekämpft hätte. „Schäm dich", schallte ihn da aus der Versammlung entgegen und Frau Skarpelis-Sperk gab dem Vorsitzenden sogar Nachhilfe in Parteigeschichte: Rosa Luxemburg war aus Ärger über die Partei ausgetreten.

Die Abstimmung über die Liste bestätigte dann die Ahnung Schöfbergers, die er bereits in seiner Eröffnungsrede formuliert hatte: „Wir werden das selbstgesteckte Ziel nicht erreichen."

Bis Platz 26 wurden statt bisher drei nun vier Frauen nominiert, sollte die SPD jedoch im Januar erfolgreicher als vor vier Jahren sein, könnte sich der Frauenanteil deutlich erhöhen, nachdem auf den folgenden neun Rängen fünf Frauen folgen.

Platz eins für Schöfberger

Darunter ist auch Christel Vogelsang aus dem fränkischen Roth, die den Platz 30 errang und für sich mit dem Satz geworben hatte: „In Bonn gibt es so viele kluge Männer, warum dazu nicht auch eine gescheite Frau mit einer gewissen Lebenserfahrung?"

Der männliche Schnitzer, den sich die südbayerischen Genossen bei ihrem Listenvorschlag geleistet hatten, als sie den langjährigen und einzigen Augsburger SPD-Abgeordneten Max Amling auf den aussichtslosen 39. Platz verwiesen hatten, wurde bereinigt: Amling kam auf Platz 16 und wird somit dem nächsten Bundestag angehören. Angeführt wird die Liste von Parteichef Schöfberger, der somit guten Mutes den Genossen den Rat geben konnte: „Mit dem Erreichen des Listenplatzes ist das Hauptziel des demokratischen Sozialismus noch nicht erreicht."

„DDR"-Kirche beklagt Kontaktverbote

Landesbischof Stier rügt unklare Reise-Bestimmungen: Auf Vermutungen angewiesen

hrk./epd, Berlin/Schwerin

Die Führung einer evangelischen Landeskirche in Mitteldeutschland hat jetzt zum ersten Mal nach den zum 1. Februar verfügten internen Anordnungen der „DDR"-Behörden über leicht liberalisierte Reisemöglichkeiten jüngerer Antragsteller in den Westen das Fehlen „klarer gesetzlicher Regelungen" beklagt. Landesbischof Christoph Stier sagte vor der Synode in Schwerin, bisher sehe jedenfalls die Mehrheit der „DDR"-Bevölkerung keine Chance, „vor dem Rentenalter reisen zu können". Diese Begrenzung werde besonders von jungen Menschen als „schmerzlich und ungerecht" empfunden, stellte Stier fest.

Mecklenburgs Landesbischof kam auch auf ein Thema zu sprechen, von dem SED-Generalsekretär Erich Honecker im vorigen Jahr bei verschiedenen Gesprächsanlässen mit hochrangigen West-Besuchern behauptet hatte, es sei nicht mehr akut – den Kontaktverboten für Hunderttausende von „DDR"-Beschäftigten in den verschiedensten Bereichen des öffentlichen Lebens.

Immer wieder sei zu hören, erklärte Stier vor den mecklenburgischen Synodalen, daß Antragsteller „wegen sogenannter kaderpolitischer Anforderungen (weil angeblich in Sicherheitsbereichen beschäftigt, die Red.) jegliche Kontakte mit Verwandten oder Bekannten aus der Bundesrepublik Deutschland und aus westlichen Ländern" abbrechen sollten. Der Landesbischof forderte, diese Praxis auf Ausnahmen zu beschränken – „um der menschlichen Verständigung und des Friedens willen".

Zum Thema „Reiseerleichterungen" stellte der 1984 als Nachfolger des hochangesehenen Heinrich Rathke ins Amt gekommene höchste Geistliche Mecklenburgs fest: Auch nach dem 1. Februar (dieser Termin war in der „DDR" niemals offiziell bekanntgegeben worden, d. Red.) bleibe offen, „wer aus welchem Anlaß" mit einer Reiseerlaubnis rechnen könne. Das müsse aufhören: „Hilfreich wäre es, wenn es klare gesetzliche Regelungen gäbe, damit niemand auf Vermutungen angewiesen ist", sagte Stier.

Wallmann: Es darf nicht den Anschein geben, die Justiz werde politisiert

Frankfurts OB zu der Weisung von Generalstaatsanwalt Schmitz an die Bonner Ermittler

GÜNTHER BADING, Bonn

Der Kölner Generalstaatsanwalt Bereslav Schmitz hat jetzt zugegeben, daß er die Bonner Staatsanwaltschaft *gegen deren eigene* Sachentscheidung gezwungen hat, das Ermittlungsverfahren gegen Bundeskanzler Helmut Kohl aufgrund der Strafanzeige des Grünen Abgeordneten Schily zu eröffnen. Zunächst war nur von „intensiven Erörterungen" die Rede gewesen. (WELT v. 13. 3.) Der stellvertretende CDU-Bundesvorsitzende Walter Wallmann hat in einem Interview mit der WELT dieses Vorgehen als nicht erträglich bezeichnet und den nordrhein-westfälischen Ministerpräsidenten Rau aufgefordert, Konsequenzen aus der Politisierung der Justizbehörden seines Landes zu ziehen.

WELT: Das Ermittlungsverfahren gegen Bundeskanzler Kohl ist gegen die Entscheidung der Bonner Staatsanwaltschaft auf höhere Weisung eingeleitet worden. Sie waren früher selbst einmal Richter; wie beurteilen Sie dieses Vorgehen?

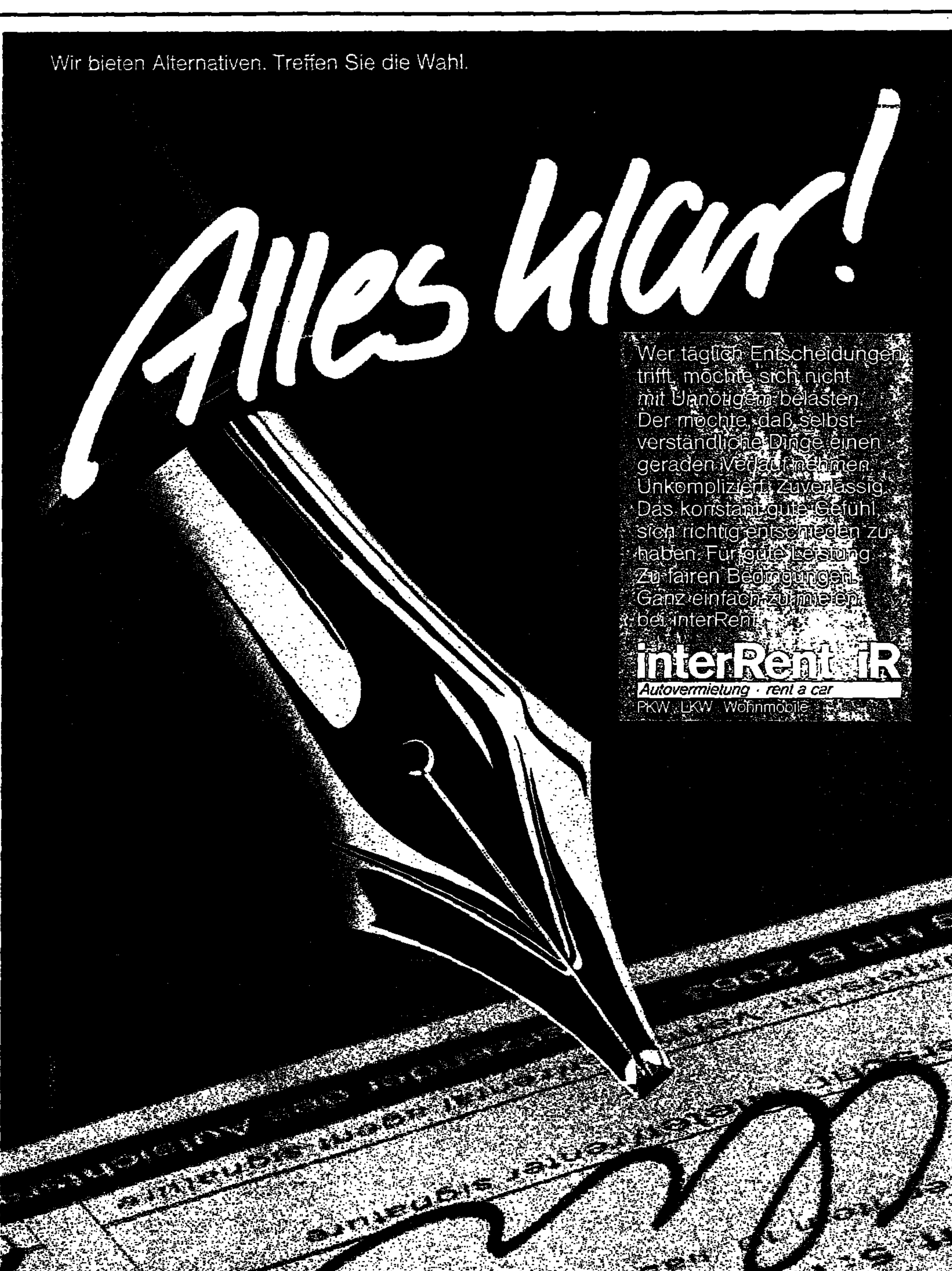
Wallmann: Als ich zuerst davon hörte, wollte ich nicht glauben, daß der *Generalstaatsanwalt in der inzwischen* unbestrittenen Weise tätig geworden ist. Ich bin über dieses Verhalten besorgt und zwar aus folgenden Gründen: Erstens, die Bonner Staatsanwaltschaft wollte kein Ermittlungsverfahren einleiten. Der Generalstaatsanwalt hat also nicht nur ohne Zustimmung der in diesem Gesamtkomplex tätigen Strafverfolgungsbehörde entschieden, er hat sie vielmehr gezwungen, gegen eigene Sacheinsicht ein Ermittlungsverfahren zu eröffnen. *Zweitens: Der Generalstaatsanwalt* hat die Bonner Staatsanwälte zur *Verfahrenseröffnung* gezwungen, obwohl der Inhalt der Aussagen des Bundeskanzlers vor *dem* Untersuchungsausschuß seit vielen Monaten bekannt waren. Hätte die Staatsanwaltschaft danach den Verdacht einer Falschaussage gehabt, so hätte sie von Amts wegen tätig werden müssen. Die Bonner Staatsanwaltschaft hat dazu damals und auch jetzt nach der Strafanzeige des Herrn Schily keinerlei Veranlasssung gesehen. In dieser Strafanzeige sind auch keinerlei neue Tatsachen vorgetragen worden. Wenn der Generalstaatsanwalt Schmitz nunmehr die Staatsanwaltschaft Bonn zwingt, tätig zu werden, so wirft er damit den Bonner Staatsanwälten zugleich pflichtwidriges Verhalten vor.

WELT: Muß dies nach Ihrer Meinung Konsequenzen haben?

Wallmann: Nach meinem Verständnis ja. Die Landesregierung von Nordrhein-Westfalen und insbesondere Ministerpräsident Rau können über diesen Vorgang nicht einfach hinweggehen. Hier geht es nicht mehr und nicht nur darum, wie die Aussagen des Bundeskanzlers rechtlich zu werten sind, sondern darum, ob sich die Bonner Staatsanwälte *pflichtwidrig* verhalten haben. Die Nichtbeachtung des Votums der Bonner Staatsanwaltschaft und die Weisung an sie, gegen die eigene Überzeugung tätig werden zu müssen, bringt die Justiz in ein nicht erträgliches Zwielicht. Es darf nicht einmal den Anschein geben, die Justiz, in diesem Fall eine Strafverfolgungsbehörde, werde politisiert.

WELT: Die Strafanzeige ist von dem Grünen Abgeordneten Schily erstattet worden ...

Wallmann: Eben deshalb ist besondere Sorgfalt in der Behandlung geboten. Herr Schily ist Partei.



Walter Wallmann FOTO: SVEN SIMON

WELT: Sie waren Vorsitzender des Guillaume-Untersuchungsausschusses im Bundestag. Ihre unparteiische Verhandlungsführung ist damals allgemein anerkannt worden. Nun werfen Sie Herrn Schily, dem dem Flick-Untersuchungsausschuß angehört hat, Parteilichkeit vor.

Wallmann: Ich will nur sagen, daß ein Untersuchungsausschuß kein Gericht ist. Es handelt sich um einen Parlamentsausschuß. Auch dort findet die parteipolitische Auseinandersetzung statt. Man muß deswegen in besonderer Weise um Fairneß, Korrektheit und Vorurteilslosigkeit bemüht sein. Soweit ich verfolgen konnte, hat Herr Schily diesen Eindruck nicht vermittelt.

WELT: Halten Sie deswegen bei der Anzeige von Schily besondere Vorsicht, wie Sie eben sagten, für geboten?

Wallmann: Ja. Herr Schily hat für jeden erkennbar eine parteiische Rolle gespielt. Er wollte die CDU treffen, und den Bundeskanzler besonders. Deswegen bin ich so sehr beunruhigt, daß in einem solchen offenkundigen Fall ein Generalstaatsanwalt sich über das Votum einer Staatsanwaltschaft hinwegsetzt und sie zwingt, gegen eigene Überzeugung und Sacheinsicht tätig zu werden.

WELT: Sie halten also die Einleitung des Ermittlungsverfahrens gegen den Kanzler für unbegründet?

Wallmann: Nach meinen Kenntnissen bin ich mit den Bonner Staatsanwälten der Auffassung, daß ein Ermittlungsverfahren gegen Helmut Kohl nicht begründbar ist.

Die SPD hat sich aus dem Kompromiß über die Parteienfinanzierung verabschiedet

Heute verhandelt Verfassungsgericht über die Organklage der Grünen / Karlsruhe erwartet Aufschluß über Praxis des Gesetzes

Von HENNING FRANK

Wenn der Präsident des Bundesverfassungsgerichts Wolfgang Zeidler heute vormittag die mündliche Verhandlung in dem von der Bundespartei die Grünen gegen die Neuregelung der Parteienfinanzierung *anstrengten Organstreitverfahren* eröffnet, wird für den Bundestag weder dessen Präsident Jenninger noch einer der Vizepräsidenten anwesend sein.

Sie halten es offensichtlich nicht für notwendig, dem Bundesverfassungsgericht die Reverenz zu erweisen. Anders ist es jedenfalls nicht zu verstehen, daß das Parlament in seinem so wichtigen Verfahren lediglich durch den Vorsitzenden des Rechtsausschusses Herbert Helmrich repräsentiert wird. *Auch wenn dem CDU-*Abgeordneten mit dem Münchner Professor Peter Lerche als Bevollmächtigten des Bundestages einer der renommiertesten Verfassungsrechtler zur Seite steht, so ist er doch nicht um seine Aufgabe zu beneiden.

Bei der Verteidigung der am 1. Januar 1984 in Kraft getretenen Parteienfinanzierung kann sich Herbert Helmrich nur auf die Koalitionsfraktionen *stützen. Sie sozialdemokratische* Opposition hat zur großen Überraschung CDU/CSU *und* FDP vor wenigen Tagen eine eigene Stellungnahme zum Antrag der Grünen, das Gesetz zur Änderung des Parteiengesetzes und anderer Gesetze vom 22. Dezember 1983 für verfassungswidrig zu erklären, abgegeben. Damit hat die SPD praktisch den in der Parteienfinanzierung Ende 1983 erzielten Kompromiß wiederaufgekündigt.

„Risiko der Koalition"

Nicht umsonst hat sie schließlich ihren stellvertretenden Fraktionsvorsitzenden Alfred Emmerlich beauftragt, die Interessen der SPD vor dem Bundesverfassungsgericht zu vertreten. Nach dem Bundestagsprotokoll hat er nämlich am 1. Dezember 1983 nicht an der Schlußabstimmung über das Gesetz über die Neuregelung der Parteienfinanzierung, bei der die Abgeordneten der sozialdemokratischen *Bundestagsfraktion zusammen* mit ihren Kollegen von CDU/CSU und *FDP fast geschlossen mit* Ja *votierten* (nur ein SPD-Abgeordneter stimmte mit Nein und elf enthielten sich der Stimme), teilgenommen. Den Vorsitzenden des Arbeitskreises Rechtswesen der SPD-Bundestagsfraktion fällt es darum leichter, in Karlsruhe die neuerlichen Bedenken seiner Partei gegen einige Detailregelungen der Parteienfinanzierung vorzutragen.

Dabei kann sich Alfred Emmerlich auf seinen Parteifreund Jürgen Schmude berufen, der vor der Ab*stimmung der SPD in der zweiten* Lesung äußerst kritische Anmerkungen zum Wegfall der bisherigen Höchstgrenzen für die steuerliche Abzugsfähigkeit von Mitgliedsbeiträgen und Spenden an politische Parteien gemacht hatte: „Ein verfassungsrechtliches Risiko dieser gesetzlichen Neuregelung ist nicht auszuschließen. Wir haben deshalb Festgeldbeträge als Obergrenzen für steu*erbegünstige Parteispenden gefor*dert. Beides hat die Koalition abgelehnt. Sie nimmt deshalb das geschilderte Risiko im vollen Umfang in Kauf und hält daran fest. Sie mag es sich dann bitte auch zurechnen lassen."

Daß sich die SPD ausgerechnet auf diese Worte ihres ehemaligen innenpolitischen Sprechers besinnt und sie in den Mittelpunkt ihrer Stellungnahme zu dem Antrag der Grünen gestellt hat, macht deutlich, wie *weit sie sich „trotz der erheblichen* und wirkungsvollen Verbesserun*gen", die das gesamte Gesetz* für die Parteienfinanzierung gebracht hat, bereits wieder von dem „zwischen den Parteien gebundenen Kompromiß" entfernt hat.

Daß die Erwartungen, die die SPD in das neue System der Parteienfinanzierung gesetzt hatte, nicht erfüllt worden sind, ist ein offenes Geheimnis. Nicht die Sozialdemokraten kamen 1984 in den Genuß zusätzlicher Gelder aus der Staatskasse im Rahmen des Chancenausgleiches, sondern die Bonner Koalitionsparteien und die Grünen. Während die SPD *im ersten Jahr nach in Kraft treten* der neuen Parteienfinanzierungsrege*lung als sogenannte* Bezugspartei leer ausging, erhielten die Grünen fast drei Millionen, die SPD rund 2,7 Millionen, die CSU 1,9 Millionen und die FDP 1,7 Millionen Mark aus dem staatlichen Ausgleichstopf.

Dieses nicht einmal von den Bonner Regierungsparteien erwartete Ergebnis des Chancenausgleiches ist eine Folge des Ausbleibens der Großspenden bei CDU/CSU und FDP. Dadurch erzielt die SPD mit ihrem hohen Beitragsaufkommen *1984 die höchsten Einnahmen.* Sie rangiert mit rund 114 Millionen Mark (1983: 99,9 Millionen) – davon 98 Millionen Beiträge und 16 Millionen Spenden – vor der CDU mit 107 Millionen (1983: 119,3 Millionen) – davon 83 Millionen Beiträge und 24 Millionen Spenden. Verständlich, daß die SPD unter diesen Umständen an der Chancenausgleichsregelung und damit am gesamten sehr komplizierten *Parteifinanzierungssystem* nicht mehr sonderlich interessiert ist.

Unsicheres Terrain

Auf welch ungesichertem Terrain sich die Parteien mit den neuen Regelungen begeben haben, zeigte sich schon während der Beratungen des Gesetzentwurfs. Keiner der beiden Verfassungsminister fand sich bereit, *die Verantwortung für den zwischen* den Regierungsparteien und der SPD *ausgehandelten Kompromiß* zu übernehmen. Weder Bundesinnenminister Friedrich Zimmermann noch Bundesjustizminister Hans Arnold Engelhard wollten die Hand dafür ins Feuer legen, daß dem Gesetz von Karlsruhe das verfassungsrechtliche Gütesiegel aufgedrückt wird.

Selbst ein Befürworter dieser Neuregelung der Parteienfinanzierung wie der Verfassungsrechtler Hans-Peter Schneider, der zu der vom damaligen Bundespräsidenten Carl Karstens eingesetzten fünfköpfigen Sachverständigen Kommission zur Neuordnung der Parteienfinanzierung gehörte, kann ein gewisses ver*fassungsrechtliches Rechtsrisiko* nicht bestreiten. Nicht umsonst hatte Professor Schneider bei *einer* öffentlichen des Bundestagsinnenausschusses an den Gesetzgeber appelliert, „das Unternehmen zu wagen", um künftige Umwege bei der Finanzierung der Parteien unmöglich zu machen. Daß dieses Unternehmen, das einer Gratwanderung zwischen der Abhängigkeit der Parteien von Interessengruppen und dem Staat gleichkommt, an der bisherigen *Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts* scheitern könnte, ist allen Parteien klar.

Da jedoch auch Urteile Karlsruhes keinen Ewigkeitswert haben, ist ein Sinneswandel der oberstern Verfassungshüter nicht ausgeschlossen, zumal sich unter den acht Mitgliedern des 2. Senats *mit Professor Wolgang* Böckenförde und Hans Hugo Klein sowie den früheren niedersächsischen Kultusminister Ernst-Gottfried Mahrenholz drei Richter befinden, die nicht an der von allen Parteien als puristisch empfundenen Entscheidung von 1979 mitgewirkt haben.

Von der heutigen Verhandlung erhofft das Bundesverfassungsgericht selbst allerdings weniger neue Argumente für oder gegen die Verfassungsmäßigkeit der Neuregelung der Parteienfinanzierung als vielmehr Aufschluß über ihre praktischen Auswirkungen. Unter den geladenen Schatzmeistern der Parteien sich nur noch zwei, die schon 1979 in Karlsruhe Rede und Antwort stehen mußten: Walther *Leisler Kiep (CDU) und* Karl-Heinz Spilker (CSU). Irmgard Adam-Schwaetzer (FDP), Hans Matthöfer (SPD) und Hermann Schulz (Grünen) stehen zum ersten Mal vor den Schranken des Bundesverfassungsgerichts. Dabei kann sich der frühere langjährige Bundesfinanzminister Matthöfer wie sein Parteifreund Alfred Emmerlich darauf berufen, daß er nicht an der Schlußabstimmung über das Gesetz zur Neuregelung der Parteienfinanzierung teilgenommen hatte.

Wie Düsseldorf Staatsanwälten in Bonn 1983 Weisungen erteilte

Von WELM HERLYN

Der Verdacht, daß die Staatsanwaltschaft Bonn aus eigener Überzeugung keinen Anlaß gesehen hat, ein Ermittlungsverfahren gegen Bundeskanzler Helmut Kohl einzuleiten, wird durch Information der CDU dadurch genährt, daß es einen Schriftwechsel zwischen Bonn und der übergeordneten Generalstaatsanwaltschaft in Köln geben soll. Die nordrhein-westfälischen Justizbehörden lehnen jeden Kommentar zu einem „inneren Meinungsbildungsprozeß" ab. Unstreitbar aber gibt es einen formaljuristisch möglichen und denkbaren Weisungsweg.

Schon in einem anderen *Fall* ist deutlich geworden, welche Einflußnahmen *Justizminister und/oder* Generalstaatsanwaltschaft auf untere Behörden nehmen können. So erregte Aufsehen, als sich im Herbst 1983 Generalstaatsanwalt Bereslav Schmitz über die Auffassung der Bonner Staatsanwälte hinwegsetzte und die Anklage im Prozeß Friderichs, Otto Graf Lambsdorff u. a. um den Vorwurf der Bestechlichkeit erweiterte und damit verschärfte.

Schon die Verteidiger Egon Müller und Sven Thomas erhoben im Bonner Spendenprozeß den Vorwurf, daß die Staatsanwaltschaft nicht aus eigener Rechtserkenntnis, sondern auf Weisung des Justizministeriums in *Düsseldorf gehandelt hätten.* Der Vorwurf ist schwerwiegend, denn die Staatsanwälte besitzen in dieser Problematik einen nur sehr engen Spielraum. Ermitteln oder klagen sie beispielsweise auf Geheiß ihrer Vorgesetzten an, ohne selbst von der Notwendigkeit überzeugt zu sein, machen sie sich strafbar. Und ebenso umgekehrt – bei der Einstellung eines Ermittlungsverfahrens wider besseren Wissens.

Schmitz wehrte damals die Vorwürfe mit Entrüstung *ab. Es habe* nie eine Weisung des Justizministeriums an die Staatsanwaltschaft gegeben, die sich mit der Frage befaßt habe, wer angeklagt werden müsse, welcher Straftatbestand anzunehmen sei und in welchen Fällen das Verfahren eingestellt werden könne. Auch der damals mit dem Komplex befaßte Düsseldorfer Justizstaatssekretär Heinz-Hugo Röwer wurde energisch: „Weder die damalige Justizministerin Inge Donnepp noch ich haben jemals eine Weisung gegeben. Als kontrovers diskutiert wurde, ob wegen Vorteilsannahme oder Bestechlichkeit angeklagt werden solle, sind wir nie um unsere Meinung gefragt worden und haben auch nie eine Rechtsmeinung kundgetan."

In diesem Lichte besehen ist es interessant, einzelne Aktenvermerke und Schriftsätze zu beleuchten. So informierte am 10. Februar 1982 der *Leitende Oberstaatsanwalt* in Bonn, Franzbruno Eulencamp, den Justiz*minister* des Landes NRW durch den Generalstaatsanwalt über den „Verdacht durch Amtsträger sowie der Vorteilsgewährung durch Angehörige des Flick-Konzerns". Darin heißt es, die Staatsanwaltschaft beabsichtige, „sofern ich nicht mit anderer Weisung versehen werde", gegen u. a. Hans Friderichs, Otto Graf Lambsdorff, Hans Matthöfer oder Manfred *Lahnstein* – ein *Ermittlungsverfahren* einzuleiten.

Eulencamp bezieht sich also ausdrücklich auf eine denkbare Weisung *durch den zuständigen Justizminister.* Weiter heißt es in dem Schrift*satz, der Leitende* Oberstaatsanwalt beabsichtige „vorbehaltlich anderer Weisung", eine Presseerklärung abzugeben, deren Entwurf er ebenfalls dem Justizminister zur weiteren Weisungserteilung vorlegte.

Der Justizminister allerdings ließ im Fortgang durch den Generalstaatsanwalt wissen, die Bonner Staatsanwaltschaft solle keine Presseerklärung abgeben, sondern nur auf Anfrage hin den Sachverhalt bestätigen, dabei aber keine Namen nennen – auch *nicht auf gezielte Anfrage.* In dem Schreiben heißt es weiter: „*Ich bitte ferner,* sicherzustellen, daß eine Äußerung wie im letzten Satz der von dem Leitenden Oberstaatsanwalt in Bonn vorgesehenen Presseerklärung in jedem Fall unterbleibt." Dieser Satz aber – von Eulencamp vorgeschlagen – hatte die Unschuldsvermutung für die Angeklagten zum Inhalt. Der Generalstaatsanwalt transportierte diese Weisung des Justizministers am 23. Februar 1982 und *stellte sicher, daß die* Oberstaatsanwaltschaft nicht mehr auf die „Unschuldsvermutung" hinwies.

Auch in anderen Vorgängen wird *nicht* bestritten, sondern ausdrücklich darauf hingewiesen, daß es Weisungen gibt und Weisungen erwartet werden. So lautet ein Vermerk der Generalstaatsanwaltschaft vom 4. März 1983 in Sachen Flick-Prozeß: „Herr Ministerialdirigent Prof. Dr. Kunert rief heute Herrn Generalstaatsanwalt an und erteilte Weisung, daß zukünftig über den Sachstand alle vier Wochen im Justizministerium Vortrag gehalten werden soll. Die erste Besprechung findet am Freitag, dem 11. März 1983, statt."

In nicht-öffentlicher Sitzung befaßte sich der *Rechtsausschuß des nord*rhein-westfälischen Landestages am 17. *Oktober 1985 mit* diesen Rechtsfragen. Im „Haus des Landtages" beantworteten von 13.30 Uhr bis 16.30 Uhr der Justizminister Rolf Krumsiek (SPD), sein Staatssekretär Röwer und Ministerialdirigent Kunert die Fragen der *Abgeordneten. Und* dabei traten offensichtlich einige Ungereimtheiten auf.

Schon damals versuchte Krumsiek, „den unwahren und wie ich meine ehrabschneiderischen Vorwurf auszuräumen, der Justizminister habe auf das Strafverfahren gegen Dr. Friderichs, Dr. Graf Lambsdorff und von Brauchitsch aus politischen Motiven Einfluß genommen". Gleichzeitig behauptete er, daß es in dem Verfahren zu „keinerlei Indiskretionen aus dem Justizministerium gekommen ist".

Allerdings mußte er sich nur wenig später eines Besseren belehren lassen, als der „Spiegel" nicht nur Teile der Ermittlungsakten veröffentlichte, sondern auch *einen Aktenvermerk,* der erweislich im Justizministerium *Düsseldorf gefertigt und nur der Spit*ze des Hauses bekannt war.

Krumsiek erklärte, obwohl dem Minister ein Weisungsrecht zustehe, sei in dem genannten Verfahren „weder bei Dienstbesprechungen noch sonst auf die Sachentscheidungen bezogene Weisungen erteilt worden". Dies allerdings sei nicht der Fall bei der schon erwähnten Angabe einer Presseerklärung. Eine „Unschuldsvermutung" sei ohnehin rechtsimmanent und müsse darum auch nicht besonders erwähnt werden.

Dazu steht allerdings im Widerspruch, *daß* die Staatsanwaltschaft Bonn schließlich doch – nämlich am 26. Februar 1982 – eine Presseerklärung abgegeben hatte, und zwar mit Nennung der Namen, jedoch ohne die Unschuldsvermutung.

Krumsiek wies in der nicht-öffentlichen Sitzung auch den Vorwurf zurück, er oder sein Haus habe Einfluß auf die Verschärfung des Anklagevorwurfs genommen. Dabei verschwieg er bei der Auflistung verschiedener Dienstbesprechungen zwei wichtige Daten – nämlich Besprechungen am 13. und 14. Septem*ber 1983 zwischen dem Generalstaats*anwalt Köln und der Staatsanwaltschaft Bonn, in der beide übereinkamen, den Abschluß der Ermittlungen zu verfügen und eine Anklage wegen Vorteilsnahmen (nicht aber wegen Bestechlichkeit) zu erheben.

Der Justizminister sagte auch nichts darüber, daß Röwer, Kunert und Schmitz sich am 13. Oktober 1983 trafen. Auch Röwer und Kunert verschweigen diese Zusammenkunft – obwohl sie aktenkundig ist, wie spä*ter festgestellt wurde.*

Mehrfach berichtete der Minister, weder der *damalige Justizminister* (Donnepp) noch der Staatssekretär hätten in der Zeit vom Oktober bis November eine eigene Rechtsmeinung geäußert noch seien sie danach gefragt worden.

Der Leiter der *Strafrechtsabteilung* (Kunert) im Ministerium sei über die Entwicklung jeweils *per Telefon in*formiert worden. Auch dabei vermied Krumsiek einen *Hinweis auf die* Unterredung Röwer, Kunert und Schmitz am 13. *Oktober 1983* und den entscheidenden Sinneswandel von Schmitz, der in der *Zeit zwischen* September und November 1983 stattgefunden haben muß und zur Verschärfung der Anklage führte.

Peres dankt in Stockholm dem Kanzler

BERNT CONRAD, Bonn

Bundeskanzler Helmut Kohl und Israels Ministerpräsident Shimon Peres trafen sich am Rande der Trauerfeier für den ermordeten schwedischen Ministerpräsidenten Palme in Stockholm zu einem Gespräch. Dabei versicherte Peres dem Bundeskanzler, die Beziehungen zwischen Israel und der Bundesrepublik Deutschland seien „gut, ja man kann sagen, es sind die besten Beziehungen, die man bisher gehabt hat".

Der Israeli, der mit Kohl erst vor sechs Wochen in Bonn konferiert hatte, dankte dem Kanzler nachdrücklich für dessen Mithilfe bei der Ausreise des sowjetischen Dissidenten Schtscharanski nach Jerusalem. Bei der Begegnung in Stockholm wurde auch die jüngste Entwicklung im Nahen Osten erörtert.

Der Kanzler hatte ferner eine Unterredung mit dem neuen schwedischen Ministerpräsidenten Ingvar Carlsson. Dabei unterstrichen beide die Absicht, die deutsch-schwedischen Beziehungen noch weiter zu verbessern. Kohl betonte, er sei sich sehr bewußt, daß die Europäische Gemeinschaft nicht ganz Europa sei. Darum halte die Bundesregierung die Beziehungen zu den anderen europäischen Ländern für wichtig. Interesse zeigte Carlsson besonders für eine Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Forschung.

In Bonn gilt es als wahrscheinlich, daß Kohl den deutsch-schwedischen Dialog im kommenden Sommer mit einem Besuch in Stockholm fortsetzen wird. Ein weiterer skandinavischer Gesprächspartner des Kanzlers am Samstag war der norwegische Regierungschef Kaare Willoch. Dabei standen vor allem die West-Ost-Beziehungen und die Abrüstungsverhandlungen zur Debatte.

Teilnehmer bezeichneten es als bemerkenswert, wie sich die Trauergäste für Palme – vom Präsidenten von Botswana, Quett k.J. Masire, bis zum chinesischen Vizepremierminister – bei dem anschließenden Empfang um Kohl drängten. Der Vorsitzende der SPD-Bundestagsfraktion, Hans-Jochen Vogel, meinte zum Bonner Regierungssprecher Friedhelm Ost, besonders mit Blick auf das sehr lokkere Treffen Kohls mit Honecker: „Ich sehe das sehr gern." Ost erwiderte lachend: „Wir betreiben keine Neben-, sondern eine echte Deutschland- und Außenpolitik."



Deutsch-deutsche Begegnung bei der Trauerfeier in Stockholm. Bundeskanzler Kohl und der „DDR"-Staatsratsvorsitzende Honecker beim Festakt im Rathaus. Neben ihnen US-Außenminister Shultz. FOTO: DPA

Zum Abschied der Dank an das Leben

G. MEHNER, Stockholm

Vor knapp zwei Jahren beendete die finnische Sängerin Arja Saijonmaa ein Mammutkonzert in Stockholm mit dem Lied „Jag vill tacka livet", übertragen ins Deutsche etwa „Danksagung ans Leben". Nach der Vorstellung suchten Lisbet und Olof Palme die Liedermacherin auf und beglückwünschten sie zu dem Text: das sei ein Lied, so meinte Olof Palme, das man sich zu seiner Beerdigung wünschen könne.

Zu den Trauerfeierlichkeiten für Olof Palme waren 1500 Gäste aus aller Welt – darunter 23 Regierungschefs – in die kalte graue Stadt geeilt. Die Blaue Halle des Stockholmer Rathauses, die alljährlich international wegen der Nobelpreisfeierlichkeiten in die Schlagzeilen gerät, stand außerhalb der Reihe erneut im Mittelpunkt des Weltinteresses.

Ein Meer roter Rosen

An der Stirnseite, dort, wo die große Freitreppe in die Halle mündet, prangte auf weißem Hintergrund ein überdimensioniertes Emblem der UNO, eine von Palmwedeln begrenzte Weltkugel. Drumherum drapiert in neun Sprachen – auch in Deutsch – „Frieden und Freiheit". Davor, in das Treppengrau integriert, ein kleiner weißer Aufsatz, auf dem Palmes weißer Sarg, bedeckt von einem roten Rosenmeer, ruhte. Das Motiv „Frieden und Freiheit" zog sich als roter Faden durch die gesamten Festlichkeiten. „Er personifizierte die höchsten Ideale der UNO", erklärte Generalsekretär Perez de Cuellar.

Die Kreuzung Sveavägen/Tunnelgatan, die durch den Mord an Olof Palme traurige Berühmtheit erlangt hat, entwickelte sich inzwischen nicht nur zu einer Gedenkstätte, sondern zu einem internationalen Treffpunkt der Friedenswallfahrer. Parolen in vielen Sprachen fordern Freiheit, Demokratie, Abrüstung. Eine Kinderzeichnung zeigt eine weiße Friedenstaube mit einer überdimensionierten Träne im Auge. „Libanon teilt die Sorgen über Palme", ist zu lesen. Ein Teil der Tunnelgatan wird in Olof-Palme-Gatan umbenannt.

Frieden: für das im Zweiten Weltkrieg neutrale Schweden ist dies kein leeres Wort. Und mit Freiheit meinen die Schweden nicht die Freiheit etwa eines Inders, der in Kalkutta am Straßenrand unbehelligt verhungert. Freiheit im Sinne Palmes ist auch mit gesellschaftlicher Kontrolle und Verantwortung gepaart. Das hat ihm nicht nur Freunde eingetragen.

Die königliche Familie nimmt genau in Front vor Palmes Sarg Platz. Getrennt durch den Gang, rechts davon, sitzt Lisbet Palme mit ihren Söhnen Joakim, Matthias und Morten. Daneben Palmes Amtsnachfolger Ingvar Carlsson.

Entgegen sonstigem Brauch ergriff auch König Carl XI. Gustav das Wort zu einer Würdigung des Verstorbenen. Die Schweden hätten nicht nur einen bedeutenden Politiker, sondern auch er selbst einen „persönlichen Freund" verloren. Willy Brandt, ein enger Freund Palmes, bezeichnete den prominenten Sozialdemokraten als einen „unermüdlichen und höchst inspirierten Politiker". Den Hinterbliebenen zugewandt, sagte Brandt: „Ich danke Dir, Olof, für alles, was Du geleistet hast."

150 000 folgten dem Sarg

Die Stimmung während des zweistündigen Festaktes im Rathaus rutschte niemals in eine weinerliche Selbstverzagtheit ab. Allenfalls eine leichte Melancholie legte sich über die Festgäste. Dafür sorgte auch die Musikauswahl, in der Elemente des von Palme geliebten Jazz nicht fehlten. Beim Einzug der Gäste spielte das Arne-Domnerus-Orchester unter anderem „Nobody knows". Alle 284 schwedischen Gemeindedistrikte hatten jeweils ein Kind in einem Chor entsandt, der „Wir reichen uns die Hände" anstimmte. Lisbet Palme hatte dieses Lied ausgewählt.

150 000 Menschen folgten anschließend dem schlichten Sarg, als er in einem feierlichen Zug durch die Stockholmer Innenstadt zum Adolf-Frederik-Friedhof getragen wurde. Die Bestattung fand in der Abenddämmerung im engsten Familienkreis statt – in Sichtweite von jener Stelle, an der Palme am 28. Februar auf der Straße erschossen wurde.

Machtkampf in Ecuador stärkt den Präsidenten

Bevölkerung stellt sich hinter Regierung / Rebellen in Haft

WERNER THOMAS, Quito

Nach sieben turbulenten Tagen ist Ecuador zur Ruhe zurückgekehrt. Der Rebellen-General Frank Vargas sitzt in Haft. Die Hauptstadt Quito wirkt normal: viel Verkehr, pulsierende Passantenströme, wenig Polizei. Der internationale Flughafen Mariscal Sucre ist wieder geöffnet.

Die Vargas-Rebellion erreichte ironischerweise das Gegenteil ihres erklärten Ziels: Der demokratische Präsident Leon Febres Cordero wurde nicht gestürzt, sondern gestärkt. Diesen Eindruck erwecken Umfragen von Rundfunksendern unter der Bevölkerung. Auch fast alle Zeitungen, darunter die beiden größten Blätter „El Comercio" (Guayaquil) und „Hoy" (Quito), stützen den Staatschef. In Guayaquil und Quito formierten sich Demonstrationen für die Regierung.

Kein Widerstand

Der Machtkampf ging zu Ende, als der Präsident am Freitag nachmittag Armee-Truppen mit sechs Panzern auf den neben dem Flughafen gelegenen Luftwaffenstützpunkt schickte, in dem sich Vargas verschanzt hatte. Bei einem 40 Minuten langen Gefecht kamen vier Personen ums Leben, zwei Soldaten und zwei Zivilisten; es gab 15 Verletzte. Vargas flüchtete in einen Lagerraum, wo er sich später widerstandslos festnehmen ließ. Er wollte eigentlich „bis zum Tod gegen die Tyrannei" kämpfen. Jetzt muß der Überlebende vor ein Militärgericht.

Febres Cordero ist auch deshalb gestärkt worden, weil die wichtigsten Oppositionspolitiker während dieser Krise eine schwache Rolle spielten. Keiner distanzierte sich in einer öffentlichen Erklärung von Vargas und verurteilte die Herausforderung an die demokratische Ordnung. Der Sozialdemokrat Rodrigo Borja, vor zwei Jahren der unterlegene Präsidentschaftskandidat, unterstützte dagegen die von Vargas vorgebrachten Korruptionsbeschwerden. Ex-Präsident Oswaldo Hurtado, ein linker Christdemokrat, meldete sich nie zu Wort.

Kritik der Kommunisten

Der konservative Präsident äußerte den Verdacht, daß der Rebellengeneral nicht auf eigene Faust gehandelt habe. Er vermutete eine „politische Konspiration". Joffre Turbay, einer der engsten Berater des Staatschefs, meinte, Vargas sei „nur die Spitze des Eisbergs" gewesen. Hinter ihm hätten „extremistische Gruppen" gestanden.

Nach dem Ende der Krise wollte lediglich die kommunistische Gewerkschaft „Einheitsfront der Arbeiter" (FUT) Vargas verteidigen. Sie kritisierte den „Mißbrauch militärischer Macht" (durch die Regierung) und bedauerte, daß man „keine demokratische Lösung" gesucht habe.

Leon Febres Cordero, der am Wochenende die 15 Verwundeten besuchte, beabsichtigt personelle Veränderungen in der Führungsstruktur der Steitkräfte, um weitere Meutereien zu verhindern. Der Verteidigungsminister und der bisherige Armee-Chef sind bereits zurückgetreten.

Für Gipfel noch kein Termin

dpa, Stockholm

US-Außenminister George Shultz und der sowjetische Ministerpräsident Nikolai Ryschkow sind am Samstag nach der Trauerfeier für den ermordeten schwedischen Ministerpräsidenten Olof Palme in der Botschaft der UdSSR in Stockholm zusammengekommen. Das Gespräch dauerte 45 Minuten länger als geplant. Nach Angaben von Shultz wurde dabei auch der Termin eines zweiten Gipfeltreffens zwischen US-Präsident Ronald Reagan und dem sowjetischen Parteichef Michail Gorbatschow diskutiert. Ein Termin sei nicht vereinbart worden. Die Unterredung wurde als „offen und objektiv" bezeichnet.

Irak zerstört iranische Panzer

rtr, Bagdad

Irak hat nach eigenen Angaben gestern bei einem Überraschungsangriff auf ein Militärlager bei der Stadt Ahwas im Westen Irans Hunderte von iranischen Militärfahrzeugen, darunter viele Panzer, vernichtet. Bei dem von 56 irakischen Bombern geflogenen Einsatz wurden zahlreiche iranische Soldaten getötet. Der Bomberverband sei ohne eigene Verluste zurückgekehrt, berichtete ein Militärsprecher in Bagdad. Nach Angaben des Londoner Instituts für Strategische Studien verfügte Iran bis dahin über rund 1000 Panzer. Die Gefechtsfahrzeuge wurden in amerikanischen, britischen und sowjetischen Fabriken produziert.

Präsident Diouf – eine gemäßigte Stimme in Afrika

ACHIM REMDE, Dakar

Politische Wirren und wirtschaftliche Katastrophen sind Senegal bislang erspart geblieben, aber die afrikanische Krankheit grassiert auch hier. Auslandsverschuldung und Handelsbilanzdefizit sind hoch, die Wirtschaftsentwicklung stagniert. Dabei nimmt das westafrikanische Land, das etwas kleiner als die Bundesrepublik ist, aber nur 6,5 Millionen Einwohner hat, weltweit einen der ersten Plätze unter den Entwicklungshilfeempfängern ein.

Präsident Abdou Diouf, der heute zu einem offiziellen Besuch in die Bundesrepublik kommt und nach zwei Tagen in Bonn auch nach Berlin, Stuttgart und München reisen wird, ist bis zur nächsten Gipfelkonferenz der Organisation für Afrikanische Einheit (OAU) auch turnusmäßiger Vorsitzender dieses Gremiums. Für ein weiteres Jahr will er nicht kandidieren, weil er sehr wohl weiß, daß er seine Arbeitskraft voll und ganz den Problemen des eigenen Landes widmen muß.



Besuch in Bonn: Senegals Staatschef Abdou Diouf

Es gilt, die Landwirtschaft zu rehabilitieren, die durch niedrige staatliche Ankaufspreise unattraktiv geworden ist, und die aufgeblähten Staatsbetriebe zu beseitigen, in denen ein Heer von Bürokraten zäh seine Pfründe verteidigt.

Auch Diouf war einer von ihnen, bevor ihn sein illustrer Vorgänger Leopold Senghor zu seinem Kronprinzen machte, um ihm 1981 freiwillig die Macht zu übergeben. Seitdem hat sich Diouf als besonnener Staatsmann profiliert. Vor allem als OAU-Vorsitzender unterschied er sich in positiver Weise von seinen Vorgängern Nyerere und Mengistu, indem er betonte, daß Afrikas Führer auch selbst in der Verantwortung stünden, Hunger und wirtschaftlichen Niedergang zu bekämpfen. Auch gehört er nicht zu jenen, die die weißen Südafrikaner „ins Meer treiben wollen". Er tritt für „weichere" Wirtschaftssanktionen gegen Südafrika ein.

Briefe an DIE WELT

DIE WELT, Godesberger Allee 99, Postfach 200 866, 5300 Bonn 2, Tel. 0228/30 41, Telex 8 85 714

Zweifel am Gutachter

„Bendas Zweifel an der 116-Vorlage sind für die SPD der ‚Knüller'"; WELT vom 11. März

Sehr geehrte Herren,

Dr. Benda ist Jurist und hat unlängst im Auftrag der Regierung von Nordrhein-Westfalen ein – doch sicher hochbezahltes – Rechtsgutachten zum Paragraphen 116 erstellt. Rechtsgutachten solcher Art sind jedoch von vornherein darauf abgestellt, für den Rechtsstandpunkt des Auftraggebers Argumente zu liefern und die Gegenargumente zu widerlegen oder zu entkräften. Das hat mit der persönlichen „Überzeugung" des Gutachters – wenn er überhaupt eine hat – nichts zu tun, ist nur die Äußerung einer Meinung oder Ansicht.

Entscheiden müssen die Politiker; sie sind gefordert.

Doch während bei Gericht der unabhängige Richter, verpflichtet nur dem Gesetz und seinem Gewissen, das letzte Wort hat, fehlt im politischen Kampf zwischen den Parteien, zwischen Regierung und Opposition und Regierung und Interessenverbänden das ausgleichende Organ, wie es der Richter sein soll. Deshalb wird wohl auch heute so oft – allzuoft – ein oberstes Gericht angerufen, bald von Parteien, bald von Regierungen. Zu einer *Vermenschlichung* der politischen Auseinandersetzungen trägt dies allerdings nicht das geringste bei.

Und die brauchten wir so notwendig für unser Volk, wenn die politischen Gegensätze nicht weiter hochgejagt werden sollen, so daß zwischen politisch Andersdenkenden menschlich kein Weg mehr zum anderen möglich ist.

Mit freundlichen Grüßen
Dr. Rudolf Ohlbaum,
Ottobrunn

Betroffene Generation

„Pankraz, die Flöhe und die ewigen Angeklagten"; WELT vom 10. März

Sehr geehrte Redaktion,

Pankraz dankt für seine Ausführungen über die deutsche Kriegsgeneration herzlich ein Angehöriger des Jahrganges 1925. (Mit 16 freiwillig gemeldet, mit 17 eingezogen, mit 19 in sowjetische Kriegsgefangenschaft, mit 24 als „Konterrevolutionär" – Paragraph 58.4 – zu 25 Jahren Arbeitslager verurteilt; am 9. Oktober 1955 heimgekehrt.)

Am 30. Januar 1933 war ich sieben Jahre alt, und als der Krieg ausbrach, war ich gerade 14 geworden. Wer meine Lebensdaten liest – und sie können stellvertretend für Hunderttausende ehemaliger deutscher Soldaten stehen – wird verstehen, daß wir uns – wie Pankraz schreibt – als Opfer einer geschichtlichen Entwicklung sehen, an der wir selbst nicht beteiligt waren.

Trotzdem werden wir ständig mit Schuldzuweisungen bedacht und der eigene Staat läßt es an der Vertretung der Rechte seiner Söhne unserer Generation erheblich fehlen. Wir sollten auch daran erinnern dürfen, daß die in sowjetischer Kriegsgefangenschaft über uns verhängten Urteile niemals aufgehoben worden sind; wir wurden ja nur amnestiert.

Die angeklagte Generation kann sich immer weniger wehren. Wir werden immer weniger; unsere Stimmen werden leiser, um Gerechtigkeit für unsere Generation einzufordern. Es wird höchste Zeit, daß sich die Generation unserer Söhne vor ihre Väter stellt.

Mit freundlichen Grüßen
Dieter Pfeiffer,
Berlin 33

*

Sehr geehrter Herr Dr. Zehm,

mit diesem glänzend geschriebenen Artikel haben Sie der Generation der Weltkriegteilnehmer aus dem Herzen gesprochen. Daher im Namen von Hunderttausenden noch lebenden Teilnehmern der schweren Kriegs- und Nachkriegszeit herzlichen Dank für die klaren Worte, die jedoch auf die heutigen Medien sicher keinen Einfluß haben werden.

Sei's drum!

Dr. Friedrich-Wilhelm
v. Seydlitz-Kurzbach,
Ulm/Donau

*

Sehr geehrter Herr „Pankraz",

Zustimmung zu Ihrer Glosse: „Die Flöhe und die ewigen Angeklagten".

Aber in einem Punkt Widerspruch: Sie schreiben zu Recht, daß sich die Angehörigen der Generation von 1895 bis 1926 nicht als Gestalter, sondern als Opfer der geschichtlichen Prozesse sehen.

Ähnliches gilt aber auch für die Jugend, die Sie kritisieren. Woher soll unsere Jugend ihr Weltbild nehmen? Soziologen, Psychologen und andere Propagandisten und ihre Nachbeter haben die „Seele" unseres Volkes zerstört, Fortsetzung des Krieges mit anderen Mitteln. Welche Eltern haben Können, Wissen und Kraft genug, um dieser Beeinflussung ihrer Kinder etwas entgegenzusetzen?

Mit besten Grüßen
Ihr Ehrhardt Bödecker,
Berlin 30

*

Sehr geehrter Herr Dr. Zehm,

ich las diese Stellungnahme als Betroffener mit lebhafter Zustimmung und bemerke dazu, daß der Ausdruck in Klammern am Ende des zweiten Absatzes „(oder auch des schlauen Kalküls)" zu feinfühlig ausgedrückt ist. Auf Seite 10 der gleichen Ausgabe der *WELT* berichtet Carl Gustav Ströhm von dem wegen der Verleumdungen zornigen Waldheim. Ich bin überzeugt, daß es sich um eine bewußte Verleumdung handelt: „Calumniare audacter, semper aliquid haeret!" und der Kanzlerkandidat der SPD hat allen Grund, in seinem Aufruf für eine neue Politik an den Anstand – vor allem bei seinen Parteigenossen – zu appellieren.

Mit den besten Grüßen
Werner Keyl,
Düsseldorf 30

*

Diesem Artikel ist voll und ganz zuzustimmen und ich danke Ihnen dafür. Ich bin Jahrgang 1920 und war von 1940 bis 1945 Soldat der Deutschen Wehrmacht.

Es erstaunt mich immer wieder, wenn in den Medien Sendungen über die Kriegszeit gebracht werden, die mit der Wirklichkeit des Normalbürgers überhaupt nichts gemeinsam haben. *Weiß das wirklich niemand* besser?

Ich bin überzeugt, daß im Laufe der nächsten Jahrzehnte viel Geschichte umgeschrieben werden wird; nämlich dann, wenn unbefangene, kritische und ehrliche Historiker sich wissenschaftlich mit der Zeit von 1914–1948 befassen werden. Zur Zeit ist alles, was in den Medien abläuft, ideologisch eingefärbt. Aber die Wahrheit wird sich durchsetzen, auch wenn es lange dauert.

Im übrigen ist es für *meine* Generation unerheblich, was nachgewachsene und unwissende Generationen von sich geben. Auch sie werden noch lernen müssen.

Rudolf Gebert,
Hamburg 53

*

Endlich hat einmal jemand den Mut gehabt, die Gefühle der von Hitler mißbrauchten Generation in adäquater Form zum Ausdruck zu bringen! Jedenfalls möchte ich als Betroffener des Jahrgangs 1924 Pankraz meinen herzlichen Dank aussprechen.

Edgar Hügel,
Grefrath

Pflegevorsorge

Sehr geehrte Damen und Herren,

kein junger Mensch denkt daran, sich für Pflegekosten zu versichern, Kinder, wie angeboten, schon gar nicht. Darum müßte im Rahmen der Krankenkassen oder Rentenversicherung jeder, seinem Alter entsprechend, einen Beitrag zahlen, wodurch ihm im Alter (an das er jetzt noch nicht denkt) geholfen werden kann.

Auch wir hätten wahrscheinlich keine Rentenversicherungsbeiträge gezahlt, wenn das Gesetz uns nicht gezwungen hätte. Jetzt sind wir froh darum.

Ich bin bereit, gleich eine höhere Summe aufgrund meines Alters einzuzahlen. Aber mir genügt es, wenn meine Zugehfrau mir mein Essen zubereitet und reicht, und wenn bei Bedarf die Gemeindeschwester käme. Ich möchte keinen unvertrauten, herrschsüchtigen Besserwisser im Haus haben, sondern eine ehrliche Person meines Vertrauens, und die kostet wahrscheinlich nicht einmal „täglich bis 150 Mark".

Welche alltagsfremden (männlichen) Theoretiker machen denn diese Vorschläge?

Beate Mertens,
Heidelberg

Stille Helfer

„Sie kämpfen für das Recht auf einen natürlichen Tod"; WELT vom 12. März

Sehr geehrte Damen und Herren,

in dem Bericht wird ausgeführt, daß *lediglich zwei* private deutsche Hilfsorganisationen ihre Tätigkeit in Uganda nicht eingestellt hätten. Dabei wird völlig übersehen, daß im Rubaga-Hospital in Kampala mehrere deutsche Landsleute seit Jahren einen aufopfernden Dienst versehen. An diesem Krankenhaus, das immer wieder *in die Wirren der kriegeri*schen Auseinandersetzungen hineingezogen wurde, arbeiten u. a. die beiden Stuttgarter Ärztinnen Dr. Rita Moser und Dr. Judith Sailer. Frau Dr. *Moser ist seit 1959 in Kampala tätig.* Sie hat in dieser Zeit alle politischen Epochen hautnah miterlebt. Britisches Protektorat, 1962 Machtübernahme von Milton Obote, von 1971 an die *Diktatur Idi Amins, 1979* den Befreiungskrieg mit der abermaligen Machtübernahme von Obote, die Okello-Regierung und jetzt die Museveni-Regierung. Dies war, wie sie selbst einmal sagte, ein täglicher Kampf gegen Krankheit und Tod. Wir können uns kaum vorstellen, was es bedeutet, als leitende Ärztin die Verantwortung *für Kranke zu haben,* wenn es an den notwendigsten Dingen wie Medikamente, Verbandszeug, Instrumente, Lebensmittel und Trinkwasser fehlt.

Als Mitglied des Bundestagsausschusses *„Humanitäre Hilfe"* habe ich deshalb in den letzten vier Jahren vier Hilfsflüge organisiert, um die größte Not in Uganda mildern zu helfen.

Ich habe diesen Leserbrief geschrieben, um ein Zeugnis für die vielen Namenlosen abzulegen, die *draußen in der Welt* ihren aufopfernden, selbstlosen Dienst für die in Not befindlichen Menschen leisten. Landsleute, die nicht in den Medien erscheinen, die aber Jahrzehnte hinweg einen stillen und beispielhaften Dienst am Nächsten leisten.

Roland Sauer, MdB, CDU
Mitglied des Unterausschusses
für Humanitäre Hilfe,
Stuttgart

Wort des Tages

„Der *Idealist* geht glatt durch die Mauern und stößt sich wund an der Luft."

Alfred Polgar, österreichischer Autor (1875–1955)

Nicht von Adel

„In Berlin schlägt das Herz der Herzchirurgie"; WELT vom 5. März

Sehr geehrte Damen und Herren,

es mag sein, daß ein unwissender Taxifahrer die Abkürzung RvW gebraucht hat. Ich habe, auch in Berlin, noch niemals die Bezeichnung „Rudolf-von-Virchow-Krankenhaus" gehört.

Rudolf Virchow hat nie ein Adelsprädikat besessen! *Es wäre ganz si*cher das letzte gewesen, was gerade Virchow akzeptiert hätte, der sich in jeder Hinsicht als ein Vertreter des liberalen Bürgertums verstand.

Mit freundlichen Grüßen
Dr. H. Hartwig,
Lübeck 1

Versehen?

„Bundeswehr legt sich mächtig ins Zeug"; WELT vom 1. März

Sehr geehrte Damen und Herren,

mit Interesse habe ich Ihren Bericht gelesen. Erinnerungen an kalte Winter während der eigenen Wehrdienstzeit wurden dabei wieder wach.

Schade ist es, daß der Kälteschutz für Soldaten mit Schweißfüßen und für Brillenträger nicht geeignet ist. Mit Erschrecken frage ich mich, wie unsere Soldaten schießen sollen, wenn die neuen Handschuhe ein Fingerkrümmen am Abzug nicht zulassen.

Sollte dieses „Versehen" der erste Schritt zur Abrüstung sein?

Mit freundlichen Grüßen
Jürgen Strohte,
Höxter

Personalien

GEBURTSTAG

Bundespräsident Richard von Weizsäcker hat dem Schriftsteller **Siegfried Lenz**, der heute seinen 60. Geburtstag feiert, telegraphisch seine Glückwünsche übermittelt. Weizsäcker würdigt den im ostpreußischen Lyck geborenen Autor als „*unbestechlich* und *bescheiden,* eindeutig und unaufgeregt". In seinem Werk habe Lenz die Erfahrungen einer ganzen Generation mit Unrecht und Gewalt, mißbrauchter *Begeisterung* und Sterben beschrieben und die moralischen und politischen Folgen einer belastenden Vergangenheit einem großen Leserkreis verständlich gemacht, schreibt Weizsäcker. *Lenz hat in* seinem Werk fast durchgängig den Verlust des deutschen Ostens thematisiert; zu den bekanntesten Titeln seines Œuvres zählen neben der „Deutschstunde" von 1968 die Romane „Der Mann im Strom" und die vom Fernsehen verfilmte Erzählung „So zärtlich war Suleyken".

VERANSTALTUNG

Mit dem Abschied des französischen *Botschafters* **Jacques Morizet** geht in Bonn ein Kapitel bedeutender deutsch-französischer Nachkriegsgeschichte zu Ende. Auf Schloß Ernich, in seiner Residenz, *über den Höhen von Remagen,* empfing der Diplomat einige hundert Gäste. Außenminister **Hans-Dietrich Genscher** hatte sich angesagt, blieb dann aber in der namentlichen Abstimmung des Bundestages hängen. Der Botschafter begrüßte den Staatssekretär im Bundesverteidigungsministerium, **Lothar Rühl**, den Ministerialdirektor im Auswärtigen Amt, Dr. **Jürgen Sudhoff**, Protokollchef **Werner Graf von der Schulenburg**, den Vorsitzenden der CDU/CSU-Fraktion, Dr. **Alfred Dregger**, und das Bonner Stadtoberhaupt, Oberbürgermeister Dr. **Hans Daniels**. Unter den zahlreichen ausländischen Diplomaten waren der amerikanische Botschafter **Richard Burt**, der britische Botschafter **Sir Julian L. Bullard**, Italiens Botschafter Professor Dr. **Luigi Vittorio Ferraris** und der Leiter der Ständigen Vertretung der „DDR" in Bonn, **Ewald Moldt**. Botschafter Morizet wird voraussichtlich noch vor Ostern Bonn verlassen. Sein Nachfolger **Serge Boidevaix**, zur Zeit Sonderbeauftragter seiner Regierung in Beirut, wo er die Verhandlungen über die dort festgehaltenen französischen Geiseln führt, hat inzwischen von Bundespräsident **Richard von Weizsäcker** das Agrément erhalten. Der Diplomat war bereits in den 60er Jahren an der französischen *Botschaft in Bonn* tätig. Beim gesellschaftlichen „small talk" auf Ernich pries man jetzt *nicht nur seine* diplomatischen Fähigkeiten sondern auch seine Passion für die Jagd.

EHRUNGEN

Der ehemalige Bundeswirtschafts- und Bundesfinanzminister **Karl Schiller** *wird mit der* Bürgermeister-Stolten-Medaille ausgezeichnet. Die 1925 vom Hamburger Senat gestiftete Auszeichnung – in der Hansestadt werden keine Orden vergeben – *ehrt* Persönlichkeiten, die sich durch ihr öffentliches Wirken bleibende Verdienste um Hamburg erworben haben. Schiller, der am 24. April 75 Jahre alt wird, stammt aus Breslau. Er hat in Hamburg als ordentlicher Professor für Volkswirtschaft, als Rektor der Universität und von 1948 bis 1953 als Wirtschaftssenator die Grundlagen für den Wiederaufbau der hamburgischen Wirtschaft nach dem Kriege mitgelegt. Schiller, dem 1983 die Würde eines Ehrensenators der Universität Hamburg zuerkannt wurde, lebt heute in Jesteburg in der Lüneburger Heide.

*

Der frühere bayerische *Minister*präsident **Alfons Goppel**, wurde Ehrenmitglied des Deutschen Roten Kreuzes. DRK-Präsident **Botho Prinz zu Sayn-Wittgenstein** dankte dem früheren bayerischen Landesvater für langjährige engagierte Tätigkeit im DRK. Dr. Goppel war *Vorstandsmitglied* des DRK-Kreisverbandes Aschaffenburg und von 1969 bis 1984 Präsident des bayerischen Roten Kreuzes. Von 1976 bis 1979 übernahm er das Amt des DRK-*Vizepräsidenten. Außerdem* arbeitete er viele Jahre im Vorsitz beim Präsidialrat mit.

*

Der Stuttgarter Architekt **Ulrich Frohnmayer** hat in Berlin den mit 10 000 Mark dotierten Schinkel-Preis des angesehenen Architekten- und Ingenieurvereins erhalten. *Frohnmayer legte einen Plan für die* Umgestaltung der Trabantenstadt „Märkisches Viertel" vor. Der Preis erinnert an den großen preußischen Baumeister **Karl Friedrich Schinkel**, *1781 bis 1841.* Der Schinkel-Wettbewerb 1986/87 soll sich zum Auftakt der 750-Jahr-Feier Berlins vor allem mit dem innerstädtischen Gebiet um den Berliner Bahnhof Zoo beschäftigen.

ERGEBNISSE

K'lautern – Leverkusen 4:1 (1:1)
Mannheim – München 0:2 (0:0)
Frankfurt – Bremen 0:2 (0:0)
Uerdingen – Dortmund 2:0 (0:0)
Hamburg – Saarbrücken 4:0 (2:0)
Köln – Hannover 3:0 (1:0)
Nürnberg – Schalke 3:1 (2:0)
Düsseldorf – Stuttgart 0:7 (0:2)
Bochum – M'gladbach 2:2 (0:1)

DIE SPIELE

K'lautern – Leverkusen 4:1 (1:1)

K'lautern: *Ehrmann* – *Geye* – *Dusek*, Wolf – Melzer, Wuttke, Brehme, Moser, Loechelt (57. Schupp) – Allofs, Trunk (85. Spielberger). – **Leverkusen:** Vollborn – Hörster – Zanter (73. Drews), Reinhardt, Hielscher – Götz, Schreier, Hantzidis, Hinterberger (46. Röber) – Waas, Tscha. – **Schiedsrichter:** Tritschler (Freiburg). – **Tore:** 1:0 Brehme (38., Foulelfmeter), 1:1 Götz (41.), 2:1 Trunk (62.), 3:1 Trunk (80.), 4:1 Moser (88.). – **Zuschauer:** 12 641.

Mannheim – München 0:4 (0:4)

Mannheim: Zimmermann – Sebert – Schlindwein, Dickgießer – Kohler, Tsionanis, Scholz (46. Remark), Schön, *Quaisser* – *Klotz* (72. *Rombach*), Walter. – **München:** Pfaff – Beierlorzer – Eder, Pflügler – Nachtweih, Matthäus, Lerby, Rummenigge (74. Hartmann), Willmer – Wohlfahrt (46. Mathy), Hoeneß. – **Schiedsrichter:** Horeis (Buchholz). – **Tore:** 0:1 Hoeneß (7.), 0:2 Nachtweih (13.), 0:3 Hoeneß (15.), 0:4 Wohlfarth (34.). – **Zuschauer:** 25 000. – **Gelbe Karten:** Nachtweih (4/1), Beierlorzer (2).

Frankfurt – Bremen 0:2 (0:0)

Frankfurt: Gundelach – Theiss – Kraaz, Körbel – Sievers, Berthold, Falkenmayer, Kitzmann, Trieb (83. Sarroca) – Krämer, Friz. – **Bremen:** Burdenski – Pezzey – Schaaf, Kutzop – Hermann, sidka, Votava, Meier (74. Okudera), Otten – Neubarth (83. Wolter), Burgsmüller. – **Schiedsrichter:** Broska (Gelsenkirchen). – **Tore:** 0:1 Hermann (79.), 0:2 Okudera (90.). – **Zuschauer:** 25 000. – **Gelbe Karten:** *Falkenmayer* (3), Körbel (4/1), Kutzop.

Bochum – M'gladbach 2:2 (0:1)

Bochum: Kleff – Kempe – Oswald, Kree – Wielert (46. Wegmann), Kühn, Lameck, Benatelli (46. Fischer), Tenhagen – Leifeld, Kuntz. – **M'gladbach:** *Sude* – *Bruns* – Winkhold, Borowka – Krisp, Hochstätter, Rahn (81. Herbst), Lienen (73. Drehsen), Frontzeck – Criens, Mill. – **Schiedsrichter:** Kautschor (Eschweiler). – **Tore:** 0:1 Criens (26.), 1:1 Kühn (53.), 1:2 Rahn (79.), 2:2 Leifeld (87.). – **Zuschauer:** 20 000. – **Gelbe Karten:** Kühn, Rahn (3), Bruns (3), Hochstätter (2).

Uerdingen – Dortmund 2:0 (0:0)

Uerdingen: Vollack – Herget – Dämgen (89. Janssen), W. Funkel – Wöhrlin, Feilzer, F. Funkel, Buttgereit, Raschid – Schäfer (75. Brinkmann), Gudmundsson. – **Dortmund:** Immel – Pagelsdorf – Lusch, Hupe – Zorc, Bittcher, Raducanu, Loose, *Kutowski* – Simmes, Wegmann. – **Schiedsrichter:** Schmidhuber (Ottobrunn). – **Tore:** 1:0 Schäfer (50.), 2:0 Feilzer (75.). – **Zuschauer:** 9000. – **Rote Karte:** Pagelsdorf.

Hamburg – Saarbrücken 4:0 (2:0)

Hamburg: Stein – Plessers – Homp, Schröder, Duve – Lux, Rolff, Kroth (66. Bressem), Magath (46. von Heesen) – Gründel, Balzis. – **Saarbrücken:** Hallmann – Boysen – Szesni (60. Berge), Kruszynski, W. Müller – Jambo, Muntubila (49. Hönnscheidt), Jusufi, Blättel – Mohr, D. Müller. – **Schiedsrichter:** Brückner (Darmstadt) – **Tore:** 1:0 Balzis (2.), 2:0 Balzis (17.), 3:0 von Heesen (56.), 4:0 Balzis (89.). – **Zuschauer:** 10 700. – **Gelbe Karte:** Boysen (2).

Köln – Hannover 3:0 (1:0)

Köln: Schumacher – van de Korput – Prestin, Steiner – Janßen, Lehnhoff, Geilenkirchen (46. Bein), Geils, Hönerbach – Dickel, Allofs. – **Hannover:** Raps – Hellberg – Thiele, Geschlecht – Sur*mann*, *Giesel*, *Ronge* (73. *Reich*), *Heidenreich* (46. Kuhlmey), Thomas – Gue, Schaub. – **Schiedsrichter:** Witke (Mönchzell). – **Tore:** 1:0 Prestin (44.), 2:0 Bein (82.), 3:0 Allofs (84.). – **Zuschauer:** 7000. – **Gelbe Karten:** Geils (7), Steiner (4/1), Geschlecht. – **Rote Karte:** Giesel.

Nürnberg – Schalke 3:1 (2:0)

Nürnberg: Heider – Reuter – T. Brunner, Grahammer – Güttler, Philipkowski, Dorfner (72. Nitsche), Geyer, Wagner – Andersen, Klaus (76. Stenzel). – **Schalke:** Junghans – Fichtel – Kruse, Schipper (68. Regenbogen) – Kleppinger, Dierßen, Opitz (46. Schatzschneider), Dietz, Thon – Hartmann, Täuber. – **Schiedsrichter:** Dellwing (Osburg). – **Tore:** 1:0 Reuter (18.), 2:0 Andersen (44.), 3:0 Geyer (50.), 3:1 Täuber (89.). – **Zuschauer:** 19 300. – **Gelbe Karte:** Täuber.

Düsseldorf – Stuttgart 0:7 (0:2)

Düsseldorf: Schmadtke – Fach – Keim, Kuczinski (57. Bunte) – Bockenfeld, Weikl, Zewe, Grabotin (46. Thomas), Demandt – Thiele, Holmquist. – **Stuttgart:** Jäger – Zietsch – Schäfer, Buchwald – Allgöwer, Müller, Spies (66. Reichert), *Nushöhr* (46. *Schlegel*), Hartmann – Klinsmann, Pasic. – **Schiedsrichter:** Barnick (Schenefeld). – **Tore:** 0:1 Spies (15.), 0:2 Klinsmann (37.), 0:3 Klinsmann (47.), 0:4 Klinsmann (49.), 0:5 Klinsmann (75.), 0:6 Klinsmann (78.), 0:7 Allgöwer (88.). – **Zuschauer:** 12 000. – **Gelbe Karten:** Keim (3), Nushöhr (4/1).

VORSCHAU

Nachholspiele (Dienstag)

Schalke – Saarbrücken (2:3)
M'gladbach – Mannheim (1:3)
Hannover – Hamburg (0:3)

Der 28. Spieltag

Freitag, 21.3., 20 Uhr:

Leverkusen – Dortmund (1:1)
Bremen – K'lautern (0:3)

Samstag, 22.3., 15.30 Uhr:

Schalke – Düsseldorf (1:1)
Hannover – Nürnberg (3:3)
Saarbrücken – Köln (1:3)
M'gladbach – Frankfurt (1:1)
München – Bochum (0:3)
Hamburg – Uerdingen (3:0)
Stuttgart – Mannheim (3:5)

In Klammern die Ergebnisse der Hinrunde.

FUSSBALL / Stuttgarter Jürgen Klinsmann der Mann des Tages beim 7:0 über Düsseldorf



● *Fünf Tore in einem Spiel – Jürgen Klinsmann vom VfB Stuttgart hat es geschafft. Innerhalb von nur 42 Minuten. Doch so selten ist diese Leistung nicht. Vor ihm schaffte das zuletzt der Isländer Atli Edvaldsson für Fortuna Düsseldorf beim 5:1 über Frankfurt am 4. Juni 1983. Und Gerd Müller gelang das Kunststück gleich viermal. Den Rekord hält Dieter Müller mit sechs Treffern beim Kölner 7:2 über Bremen am 17. August 1977.*

● *Zum ersten Mal seit dem 1. Februar gab es am Wochenende keinen Spielausfall. Nach insgesamt 32 Absagen wegen des strengen Winters stehen im ohnehin dicht gedrängten Fahrplan durch die WM-Saison, die am 26. April endet, noch 16 Nachholspiele. Die Termin-Hatz zur Begradigung der Tabelle geht bereits morgen mit drei Nachholspielen weiter: Schalke – Saarbrücken, Mönchengladbach – Mannheim, Hannover – Hamburg.*

● *Der Abstand zwischen Bremen und München bleibt konstant. Die beiden Spitzenklubs überzeugten erneut in Auswärtsspielen durch Angriffsfußball (München) und Gelassenheit (Bremen). „Wenn man Meister werden will, muß man auch Glück haben. Das hatten wir bei unserem 2:0-Erfolg in Frankfurt wirklich", sagt Bremens Torwart Dieter Burdenski. Aber für Mannheims Trainer Schlappner steht fest: „München redet noch ein Wort mit."*

„Unglaubliches Gefühl der Befriedigung" gleich fünfmal genossen

Von ULRICH DOST

Noch kaum ist es jemals einem Spieler gelungen, das auszudrücken, was in ihm vorgeht, wenn er ein Tor erzielt hat. Auch **Jürgen Klinsmann** (21) kann es nicht. Er kann es nur umschreiben: „Wenn ich ein Tor geschossen habe, das ist etwas Einzigartiges. Ein unglaubliches Gefühl der Befriedigung, ich könnte vor Glück außer mich geraten. Ein Tor zu machen war für mich immer das Größte, egal, ob es das erste oder fünfte war." Fünfmal erlebte der Stürmer des VfB Stuttgart beim 7:0-*Erfolg in Düsseldorf dieses Glücksgefühl.* So einer rückt selbstverständlich in den Blickpunkt.

Die Journalisten scharten sich um ihn im Düsseldorfer Rheinstadion. Aber Jürgen Klinsmann *blieb ganz* cool, zurückhaltend, bescheiden. Die Glücksgefühle hatte er auf dem Rasen ausgetobt. Jetzt war nur noch berechtigter Stolz auf das Erreichte zu spüren. Große Sprüche sind nicht seine Art. „Es gibt Tage, an denen gelingt einem alles", meinte er, „und es *gibt Monate, da* gelingt einem nichts." Obwohl er noch so jung ist, hat er das Wellental der Gefühle schon längst durchschritten.

Als 17jähriger unterschrieb er seinen ersten *Profi-Vertrag bei den* Stuttgarter Kickers. Für 700 000 Mark wechselte er in der vorigen Saison zum Lokalrivalen. Und gleich mußte er erfahren, wie hart das Brot für ihn in der Eliteklasse sein kann, wie schnell sich Erfolg und Mißerfolg abwechseln. Nach einem Spiel gegen *Hamburg* sagte Nationalspieler **Ditmar Jacobs** (30) über ihn: „Dieser Bengel schießt schneller, als du denkst." Kurz darauf wurde dieser Bengel aber von **Rolf Rüßmann** (34) fix und fertig gemacht. *Da hat er* in der Kabine geweint. Er hat sich geschämt, und als sie ihn trösten wollten, hat er noch mehr geweint.

Sich selbst bezeichnet er als „ganz empfindlichen Typ", der ganz schnell Stimmungen registriert. Es war ihm nicht entgangen, daß **Otto Baric** (52), bis vor zwei Wochen noch Trainer in Stuttgart, neue Stürmer forderte. Ba*ric mußte gehen, mit* **Willi Entenmann** (38) wurde ein Schwabe Trainer, der dem Schwaben Klinsmann Vertrauen schenkte. „Ich bin froh, daß er weg ist", sagt er heute über Baric, „aber ich habe genauso Fehler gemacht wie er, wahrscheinlich sogar mehr als er."

Selbstkritisch war er schon immer: „Ich schwebe nicht irgendwo in höheren Sphären, meine Leistung ist viel zu unbeständig, ich muß noch gewaltig an mir arbeiten. Oft agiere ich zu überhastet." Doch außerhalb des Spielfeldes weiß der gelernte Konditor genau, was er will. Sein Privatleben gehe niemanden etwas an. Überschnappen werde er nicht, nur *weil er jetzt viel Geld* verdiene. Er fährt einen VW Golf und sagt: „Ein großes Auto wie ein Mercedes paßt nicht zu mir." Wenn er mit seinen Freunden in Geislingen, wo er herstammt, zusammen ist, wird nicht über Fußball geredet: „Ich habe Angst davor, daß mich der Fußball mit Haut und Haaren auffrißt."

Was ihn interessiert, sind Tore. Vor 13 Jahren hat er in der E-Jugend in einer Saison (18 Spiele) mal über hundert Tore erzielt. 16 in einem Spiel waren es *sogar einmal. Klinsmann:* „Das war gegen den TB Gingen, und damals ging es genauso leicht wie jetzt in Düsseldorf."

*

Jörg Berger (41) ist in dieser Saison nach **Werner Biskup** (43) und **Jürgen Rynio** (37) bereits der dritte Trainer, der beim Aufsteiger Hannover 96 arbeitet. Doch wie lange noch? Bergers Bilanz ist wenig schmeichelhaft: 0:10 Punkte, 4:21 Tore. Schenkt man den Gerüchten Glauben, dann ist da*mit zu rechnen, daß die Tage des früheren* „DDR"-Auswahltrainers in Hannover gezählt sind. Die WELT sprach mit Jörg Berger.

WELT: *Sie wurden als Retter geholt, als der Mann, der den Aufsteiger vor dem Abstieg bewahren soll. Derzeit sprechen die Fakten gegen Sie.*

Berger: Die Fakten sehen so aus, daß wir vier *Auswärtsspiele hintereinander* hatten. Das ist bestimmt keine günstige Konstellation. Dafür dürfen wir aber noch siebenmal zu Hause spielen. Auswärts läuft es bei uns eben nicht so. Da kommt wie jetzt in Köln ein dummer Platzverweis hinzu. Und die Tore, die wie machen müßten, machen wir leider nicht. Wir haben in allen Auswärtsspielen, so komisch das auch klingen mag, unsere Chancen gehabt, sie aber nie genutzt. Wer keine Tore schießt und keine Punkte holt, kann nicht in der Bundesliga bleiben.

WELT: *Das würde bedeuten, daß Ihre Mannschaft nicht bundesligatauglich ist. Hat Hannover die Bundesliga schon abgeschrieben?*

Berger: Sie können nicht von mir verlangen, daß ich sage, diese Mannschaft gehört nicht in die Bundesliga. Wir selbst geben uns jedenfalls nicht auf.

WELT: *Worauf beruht denn Ihr Optimismus?*

Berger: Ich weiß, meine Mannschaft spielt verängstigt und unsicher. Doch wer dauernd verliert, kann keinen freien Fußball spielen. Deshalb müssen wir noch enger zusammenrücken. Die Mannschaft muß begreifen, daß sie es nur schaffen kann, wenn alle an einem Strang ziehen, wenn die Geschlossenheit und der Siegeswille da sind.

WELT: *Meinen Sie damit, daß dies einige Spieler in Ihrer Mannschaft noch nicht begriffen haben?*

Berger: Es gibt innerhalb der Mannschaft einige Dinge, die nicht stimmen. Details werde ich keine nennen. Ich habe schon viel verändert und aufgeräumt, doch profihaftes Verhalten sehe ich immer noch nicht bei allen. Ich kann aber die Dinge immer nur wieder und wieder ansprechen. Auf dem Feld muß es dann die Mannschaft alleine umsetzen. Die Spieler müssen sich einig sein.

WELT: *Es wird gemunkelt, daß Sie das Ende der Saison in Hannover nicht erleben werden.*

Berger: Darüber mache ich mir wirklich keine Gedanken. Im Fußball ist alles möglich. Nur: Ich habe mir *nichts vorzuwerfen, ich würde alles* noch einmal so tun. Ein Trainer wird nun einmal an Punkten und Erfolgen gemessen. Mit dem Risiko muß ich leben.

WELT: *Ihr Vertrag läuft zum Saisonende aus. Würden Sie gerne in Hannover bleiben?*

Berger: Ich hänge nicht an Hannover, und vor allem biedere ich mich hier nicht an. Wenn die Bedingungen stimmen, wenn das gegenseitige Vertrauen vorhanden ist, kann man über eine weitere Verpflichtung sprechen. Sonst hat es keinen Sinn.

*

Das Urteil von Hamburgs Manager **Günter Netzer** (41) war vernichtend: „Saarbrücken war eine totale Enttäuschung. Welcher Zuschauer will schon so einen Gegner sehen." Auch die Tage von Saarbrückens Trainer **Uwe Klimaschefski** (47) scheinen gezählt. Und es heißt, wenn ihm der Klub die Nicht-Abstiegsprä*mie von 50 000 Mark* garantiert, dann wäre Klimaschefski, der in die Schweiz wechselt, schon heute bereit, seinen Platz zu räumen. Die besten Aussichten, Klimaschefskis Nachfol*ger zu werden, werden* **Willibert Kremer** (44) nachgesagt. Er besitzt den Vorteil, nach seiner Trennung von Braunschweig direkt mit der Arbeit beginnen zu können.

Jürgen Sundermann (48), *zuletzt* in der Türkei tätig, steht nicht mehr so hoch im Kurs. Mittelstürmer **Dieter Müller** (31) will festgestellt haben, daß die Mannschaft gegen Sundermann ist: „So *einen Schreihals* wollen wir nicht haben." Den hatten sie ja gerade mit Uwe Klimaschefski. Willibert Kremer aber ist ein stiller Arbeiter, der vor drei Jahren bei Düsseldorf in einer ähnlich kritischen Situation einstieg und die Mannschaft vor dem Abstieg bewahrte.

Kniefall der Freude und des Glücks: Jürgen Klinsmann, mit fünf Toren der Mann des Tages. FOTO: RODERICH GEBEL

FC Bayern schön und schlau. Lattek: „Noch nichts ist verloren"

ULFERT SCHRÖDER, **Mannheim**

Die Bayern spielten schön und schlau, klug und wirkungsvoll. Sogar die Mannheimer schauten hingerissen zu. Voll Respekt und voll Bewunderung. Das Resultat, ein 4:0, war am Ende nicht mehr so wichtig. Auf dem dürren Rasen von Ludwigshafen war der *Idealfall* eines Spiels zu erleben.

Klaus Schlappner sagte dem Kollegen Udo Lattek, denn auch seinen „Glückwunsch" für das „totale Vorbild einer Mannschaft". Lattek ging dieses *Kompliment* wie Honig durch die Kehle. Zumal er ebenso empfand. „Traumfußball" nannte er, was sein Team da vorgeführt hatte. *Und, nicht* zu vergessen: Sechsmal *hätten sie* jetzt auswärts „zu Null" gespielt und solch eine Serie könne man nicht hoch genug einschätzen. Gebe sie *doch Hoffnung.* „Noch *nichts* ist verloren", sagte Lattek grimmig in Richtung Bremen. Und Schlappner gab ihm recht. „Schaut mal hin, was im April noch alles gespielt wird und was da noch alles passieren kann. Nee, nee die Bayern spiele noch en große Roll' in dr Maesterschaft."

Kein Wort von den vier Punkten zwischen Bremern und Bayern. Kein Wort davon, daß die Bremer bisher alle Widrigkeiten glänzend umschifft haben. Perfekte Spiele wie das gegen *Waldhof, Spiele an der oberen Grenze* des Machbaren, so glauben die Münchener, müßten den Konkurrenten im hohen Norden zwar spät aber doch früh genug nervös machen (siehe untenstehenden Bericht).

Natürlich, die Situation war günstig für solch ein Spiel. Die Mannheimer hatten dienstags in Bochum gewonnen. Und diese englischen Wochen *sind* sie nicht gewöhnt. Sie hatten jedenfalls die Anstrengungen noch in den Knochen. Und die Bayern hatten sie im Kopf. *Denn die Zeit,* wo Schlappner fürchten mußte, seine Bubis würden die Stars aus München um Autogramme bitten statt ihnen gegen die Schienbeine zu treten, die*se Zeit ist noch nicht ausgestanden.*

Bei den Bayern herrschte ebenfalls der Ausnahmezustand. Sie hatten nach dem 2:3 gegen Düsseldorf eine Woche voll Spott und Frust hinter sich. Lattek *nahm* seine Leute noch am Samstagmorgen, kurz vor dem Spiel, kräftig zur Brust. Er bleute ihnen ein: Heute beginnen die „zehn Tage der Wahrheit".

Am Mittwoch spielen sie in Brüssel gegen Anderlecht um ihre Präsenz auf der internationalen Szene. Und um eine *Menge Geld. Das 2:1 aus dem* ersten Spiel ist ein äußerst dünnes Polster.

Und am Dienstag in einer Woche müssen sie wieder nach Mannheim. Der Wettbewerb um den deutschen Pokal, das ist dritte und letzte Möglichkeit der Bayern, das Saisonsoll zu erfüllen: *wenigstens einen* Titel gewinnen.

Seiner Mannschaft solche Gedanken nahezubringen, sie heiß zu machen, anzuspitzen: Darin ist Lattek unerreicht. Physisch und psychisch topfit, geladen bis in die Haarspitzen gingen die Bayern denn auch ins Spiel, und sie sind erfahren, selbstsicher, ausgeglichen genug, um eine solche Zwangslage nicht als Leistungsdruck zu empfinden.

Sie produzierten schulmäßige An*griffe im doppelten Dutzend.* Die vier Tore waren Prachtexemplare. Hoeneß-Kopfball nach Wohlfahrts Flankenlauf. Nachtweihs Doppelpaß mit Hoeneß und Torschuß nach Alleingang übers ganze Feld. Wohlfahrts Solo im Strafraum und dann der Abstauber von Hoeneß. Schließlich Wohlfahrts Auftritt im Strafraum, als er Kohler den Ball vom Fuß nimmt und in die Lücke von Pfosten und Torwart Zimmermann schießt.

Immer wieder führten Matthäus und *Lerby* vor, wie man den Gegner aus der Abwehr lockt, ihn durch lange Ball-Passagen lähmt und dann durch schnelle Steilpässe mattsetzt. Natürlich darf Lattek sagen, dieses Spiel gebe Selbstvertrauen vor der Partie mit Anderlecht. Denn seine Mannschaft hat zumindest im Test bewiesen, daß sie alle Mittel besitzt, um auch in Anderlecht zu gewinnen.

Diese Demonstration wird freilich auch Auswirkung auf die fernere Zukunft der Bayern haben. Jedenfalls wird Manager Uli Hoeneß noch irgendwo Geld locker machen, um Lerby, den Vater des Bayern-Spiels, zu halten und das Angebot von Manchester zu überbieten. Zumal „ich mich immer für Lerby entscheiden würde, wenn ich die Wahl zwischen ihm und Schuster hätte". Und gewiß wird der Manager seinem Bruder Dieter noch einmal ein Angebot unterbreiten, *ganz gleich, ob er bei seiner Stürmer*suche anderswo fündig wird.

Und was die Nationalelf anlangt, so wird Beckenbauer schon bei der nächsten Gelegenheit Bayerns *Stopper Eder testen müssen. Aus* zwei Gründen: Eder bildet mit Libero Augenthaler eine Einheit. Und er ist doppelt so stark wie Beckenbauers derzeitiger Reserve-Stopper Jakobs. Ob Dieter Hoeneß der Sturmtank für Mexiko sein könne, um diese Aussage drücken sich freilich selbst die kompetentesten Fachleute herum. Schlappner und Lattek einigten sich auf diese Formulierung: „Wir haben da einen großen Kollegen, der wird die richtige Entscheidung treffen."

Hannover kaum noch zu retten

							Heim		Auswärts	
1. Bremen	27	18	6	3	73:36	42:12	47:12	24:2	26:24	18:10
2. München	27	17	4	6	60:28	38:16	41:13	22:4	19:15	16:12
3. M'gladbach	25	13	8	4	55:35	34:16	34:13	21:5	21:22	13:11
4. Hamburg	24	12	4	8	39:23	28:20	26:6	18:6	13:17	10:14
5. Leverkusen	25	10	8	7	48:38	28:22	30:14	19:5	18:24	9:17
6. Stuttgart	26	11	6	9	52:38	28:24	27:11	15:9	25:27	13:15
7. Uerdingen	23	10	5	8	35:49	25:21	20:18	16:6	15:31	9:15
8. Mannheim	24	9	7	8	32:30	25:23	24:15	18:10	8:15	7:13
9. Bochum	25	10	4	11	44:39	24:26	31:19	17:9	13:20	7:17
10. Frankfurt	25	6	11	8	27:37	23:27	17:13	17:11	10:24	6:16
11. Köln	25	7	8	10	37:45	22:28	25:15	16:8	12:30	6:20
12. Dortmund	26	8	6	12	40:51	22:30	31:19	17:9	9:32	5:21
13. Schalke	24	8	5	11	38:38	21:27	25:11	16:8	13:27	5:19
14. K'lautern	25	7	7	11	35:39	21:29	22:11	17:9	13:28	4:20
15. Nürnberg	27	8	5	14	38:44	21:33	24:22	13:15	14:22	8:18
16. Düsseldorf	27	8	4	15	40:66	20:34	24:24	16:12	16:42	4:22
17. Saarbrücken	25	5	8	12	31:49	18:32	22:16	16:8	9:33	2:24
18. Hannover	24	5	4	15	35:74	14:34	16:21	9:11	19:53	5:23

Negativ-Rekord: 24 Platzverweise

Negativ-Rekord in der Geschichte der Bundesliga: Noch 79 Spiele stehen aus, und die Zahl der Platzverweise *hat* bereits den höchsten Stand erreicht, den es jemals gab. Der Dortmunder Frank Pagelsdorf und Martin Giesel aus Hannover wurden wegen Tätlichkeiten vom Platz gestellt. Das waren die roten *Karten* Nummer 23 und 24. Bisher stand der Rekord bei 21 (Saison 1983/84).

Nach 227 Spielen gab es schon Sper*ren für 66 Spieler* nach der vierten oder siebten Verwarnung. Der Kölner Karl-Heinz Geils ist der sechste Spieler, der nach der siebten gelben Karte zum zweiten Mal gesperrt ist. Die Ab*stiegskandidaten Düsseldorf* und Hannover führen die Statistik mit 47 und 46 Verwarnungen an. Bremen und Leverkusen sind die bravsten Mannschaft (25 gelbe Karten).

Kaiserslautern: Serie beendet

Kaiserslautern *beendete mit dem* 4:1 über Leverkusen gleich zwei Serien: Der erste Erfolg seit der Umbenennung des Betzenbergs in Fritz-Walter-Stadion bedeutete zugleich den ersten doppelten Punktgewinn nach 13 Spielen (5:21 Punkte) ohne Sieg. Die längste Erfolgsserie kann *Bremen vorweisen. Mit dem 2:0* in Frankfurt schraubte die in der Rückrunde allein noch unbesiegte Mannschaft ihre Bilanz auf elf Spiele ohne Niederlage (19:3 Punkte). Aufsteiger Hannover 96 ist in der Rückrunde noch ohne Punktgewinn (0:14).

In der Torschützenliste führen weiter Frank Neubarth (Bremen) und Stefan *Kuntz (Bochum) mit 18 Treffern.* Es folgen Karl Allgöwer (Stuttgart) mit 17, Bum Kun Tscha (Leverkusen) und Thomas Remark (Mannheim) beide mit 14 Toren.

Verrückte Wette um Otto Rehhagel

BERND WEBER, **Frankfurt**

Bei Werder Bremen ist doch manches anders als bei anderen Bundesligavereinen. Die Hanseaten haben sich, bei allem Professionalismus, der selbstverständlich auch die Grundlage ihrer Arbeit ist, einen Hauch besonderer Liebenswürdigkeit bewahrt. Da werden Verträge *schon* mal vor Publikum auf dem Marktplatz verlängert – so geschah es vor kurzem mit Nationalspieler Norbert Meier. Als Vorstand und Mannschaft am Samstagabend den glücklichen 2:0-Sieg bei Eintracht Frankfurt mit einem Spanferkelessen in einer Frankfurter Äppelwoi-Kneipe feierten, hat Präsident Dr. Franz Böhmert die Frage gestellt, ob es nicht sinnvoll sei, den im nächsten Jahr auslaufenden Fünfjahresvertrag von Trainer Otto Rehhagel schon *jetzt* zu verlängern. Herausgekommen ist bei dem zunächst ja beiläufigen Gespräch eine total verrückte Wette: Böhmert, der früher einmal ein Leichtathlet von durchaus beachtlichen Qualitäten war, hat Rehhagel zu einem Sprintduell über 50 m herausgefordert. Verliert der Trainer, muß er sich verpflichten, mindestens fünf weitere Jahre in Bremen zu bleiben. Die Wet*te gilt, sie soll so schnell* wie möglich entschieden werden.

Man sieht, mit dem Thema Vertragsverlängerung kann Rehhagel überaus locker umgehen. Das Thema deutsche Meisterschaft indes spielt er weiterhin nach Kräften herunter. „Ich bin Realist", lautet seine Standardformulierung bei dieser Frage, „bis zum Saisonende kann noch soviel passieren. Und bevor wir nicht rein rechnerisch als Meister feststehen, erübrigt sich jede Diskussion."

Die Bremer Spieler jedoch sind da etwas lockerer. Torwart Dieter Burdenski, in Frankfurt wieder einer der Besten seiner Mannschaft, hat für die „Bild-Zeitung" eine Hochrechnung veranstaltet. Burdenski ist auf 51:17 Punkte für Werder bei Saisonende *gekommen und er hat schlußgefol*gert: „Die reichen für den Titel."

Daß Werder die Eintracht nicht gerade überzeugend, sondern nur mit einer gewaltigen Portion Glück niedergerungen habe, hat den Torhüter in seiner Auffassung erst recht bestärkt. „Wenn man Meister werden will", sagte er, „muß man besonders in den schwächeren Spielen Glück haben. Die guten gewinnt man ja meist sowieso." Die Meisterschaft sei greifbar nahe, hat Libero Bruno Pezzey hinzugefügt, die vier Punkte Vorsprung vor Bayern München seien halt ein beruhigendes Polster. Und Mannschafts-Kapitän Benno Möhlmann, der in Frankfurt auf der Tribüne saß („Meine Oberschenkelverletzung ist so schwer, daß ich in dieser Saison mit Sicherheit nicht mehr eingesetzt werden kann"), meinte in einem Gespräch mit der WELT: „Wenn wir unsere vier Heimspiele gegen Kaiserslautern, Leverkusen sowie gegen die unmittelbaren Konkurrenten Mönchengladbach und Bayern gewinnen, ist das Rennen für uns gelaufen. Ich gehe davon aus, daß die Mannschaft nervenstark genug ist und die Punkte holen wird."

Tatsächlich haben die Bremer im Frankfurter Waldstadion unter Beweis gestellt, daß ihre Psyche sehr hohen Belastungen gewachsen ist. Als sie in der Halbzeit von Münchens 4:0-Sensationsvorsprung in Mannheim hörten, sei niemand durchgedreht, beschrieb Manager Willi Lemke die Lage in der Kabine. Deswegen habe man auch dem Angriffselan der Eintracht in der zweiten Halbzeit standhalten können.

Freilich, das sei noch einmal angemerkt, ohne jene Überdosis von Glück, die letztlich aber nur den Tüchtigen auszeichnet, wäre Werder wohl unter die Räder gekommen. „*Wir standen zeitweise auf ziemlich* wackligen Beinen", sagt Rehhagel. Und Kontrahent Dietrich Weise tadelte seine Truppe massiv: „So leichtfertig darf man seine Chancen nicht vergeben." Adressat der Trainerschelte war vor allem Mittelstürmer Holger Friz, der in der 57. Minute völlig freistehend aus acht Metern *Entfernung* das Tor nicht traf. Kurz darauf hatte Friz eine noch bessere Möglichkeit. *Da stand er nur sechs Meter* vor Burdenski, doch statt den Ball ruhig über die Linie zu schieben, schoß er seinen Kollegen Harald Krämer an. Der Rest war dann Formsache, die Norddeutschen konterten ihren Gegner eiskalt aus.

„Die Cleverneß von Werder in der Schlußphase hat mir imponiert", resümierte Weise. Auf die Bremer als *Meister will er aber erst dann setzen,* wenn sie („für mich das Schlüsselspiel") Bayern zu Hause geschlagen haben. Diese Begegnung, zunächst einmal vorgesehen für den 22. April, könnte das Top-Ereignis dieser Saison werden. Das Weserstadion ist bereits ausverkauft. Bremens Manager Lemke bemüht sich derzeit intensiv und in Zusammenarbeit mit Bayern-Kollegen Uli Hoeneß, die Begegnung aus dem geschlossenen Bundesliga-Programm dieses Abends auszuklammern und auf den 23. April zu verschieben. Das Fernsehen soll das Spiel für eine Millionengage live übertragen.

Die Spiele der Favoriten

DW. **Bonn**

Im Kampf um die Meisterschaft spricht alles für Werder Bremen: Vier Punkte Vorsprung vor Bayern München, eine um fünf Treffer bessere Tordifferenz – und ein Heimspiel gegen die Münchner am vorletzten Spieltag. Beide Favoriten haben in den restlichen sieben Runden vier Heim- und drei Auswärtsspiele. Dabei sind die Bremer in dieser Saison im Weserstadion noch *unbesiegt (24:2* Punkte).

Und auch ein Stück Statistik *spricht* für die Bremer. In 17 von 22 Fällen der Bundesliga-Geschichte seit 1963 wurde die Mannschaft Meister, die nach dem Abschluß der Hinspielserie an der Tabellenspitze gestanden hatte.

Es erscheint unwahrscheinlich, daß Mönchengladbach in den Zwei*kampf zwischen* Bremen und München noch eingreifen kann. Das ist das Restprogramm der beiden Favoriten:

Werder Bremen

Kaiserslautern (Heimspiel), Dortmund (Auswärtsspiel), *Leverkusen* (H), Uerdingen (A), Mönchengladbach (H), München (H), Stuttgart (A). – Bremen hat 73:36 Tore, 42:12 Punkte, eine Tordifferenz von plus 37.

Bayern München

Bochum (H), Frankfurt (A), Kaiserslautern (H), Dortmund (A), Leverkusen (H), Bremen (A), Mönchengladbach (H). – München hat 60:28 Tore, 38:16 Punkte, eine Tordifferenz von plus 32.

GALOPP

Orsini-Rennen: Leichter Sieg für Stute Comprina

KLAUS GÖNTZSCHE, Neuss

Bereits das erste bessere Galopprennen der Turfsaison 1986 gestern *auf der Galopprennbahn in Neuss* wurde eine Beute des in den letzten Jahren dominierenden Championtrainers Heinz Jentzsch aus Köln. Obwohl die Stute Comprida aus dem Gestüt Fährhof wohl kaum zu den besten Pferden seines Stalles zählt, hatte Andrzej Tylicki im Sattel keine Mühe, das Orsini-Rennen (20 400 Mark, 12 000 Mark der Siegerin, 1650 m) als 24:10-Totofavoritin leicht mit zweieinviertel Längen Vorsprung zu gewinnen. Den zweiten Platz belegte Goldpfau mit Peter Remmert, weit zurück kam Mandolino aus Dritter ins Ziel.

Der 24jährige Andreas Wöhler wird vorerst den Stall seines Vaters Adolf weiterführen, der am Freitagmittag im Alter von 52 Jahren in seiner Bremer Wohnung an den Folgen des dritten Herzinfarktes verstorben ist. Adolf Wöhler stand unmittelbar vor seinem 1000. Trainererfolg, Verbandspräsident Norbert Sauer hatte die Ehrennadel dafür schon in Auftrag gegeben. Derzeit stehen 57 Pferde in den Wöhler-Ställen auf der Bremer Rennbahn, das Unternehmen war schon seit dem Sommer vorigen Jahres im wesentlichen von Sohn Andreas und Wöhlers Stellvertreter Dieter Davids (40) geführt worden. Andreas Wöhler bestand am Samstagmorgen, wenige Stunden nach dem Tod seines Vaters, in Köln die Besitzertrainerprüfung. Dem versierten Futtermeister Davids fehlt allerdings die notwendige Lizenz zur Führung eines eigenen Stalles.

2. Liga

DIE ERGEBNISSE

Spiel	Ergebnis	Halbzeit
Aachen – Homburg	ausgefallen	
Osnabrück – Wattenscheid	1:2	(0:0)
Freiburg – Bayreuth	1:1	(1:1)
Solingen – TB Berlin	0:0	
Duisburg – Darmstadt	2:7	(1:4)
Stuttgart – Kassel	3:2	(2:1)
Hertha BSC – BW Berlin	2:2	(0:1)
Braunschweig – Bielefeld	4:2	(3:1)
Oberhausen – Köln	1:1	(0:0)
Aschaffenb. – Karlsruhe	0:2	(0:0)

DIE TABELLE

Verein						
1.Homburg	26	15	6	5	61:29	36:16
2.Köln	26	15	5	6	47:33	35:17
3.Karlsruhe	28	14	7	7	50:34	35:21
4.Bielefeld	29	14	7	8	49:35	35:23
5.Darmstadt	28	12	8	8	54:40	32:34
6.Wattenscheid	28	13	6	9	45:45	32:24
7.BW Berlin	27	10	11	6	51:35	31:23
8.Stuttgart	28	12	7	9	49:42	31:25
9.Aachen	25	10	10	5	39:23	30:20
10.Kassel	26	13	3	10	40:37	29:23
11.Braunschweig	26	10	8	8	50:42	28:24
12.Oberhausen	29	8	10	11	41:47	26:32
13.Solingen	27	8	9	10	36:49	25:29
14.Aschaffenb.	28	10	3	15	41:50	23:33
15.Osnabrück	26	6	10	10	32:39	22:30
16.Hertha BSC	28	4	13	11	34:49	21:35
17.Bayreuth	25	7	5	13	27:51	19:31
18.TB Berlin	26	6	7	13	36:52	19:33
19.Freiburg	24	5	7	12	30:44	17:31
20.Duisburg	26	3	4	19	22:58	10:42

DIE VORSCHAU

Nachholspiele, Dienstag, 18.3., 19.30 Uhr: BW Berlin – Freiburg; **20 Uhr:** Aachen – Braunschweig, Osnabrück – Bayreuth. – **Freitag, 21.3., 20 Uhr:** Duisburg – Aachen. – **Samstag, 22.3., 15.30 Uhr:** BW Berlin – Solingen, Darmstadt – Osnabrück, Karlsruhe – Freiburg, Wattenscheid, Aschaffenburg, Bielefeld – Homburg, Kassel – Oberhausen. – **Sonntag, 23.3., 15 Uhr:** TB Berlin – Stuttgart, Köln – Braunschweig, Bayreuth – Hertha BSC.

NORDISCHER SKISPORT / Peter Angerer im Weltcup noch überholt

Zwei Ski-Könige: Weinbuch in der Kombination und Svan im Langlauf

sid/dpa/W. J. Oslo

Doppel-Weltmeister Hermann Weinbuch ist nun längst in einem Atemzug mit den Olympiasiegern Georg Thoma und Franz Keller zu nennen, obwohl dem neuen Weltcup-Gesamtsieger ein solcher Triumph noch fehlt. Der Berchtesgadener, der am 22. März beim Finale in der Hohen Tatra seinen 24. Geburtstag feiert, beherrschte die *Nordische Kombination* in diesem Winter ähnlich überlegen wie der Schwede Gunde Svan den Langlauf.

Daran ändert auch Weinbuchs zweiter Platz am Holmenkollen *in* Oslo hinter dem Norweger Hallstein Boegseth nichts. Die Krone des nordischen Skisports ist fest in deutscher Hand; auch der Nationencup ist den Mannschafts-Weltmeistern Weinbuch, Thomas Müller und Hubert Schwarz nicht mehr zu nehmen.

„Das war heute nicht mein Tag", so kommentierte Weinbuch allerdings am Holmenkollen seinen zweiten Platz hinter dem 31 Jahre alten Norweger Hallstein Boegseth, „denn mir gelang es einfach nicht, zu ihm aufzuschließen oder ihn zu halten." Und: „Uns *störte* der Nebel vor allem in den schnellen Abfahrten und beim Springen. Denn oben auf der Schanze sah man noch nicht einmal unten den Schanzentisch."

Für eine angenehme Überraschung aus deutscher Sicht sorgte bei den schwedischen Skispielen in Oslo Mannschafts-Weltmeister Hubert Schwarz, der als Sieger des Kombinationsspringens erneut als erster in die Langlauf-Loipe mußte. „Die Rolle des Gejagten *hat mich in* diesem Winter immer wieder belastet. Doch diesmal habe ich die Hemmschwelle überwunden und bin mit meinem vierten Platz sehr zufrieden", sagte Schwarz am Holmenkollen, *nachdem* er schon einen Wechsel in das Lager der Spezialspringer erwogen hatte. Erstmals in diesem Winter konnte sich auch Ex-Meister Dirk Kramer *aus Willingen unter den besten* zehn placieren und im Weltcup Punkte erreichen.

Die dritte Kristallkugel für den Deutschen Ski-Verband (DSV) verpaßte Biathlon-Olympiasieger Peter Angerer (26) hingegen nur denkbar knapp. Obwohl Angerer, der demnächst über die *Fortsetzung seiner* großen Karriere entscheiden wird, drei Weltcup-Rennen gewann, mußte er sich dem neuen „DDR"-Star André Sehmisch geschlagen geben. Sehmisch gewann in diesem Winter nur einen Weltcup-Wettbewerb.

Angerer war beim Schießen zu unbeständig, um in Oslo Weltmeister und nun im schwedischen Boden Weltcupsieger zu werden. Doch der Gebirgsjäger aus dem Chiemgau *bestätigte als zweiter der Weltmeister*schaft über 10 km und Bronzemedaillengewinner mit der Staffel bereits vor dem Weltcup-Finale seine Spitzenklasse. So wie er hat schließlich *nur noch der Sowjetrusse Walerij* Medwetsew als Weltmeister über 10 km, 20 km und in der Staffel drei internationale Rennen in diesem Winter gewinnen können.

Am Holmenkollen in Oslo hatten Tausende von Norwegern überschwenglich einen Schweden gefeiert: den 24jährigen Ski-Langläufer Gunde Svan, der sich mit dem Sieg im schweren 50-km-Langlauf vor den Augen des 83 Jahre alten norwegischen Königs Olav nicht nur den Sieg holte, sondern der sich wie im vorigen Winter auch den Langlauf-Weltpokal sicherte. Der schwedische Olympiasieger und Weltmeister gewann beim Saisonfinale trotz dichten Nebels überlegen. „Ich hatte einige Probleme in den Abfahrten. Aber die letzten fünf Kilometer liefen hervorragend", sagte Svan, dessen Triumph schon vor dem Finale am Holmenkollen feststand.

Allein in den neun Weltpokal-Wettbewerben des Winters 1985/86 hat Svan fünfmal gesiegt und war dreimal Zweiter geworden. Er war insgesamt in 42 Läufen überhaupt gestartet und dabei 26mal als Sieger angekommen. Die Zahl seiner Triumphe in den letzten drei Jahren – ob gegen einheimische Konkurrenz oder in internationalen Loipen – sind Legion geworden. Seine Überlegenheit ist so groß, daß er in einem Atemzug mit den bisherigen großen Langläufern dieses Jahrhunderts – Mora Nisse, Veiko Hakulinen und Sixten Jernberg genannt werden muß – und frei*lich auch gemeinsam mit den ganz* Großen des internationalen Sports überhaupt.

Gunde Svan aus Mittelschweden, 1,87 m groß, ist jedoch nicht nur ein Mann, der durch ständige Siege aus dem Rahmen fällt, sondern er ist einer *jener Athleten, die obendrein* auch unentwegt an dieser Sportart herumtüfteln, auf diese Weise Kampfrichter und Funktionäre aufs äußerste verunsichern und im übrigen der *Konkurrenz immer* um einen Schritt voraus sind. Bei den Weltmeisterschaften vor einem Jahr in Seefeld (Österreich) schreckte er die Verantwortlichen des Internationalen Ski-Verbandes *(DSV) auf, als er auf ein*mal ohne Vorankündigung mit nur einem statt wie sonst üblich mit zwei Skistöcken durch die Spur stakte. Svan erzielte dabei Zeiten, die mit *konventioneller* Technik *bisher nicht* möglich waren. Der Schwede benutzte bei dieser Hetzjagd allerdings einen Skistock, der überlang war und dessen Hebelwirkung er optimal ausnutzte. Der Verband überarbeitete ob dieser eindrucksvollen Demonstration in großer Hast sein Regelwerk und gab danach stolz bekannt, daß Langlauf-Skirennen ab sofort und in aller Zukunft nur mit zwei Skistöcken zu erfolgen haben, ansonsten drohe sofortige Disqualifikation.

Am Holmenkollen hatte Svan nach 50 Kilometern gegenüber seinem Landsmann Torgny Mogren einen Vorsprung von über 48 Sekunden, *was wieder einmal deutlich seine* Überlegenheit gegenüber der gesamten Langlauf-Weltspitze ausdrückt. Denn ob nun im konventionellen Stil gelaufen oder im modernen Schlitt*schuh-Schritt geglitten wird* – Svan beherrscht beide Techniken brillant und entschieden besser als jeder andere Mensch, der jemals auf Skibrettern gestanden hat. Als zum Beispiel die Technik des Schlittschuhschritts noch als Streitfrage galt, bediente sich Svan dieser Laufmöglichkeit bereits so perfekt, als sei er von Kindesbeinen an damit aufgewachsen.

SKI ALPIN / Die letzten Weltcup-Abfahrten

Peter Müller riskierte zu viel: Sturz vorm Ziel

dpa/sid, Whistler/Vail

Mit den beiden letzten Weltcup-Abfahrten der alpinen Ski-Saison 1985/86 fielen die Entscheidungen: Bei den Damen siegte in Vail (US-Bundesstaat Colorado) bei der zehnten Abfahrt in diesem Winter zwar überraschend die 23jährige Amerikanerin Pam-Ann Fletscher mit der hohen Startnummer 36, doch am meisten *jubelte die drittplazierte* Schweizerin Marie Walliser (22), die sich mit 115 Punkten nun den Abfahrts-Weltcup vor der österreichischen Vize-Weltmeisterin Katrin Gutensohn (110) sicherte.

Einen dramatischen Schlußpunkt gab es indes im 13. Saison-Abfahrtsrennen der Herren im kanadischen Whistler. In Sichtweite des Ziels und des Gewinns der Weltcup-Kristallkugel sicher stürzte der Schweizer Favorit Peter Müller. Vom Unglück Müllers, der bei der Zwischenzeit fast eine halbe Sekunde schneller war als die gesamte Konkurrenz, profitierten zwei Österreicher: Anton Steiner errang seinen zweiten Saison-Sieg nach seinem Triumph zu Beginn des Winters in Morzine, und der 27jährige Peter Wirnsberger wurde nach vier Erfolgen mit 115 Punkten alleiniger Gewinner des Abfahrts-Weltcups vor Müller (110).

Müller, vor Wochenfrist in Aspen (US-Bundesstaat Colorado) trotz der Behinderung durch ein gebrochenes linkes Handgelenk grandioser Abfahrts-Gewinner, verlor sein Rennen auf dem doppelten Buckel vor dem Zielschuß, als er beim ersten Sprung zu weit durch die Luft flog, beim zweiten in die Rücklage geriet, dann völlig aus dem Gleichgewicht kam und stürzte – keine 200 Meter vor dem Ziel. Der Mann aus dem Schweizer Flachland hatte sich bei diesem Sturz eine Schuhrandprellung zugezogen.

„Ich riskierte heute einfach zu viel und kam zu schnell in diese Passage hinein", sagte Müller nach seinem Sturz. Sein ärgster Rivale Peter Wirnsberger war im Zielraum als erster bei Müller und legte ihm tröstend den Arm um die Schulter.

Peter Müller, schon 1979 und 1980 Sieger des Abfahrts-Weltpokals, muß jetzt erneut mit einem zweiten Rang vorliebnehmen, so wie bei den Olympischen Spielen von Sarajewo 1984 und bei den Weltmeisterschaften 1985 in Bormio. Doch aufstecken will der Schweizer, der von den letzten fünf Rennen drei gewann, nicht: „Ich bin *sicher, die* Kristallkugel im nächsten Winter gewinnen zu können. Denselben Fehler mache ich nicht zweimal."

Enttäuschend verlief das Rennen von Whistler für die Deutschen: Markus Wasmeier aus Schliersee wurde 23., der ebenfalls in der ersten Gruppe gestartete Sepp Wildgruber (Oberaudorf) stürzte schon im oberen Strekkenteil. Die weiteren Placierungen: 39. Herbert Renoth (Berchtesgaden) und 41. Klaus Gattermann (Bayerisch Eisenstein).

Als beständigste deutsche Abfahrtsläuferin kam Regina Mösenlechner zum achten Mal (in zehn Rennen) auf einen Weltcup-Rang: Die Inzellerin wurde Neunte vor ihrer *Mannschaftskameradin* Heidi Wiesler (Staufen), die im Saison-Endspurt zum fünften Mal hintereinander Weltcup-Punkte sammelte und damit ihre Nachnominierung in die National*mannschaft mehr als rechtfertigte.* Im Gesamt-Weltcup war von den deutschen Läuferinnen Michaela Gerg (Lenggries) mit 48 Punkten (Platz 7) bisher am erfolgreichsten.

Die Schweizerin Maria Walliser verbesserte mit dem Gewinn des Abfahrt-Weltcups übrigens auch ihre Chancen, den Gesamt-Weltcup zu gewinnen. Ihre Teamkollegin Erika Hess, eine Slalomspezialistin, die vor den fünf letzten Rennen mit 238:271 Punkten *zurückliegt*, hatte sich einige Zeit Hoffnungen auf Abfahrtspunkte gemacht, dann verdrängten sie die Amerikanerinnen in Vail noch auf Platz 19.

Zwei Plätze vor ihr landete Michela Figini, die Olympiasiegerin und Welt*meisterin*, Titelverteidigerin *im* Abfahrts- und Gesamt-Weltcup. Sie ist eine von jenen Schweizer Rennläuferinnen, die in diesem Winter überaus schwer geschlagen wurden.

TENNIS / Die Euphorie um Wimbledonsieger Boris Becker verblaßt etwas – Niederlage im Schaukampf gegen Yannick Noah

135 Mark Eintritt für ein lockeres Spielchen – nur 3000 kamen

H. BÖGEL, Innsbruck

Die Euphorie um Wimbledonsieger Boris Becker verblaßt. In der Olympia-Eishalle in der Tiroler Landeshauptstadt Innsbruck, in der am Vorabend der österreichische Liedersänger Wolfgang Ambros mit seinen *Dialekt-Songs 4500 Zuschauer in dem* 8100 Besucher fassenden Stadion angezogen hatte, wollten am Samstag nur noch knapp 3000 die Tenniskünste von Boris Becker und des Franzosen *Yannick Noah sehen. Dabei ist* Tirol in Österreich das „Tennisland Nummer eins" und Bayern nicht weit.

Allerdings waren die Preise für einen Schaukampf gesalzen und ein Tiroler meinte lächelnd: „Ein Boris Becker ist kein Skiidol wie Toni Sailer." Das Publikum weiß zudem sehr wohl zwischen Kampf und Krampf zu unterscheiden, auch wenn Yannick Noah nach seinem Sieg (6:4, 3:6, 6:3) behauptete: „Für mich ist jeder Sieg wichtig, ob im Training, in einem Schaukampf oder in einem Grand-Prix-Turnier." Da klangen die Worte von Boris Becker noch witziger für Preise *zwischen* 22 und 135 Mark für ein besseres Vorbereitungstraining, für ein Spielchen von 1:19,51 Stunden Dauer: „Die nicht da waren, haben was versäumt."

*Da beide Akteure keine Showspie*ler à la Ilie Nastase sind, erwärmten sich die Zuschauer nur selten an spektakulären Ballwechseln. Boris Becker ist zu ernst (und noch zu jung), um sich die Konzentration durch Showeinlagen verderben zu lassen, und der Franzose Yannick Noah hat zwar mehr Tennistricks in seinem Repertoire als der meist nur mit Kampf und Druck agierende Becker, doch Noahs ständiges Jonglieren und Werfen des Rackets vermochte die Zuschauer nur selten zu erheitern. Von Boris Becker, mittlerweile im Besitz der Führerscheine von Monaco und Kalifornien, erwar*ten die Leute großen Einsatz* – und dazu wiederum ist ein Schaukampf nicht die richtige Motivation.

Becker-Trainer Günther Bosch hat diese Problematik um seinen Schüler und die begreifliche Zurückhaltung mit Deutschland-Starts in Innsbruck offengelegt: „Das deutsche Publikum genehmigt Boris Becker keine Niederlagen. *Sie wollen in ihm die Num*mer eins in der Welt sehen." Um diesem Druck aus dem Weg zu gehen und Boris Becker die Zeit für spielerische Reife zu geben, weichen Bosch und Manager Ion Tiriac mit Becker ins Ausland aus.

Nur zögernd kommt deshalb auch die Zustimmung, bei den Internationalen Deutschen Meisterschaften in Hamburg zu starten. Die Angst, daß das Kapital Boris Becker im Wechselbad *der nationalen Gefühle unter*geht, ist zu groß. Das Trio meidet die Öffentlichkeit, wo es geht. Nach der „Tennis-Gala 86" im Olympia-Eisstadion stand anschließend noch ein *„Gala-Dinner" im Europa-Hotel* mit Kaufkarten auf dem Programm, doch Bosch wischte das Schickeria-Essen beiseite: „Wir reisen sofort nach Stuttgart weiter."

Beim mit 250 000 Dollar dotierten Grand-Prix-Turnier von Brüssel, das heute beginnt, ist Boris Becker hinter dem Schweden Mats Wilander als Nummer zwei gesetzt. Sein erster Gegner ist am Mittwoch der Australier Broderick Dyke (25). In Brüssel fehlen Ivan Lendl und Jimmy Connors, die ein Turnier im amerikanischen Fort Myers vorziehen, sowie John McEnroe, der eine Spielpause eingelegt hat. Stefan Edberg sagte *wegen einer Verletzung ab.*

*

Claudia Kohde hat mit ihrer tschechoslowakischen Partnerin Helena Sukova beim Turnier in Dallas das Finale im Doppel mit eionem 6:3, 6:4-Erfolg über Burgin/Fairbank (USA/Südafrika) erreicht. Gegnerinnen dort sind die Amerikanerinnen Zina Garrison und Kathy Rinaldi. Im Einzelfinale kommt es erneut zum Kampf der weltbesten Spielerinnen Martina Navratilova und Chris Evert-Lloyd.

NACHRICHTEN

Gey weiter Erster

Paris (sid) – Mathias Gey aus Tauberbischofsheim verteidigte mit einem dritten Rang beim fünften Weltcup-Turnier im Florettfechten in Paris seine Führung in der Weltrangliste. Gey unterlag erst im Halbfinale dem Turniersieger Frederico Cervi aus Italien.

Bott besiegte Weltmeister

Usti (sid) – Beim internationalen Turnier der Amateur-Boxer in Usti (CSSR) besiegte Markus Bott im Finale des Halbschwergewichts den amtierenden Weltmeister Pablo Romero aus Kuba. Botts Sieg fiel mit 5:0 überraschend deutlich aus. Der Berliner Klaus Niketta belegte im Federgewicht nach einer Niederlage gegen den Syrer Talal al Schawa den dritten Platz.

Fritz Ligges Vierter

Tokio (sid) – Im Großen Preis des Springreiter-Turniers von Tokio belegte *Fritz Ligges im Stechen* den vierten Platz hinter dem Holländer Henk Nooren, John Cottle aus Neuseeland und dem Japaner Takemiya. Bei diesem Turnier wurden die Pferde vom *Veranstalter gestellt.*

Boxen in China

Peking (sid) – Das dreißig Jahre *alte Boxverbot* in China wird aufgehoben. Sportminister Li Menghua erklärte in Peking, der Boxsport werde in den Provinzen und Städten reaktiviert, „in denen die Bedingungen dafür *reif sind*". China wolle seine großen Anstrengungen auch auf diese Disziplin ausdehnen, um bei bedeutenden internationalen Wettkämpfen noch mehr Medaillen gewinnen zu können.

Titel für Alexandra Russ

Köln (sid) – Die Kölnerin Alexandra Russ gewann in ihrer Heimatstadt die deutsche Schwimm-Meisterschaft über 1500 m Freistil. Mit ihrer Siegerzeit von 17:07,12 Minuten blieb sie allerdings mehr als 18 Sekunden vom deutschen Rekord von Ina Beyermann (16:48,90) entfernt. Deutscher Meister über 800 m Freistil wurde der Kölner Thomas Müller in 8:12,52 Minuten.

Zwei Weltbestzeiten

Oklahoma (dpa) – Bei den amerikanischen Hallenmeisterschaften der Leichtathleten in Oklahoma wurden zwei Weltbestleistungen über selten gelaufene Strecken erzielt. Über 55 Y. erreichte Lee McRae 5,99 Sekunden und verbesserte damit den drei Jahre *alten Rekord von Olympiasieger* Carl Lewis (6,02). Roddy Haley erreichte über 500 m 1:00,69 Minuten. Er war damit zwölf Hundertstelsekunden schneller als Clarence Daniel.

Langer Elfter

Orlando (GAB) – Unwetter und Dauerregen machten beim Golf-Turnier *„Herz Bay Hill Classic"* in Orlando/Florida den Platz am zweiten und dritten Tag unbespielbar. Bei Wetterbesserung treten die besten 79 Profis (bis 75 Schläge) nur noch zu weiteren 36 Löchern an einem Tage an. Bernhard Langer rangiert mit seinen 72 Schlägen an elfter Stelle. Es führt Bob Tway (USA) mit 66.

RADSPORT

Francesco Moser: „Ich verbeuge mich vor Kelly“

sid, San Remo

Die Fahrt an die italienische Blumen-Riviera wurde für den irischen Radprofi Sean Kelly (29) zu einem Triumphzug. Der Bauernsohn aus Tipperary, der sechs Tage zuvor mit seinem fünften Sieg in Folge beim Mehretappen-Rennen Paris–Nizza ein neues Kapitel Radsport-Geschichte geschrieben hatte, gewann in souveräner Manier die 77. Auflage des klassischen Eintages-Rennen Mailand–San Remo über 293 Kilometer. Der Vierte der Tour de France ließ im Spurt einer dreiköpfigen Spitzengruppe seinen Mitausreißern Greg Lemond, dem zweiten der Weltmeisterschaft aus den USA, und Mario Beccia (Italien) keine Chance.

„Kelly gewann wie eine Weltraumrakete“, wählte die italienische Sportzeitung „Gazzetta dello Sport“ als Schlagzeile. Nicht Italiens Volkshelden Giuseppe Saronni (4.) oder Francesco Moser (26.), der vor zwei Jahren vor Kelly gewann, bestimmten das Rennen, sondern der derzeit beste Eintagesfahrer. Moser: „Ich verbeuge mich vor Kelly, er war heute der bessere.“

„Fünf Jahre habe ich von einem Sieg in diesem großen Rennen geträumt. Diesmal war das Vertrauen in meinen Erfolg größer“, erklärte Kelly nach seinem sechsten Saisonsieg. Der berüchtigte Poggio, die letzte Steigung vor dem Ziel, brachte wiederum die Entscheidung, als sich das Trio erfolgreich absetzen konnte. Mit unnachahmlichem Antritt schloß Kelly zu den zunächst davongeeilten Lemond und Beccia auf. „Kelly ist optimal gefahren“, lobte der Belgier Eddy Merckx. Kelly, der bereits 1984 mit Paris–Roubaix und Lüttich–Bastogne–Lüttich zwei Frühjahrsklassiker gewinnen konnte, ist derzeit sicherlich der kompletteste Fahrer im Profi-Radsport. „Sean dominiert von Februar bis Oktober“, sagte sein sportlicher Leiter Jean de Gribaldy. Als erstem Fahrer gelang Kelly das Triple mit Siegen beim letzten Herbstklassiker 1985, der Lombardei-Rundfahrt, sowie bei Paris–Nizza und bei Mailand–San Remo. So wie die letzte Saison aufhörte, so begann die neue – mit Kelly-Siegen.

Von 233 gestarteten Fahrern erreichten 112 das Ziel an der Riviera. Zu den Ausgeschiedenen zählte auch der Neustädter Gregor Braun.

JUDO / Olympiasieger endlich wieder in Form

Wieneke konstant und technisch verbessert

dpa/sid/DW. Rüsselsheim/London

Der skeptische Blick hinter den Brillengläsern wich strahlender Zufriedenheit. Selbst der sonst so kritische Klaus Glahn, Deutschlands erfolgreichster Judokämpfer aller Zeiten und nun Präsident seines Verbandes, verbarg seine Freude nicht mehr.

Denn das Leistungstief nach seinem überraschenden Olympiasieg von Los Angeles hat Frank Wieneke aus Hannover, das Aushängeschild des deutschen Judosports, nun offensichtlich überwunden. Nach dem Sieg bei den Internationalen Meisterschaften des Deutschen Judo-Bundes (DJB) in Rüsselsheim gab sich der 24 Jahre alte Sportstudent wieder selbstbewußt: „Ich habe einiges in der Vergangenheit über mich ergehen lassen müssen. Viele negative Schlagzeilen in den Medien wurden über mich verbreitet. Jetzt interessiert mich das aber nicht mehr. Ich kämpfe wieder viel lockerer und habe auch den Erfolg.“

Der Sieg im Finale des Halbmittelgewichts über den ehemaligen Junioren-Europameister Ramon Pink aus der „DDR“, den er durch eine Kontertechnik fünfzehn Sekunden vor Schluß des Kampfes bezwingen konnte, hatte Wieneke wieder optimistisch gemacht. Lob bekam der Olympiasieger danach sogar von „DDR“-Cheftrainer Harry Hempel: „Er hat sich technisch stark verbessert und seine Form ist viel konstanter als im vergangenen Jahr.“

Frank Wieneke konnte in Rüsselsheim zum zweiten Mal nach 1984 den Titel eines internationalen deutschen Meisters erringen. Nach dem Kampf sagte er: „Es war eine große nervliche Anspannung. Gerade gegen einen DDR-Athleten will man immer einen guten Kampf liefern und siegen. Als die Nationalhymne bei der Siegerehrung erklang, da bekam ich wie in Los Angeles eine Gänsehaut.“

Recht erfolgreich starteten die deutschen Judo-Damen bei den Europameisterschaften der Frauen in London. Die frühere Weltmeisterin Barbara Claaßen (Grenzach/Wyhlen) und Alexandra Schreiber (Leverkusen) konnten erst im Finale gestoppt werden. Barbara Claaßen unterlag im Halbschwergewicht (bis 72 kg) der Holländerin Irene De Kock, und in der Klasse bis 66 kg verlor Alexandra Schreiber nur knapp gegen die Französin Brigitte Deydier. Einen dritten Platz gab es außerdem noch durch Regine Siegmund aus Rüsselsheim (über 72 kg/Schwergewicht). Verbands-Frauenwartin Hannelore Schreiner (Saarlouis): „Wir haben uns gegenüber dem Vorjahr erheblich gesteigert.“

BASKETBALL / 8. Meistertitel für Düsseldorf

Die Konkurrenz kann nur hilflos zuschauen

sid, Düsseldorf

Die Basketball-Damen aus Düsseldorf überragen die Konkurrenz um Längen und sind weiter auf Rekordjagd: Mit dem 131. Bundesliga-Sieg hintereinander seit dem 1. November 1980 besiegelte Agon 08 Düsseldorf seine achte deutsche Meisterschaft, die siebte in Folge. Die Mannschaft von Trainer Tony di Leo besiegte den Erzrivalen SG München in eigener Halle mit 83:74, nachdem sie das Hinspiel mit 73:54 gewonnen hatte.

Bei ihrem Tanz auf drei Hochzeiten stehen die Düsseldorferinnen vor dem wohl größten Coup einer deutschen Vereinsmannschaft. Denn nach dem Meistertitel steht Agon am Donnerstag (20.30 Uhr) in Mailand gegen AS Vicenza zum zweiten Mal im Europapokal-Finale der Landesmeister. Drei Tage später (Sonntag, 15 Uhr) ist in Marburg der BSC Köln Gegner im Endspiel um den deutschen Pokal. Drei Titel innerhalb von neun Tagen sind also möglich.

Das sechste Double des Abonnementmeisters ist für die neidvolle und hilflose Konkurrenz keine Frage. „Wir trainieren in der Bundesliga für den Europacup“, hatte der Italo-Amerikaner di Leo einst formuliert. Die so arrogant anmutende Formulierung hat sich jedoch bisher bestätigt.

Bei der Generalprobe für das Europacup-Endspiel zeigten die Düsseldorferinnen jedoch die fast schon normalen Schwächen in der erste Hälfte. Drei Minuten nach der Pause gelang zum ersten Mal die Führung. Die ehemalige Frankfurterin Nicola Wiegand (21 Punkte), die holländische Nationalspielerin Anita Blange (19) und die erfahrene Spielmacherin Ana Aszalos (18) legten in München den Grundstein zum Sieg.

„Die zahlreichen internationalen Bewährungsproben haben uns stabilisiert und Erfahrung vermittelt“, skizziert Mäzen Josef Franken das Erfolgsrezept. Die Dominanz seiner Truppe interpretiert er als Anreiz für die folgenden Teams. „Der Abstand zur Konkurrenz ist schon ein wenig enger geworden“, behauptet Münchens Trainer Janos Belik.

„Agon 08 Düsseldorf ist ein Aushängeschild des deutschen Basketballs. Die Mannschaft ergänzt und bestätigt den großen Aufschwung der Herren-Nationalmannschaft in den letzten Jahren“, sagte Manfred Ströher, Präsident des Deutschen Basketball-Bundes (DBB). Ströher wird auch nach Mailand fliegen, um den zweiten Anlauf auf den Europacup der Rheinländerinnen und eventuell den größten internationalen Erfolg einer deutschen Basketball-Klubmannschaft live zu erleben.

Willi Daume wünscht sich eine „progressive Jugend“

dpa/sid, Travemünde

Die Vollversammlung der Deutschen Sportjugend (DSJ) in Travemünde und das Seminar zum Thema „Sport im geteilten Deutschland“ der Berliner Führungs- und Verwaltungsakademie des Deutschen Sportbundes (DSB) standen im Mittelpunkt des sportpolitischen Geschehens am Wochenende.

Willi Daume, der Präsident des Nationalen Olympischen Komitees (NOK) für Deutschland, nahm in Travemünde die Jugend in die Pflicht. „Die olympischen Spiele werden nur dann Bestand haben können, wenn die olympische Jugend progressiv ist“, sagte Daume als Hauptredner. In seinem Grundsatzreferat sprach sich Daume für eine stärkere Berücksichtigung der Aktiven bei den Entscheidungsprozessen im Sport aus. Die olympische Idee müsse progressiv sein, dürfe aber nicht in blinde Zukunftsgläubigkeit und Fatalismus ausarten. Der 72jährige NOK-Präsident regte auch an, ein deutsch-polnisches Jugendwerk nach dem Vorbild des deutsch-französischen Jugendwerkes zu initiieren. Daume: „Die deutsche Sportjugend sollte bei diesem Projekt strahlend vorangehen.“

Beim vierten Berliner Seminar zum Thema „Sport im geteilten Deutschland“ beklagte DSB-Generalsekretär Karlheinz Gieseler ebenso wie der Sportwissenschaftler Kurt Mocker das „in der Bundesrepublik zum Teil äußerst mangelhafte Wissen über den DDR-Sport“. Außerdem berichtete die Schriftstellerin Brigitte Klump über ihre Erfahrungen und Erfolge, mit Hilfe von Sammelbeschwerden über die Vereinten Nationen Menschen legal aus der „DDR“ ausreisen zu lassen.

Zum Problem der Flucht von Sportlern aus der „DDR“ sagte Gieseler, es sei eine „Belastung für den deutsch-deutschen Sportverkehr, wenn es bei den Begegnungen Abspringer gibt“. Aber er respektiere dabei die jeweilige persönliche Entscheidung des betroffenen Sportlers. Bisher habe es bei deutsch-deutschen Kalender-Treffen nur zwei dieser Fälle gegeben.

Der Sportwissenschaftler Kurt Mocker hat das Interesse am „DDR“-Sport als groß, das Wissen darüber aber als lückenhaft bezeichnet. Der ehemalige „DDR“-Meister im Stabhochsprung sagte, es sei so gut wie nichts bekannt über den finanziellen Aufwand und den medizinischen Bereich im „DDR“-Sport.

So gebe es keinen vergleichenden Universitäts-Lehrstuhl in der Sportwissenschaft der Bundesrepublik Deutschland. Es gebe keine Lehrbücher, keine Diplomarbeiten, keine Dissertation über den „DDR“-Sport. Es gebe auch keine Aussicht auf irgendeine berufliche Karriere in diesem Bereich.

Sport in Zahlen . . . Sport in Zahlen

FUSSBALL

„DDR“-Oberliga, 17. Spieltag: Frankfurt – Riesa 5:0, Zwickau – Union Berlin 0:0, Erfurt – Aue 2:2, Brandenburg – Magdeburg 0:0, Dynamo Berlin – Rostock 2:1. – **Erste englische Division:** Arsenal – West Ham 1:0, Birmingham – Tottenham 1:2, Coventry – Sheffield 0:1, Luton – Oxford 1:2, Manchester City – Watford 0:1, Newcastle – Ipswich 3:1, Nottingham – Aston 1:1, Queens Park – Manchester United 1:0, Southampton – Liverpool 1:2, Bromwich – Leicester 2:2.

BASKETBALL

Bundesliga, Herren, Play-Off-Runde, 2. Spiel: Bamberg – Bayreuth 62:79, Gießen – Charlottenburg 71:85, Göttingen – Leverkusen 59:57. – Abstiegsrunde, 2. Spieltag: Langen – Osnabrück 89:87, Oldenburg – TSV Hagen 86:79. – **Damen,** DM-Finale, 2. Spiel: München – Düsseldorf 74:83.

HANDBALL

Bundesliga, Herren: Göppingen – Reinickendorf 27:19. – **DHB-Pokal,** 1. Hauptrunde, Gruppe Nord: Dormagen – Flensburg 22:24, Fredenbeck – Dortmund 22:25, Nettelstedt – Hameln 27:20, Wittorf – Düsseldorf 20:26, Wermelskirchen – Verden 21:22, Bad Schwartau – Longerich 31:27, Wuppertal – Wanne-Eickel 21:20, Essen – Weiche-Handewitt 30:20. – Gruppe Süd: Schutterwald – Pfullingen 22:20, Zirndorf – Großwallstadt 17:24, Heppenheim – Hüttenberg 30:24, Wallau-Massenheim – Hofweier 20:13, Plochingen – Leutershausen 18:27, Dansenberg – ATV zu Berlin 26:19, Donzdorf – Wiesbaden 13:19. – **Bundesliga,** Frauen, 14. Spieltag: Jarplund-Weding – Guts Muths Berlin 17:21, Engelskirchen – Frankfurt 20:14, Oldenburg – Lützellinden 25:23, Hannover – Nürnberg 8:15, Auerbach – Leverkusen 13:17.

TISCHTENNIS

Bundesliga, Herren, 18. Spieltag: Heusenstamm – Bremen 5:9, Jülich – Saarbrücken 9:5, Hertha BSC – Grenzau 3:9, Altena – Düsseldorf 2:9, Steinhagen – Reutlingen 9:5. – Nachholspiel: Hertha BSC – Bremen 9:7. – **Damen,** 15. Spieltag: Donauwörth – Ahlen 5:9, Kleve – Soest 5:9, Saarbrücken – Groß-Linden 9:2, Reinickendorf – Frankfurt 3:9, Stuttgart – Ahlen 9:7, Kaiserberg – Soest 9:3.

VOLLEYBALL

Bundesliga, Herren: Gießen – Berlin 3:2, Paderborn – Hamburg 1:3, Dachau – Fort. Bonn 3:0, Celle – München 2:3, Leverkusen – Friedrichshafen 3:1. – **Damen:** Münster – Augsburg 3:1, Feuerbach – Lohhof 1:3, Rüsselsheim – Vilsbiburg 3:2, Berlin – Stuttgart 3:0.

WASSERBALL

Bundesliga, 7. Spieltag: Hamm – Cannstatt 7:5, Hannover-Linden – Esslingen 7:6, Düsseldorf – Braunschweig 15:6, Köln – Offenbach 8:7, Duisburg 98 – Spandau 5:5, ASC Duisburg – Würzburg 14:7.

JUDO

EM der Frauen in London, Klasse bis 61 kg: 1. Bell (England), . . . Ritschel (Deutschland). – bis 66 kg: 1. Deydier (Frankreich), 2. Schreiber (Deutschland). – bis 72 kg: 1. de Kok (Holland), 2. Claßen (Deutschland). – über 72 kg: 1. Maksymow (Polen), . . .3. Sigmund (Deutschland).

SKI ALPIN

Weltcup-Abfahrt der Herren in Whistler Mountain/Kanada: 1. Steiner (Österreich) 2:09,78, 2. Mair (Italien) 2:09,89, 3. Stock (Österreich) 2:10,14, 4. Zurbriggen 2:10,82, 5. Heinzer (beide Schweiz) 2:10,95, 6. Pons (Frankreich) 2:11,31, . . .23. Wasmeier 2:12,68, . . .39. Renoth (beide Deutschland) 2:14,03. – Endstand Abfahrts-Weltcup: 1. Wirnsberger (Österreich) 120 Punkte, 2. Müller (Schweiz) 115, 3. Mair 92, 4. Girardelli 76, . . .14. Wasmeier 41. – **10. und letzte Weltcup-Abfahrt** der Damen in Vail/USA: 1. Fletcher (USA) 1:54,28, 2. Graham (Kanada) 1:54,60, 3. Walliser (Schweiz) 1:55,08, 4. Savijarvi (Kanada) 1:55,65, 5. Zeller (Schweiz) 1:55,72, 6. Allender (USA) 1:55,80, . . .9. Mösenlechner 1:56,15, 10. Wiesler 1:56,19, . . .18. Dedler (alle Deutschland) 1:57,40. – Zwischenstand im Gesamt-Weltcup: 1. Walliser 271, 2. Hess 238, 3. Figini und Oertli je 177, 5. Schneider 170, 6. Charvatova 166, 7. Hächer 153, . . .9. Kiehl 136, 10. Gerg 132, . . .17. Mösenlechner 80, . . .29. Wiesler 50, . . .39. Epple-Beck 39.

BIATHLON

Weltcup-Finale in Boden/Schweden, 10 km: 1. Jacob („DDR“) 30:52,2 Min./0 Strafrunden, 2. Antonow (UdSSR) 30:58,0/0, 3. Kvalfoss (Norwegen) 31:22,5/1, 4. Sehmisch („DDR“) 32:03,0/2, . . .17. Pichler 33:07,6/0, 17. Fischer 33:09,8/3, . . .20. Angerer 33:23,2/3, . . .30. Wudy 34:15,8/1, . . .42. Fritzenwenger (alle Deutschland) 35:20,3/4. – Endstand: 1. Sehmisch 158 Punkte, 2. Angerer 146, 3. Jacob 124, 4. Püponen (Finnland) 123, 5. Eder (Österreich) 120.

SKI NORDISCH

Holmenkolm-Rennen in Oslo, 50 km Weltcup-Langlauf (klassisch): 1. Svan 2:21:59,3 Std., 2. Mogren (beide Schweden) 2:22,47,7, 3. Ulvang (Norwegen) 2:24:12,6, . . .25. Dotzler 2:28:47, . . .50. Lang (beide Deutschland) 2:34:09. – **Abschlußstand** im Weltcup: 1. Svan 145, 2. Morgren 101, 3. Smirnow 78, . . .15. Behle (Deutschland) 25. – **10-km-Weltcup-Langlauf** der Damen (Skating): 1. Savolainen (Finnland) 30:31,6, 2. Opitz („DDR“) 30:46,8, 3. Jahren (Norwegen) 30:47,0, . . .18. Kohlrusch (Deutschland) 31:28,5. – Abschlußstand: 1. Matikainen 107, 2. Dahlmo 106, 3. Pettersen 104. – **Nordische Kombination:** 1. Bögseth (Norwegen) 438,02, 2. Weinbuch (Deutschland) 419,53, 3. Sulzenbacher (Österreich) 416,38, 4. Schwarz (Deutschland) 414,01, . . .9. Kramer 408,31, . . .11. Pohl 405,03, . . .14. Wucher 392,53, . . .24. Müller 371,40, . . .35. Donaubauer (alle Deutschland). – Weltcupstand nach sechs von sieben Wettbewerben: 1. Weinbuch 115, 2. Müller 86, 3. Andersen (Norwegen) 74, . . .11. Schwarz 28, . . .13. Pohl 22, . . .18. Wucher 15, . . .23. Kramer 7. – Nationenwertung: 1. Deutschland 427, 2. Norwegen 342, 3. Schweiz 158.

GEWINNZAHLEN

Lotto: 20, 23, 28, 35, 36, 42, Zusatzzahl: 45. – **Spiel 77:** 1 6 9 3 6 6 2. (Ohne Gewähr).

Eine „demokratische Revolution"

Reagan weist in seiner Botschaft an den Kongreß auf die Erfolge der US-Diplomatie hin

FRITZ WIRTH, **Washington**

„Das amerikanische Volk glaubt an die Menschenrechte und bekämpft jede Art von politischer Tyrannei in der Welt, gleichgültig ob sie von links oder rechts kommt." Das ist der Kernsatz einer aufsehenerregenden Botschaft Präsident Reagans an den Kongreß, in der er Ziele und Motive seiner Außenpolitik umreißt.

Reagan beschreibt die Entwicklung und den Drang zu einer „demokratischen Revolution" in der Welt als einen der wichtigsten und bedeutsamsten Trends und Erscheinungen der ersten fünf Jahre dieses Jahrzehnts. „Dieser Trend ist kein Zufall. Dies ist eine Ära enormer sozialer und technologischer Änderungen überall in der Welt. Ein Land nach dem anderen entdeckt, daß diese Änderungen nur in einem Klima der Freiheit möglich sind. Eine Außenpolitik, die das Schicksal von Millionen in der Welt ignoriert, die sich nach der Freiheit sehnen, wäre ein Verrat an unserem nationalen Erbgut."

Das Dokument ist nicht zufällig in die gegenwärtige scharfe innenpolitische Debatte über Hilfeleistungen an Nicaragua hinein gezielt. Es reicht in seiner Bedeutung jedoch weit über diesen Anlaß und diese tagespolitische Auseinandersetzung heraus.

Realistischer Standpunkt

Es ist vielmehr eine Standortbestimmung der amerikanischen Außenpolitik, der im sich anbahnenden Dialog mit der Sowjetunion große Bedeutung zukommt. Sie ist scharf und bestimmt im Ton, doch realistisch und pragmatisch in der Aussage. Beobachter in Washington werten es als ein Anzeichen dafür, daß sich der Standort dieser Politik mehr zur Mitte hin orientiert und damit deutlicher als zuvor die Handschrift von Außenminister Shultz verrät.

Die Botschaft widmet den Regionalkonflikten dieser Welt und der Rolle der Sowjets in diesen Entwicklungen breiten Raum. „Unser Ziel ist es", schreibt Reagan, „die Sowjets davon zu überzeugen, daß die Politik, die sie in den siebziger Jahren eingeschlagen haben, erfolglos geblieben ist. Wir haben ihnen klar gemacht, daß sie von der Ausdehnung dieser Konflikte keinen Nutzen haben werden. Wir haben ihnen ferner zu verstehen gegeben, daß wir in diesen Konflikten hinter unseren Freunden stehen."

Reagan meint, daß die Zeichen dieser „demokratischen Revolution" in der Welt auch in Moskau erkannt worden seien. Sein Gespräch in Genf mit Generalsekretär Gorbatschow habe ihm klar gemacht, daß dies der richtige Zeitpunkt sei, dieses Problem mit den Sowjets zu besprechen. Gorbatschow habe zu verstehen gegeben, daß er internationale Ruhe brauche, um seine internen Probleme zu lösen.

Die erste Aufgabe seiner Politik sei es, den Glauben auszuräumen, daß die sowjetischen Gewinne unter der Strategie der „Breschnew Doktrin" nicht mehr zu ändern seien und daß die Erpressung der darunter leidenden Menschen dauerhaft sei. Dieser Anspruch sei weder moralisch noch politisch gültig. Der wachsende Widerstand in diesen unterdrückten Ländern belege den politischen und moralischen Bankrott des leninistischen Modells, das diesen Völkern aufgezwungen werde.

„Einige" argumentieren", schreibt Reagan in seiner Botschaft an den Kongreß weiter, „daß die Regionalkriege, in denen die Sowjetunion verwickelt ist, eine Gelegenheit bieten, die Sowjets auszubluten. Das ist nicht unsere Politik. Wir betrachten diese Kriege als eine Gefahr für die sowjetisch-amerikanischen Beziehungen und als eine Tragik für die Menschen, die darunter leiden. Deshalb sind militärische Lösungen nicht das Ziel der amerikanischen Außenpolitik. Der internationale Frieden und die internationale Sicherheit gebieten es, daß beide Seiten in diesen Konflikten die Waffen niederlegen und eine politische Lösung suchen."

Washingtons Rolle

Die amerikanische Rolle in diesen Konflikten, so meint Reagan weiter, sollte besonnen und realistisch sein. Die USA sollten ihre Mittel und Werkzeuge bei der Verfolgung ihrer Ziele in einer kohärenten Strategie anwenden. Und die beiden wichtigsten Werkzeuge seien dabei die amerikanische militärische Stärke und die Vitalität der amerikanischen Wirtschaft. „Diplomatie, die nicht von Macht gestützt wird, bleibt bloßes Gespräch", stellt Reagan fest.

Reagan weist im übrigen auf die Erfolge der amerikanischen Diplomatie in Haiti und auf den Philippinen hin und sieht die Entwicklungen in diesen Ländern als ein Zeichen der weltweiten demokratischen Revolution, die sich besonders in den lateinamerikanischen Ländern ausgebreitet habe, wo heute 90 Prozent der Bevölkerung unter demokratischen Regierungen leben.

„In dieser globalen Revolution kann es keinen Zweifel geben, wo Amerika steht", schreibt Reagan. „Mehr Freiheit für andere bedeutet mehr Frieden und Sicherheit für uns selbst. Dieses Ziel unserer Außenpolitik bedroht niemand."

Weizsäcker, Österreich und der Wein

BERNT CONRAD, **Bonn**

Bundespräsident Richard von Weizsäcker fliegt morgen zu einem viertägigen Staatsbesuch nach Österreich. Er erwartet dabei, wie er am Wochenende vor Journalisten versicherte, eine „Atmosphäre der Nachbarschaft, die in bezug auf menschliche Bindungen und Beziehungen für uns ohnegleichen ist".

Zunächst wird sich der Bundespräsident zwei Tage lang in Wien aufhalten und dort mit seinem Gastgeber, Bundespräsident Rudolf Kirchschläger, sowie mit Bundeskanzler Fred Sinowatz, dem Präsidenten des Nationalrates Anton Benya und Außenminister Leopold Gratz Gespräche führen. Geplant sind ferner ein Staatsbankett in der Geheimen Ratsstube der Wiener Hofburg, der Besuch einer Hamlet-Aufführung des Burgtheaters mit Klaus Maria Brandauer in der Titelrolle, eine Vorführung der Spanischen Reitschule und eine Besichtigung der Graphischen Sammlung Albertina.

Bundesaußenminister Hans-Dietrich Genscher, der Weizsäcker an den ersten beiden Tagen begleiten wird, will mit seinem Amtskollegen Gratz ein Abkommen über den Kleinen Grenzverkehr und den Ausflugsverkehr unterzeichnen.

Am Donnerstag wird der Bundespräsident das Zisterzienser-Kloster Heiligenkreuz besichtigen und mit Studenten der dortigen *Philosophisch-Theologischen Hochschule* diskutieren. Für den letzten Tag ist eine Fahrt ins Burgenland vorgesehen. Dort wird Weizsäcker Schloß Esterházy in Eisenstadt besuchen und an einer Weinprobe auf einem Winzerhof bei Rust am Neusiedler See teilnehmen. Dieser Programmpunkt hat angesichts des Glykol-*Weinskandals, der in dieser* Gegend seinen Ausgang genommen hat, besondere Bedeutung.

Der Bundespräsident meinte dazu: „Was Verwerfungen im Zusammenhang mit Wein betrifft, so habe ich weder die Aufgabe noch die Absicht, mich nachträglich dazu zu äußern, welche Regierung früher hätte wissen *oder informieren können, was es* an abstellungsfähigem Schaden gegeben hat. Aber meine Absicht ist es, dazu beizutragen, daß die Winzer in Österreich und Deutschland nicht weiter unter dem leiden sollten, was an Sorgen und Schaden entstanden ist." Er selbst habe um den Besuch im Burgenland gebeten und freue sich darauf.

Probleme im Zusammenhang mit der Vergangenheit sieht Weizsäcker in Österreich nicht auf sich zukommen. Was die Gegenwart betreffe, so achte und schätze jeder die Rolle des anderen. Österreichs selbstgewählte Neutralität sei für eine vernünftige Entwicklung in Europa von Nutzen.

Bonn: Bedingungen für SDI-Abkommen positiv

Weinberger trifft am Mittwoch mit Kohl zusammen

RÜDIGER MONIAC, **Bonn**

In dieser Woche fällt endgültig die *Entscheidung* darüber, ob und mit welchem Inhalt eine SDI-Vereinbarung zwischen Bonn und Washington zustandekommen wird. Anläßlich *der 39. Tagung der Nuklearen Pla*nungsgruppe (NPG) der NATO am Donnerstag und Freitag in Würzburg besuchen der amerikanische Verteidigungsminister Caspar Weinberger und sein Staatssekretär Richard Perle die Bundesrepublik Deutschland, so daß direkte Gespräche beider mit Vertretern der Bundesregierung über die deutsche Beteiligung an der SDI-Forschung möglich werden. Bundeskanzler Helmut Kohl wird, begleitet von Verteidigungsminister Manfred Wörner, bereits am Mittwoch gemeinsam mit Weinberger US-Verbände auf dem Truppenübungsplatz Grafenwöhr besichtigen; Perle, der in Washington die SDI-Verhandlungen führte, wird wahrscheinlich schon am Dienstag mit Wirtschaftsminister Martin Bangemann in Bonn zusammentreffen. Bangemann ist der für die SDI-Verhandlungen verantwortliche Minister in der Bundesregierung.

Nach Rückkehr der deutschen SDI-Delegation von einem Drei-Tage-Aufenthalt in Washington am Sonntag ist in Bonn die Zuversicht über einen positiven Abschluß der SDI-Verhandlungen weiter gewachsen. Wegen der vereinbarten strengen Vertraulichkeit der Verhandlungen war lediglich zu erfahren, beide Seiten hätten in den vergangenen Tagen „konstruktive Beiträge" geleistet. Ein „Restbestand" an Meinungsverschiedenheiten müsse nun „politisch ausgeräumt" werden. Es gehe dabei weniger um die technische Verhandlungsmaterie als vielmehr um grund*sätzliche politische Fragen. Dies muß* in den Begegnungen zwischen den deutschen und amerikanischen Politikern geschehen. Wahrscheinlich *geht es dabei um Fragen der Abtren*nung einer SDI-Vereinbarung von einem allgemeinen Technologie-Abkommen, der zivilen Nutzung möglicher Forschungsergebnisse durch die Bundesrepublik sowie um die Frage, welche Garantien Bonn dafür geben will, daß erwartete technologische „Durchbrüche" nicht auf dem Wege des deutschen Osthandels für die Sowjetunion verfügbar werden.

Nächsten Donnerstag und Freitag nehmen Weinberger und Perle dann an der Würzburger Tagung der NPG teil, zu der alle NATO-Verteidigungsminister, außer dem griechischen und dem spanischen, erscheinen wer*den. Aufgabe der Tagung wird* es sein, den Stand der NATO-Nuklearrüstung vor dem Hintergrund des weiteren Ausbaus des sowjetischen Atompotentials und im Lichte der in Genf laufenden Rüstungskontrollverhandlungen zu erörtern. Beraten wird auch die Realisierung der „Nachrüstung". Die Vorbereitungen für die Aufnahme der letzten Mittelstreckensysteme, die planmäßig bis 1988 stationiert sein sollen, seien in Westeuropa auf gutem Wege, hieß es. In der Bundesrepublik waren Ende letzten Jahres alle *108* Pershing 2-Raketen einsatzbereit. Dazu kommen bis Ende dieses Monats die ersten acht Werfer für je vier Marschflugkörper mit jeweils einem Sprengkopf in einer Kaserne bei Kastellaun im Hunsrück, ein Drittel der geplanten 96 Gefechtsköpfe.

Vatikan grenzt Theologie der Befreiung ein

FRIEDRICH MEICHSNER, **Rom**

Die freimütige Diskussion über „die Probleme und Schwierigkeiten" der katholischen *Kirche in Brasilien* war nach Darstellung des Papstes Thema eines dreitägigen Treffens im Vatikan zwischen Johannes Paul II., *führenden Vertretern* der römischen Kurie und den Spitzen des brasilianischen Episkopats. Die Zusammenkunft endete am Samstag mit einem *eindringlichen* päpstlichen Appell zum Dialog zwischen der Kirche Brasiliens und der Kurie sowie der brasilianischen Bischöfe untereinander.

Der Aufruf wird in Rom in Zusammenhang gebracht mit den Kommunikationsschwierigkeiten und Meinungsverschiedenheiten, die in den vergangenen Jahren zwischen der Kurie und großen Teilen des brasilianischen Episkopats, aber auch zwischen „progressistischen" und „traditionalistischen" brasilianischen Bi*schöfen aufgetreten sind.* Es geht dabei unter anderem um Aspekte der umstrittenen „Befreiungstheologie" und um die Stellung der Basisgemeinden in der Kirche.

„Gereinigtes" Dokument

Diese beiden Themen wurden am letzten Tag des dreitägigen Treffens behandelt. Der Präfekt der Glaubenskongregation, Kardinal Ratzinger, informierte die brasilianischen Bischöfe über das neueste Dokument *seiner Kongregation zur* „Befreiungstheologie", das zu Ostern unter dem Titel „Christliche Freiheit und Befreiung" veröffentlicht werden soll.

In einer ersten Stellungnahme zu dieser vor allem in Brasilien verbreiteten theologischen Schule hatte sich die Glaubenskongregation vor eineinhalb Jahren kritisch mit einigen ideologischen Aspekten auseinandergesetzt. Das von Kardinal Ratzinger jetzt den brasilianischen Bischöfen vorgestellte neue Dokument hebt, wie der Papst bei der Eröffnung des Treffens erklärt hat, „die positiven Elemente" einer „gereinigten" Theologie der Befreiung hervor. Es eliminiert diejenigen Aussagen, die diese Theologie „mit ernsten Folgen für den Glauben verfälschen könnten".

Basisgemeinden verteidigt

Rom übernimmt damit zwar das Etikett „Befreiungstheologie", bindet aber diese Theologie fest an das kirchliche Lehramt. Dadurch wird *die von manchen brasilianischen* Befreiungstheologen praktizierte marxistische Gesellschaftsanalyse und Ausschließlichkeits-Option für die Armen als nicht authentisch zurückgenommen. Ein anderer Aspekt des kirchlichen Lebens in Brasilien, der bei dem römischen Treffen unter Vorsitz des Papstes behandelt wurde, betrifft die Basisgemeinden. Viele dieser mehr als 150 000 Gemeinden in Brasilien haben die traditionellen Pfarrgemeinden ersetzt. In ihnen wird *weithin liturgisch experimen*tiert. Einige „Befreiungstheologen" sehen in ihnen das Fundament eines nicht mehr hierarchisch orientierten Priestertums.

Solche Tendenzen haben in der Kurie seit längerem nicht nur Aufmerksamkeit, sondern auch Mißtrauen geweckt. Die Mehrheit der brasilianischen Bischöfe hat jedoch, wie verlautet, bei dem römischen Treffen die Basisgemeinden mit dem Argument verteidigt, daß sie vor allem der weiteren Ausbreitung der Sekten entgegenwirkten.

Die Bischöfe versprachen, darüber zu wachen, daß es in diesen Gemeinden „keine Rollenkonfusion" zwischen Laien und Geistlichen gebe. Sie versicherten auch, daß sich die Kirche bei ihrem Einwirken auf das soziale und politische Leben ausschließlich von pastoralen Erwägungen leiten lasse.

SPD-Politiker für Bruch mit der Regierung in Kabul

epd, **Frankfurt**

Für eine internationale Anerkennung der afghanischen Widerstandsgruppen haben sich drei SPD-Bundestagsabgeordnete nach Abschluß einer fünftägigen Erkundungsreise in das afghanisch-pakistanische Grenzgebiet ausgesprochen. Für die Parlamentarier Rudolf Bindig, Volker Neumann und Georg Schlaga, die auch mit Vertretern von Widerstandsorganisationen zusammentrafen, diente die Reise der Vorbereitung einer Anhörung zur Lage in Afghanistan Mitte der kommenden Woche im Deutschen Bundestag.

Nach Darstellung von Schlaga, der derzeit keinerlei Anhaltspunkte für einen Abzug der sowjetischen Truppen aus Afghanistan sieht, tritt die SPD für einen Sonderstatus für diese Widerstandsgruppen bei der UNO ein. Wie Schlaga sagte, würden von der Sowjetunion alle UNO-Resolutionen und internationalen Appelle für eine politische Lösung des Konflikts mißachtet. „Dies können und wollen wir nicht hinnehmen", erklärte er.

Für den Abgeordneten Neumann, der sich kurze Zeit in Begleitung von Widerstandskämpfern im Kampfgebiet aufhielt, ist der Widerstand gegen die sowjetischen Truppen stärker geworden. Er forderte den Abbruch der diplomatischen Beziehungen der Bundesrepublik zu der Regierung in Kabul. „Dies wäre ein Signal und Teil des öffentlichen Drucks, den der Westen und die Dritte Welt auf die Sowjetunion ausüben könnte", sagte der Politiker, der die sowjetischen Aktionen als Völkermord bezeichnete. Der Abgeordnete Bindig berichtete, daß die Zahl der afghanischen Flüchtlinge in Pakistan rund drei Millionen betrage, mithin ein Viertel der afghanischen Bevölkerung.

116: Rappe appelliert nun an den Bundespräsidenten

Sozialausschüsse für Koalitionskompromiß / DGB droht mit Plebiszit

GÜNTHER BADING, **Bonn**

Die DGB-Gewerkschaften haben am Wochenende den Versuch unternommen, Bundespräsident Richard von Weizsäcker in die Auseinandersetzung um den Paragraphen 116 im Arbeitsförderungsgesetz einzubeziehen. Auf der IG Chemie-Konferenz appellierte der Vorsitzende dieser Gewerkschaft, Hermann Rappe, an das Staatsoberhaupt, er solle nach dem Abschluß des Gesetzgebungsverfahrens vor seiner Unterschrift unter diesen Text genau prüfen, welches Gesetz ihm auf den Tisch gelegt werde, „das schon heute als verfassungswidrig eingestuft wird". In einem Zeitungsinterview sagte der IG Chemie-Vorsitzende, der auch Bundestagsabgeordneter der SPD ist, solange das neue Gesetz gelten werde, sehe er keine Gesprächsgrundlage mehr zwi*schen dem* DGB *und der Bundesre*gierung.

Der Arbeitnehmerflügel der CDU dagegen stimmte auf einer außerordentlichen Bundesvorstandssitzung in Königswinter dem Koalitionskompromiß mit einer Zweidrittel-Mehrheit zu. Der Bundestag wird am Donnerstag dieser Woche in einer vier*stündigen Plenardebatte* abschließend über den Paragraphen 116 AFG beraten.

Bundesarbeitsminister Norbert Blüm erwartet, daß dabei die Gesetzesnovellierung in der von der Koalition verabredeten Fassung verabschiedet werden wird. Das Gesetz sei gut vorbereitet, sagte Blüm in einem Interview des Deutschlandfunks. Er glaube nicht, daß durch weitere Diskussion mehr Klarheit entstehe.

Der Deutsche Gewerkschaftsbund (DGB) sieht nach wie vor in der Neuformulierung des Paragraphen 116 *AFG den Versuch einer Schwächung* der Gewerkschaften und der Aushöhlung der Tarifautonomie. Auf einer Funktionärskonferenz der IG Chemie kündigte der DGB-Vorsitzende Ernst Breit an, daß dieser Paragraph bei den bevorstehenden Landtags- und Bundestagswahlen zu einem herausragenden Thema gemacht werden *solle. Am Freitagabend hatte der* DGB-Bundesvorstand eine Art Plebiszit angekündigt. Alle Arbeitnehmer sollen per Stimmzettel, die vor und in den Betrieben verteilt werden sollen, über die geplanten Änderungen befinden.

Der FDP-Vorsitzende, Bundeswirtschaftsminister Martin Bangemann, sagte auf einer Parteiveranstaltung in Kassel, die Gewerkschaften machten durch ihre Haltung jede rationale Auseinandersetzung über den Para*graphen 116 AFG unmöglich. Es sei* eine Lüge der Gewerkschaften, wenn sie behaupteten, daß dieser Entwurf sie streikunfähig mache. „Unser einziges Bestreben ist es, die Neutralität des Staates in Arbeitskämpfen sicherzustellen."

In der von Blüm geleiteten außerordentlichen, von der Gruppe um den stellvertretenden DGB-Vorsitzenden Fehrenbach beantragten Bundesvorstandssitzung der Sozialausschüsse war am Wochenende der Koalitionskompromiß zum Paragraphen 116 mit 23 gegen zehn Stimmen gebilligt worden. Blüm hatte in der Sitzung die Verbesserungen gegenüber der bisherigen Rechtslage herausgestellt und hervorgehoben, daß die neuen Hürden für die „kalte" Aussperrung praktisch einen „Kinnhaken" gegen dieses Arbeitskampfinstrument in der Hand der Unternehmer bedeuteten.

„Christdemokraten für das Leben"

idea, **Bonn**

Die von CDU/CSU-Mitgliedern im November 1985 gegründete Anti-Abtreibungsinitiative „Christdemokraten für das Leben" (CDL) ist innerhalb der Unionsparteien auf „starke Resonanz" gestoßen. Sie werde bereits von zahlreichen Bundes- und Landtagsabgeordneten sowie von Kreisvereinigungen der Jungen Union und der CDU-Frauenvereinigung unterstützt, berichtete die Vorsitzende der Initiative, das Vorstandsmitglied der CDU-NRW, Johanna Gräfin von Westphalen (Meschede), anläßlich der konstituierenden Sitzung am 14. März in Bonn. Die CDL strebt längerfristig eine Änderung des Paragraphen 218 StGB an. Nach den Worten der Gräfin von Westphalen ist die Abtreibung als Lösung sozialer und anderer Schwierigkeiten ein „Hohn auf den Rechtsstaat".

USA wollen Interessen in der „DDR" sichern

Washington: Nur ein neuer Trend in Beziehungen zu Ost-Berlin

FRITZ WIRTH, **Washington**

Die Reagan-Administration bemühte sich am Wochenende alle dramatischen Spekulationen über eine „neue Phase" in den Beziehungen zwischen den USA und der „DDR" herunterzuspielen. Die Unterstaatssekretärin Rozanne Ridgway hatte am Mittwoch in New York von einer solchen gesprochen (*WELT* v. 14.3). „Es findet hier kein Vorstoß zu neuen Beziehungen statt, es läßt sich bestenfalls von einem neuen Trend in diesen Beziehungen sprechen", erklärte ein Beamter der Administration.

„Nachdem wir zehn Jahre lang übereinander gesprochen haben, ist es Zeit, miteinander zu sprechen, und zwar über jene Themen, die nicht die Grundsatzinteressen beider Länder berühren. Wir wissen beispielsweise, daß wir nichts anbieten können, was die DDR aus ihrem politischen Blockgebilde herauslösen würde." Politischer Realismus und ein Sinn für das Machbare seien die bestimmenden Faktoren dieses neuen Trends in den Beziehungen. Das Hauptziel sei es, nationale amerikanische Interessen in der „DDR" zu wahren und zu sichern. Der Schwerpunkt dieser Interessen liege in der Regelung eigentumsrechtlicher Ansprüche amerikanischer Bürger an die „DDR".

Mit Nachdruck weist man in zuständigen amerikanischen Kreisen jedoch die Vermutung zurück, daß dieser Trend das Ergebnis eines Drucks von außen oder von dritter Seite sei und etwas völlig neues darstelle. Dieser Trend habe vielmehr seinen Ursprung im Jahre 1984, als man im *State Department nach zehnjähriger* Dauer eine Bilanz der Beziehungen *zwischen den beiden Ländern zog* und sich fragte, was von diesen Beziehungen seinerzeit erhofft und schließlich wirklich erreicht wurde.

Das Ergebnis dieser Bilanz war schließlich ein Besuch des damaligen Unterstaatssekretärs Richard Burt in der „DDR". Er war der bis dahin höchste amerikanische Beamte, der nach Ost-Berlin ging. *Man kam* überein, daß das Hauptthema dieses neuen Trends und Dialogs die Regelung amerikanischer Eigentumsinteressen sein solle. Das war auch die Logik hinter der Ernennung von Rozanne Ridgway als Botschafterin in Ost-Berlin im Jahre 1982 gewesen. Sie galt seinerzeit als die führende Expertin im State Department für die Regelung solcher Fragen.

Grundsatz der Beziehungen zwischen Ost-Berlin und Washington ist auf amerikanischer Seite, jene Themen anzufassen, in denen Fortschritte möglich erscheinen. „Es ist ein langsamer und sehr methodischer Prozeß", erklärt man in Washington. Vorstöße, die die politische Manövrierfähigkeit der „DDR" innerhalb des Ost-Blocks testen sollen, hat es bisher nicht gegeben. Man weist außerdem auf amerikanischer Seite darauf hin, daß dieser „neue Trend" in den beiderseitigen Beziehungen unabhängig vom gegenwärtigen intensiveren Dialog zwischen Moskau und Washington zu sehen sei. Es gebe da weder zeitlich, noch thematisch, noch taktisch direkte Zusammenhänge.

Der Ton in den beiderseitigen Beziehungen sei in den vergangenen beiden Jahren spürbar besser geworden, heißt es in Washington. Es habe *Fortschritte gegeben, allerdings noch* nicht genügende.

Hilflose Drohungen

sas. – Benzin, Heizöl und andere Ölprodukte sind in der Bundesrepublik zur Zeit so preiswert wie seit Jahren nicht. Sie folgen dem rapiden Rohöl-Preisverfall seit Jahresbeginn auf dem Fuß. Ob sich diese Entwicklung fortsetzen oder in die Erinnerung der Verbraucher nur als kurzes Zwischenspiel eingehen wird, hängt maßgeblich davon ab, ob sich die seit gestern in Genf tagenden Opec-Minister einigen können.

Trotz gravierender Einnahmeausfälle deutet bisher nichts darauf hin, daß das heute eher ohnmächtig anmutende Kartell auf eine gemeinsame Linie einschwenken wird. Weder der Exekutivrat der Opec noch ihr Marktüberwachungsausschuß waren vor Konferenzbeginn in der Lage, der Ministerkonferenz – wie sonst üblich – feste Empfehlungen vozulegen. Iran, Algerien und Lybien konnten sich nicht mit ihrer Forderung durchsetzen, die Ölproduktion zu drosseln und von der im Dezember beschlossenen Politik, statt Preisen Marktanteile zu verteidigen, abzurücken.

Den Konferenzbeginn bestimmten deshalb auch öffentlich geäußerte Befürchtungen verschiedener Opec-Minister über mögliche weitere drastische Preissenkungen bis weiter unter zehn Dollar. Sollte es nicht bei reinen Drohgebärden bleiben, wäre dies für die Verbraucherstaaten ein zweischneidiges Schwert. Das den Konsumenten durch zwei Ölpreiskrisen gewaltsam eingeimpfte Öleinspar-Bewußtsein könnte dann wirklich ins Wanken geraten.

Ein gewollter Konflikt

Von DIETER KIRCHNER

Der Autor ist Hauptgeschäftsführer des Gesamtverbandes der metallindustriellen Arbeitgeberverbände in Köln.

Der aktuelle Streit um den Paragraphen 116 AFG hat viele Dimensionen. Kernpunkt ist ein Konflikt um die Neutralitätspflicht des Staates im Arbeitskampf, der praktisch nur die Metallindustrie betrifft. Da aber Metall häufig tarifpolitischer Vorreiter ist, hat dieser Konflikt allgemeine Bedeutung.

Tarifbereiche wie der öffentliche Dienst, die Bauwirtschaft, die Druckindustrie, Banken oder Versicherungen sind von der Neufassung des Paragraphen 116 AFG gar nicht berührt. Da sie keine regionalen Tarifgebiete haben, gibt es bei ihnen keine mittelbar betroffenen Arbeitnehmer, die zwar zum fachlichen, nicht aber zum räumlichen Geltungsbereich eines umkämpften Tarifvertrages gehören.

In der Metallindustrie dagegen bestehen regionale Tarifbereiche. Dennoch ist die Tarifpolitik überregional, auf die gesamte Metallindustrie ausgerichtet. Der naheliegende Gedanke, auch die Metallindustrie als bundesweites Tarifgebiet zu betrachten, scheiterte bisher am Widerstand der IG Metall. Zwar strebt auch sie wie der Arbeitgeberverband bundeseinheitliche Tarifabschlüsse an, doch nutzt sie die Regionalstruktur, um in dem am besten beschäftigten Tarifgebiet den Durchbruch zu erreichen und das gefundene Ergebnis auf alle anderen Regionen zu übertragen.

Dazu ist die IG Metall auch institutionell gerüstet. Die gesamte tarifpolitische und arbeitskampfrechtliche Kompetenz liegt zentral beim Vorstand in Frankfurt. Die Bezirksleiter sind weisungsgebundene Angestellte und die bezirklichen Tarifkommissionen Beratungs- und Empfehlungsgremien, an die der Vorstand in seinen Beschlüssen nicht gebunden ist. Als zentral geführte Organisation nutzt die IG Metall die regionale Struktur auch arbeitskampftaktisch. Den Weg hatte 1973 die Neutralitätsanordnung gewiesen, indem sie die Neutralitätspflicht der Bundesanstalt für Arbeit von der Gleichheit der Forderungsstruktur in allen regionalen Tarifgebieten abhängig machte.

Schon durch leichte Variationen im regionalen Forderungsbukett konnte die IG Metall die Arbeitsämter in Zahlpflicht auch für jene Arbeitnehmer nehmen, die sie durch ihre Streiktaktik zeitweise um ihre Arbeit gebracht hatte und deren tarifliche Bedingungen sie mit dem Arbeitskampf verändern wollte. Obwohl die Tarifautonomie staatliche Neutralität verlangt, wurden staatliche Organe wie die Bundesanstalt für Arbeit zur Subventionskasse für die Gewerkschaft.

Auf die Spitze hatte die IG Metall die Taktik 1984 getrieben. Mit nur 12 700 Streikenden bei gezielt ausgewählten Lieferanten wichtiger Teile der Autoproduktion legte sie bundesweit fast die gesamte Automobilproduktion lahm. Sozialgerichte in Hessen und Bremen unterstützten die IG Metall und setzten mit Hinweis auf die Rechtsprechung des Bundessozialgerichts den Erlaß des Präsidenten der Bundesanstalt für Arbeit, der die Staatsneutralität ernst nehmen wollte, außer Kraft. Deshalb mußte die Bundesregierung handeln, um ihrer Verpflichtung zu entsprechen, die rechtlichen Rahmenbedingungen einer funktionsfähigen Tarifautonomie zu gewährleisten.

Leider hat Bundesarbeitsminister Blüm mit Rücksicht auf die IG Metall den fachlichen Geltungsbereich der Tarifverträge als sachliches Kriterium für die Neutralitätspflicht der Bundesanstalt für Arbeit nicht akzeptieren wollen. Er machte, wie die Neutralitätsordnung von 1973, die Forderung der Gewerkschaften zum Kriterium der Neutralität des Staates. Damit unterwirft er die Entscheidung der so wichtigen Frage, ob der Staat in einem Arbeitskampf durch die Gewährung von Leistungen Einfluß nimmt, der Kampf- und Streiktaktik der IG Metall. Möglicherweise ist künftig ausgeschlossen, daß die IG Metall die Streiktaktik 1984 einfach wiederholt oder noch verfeinert, aber eine Sicherung der Staatsneutralität, wie ursprünglich angestrebt, kann so nicht garantiert werden.

Der Radikalismus, den DGB und insbesondere IG Metall in Wort und Tat gegen die geplante Gesetzesänderung an den Tag legen und der in den politischen Streiks des 6. März einen Höhepunkt gefunden hat, erklärt sich aus mehreren Gründen:

Da ist erstens die Sorge der IG Metall, ihr werde der Vorteil der Arbeitskampfsubventionierung durch Nürnberg genommen, der bei der wachsenden Produktionsverflechtung der Metallindustrie immer billigere und damit risikolosere Streiks ermöglicht, ohne daß sich die Arbeitgeber gegen die Zermürbungswirkung langer Betriebsstillegungen wehren können.

Hintergrund der Gewerkschaftskampagne ist zweitens die Orientierungskrise innerhalb der Gewerkschaftsführung über den zukünftigen Weg. Man versucht durch Aktionismus von der eigenen Konzeptionslosigkeit abzulenken.

Führende Gewerkschaftsfunktionäre wollen drittens die jetzige Regierung weghaben, weil sie glauben, mit einer SPD-Regierung besser die eigenen Probleme bewältigen zu können, zum Beispiel die Finanzkrise der Neuen Heimat.

Die Hoffnung der Regierung aus CDU/CSU und FDP, durch weiteres Entgegenkommen die Gewerkschaft zu besänftigen, war von Anfang an eine Illusion. Blüms Kommentar im Dezember 1985, schon der Regierungsentwurf sei um Meter von der Position der Arbeitgeber entfernt, läge aber nur Zentimeter weit weg von der Position der Gewerkschaften, entsprach zwar den Tatsachen, hat ihm aber nichts gebracht.

Auch das jetzige Nachbessern zugunsten der Gewerkschaftsposition wird den Haß der Funktionäre auf diese Regierung nicht mäßigen. Die IG Metall mag die Brücke nicht betreten, die ihr die CDU gebaut hat. Deshalb ist unverständlich, warum die Regierung sich weiter bemüht, durch Kompromißangebote Konflikte zu vermeiden, die offensichtlich unvermeidbar sind, weil sie von der DGB-Seite – wie das Lavieren des CDU-Vertreters Fehrenbach zeigt – bedingungslos gewollt werden.

LEIPZIGER MESSE / Keine Finanzierungsprobleme im Handel mit der „DDR"

Westdeutsche Firmen rechnen mit mehr Investitionsgüter-Aufträgen

HANS-J. MAHNKE, Leipzig

Die Hersteller von Investitionsgütern aus der Bundesrepublik rechnen wieder mit steigenden Aufträgen aus der „DDR". Diese Erwartungen prägten gestern den Auftakt der diesjährigen Leipziger Frühjahrsmesse. Von den angereisten Ausstellern werden zwar die Schwierigkeiten gesehen, mit denen die „DDR" nach dem Ölpreis-Verfall fertig werden muß. Vorherrschend ist jedoch der Eindruck, daß die „DDR" ihre Wirtschaft modernisieren muß und für höhere Investitionen auch Mittel bereitstellen wird.

Optimistisch über das Geschäft mit der „DDR" äußerte sich auch Ernst Pieper, Chef der bundeseigenen Salzgitter-Gruppe. Den Stand dieser Firma hatte SED-Chef Erich Honecker bei seinem traditionellen Rundgang zur Eröffnung der Messe besucht. Für die vergangenen drei Jahre gibt Pieper den Umsatz seines Konzerns mit der „DDR" mit zusammen gut einer Milliarde DM an. Dieses seien 60 Prozent mehr als in den vorangegangenen drei Jahren gewesen. Insgesamt sei der innerdeutsche Handel in dieser Zeit um gut 20 Prozent gestiegen. Pieper hofft auf einen weiteren Zuwachs in diesem Jahr.

Gestützt werden die Erwartungen dadurch, daß die „DDR" bei zahlreichen kleineren und mittleren Projekten mit Firmen aus der Bundesrepublik im Gespräch ist. Dies zeigt sich auch daran, daß gegenwärtig 1,2 Milliarden DM in die vorläufige Deckung genommen wurden; das heißt, sollte es zu einem Abschluß kommen, dann würden diese Geschäfte über die Treuarbeit abgesichert werden. Diese Summe ist rund 40 Prozent höher als in normalen Jahren.

Die Entscheidungen über größere Aufträge werden kaum auf dieser Messe fallen. Es wird davon ausgegangen, daß zunächst der 11. Parteitag der SED abgewertet werden soll, der vom 17. bis 21. April in Ost-Berlin stattfinden wird. Dann dürfte auch der neue Fünfjahresplan – die Planperiode begann bereits am 1. Januar – endgültig fertiggestellt sein.

Als größtes Projekt ist eine Chemieanlage für das Kombinat in Bitterfeld durch die Firma Uhde im Gespräch; geschätztes Auftragsvolumen: 380 Millionen DM. Salzgitter rechnet sich gute Chancen für den Bau einer Gasaufbereitungsanlage in Heringsdorf an der Ostsee für 100 bis 150 Millionen DM aus. Daran sollen auf Wunsch der „DDR" auch Firmen aus Frankreich beteiligt werden.

In der Regel wird allerdings über sehr viel kleinere Anlagenaufträge gesprochen, häufig nur über wenige Millionen Mark. Denn bei der „DDR" steht jetzt auch die Modernisierung bestehender Betriebe im Vordergrund. Wie stark sich die Investitionszurückhaltung der „DDR" in den vergangenen Jahren auch auf den innerdeutschen Handel ausgewirkt hat, zeigt sich ganz deutlich am Geschäft der Gutehoffnungshütte (GHH), des größten Anlagebauers in Europa. Der Umsatz von GHH mit der „DDR" hatte im vergangenen Jahr nur noch ein Volumen von 10 Millionen DM, zu Beginn der achtziger Jahre war er rund zehnmal so hoch. Allerdings waren in jüngster Zeit die Auftragseingänge höher als die Lieferungen. Daher wird auch bei GHH mit wachsenden Lieferungen gerechnet. Auch hier knüpfen die Hoffnungen an den neuen Fünfjahresplan an.

Ähnliche Erwartungen hegt auch Wilhelm Scheider, der Vorstandsvorsitzende von Krupp. Die Bezüge von Krupp aus der „DDR" beliefen sich im vergangenen Jahr auf 110, die Lieferungen auf 170 Millionen DM. Dies sei etwas mehr als im Jahr zuvor.

Trotz der Probleme, die der Verfall der Ölpreise für die „DDR" mit sich bringen dürfte – sie verkauft im innerdeutschen Handel mehr Öl, als sie bezieht –, sehen die Firmen kurzfristig keine Finanzierungsprobleme. Dabei verweisen sie darauf, daß der Swing von 1850 Millionen DM kaum in Anspruch genommen wird.

Im vergangenen Jahr stieg der innerdeutsche Handel um acht Prozent auf 16,7 Milliarden DM. Dabei nahmen die Lieferungen aus der Bundesrepublik um 18 Prozent auf 8,6 Milliarden DM zu, die der „DDR" sanken um ein Prozent auf 8,2 Milliarden DM.

US-AKTIENMÄRKTE

Der Dow-Jones schießt auf schwindelerregende Höhe

H.-A. SIEBERT, Washington

Die Wall Street findet immer neue Gründe, die Aktienkurse auf noch schwindelndere Höhen zu treiben. Am Freitag waren es die US-Herstellerpreise, die im Februar um 1,6 Prozent gesunken sind. Es war der tiefste Fall seit 1947, der sogar den Index unter das Vormonatsniveau drückte und ein Gefühl der vollständigen Preisstabilität, allerdings nur auf Großhandelsebene, vermittelte. Der Zusammenbruch des Ölmarktes machte es möglich: In nur einem Monat verbilligte sich Heizöl in Amerika um 26, Benzin um elf Prozent.

Alle Thermometer, die den Fieberstand der immer hitzigeren Hausse messen, haben in der vergangenen Woche mehrfach die Rekorde gebrochen. Bei noch nicht dagewesenen Umsätzen – 881 Mill. Papiere an der New York Stock Exchange – erzielte der populäre Dow-Jones-Industrie-Index sein bisher bestes Fünf-Tage-Ergebnis. Er schoß um 92,91 (Freitag: plus 39,03) auf 1792,74 Punkte. Einen solch hohen Sprung schafften die hochkarätigen „Blue Chips" zuletzt im August 1984, als der „Dow" 87,46 Punkte gewann.

Während der umfassende Nyse-Index um 5,79 (1,69) auf 136,17 und der Standard & Poor's 500 um 10,98 (3,36) auf 236,55 Punkte sprangen, stellten auch der Index der American Stock Exchange mit 267,81 und der Nasdaq-Index, der den Handel über dem Schalter erfaßt, mit 371,83 neue Rekorde auf. Das unterstreicht die wachsende Breite der Hausse. Die großen Gewinner waren nicht IBM, die in einer Krise steckt, oder General Motors, sondern Merck, International Paper, Philip Morris, Bristol-Myers, Kodak, General Mills und CBS.

Trotz des enormen Kursplateaus folgen die Investoren der alten Regel, daß man in inflationären Zeiten Renten und bei stark gebremster Teuerung Aktien erwirbt. Hinzu kommt die Überlegung, wonach die sinkenden Ölpreise zusammen mit der schächer als erwarteten Konjunktur ein inflationsfreies Umfeld schaffen, in dem die Zinsen noch weiter rutschen können. Gerechnet wird bereits mit einer zweiten Diskontsenkung.

In der Tat hat Amerikas Konjunkturbild nicht gehalten, was es versprochen hat. So sank die Industrieproduktion im Februar überraschend um 0,6 (Januar und Dezember plus 0,1 und 0,8) Prozent. Demnach machte das Jahresplus nur 1,6 Prozent aus. Außerdem schnellten die Lagerbestände im Januar um 0,7 Prozent – die kräftigste Zunahme seit 16 Monaten – nach oben, während die Einzelhandelsumsätze in den beiden letzten Monaten um 0,1 und 0,2 Prozent geschrumpft sind.

Indes, die Zahlen sind durch Unwetter und die Ölkrise in Texas erheblich verzerrt. Vermutlich hat die Normalisierung bereits begonnen, so daß der Druck auf die US-Notenbank weniger stark sein wird. Wichtigster Orientierungspunkt bleibt der Ölpreis: Steigt er, ist die Hausse vorbei.

AUF EIN WORT

„Wir reden von unseren Grundsätzen und handeln nach unseren Interessen. So geschieht es denn, daß alle um die Bedeutung der Investitionen für Konjunktur und Wachstum wissen, aber über kleinliches Gezänk alles tun, um Investitionen im Ausland günstiger und im Inland ungünstiger werden zu lassen."

Dr. Bernd W. Voss, persönlich haftender Gesellschafter des Bankhauses Reuschel & Co., München. FOTO: MEINEN

Indien bestellt 19 Airbus A-320

dpa/VWD, Neu Delhi

Die europäische Airbus Industrie hat einen neuen Großauftrag aus Asien erhalten: Indien kauft 19 Passagierflugzeuge des zweistrahligen Kurz- und Mittelstreckentyps A-320. Wie ein Sprecher der Airbus Industries in Neu Delhi mitteilte, enthält der am Wochenende endgültig unterzeichnete Vertrag mit dem indischen Zivilluftfahrtministerium außerdem eine Kaufoption über zwölf weitere A-320. Das Geschäft habe ein Gesamtvolumen von umgerechnet rund 4,3 Mrd. DM. Um diesen Großauftrag hatte es erhebliche Auseinandersetzungen gegeben. Ursprünglich hatte der amerikanische Boeing-Konzern darauf vertraut, dieses Geschäft abschließen zu können.

OPEC-KONFERENZ

Jamani hält Ölpreis von acht Dollar je Barrel für möglich

rtr, Genf

Die Ölminister der 13 Mitgliedstaaten der Organisation erdölexportierender Länder (Opec) haben gestern auf einer Sondersitzung Beratungen über den jüngsten Preisverfall beim Rohöl aufgenommen. Vorausgegangen waren am Samstag eine Sitzung des Marktüberwachungsausschusses sowie eine Tagung des Exekutivrates unter Leitung von Saudi-Arabien, dem wichtigsten Produzenten im Ölkartell. Beide Gremien konnten sich nicht auf Empfehlungen an die auf drei Tage veranschlagte Ministerkonferenz einigen.

Die erst im Dezember 1985 beschlossen Strategie der OPEC, einen Marktanteil statt ein Preisniveau zu verteidigen, hatte die Preise am Spotmarkt auf weniger als die Hälfte des offiziellen Preises von 28 Dollar je Barrel fallen lassen. Als Folge dieser Entwicklung fordern einzelne Mitglieder, der Beschluß von Dezember solle rückgängig gemacht werden. Staat dessen solle die Opec zu niedrigeren Förderraten zurückkehren. Dieser Vorschlag ist nach Angaben aus Genf am dringlichsten von dem Iran, von Algerien und Lybien vorgetragen worden, die sich damit im Marktüberwachungsausschuß allerdings nicht durchsetzen konnten.

Der Ölminister der Vereinigten Arabischen Emirate und Vorsitzende des Marktüberwachungsausschusses, Scheich Mana Said el Oteiba, sagte am Samstag, falls sich die Genfer Konferenz nicht auf eine Drosselung der Ölförderung einigen könne, halte er einen Ölpreis von weit unter zehn Dollar pro Barrel (159 Liter) für möglich. Saudi-Arabiens Ölminister Ahmed Saki Jamani sagte in einem Interview mit der britischen Zeitung „Sunday Telegraph", er halte sogar einen Preisverfall bis auf acht Dollar je Barrel für möglich, wenn nicht gegengesteuert werde.

RAUMGLEITER HERMES

Genscher fordert erneut eine deutsche Projekt-Beteiligung

HH, Bonn

Ungeachtet der umstrittenen Finanzierung hat Außenminister Genscher am Wochenende in Stuttgart erneut eine deutsche Beteiligung am französischen Raumgleiter-Projekt „Hermes" gefordert. Auf einer Veranstaltung der Vereinigung von Unternehmerinnen erklärte er, Frankreich biete jetzt den Einstieg in deren Entwicklung, und „hier sind wir bei dem letzten deutsch-französischen Gipfel in Paris ein gutes Stück vorangekommen". Hermes sei nach dem Urteil „aller Sachverständigen ein notwendiger Zwischenschritt auf dem Wege zum Weltraumflugzeug".

Europa dürfe darauf „um seiner technologischen Unabhängigkeit willen" nicht verzichten. Wegen seiner technologiepolitischen Führungsposition im Wettbewerb mit den USA und Japan dürfe es auch nicht auf die unabhängige europäische Weltraumforschung verzichten. Die deutsch-französische Kooperation habe sich bei dem Airbus-Programm bewährt, „das jetzt um neue Typen erweitert wird". Auch hier ist, wie berichtet, die Finanzierung der Milliardensubventionen noch offen.

Im gemeinsamen Forschungsprogramm Eureka sieht Genscher den Beginn eines neuen technologischen Aufbruchs Europas. Wagnisbereiten und zukunftsorientierten Unternehmern müsse man „optimale Rahmenbedingungen bieten, wenn wir sie nicht mit Zukunftsinvestitionen auf den amerikanischen Markt abdrängen wollen". Aufgabe der Regierungen sei allerdings nicht, unternehmerische Entscheidungen zu ersetzen. „Vielmehr müssen die Marktkräfte und die freie Forschung durch eine weitblickende staatliche Politik gefördert werden. Eureka ist eine Notwendigkeit mit und ohne SDI. Eureka ist weder nach seiner Begründung noch nach seiner Zielsetzung ein Ersatz für noch eine Alternative zu SDI", betonte Genscher.

WIRTSCHAFTS JOURNAL

Zahl der Insolvenzen kaum verändert

Wiesbaden (dpa/VWD) – Zum Jahresbeginn ist die Zahl der Pleiten nicht weiter angestiegen. Nach Angaben des Statistischen Bundesamtes wurden von den Konkursgerichten im Januar insgesamt 1 543 Insolvenzen gemeldet, das waren 0,4 Prozent weniger als vor einem Jahr. Die Zahl der Firmenzusammenbrüche nahm dabei um 0,8 Prozent auf 1 107 Fälle zu, gab das Bundesamt in Wiesbaden bekannt. Im Baugewerbe nahm die Zahl der Konkurse und Vergleiche um 13,2 Prozent auf 249 Fälle und im verarbeitenden Gewerbe um 4,4 Prozent auf 174 Fälle ab. Dagegen wurden im Handel (294) und bei den Dienstleistungen 14,4 beziehungsweise 8,7 Prozent mehr Konkurs- und Vergleichsverfahren registriert als vor einem Jahr.

DM-Anleihe

Frankfurt (VWD) – Mit einem Kupon von ⅛ Prozent über der Sechs-Monatslibor legt Montedison Finance (Overseas) Ltd. zu pari eine Anleihe mit Fälligkeit 1993 über 150 Mill. DM auf. Wie die konsortialführende Deutsche Bank weiter mitteilte, kann die Anleihe ab 1991 vorzeitig getilgt werden. Der Emissionserlös dient allgemeinen Finanzierungszwecken der Emittentin. Es ist beabsichtigt, die Anleihe an der Frankfurter Wertpapierbörse einzuführen.

Überschuß im Handel

Paris (dpa/VWD) – Das französische Außenhandelsministerium hat einen neuen Überschuß von 85 Mill. Francs (28 Mill. DM in der Außenhandelsbilanz für den Monat Februar bekanntgegeben. Im Vormonat hatte der Exportüberschuß 3,5 Milliarden Francs (1,16 Milliarden Mark) betragen. 1985 hatte sich das jährliche Gesamtdefizit auf 24 Milliarden Francs (acht Milliarden Mark) erhöht.

Panama an der Spitze

Basel (AFP) – Panama ist das Land mit der höchsten Pro-Kopf-Verschuldung Lateinamerikas. Dies teilte in Basel die lateinamerikanische Handelskammer mit. Insgesamt betrage die Verschuldung Lateinamerikas 370 Mrd. Dollar. In absoluten Zahlen seien Brasilien und Mexiko mit je 100 Mrd. Dollar die am höchsten verschuldeten Länder der Region, doch würden diese beiden Staaten von Panama übertroffen, wenn man die Verschuldung auf die Einwohnerzahl umrechne. In Panama kommen den Angaben zufolge auf einen Einwohner Verbindlichkeiten in Höhe von 1.762 Dollar. Mit einer Pro-Kopf-Verschuldung von 1.733 folgt an zweiter Stelle Argentinien.

Sparprogramm vorgelegt

Oslo (dpa/VWD) – Das Ölförderland Norwegen wird zunehmend vom Preisverfall für Rohöl getroffen. Die Mitte-Rechts-Regierung unter Ministerpräsident Kaare Willoch kündigte im Parlament ein Programm von Steuererhöhungen und Einsparungen im Verteidigungshaushalt an. Unter anderem sollen die Steuern auf Benzin und Rohölprodukte sowie auf Alkohol und Tabak erhöht und die Subventionen zur Stützung der Lebensmittelpreise sowie der Anstieg der Verteidigungsausgaben beschnitten werden. Die Regierung erhofft sich davon in diesem Jahr Einsparungen von zwei Mrd. Kronen (640 Mill. DM).

Türkei wertet ab

Ankara (dpa) – Die Türkei hat ihre Währung, die Lira, abgewertet. Ihr Wert sank gegenüber den wichtigsten ausländischen Währungen um fünf bis 6,8 Prozent. Die neuen Währungskurse sind seit vergangenem Freitag in Kraft. Die Maßnahme hängt mit den Bemühungen der Regierung in Ankara zusammen, die Wirtschaft des Landes zu stabilisieren und Auslandsschulden schneller abzubauen.

Mehr Eis gegessen

Bonn (DW.) – Obwohl das Jahr 1985 kein besonders gutes Sommerwetter bescherte, kann die Eiskremindustrie auf eine Absatzsteigerung von 6,4 Prozent gegenüber 1984 zurückblikken. Wie die Informations-Centrale-Eiskrem in Bonn mitteilte, wurden 416,9 Mill. Liter Speiseeis verzehrt, wovon 326,3 Mill. Liter auf das industriell hergestellte Markeneis entfielen. Die Verbraucher gaben für Markeneis 1985 knapp 2,8 Milliarden DM aus. Mit knapp 80 Prozent Marktanteil konnte die Branche ihre langjährige Position behaupten.

JAGUAR

Rekordverkäufe in Europa

fu. London

Jaguar, der britische Hersteller von Luxus-Limousinen, hat 1985 seinen Gewinn vor Steuern um genau ein Drittel auf 121,3 Millionen Pfund (400 Millionen DM) erhöht. 1985 war das erste volle Geschäftsjahr seit der Privatisierung des ehemals zum Staatskonzern British Leyland gehörenden Automobilunternehmens in Coventry. Der Gewinnanstieg geht insbesondere auf eine höhere Autoproduktion und gestiegene Verkäufe sowie auf die anhaltende Verbesserung der Arbeitsleistung in der Fertigung zurück.

Der weltweite Absatz von Jaguar erhöhte sich im vergangenen Jahr um 15 Prozent auf 37 952 Limousinen. Dabei erzielte Jaguar Rekordverkäufe auf dem kontinentaleuropäischen Markt; hier betrug der Anstieg immerhin 38 Prozent. Der mit Abstand zweitwichtigste Einzel-Exportmarkt für Jaguar, die Bundesrepbulik Deutschland, brachte dem Unternehmen einen Verkaufsanstieg um gut 21 Prozent, nämlich von 1938 auf 2350 verkaufter Jaguar-Limousinen. Besonders erfreulich, so das Unternehmen, waren die Verkaufsergebnisse aber auch in Österreich, Frankreich und Spanien.

Im größten Verkaufsmarkt für Jaguar, in den USA, wurden mit 20 130 Limousinen zehn Prozent mehr verkauft als im Jahr zuvor. In Kanada legte der Absatz sogar um 27 Prozent zu. Im eigenen Land wurden etwas mehr als 8000 Jaguar verkauft gegenüber 7500 im Jahr zuvor.

Die Anstrengungen um eine weitere Verbesserung der Produktivität hielten auch im vergangenen Jahr an. Damit erhöhte sich die Rate von 3,6 Limousinen je Beschäftigten 1984 auf 3,8 im vergangenen Jahr. Der Umsatz von Jaguar stieg von 634,1 auf 746,5 Millionen Pfund (2,5 Milliarden DM).

Nach Angaben von Jaguar-Chef John Egan, der das Unternehmen in die Privatisierung und wieder zum Erfolg geführt hat, wird die neue Jaguar-Version XJ40 möglicherweise noch in diesem Jahr der Öffentlichkeit vorgestellt. Nicht nur die Limousinen, sondern auch die Aktien von Jaguar sind besonders in den Vereinigten Staaten begehrt: Inzwischen werden rund 40 Prozent der Jaguar-Aktien von amerikanischen Investoren gehalten.

ENTWICKLUNGSHILFE / Anhörung im Bundestag

Wirksamkeit stark umstritten

HEINZ HECK, Bonn

„Wissenschaftliche Untersuchungen kommen zum Ergebnis, daß es keinen signifikanten Zusammenhang zwischen dem Volumen der Entwicklungshilfe und dem Entwicklungserfolg gibt.“ Diese These hat der Bundestagsausschuß für wirtschaftliche Zusammenarbeit an den Beginn seiner heutigen Anhörung von acht Sachverständigen zum Thema „Entwicklungspolitik, Bilanz und Perspektiven“ gestellt. Die These findet in den vorab gegebenen Antworten Zustimmung und Ablehnung.

Zustimmend äußert sich zum Beispiel Lord Peter Thomas Bauer, einer der prominentesten Kritiker öffentlicher Entwicklungshilfe. Selbst wenn ein Zusammenhang zwischen Hilfevolumen und Entwicklungserfolg auszumachen sein sollte, „wäre das Beweismaterial unerheblich“, schreibt er. „Der wirtschaftliche Erfolg und der Fortschritt von Gesellschaften hängen einschließlich des Prokopfeinkommens und seiner Steigerung von unzähligen in der Vergangenheit und Gegenwart wirksamen Faktoren ab, die mit unterschiedlichen und variierenden time-lags (zeitlichen Verzögerungen) zum Tragen kommen. Statistiken über Entwicklungshilfe und Einkommensveränderungen können die Auswirkungen der Entwicklungshilfe folglich nicht erklären.“

Ganz anders Hansjörg Elshorst, Geschäftsführer der bundeseigenen Gesellschaft für Technische Zusammenarbeit (GTZ). Wissenschaftliche Untersuchungen kämen keineswegs einhellig zu dem behaupteten Ergebnis, „sondern bieten ein höchst heterogenes Bild von Daten und Deutungen“. Einige wesentliche Erfolge seien auch offensichtlich, etwa die Tatsache, daß die Menschen in der Dritten Welt nach rund drei Entwicklungsdekaden im Durchschnitt dieselbe Lebenserwartung hätten wie die in den Industrieländern vor dem Zweiten Weltkrieg. „Der Zugang zu gesundheitlicher Versorgung, Schulen und Ausbildung hat einen noch nie dagewesenen Umfang erreicht. Für den bei weitem größten Teil der Menschheit gehören Hungersnöte der Vergangenheit an ... Entwicklungshilfe hat dazu einen relevanten Beitrag geleistet.“

Für Hans-Helmut Taake, Direktor des Deutschen Instituts für Entwicklungspolitik in Berlin, ist eine umfassende Antwort auf die These nicht möglich. Inzwischen sei deutlich geworden, daß Entwicklung nicht mit dem engen Begriff des Wirtschaftswachstums, also „dem Wachstum des modernen Sektors“, gleichgesetzt werden könne. Der rasch fortschreitende Differenzierungsprozeß zwischen den Entwicklungsländern erfordere, Entwicklung für einzelne Ländertypen verschieden zu definieren und Entwicklungsziele, -strategien und -politiken an Bedarf, Ressourcen und Werten der jeweiligen Länder zu orientieren.

Die große Verbreitung der Armut in allen Ländertypen und die wachsende Zahl der absolut Armen auch in industriell fortgeschritteneren Entwicklungsländern legten es nahe, in der langfristigen Sicherung des Überlebens der Bevölkerung das Mindestziel von Entwicklung zu sehen. Eine solche Definition – immerhin von existentieller Bedeutung für über eine Milliarde Menschen – entspreche gleichsam dem kleinsten gemeinsamen Nenner fast aller Entwicklungsländer.

Der Konstanzer Professor Hartmut Elsenhans spricht sich in seinem Antwortpapier nachhaltig für eine an bestimmte Auflagen gebundene Entwicklungshilfe aus. Nur so könne den Regierungen dieser Länder ein Anreiz gegeben werden, „die internen Voraussetzungen für eine wirksamere Entwicklungshilfe zu schaffen“. Der Verzicht auf Entwicklungshilfe hingegen beraube die westlichen Industrieländer eines wichtigen Verhandlungsinstruments, ohne die Herrschaftsverhältnisse im Süden zugunsten der Armen zu verändern.

RENTENMARKT / Antrieb aus USA

Zinsen weiter unter Druck

Angetrieben von dem Zinssturz in den USA, wo die Rendite 30jähriger Staatsanleihen erstmals in diesem Jahrzehnt unter die Marke von acht Prozent rutschte, setzte sich in der letzten Woche auch am deutschen Kapitalmarkt der Zinssenkungsprozeß fort, und zwar unter Schwankungen, die von der Entwicklung in den USA vorgezeichnet waren. Obwohl sich deutsche Rentenexperten der Abhängigkeit der hiesigen Kapitalmarktzinsentwicklung von der amerikanischen bewußt sind, sehen sie bei zunehmender Hektik weiterhin Spielraum für eine Zinssenkung. Dies allerdings nur unter der Prämisse, daß es im Europäischen Währungssystem nicht zu einer Aufwertung der D-Mark kommt, mit der vermutlich Kapitalabflüsse aus Deutschland einhergingen. (cd.)

Emissionen	14.3. 86	7.3. 86	30.12. 85	28.12. 84	30.12. 83
Anleihen von Bund, Bahn und Post	5,41	5,71	5,91	6,58	7,88
Anleihen der Städte, Länder und Kommunalverbände	5,85	5,92	6,24	6,72	7,72
Schuldverschreibungen von Sonderinstituten	5,48	5,57	5,99	6,56	7,83
Schuldverschreibungen der Industrie	6,14	6,18	6,31	6,94	8,29
Schuldverschreibungen öfftl.-rechtl. Kreditanstalten u. Körperschaften	5,53	5,61	6,04	6,65	7,90
Titel bis 4 Jahre rechnerische bzw. Restlaufzeit	5,17	5,25	5,64	6,34	7,64
Titel über 4 Jahre rechnerische bzw. Restlaufzeit	6,20	6,29	6,73	7,14	7,30
Inländische Emittenten insgesamt	5,53	5,62	6,03	6,64	7,89
DM-Auslandsanleihen	6,48	6,49	6,82	7,20	8,08



WELT-Korrespondenten berichten von der CeBIT

Neue Techniken – Atari – Televideo – Panasonic



Am Computer scheiden sich Jung und Alt

Wer als Laie durch die 13 Hallen der CeBIT geht, die der Welt größtes Angebot neuer Technologien offerieren, kann sich des Eindrucks nicht erwehren, daß es in Zukunft zwei Gruppen von Arbeitnehmern geben wird: die eine, die aufgrund ihres Berufes mit der neuen Technik vertraut gemacht wird, und die andere, die damit niemals in Berührung kommt und sie auch nicht verstehen wird.

Die Elektronikexperten auf der Messe geben in Gesprächen unumwunden zu, daß sie den von Bundeswirtschaftsminister Martin Bangemann bei seiner Eröffnungsansprache angeregten „Computer-Führerschein“ für alle die Arbeitnehmer begrüßen würden, die in immer stärkerem Maße in die rasant expandierende neue Technik einbezogen werden. Viele Arbeitnehmer gleiten aus ihren erlernten Berufen aufgrund der neuen Technik immer schneller in ein neues Berufsbild, das nur der ausfüllen könne, der bereit ist, unermüdlich dazuzulernen.

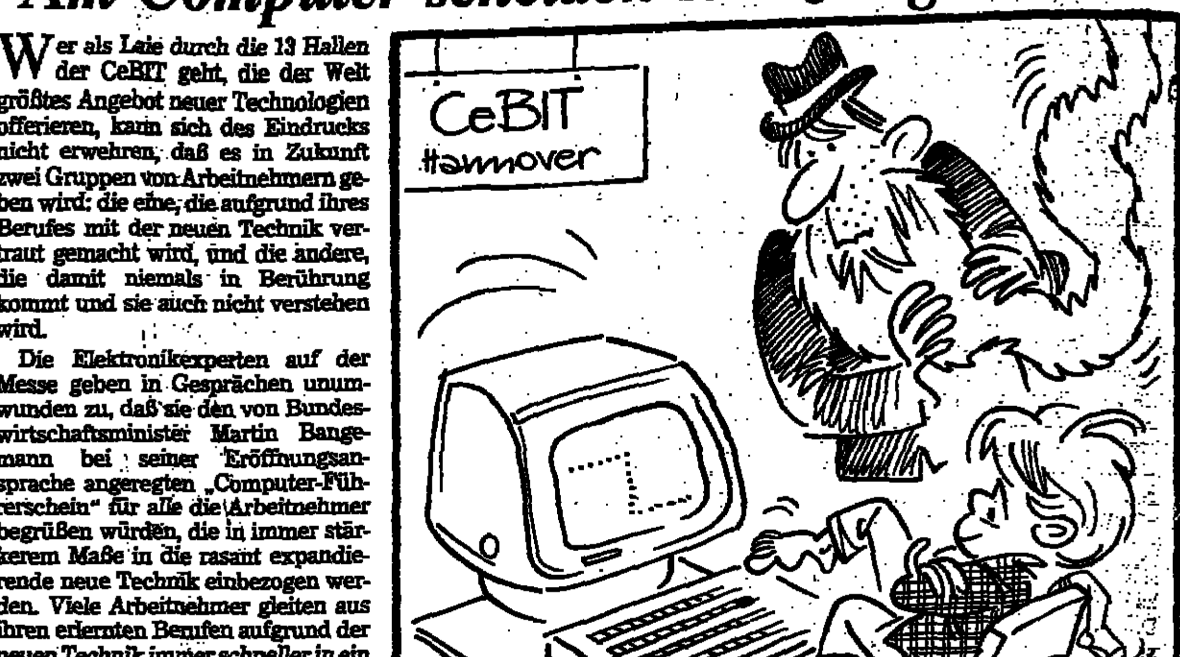
Ein Führerschein als Befähigungsausweis dafür, daß fundierte Grundkenntnisse über die Bedienung neuer Techniken vorhanden sind, könne bald die Garantie dafür sein, „nicht auf der Strecke zu bleiben“. Ein Überwechseln von einem „normalen“ Arbeitsplatz auf einen elektronisch gesteuerten werde in Zukunft, auch bei sonstiger gleicher Arbeit nicht mehr möglich sein, wenn der Betrieb nicht alle Mitarbeiter entsprechend umfassend geschult hat.

Bangemann hatte das an einem plastischen Beispiel geschildert: Wenn eine Sekretärin heute aus dem Beruf ausscheidet, läßt sie eine elektrische Schreibmaschine zurück. Kehrt sie nach einigen Jahren an ihren Arbeitsplatz zurück, wird sie statt dessen einen modern eingerichteten Schreibtisch wiederfinden, der alle Serviceleistungen eines modernen Büros technisch integriert. Dadurch änderten sich nicht nur die verlangten Kenntnisse, sondern auch das soziale Umfeld in dem Büro. Das erschwere die Wiedereingliederung in den Beruf, sagte Bangemann.

Experten auf der Messe formulieren das noch härter: „Das verhindert die Wiedereingliederung in den Beruf, wenn diese Sekretärin nicht bereit ist, während ihrer Abwesenheit von ihrem bisherigen Arbeitsplatz im Eigenstudium dazuzulernen“.

Die neuen Technologien kristallisieren ferner in aller Schärfe auch noch ein anderes Problem heraus, das schon immer die Menschheit beschäftigte: den Generationsunterschied. Der junge Mensch wächst heute mit der neuen Elektronik auf, der ältere muß sich erst in sie hineinfinden, sofern er sie überhaupt noch begreift. Berufserfahrungen, die die Älteren früher an Jüngere zum Wohl des Betriebes weitergaben, sind in der neuen Technik kaum vorhanden.

Im Gegenteil, der Jüngere kann dem Älteren etwas vormachen, was sich nicht gerade günstig auf das Betriebsklima auswirkt, sofern die Unternehmensleitung hier nicht energisch durchgreift. Wie gravierend dieser Unterschied zwischen Jung und Alt hier ist, kann an jedem Stand der Messe beobachtet werden, an dem es um neue Technologien geht. Die Mehrheit von Schülern, die diese Stände besuchen und sich die Geräte erklären lassen, begreifen sofort; der ältere Besucher ohne entsprechende Vorkenntnisse begreift nichts. (dpa/VWD)



ZEICHNUNG: KLAUS BÖHLE

Das Engagement der Aussteller für „ihre“ Messe wächst von Tag zu Tag: Von „gut“ bis „ausgezeichnet“ reicht die Spanne der Urteile befragter Unternehmen, wenn Zwischenbilanzen zum Verlauf der CeBIT-Messe gezogen werden. Sprecher der Büro-, Informations- und Nachrichtentechnik sind nahezu unisono mit dem Publikumszuspruch „sehr zufrieden“. Am Wochenende nutzten vor allem die Hannoveraner die Gelegenheit, sich über die neuesten Entwicklungen der Branchen zu informieren. Gut 200 000 Besucher haben nach Schätzungen das Messegelände bevölkert. Heute wird sich das Verhältnis wieder zugunsten der Fachbesucher verändern. (dos)

Kein Nachfrageknick bei Heimcomputern

Die Atari Corp. erkennt bei dem Geschäft mit Heimcomputern keinen Bruch der Nachfrage. Atari-Chef Jack Tramiel, der das damals praktisch bankrotte Unternehmen Mitte 1984 übernommen hatte, bezieht sich mit dieser Aussage auf Prognosen, die zumindest in der Bundesrepublik kaum noch Chancen für den Absatz solcher Geräte erkannten. Das 8-Bit-Geschäft mit dem Heimcomputer laufe in Deutschland „nach wie vor sehr stark“, meinte Tramiel.

Jugendliche wagten heute mit Hilfe des Taschengeldes den Einstieg in eine Technologie, die preismäßig unter 300 DM liege. Diese Jugendlichen aber seien die Personalcomputer-Käufer von morgen. Tramiel kündigte an, daß Atari künftig stärker „in Marktnähe produzieren“ wolle. Bei den Überlegungen stehe der Standort Berlin ganz vorn in der Prioritätenliste. (dos)

Konsolidierung abgeschlossen

Die TeleVideo Systems Inc. in Sunnyvale/Kalifornien, einer der führenden Hersteller von Video-Display-Terminals, rechnet nach dem drastischen Umsatz- und Ertragseinbruch im Geschäftsjahr 1985 mit einer deutlichen Besserung im laufenden Jahr. Bereits das letzte Quartal 1986, so Vizepräsident Elliot Wasserman, habe die Wende zum Besseren gebracht. TeleVideo verzeichnete 1985 einen Umsatzrückgang auf 103 (163) Mill. US-Dollar. Nachdem 1984 noch ein Gewinn von 4,5 Mill. Dollar erwirtschaftet wurde, mußte 1985 ein Verlust von 19,2 Mill. DM hingenommen werden.

Zu den vorgenommenen Änderungen gehörte die Neuorganisation des Unternehmensbereichs Terminals und Drucker, die jetzt als selbständige Division geführt wird. TeleVideo verfügt inzwischen über eine breite Produktpalette, nachdem anfangs nur Bildschirme für Videospiele hergestellt wurden. Dazu gehören Mikrocomputer, Personalcomputer und Drucker. (dos)

Büroelektronik gestärkt

Die Panasonic Deutschland GmbH, Vertriebstochter des japanischen Elektronik-Konzerns Matsushita, will die Produktkategorien Büroelektronik und Industrieerzeugnisse nachhaltig stärken. Geschäftsführer Seinosuke Kuraku verwies in Hannover auf eine mittelfristig angelegte Unternehmensplanung, wonach der Anteil der Unterhaltungselektronik am Panasonic-Umsatz von 75 Prozent auf unter 50 Prozent verringert werden soll. Dies bedeute nicht etwa eine zielgerichtete Schwächung des Unterhaltungselektronikbereichs; vielmehr soll das künftige Wachstum vor allem in den genannten Bereichen stattfinden.

Kuraku rechnet damit, daß bereits im laufenden Jahr die Sparte Büroelektronik die Umsatzgrenze von 100 Mill. DM überschreiten wird. Daven dürften auf Computer 40 Prozent, auf Kopiergeräte 30 Prozent und auf Telefax und Telefonanrufbeantworter ebenfalls 30 Prozent entfallen. Auf all diesen Sektoren zeigt Panasonic auf der CeBIT-Messe neue Entwicklungen, die künftig in einem System koordiniert werden und der Büroautomation dienen sollen.

Insgesamt rechnet Panasonic für 1986 erneut mit einem zweistelligen Wachstum. Für 1985 hatte das Unternehmen einen Umsatz von 1,04 Mrd. DM ausgewiesen. Davon entfielen rund 630 Mill. DM auf den Bereich Unterhaltungselektronik. Skeptischer beurteilt Kuraku die Ertragsentwicklung. Wegen der DM-Stärke gegenüber dem Yen werde sich das Vorjahresergebnis nicht ganz erreichen lassen, zumal Preiserhöhungen kaum durchzusetzen seien.

Die Muttergesellschaft, Matsushita Electric Industrial Co. Ltd. in Osaka, hat im Geschäftsjahr 1984/85 (20. 11.) den Umsatz um sieben Prozent auf umgerechnet 65 Mrd. DM steigern können. Der Reingewinn stieg um drei Prozent auf 3,2 Mrd. DM. Matsushita wird, wie berichtet, noch in diesem Jahr in Niedersachsen (Peine und Lüneburg) zwei Werke errichten. Matsushita ist bereits in Osterode/Harz mit zwei Betrieben vertreten. (dos)

Westliche Märkte im Blick

Der ungarische Elektronikkonzern Videoton, Szekesfehervar, unternimmt erhebliche Anstrengungen zur Erschließung der westlichen Märkte. Sprecher des Unternehmens, das mittlerweile gut ein Viertel des Umsatzes (1,2 Mrd. DM) im Bereich Computertechnik und Datenverarbeitung tätigt, verweisen auf einige Erfolge auf diesem Gebiet. So entwickelte Videoton für führende westliche Computer-Hersteller Software-Progamme.

Der Exportanteil auf dem Sektor Hard- und Software erreicht 65 Prozent. Auf Lieferungen in westliche Ländern entfallen etwa 20 Prozent. In der Bundesrepublik wurden 1985 Waren und Leistungen im Wert von 8,5 Mill. DM abgesetzt, davon 3 Mill. DM über die eigene Generalvertretung. Einen Schwerpunkt bei den Software-Programmen bilden Anwender aus der Landwirtschaft. Produktionssteuerungs-Systeme finden Anwendung in der Milchwirtschaft, in Baumschulen, Geflügelfarmen und in der Schweinehaltung. (dos)

UNTERNEHMEN UND BRANCHEN

Dividenden-Kürzung

Stolberg (VWD) – Die Stolberger Zink AG, Stolberg, kürzt die Dividende für das Geschäftsjahr 1984/85 (30. September) auf 5 (12,5) DM. Dies wird der für den 25. April nach Frankfurt einberufenen HV vorgeschlagen. Das Grundkapital von 2,187 Mill. DM hält zu rund 96 Prozent die Metallgesellschaft AG, Frankfurt.

Dräger steigert Umsatz

Lübeck (dpa/VWD) – Der Umsatz der Drägerwerk AG, Lübeck, des mit mehr als 5000 Beschäftigten zweitgrößten industriellen Arbeitgebers in Schleswig-Holstein, ist 1985 um 13,8 Prozent auf 608,8 Mill. DM gestiegen. Dazu trugen alle Produktbereiche (Medizin-, Sicherheits- und Gasmeßtechnik) bei. Der Exportanteil der AG stieg auf 40 (36) Prozent. Der Jahresüberschuß ist um 22 Prozent auf 15,5 Mill. DM geklettert.

Kapital-Erhöhung

Ludwigshafen (VWD) – Aus dem Jahresüberschuß von 24,3 Mill. DM schüttet die Pfälzische Hypothekenbank AG für 1985 eine unveränderte Dividende von 10 DM und einen Bonus von 2,50 DM je Aktie aus. Zusätzlich erhalten die Aktionäre aus Anlaß des 100jährigen Bestehens der Bank einen Sonderbonus von 2,50 DM je Aktie. Darüber hinaus soll das Kapital aus Gesellschaftsmitteln im Verhältnis 11:1 mit Gewinnberechtigung ab 1. 1. 1986 erhöht werden.

Äsculap: neun DM

Tuttlingen (VWD) – Eine unveränderte Dividende von 9 DM zahlt die Äsculap-Werke AG, Tuttlingen, für das Geschäftsjahr 1984/85 (30. September). Dies wird der für den 28. April nach Stuttgart einberufenen HV vorgeschlagen. Der Bilanzgewinn betrug unverändert 2,81 Mill. DM.

Sonderbelastungen

Kulmbach (VWD) – Der Erwerb der Mehrheit an der Mönchshof Bräu GmbH, Kulmbach, durch die Reichelbräu AG, Kulmbach, führte zu „ganz erheblichen Sonderbelastungen". Aufsichtsrat und Vorstand der Reichelbräu werden daher der HV am 14. Mai vorschlagen, für 1984/85 (30. September) auf eine Dividendenausschüttung zu verzichten. Für das Vorjahr waren 12 Prozent Dividende gezahlt worden.

Wieder zehn plus 2,50 DM

Frankfurt (VWD) – Eine unveränderte Dividende von 10 DM sowie erneut 2,50 DM Bonus je Aktie werden der HV der Deutsche Hypothekenbank Frankfurt-Bremen AG, Frankfurt, am 23. April für das Geschäftsjahr 1985 vorgeschlagen. Gewinnberechtigt sind 44 Mill. DM Grundkapital.

KONKURSE

Konkurs eröffnet: Augsburg: Manfred Lugert, Lebensmittel- und Weingroßhandel, Griesbeckerzell; Irmgard Emilie Gramüller; **Bad Schwalbach:** GV-Concept Beratungs- u. Betriebsges. f. Gemeinschaftsverpflegung mbH, Heidenrod-Laufenselden; **Bielefeld:** Nachl. d. Wilfried Kampeter, Elektromeister; **Bruchsal:** Nachl. d. Erich Geider, Kronau; **Detmold:** Ilse-Häuser GmbH, Blomberg/Lippe; Carsteens Bau GmbH, Schieder-Schwalenberg 1; **Dortmund:** Berger-Montagebau GmbH; **Duisburg:** Thermodernbau Ges. f. Heizung, Lüftung, Klima u. Schwimmbadbau mbH, Mülheim/Ruhr; Gebra-Industriebedarf Handelsges. mbH, Mülheim a. d. Ruhr; **Fürth:** Elbrecht KG, offene Kamine, Kachelöfen, Rimbach; **Gelsenkirchen:** A. Wegener GmbH, Gladbeck; **Hagen:** 1. Otto Nölling u. Co. KG Tief- u. Straßenbau, Wetter, 2. Otto Nölling, Kaufmann, Wetter; **Hannover:** Nachl. d. Dieter Gakenholz; **Herford:** Falscheider Oberflächenveredlung GmbH, Löhne; **Karlsruhe:** Nachl. d. Hubert Lehmann; **Kempten:** Leo Schaule GmbH & Co. Immobilien KG; **Königstein:** Hans-Jochen Jäger, Eppstein-Ehlhalten; **Langen:** Elli Mieth, Rödermark; **Lingen:** Heinrich Schnieders, Bauunternehmer; **Mönchengladbach:** WSB Wohnbau GmbH & Co. KG; **Plön:** Gebr. Reese, Tiefbau GmbH, Marienwarder; **Siegburg:** Klaus & Breidenbach GmbH & Co. KG, Much-Bövingen; **Trier:** Matthias Fassian GmbH & Co., Bauunternehmung u. Güternahverkehr, Schweich-Issel; **Wesel:** Josef Johannes Faßelt, Landmaschineneinzelhändler, Schermbeck; **Wuppertal:** Fürschbach GmbH & Co. KG; Fürschbach Verwaltungsges. mbH; Nachl. d. Auguste Hedwig Winkelmann geb. Windgasse; Kuhn-Bau GmbH, Velbert 1.

Anschlußkonkurs eröffnet: Alfeld (Leine): Fritz Schwarze jun. Kaufmann; **Bruchsal:** Mohr Baumarkt GmbH, Hambrücken; **Hagen:** Golücke Hoch- u. Tiefbau GmbH; **Ingolstadt:** Peter Ostermeier Bauunternehmung GmbH & Co. Hoch- u. Tiefbau KG, Niederlauterbach; **Vergleich beantragt: Würzburg:** Hans-Peter Uebel, Kaufmann, Marktheidenfeld; **Wuppertal:** Knut August Hebert geb. Herrmann, Mettmann.

DEUTSCH-SÜDAMERIKANISCHE BANK / Mutter Dresdner Bank springt ein

Hohe Vorsorge für Länderrisiken

JAN BRECH, Hamburg

Die Deutsch-Südamerikanische Bank AG, Hamburg, hat 1985 ein Ergebnis erzielt, das Vorstandssprecher Albrecht C. Rädecke wieder mit dem Prädikat „sehr gut" versieht. Der Zinsüberschuß stieg um 5,8 Prozent auf 159,3 Mill. DM, der Provisionsüberschuß um knapp 26 Prozent auf 27,7 Mill. DM. Allein im Wertpapiergeschäft verbesserte sich das Ergebnis um 81 Prozent. Das Betriebsergebnis aus dem laufenden Geschäft gibt Rädecke mit rund 110 Mill. DM an; das entspricht einer nicht erwarteten Verbesserung um 7,6 Prozent.

Die Dresdner Bank als Muttergesellschaft hat von dem guten Ergebnis jedoch auch dieses Mal nichts. Auf das von ihr im Vorjahr um 50 auf 179 Mill. DM erhöhte Kapital (Kurs 160 Prozent) erhält sie zum vierten Mal in Folge keine Dividende. Das Ergebnis wird erneut voll zur Stärkung der Reserven einbehalten. Die Dresdner Bank muß im Gegenteil noch zusätzlich Vorsorgemaßnahmen für Länderrisiken ihrer Tochtergesellschaft treffen, die diese aus dem Betriebsergebnis allein nicht abdekken kann. Die Unterlegungen dürften wie im Vorjahr rund 350 Mill. DM erreichen.

Das Wachstum der Bank, das sich in einer Ausweitung der Bilanzsumme um 5,3 Prozent auf 6,6 Mrd. DM und des Geschäftsvolumens um 2,7 Prozent auf 7,5 Mrd. DM niederschlägt, ist auch 1985 vom Passivgeschäft getragen worden. Die Kundeneinlagen haben sich trotz des extremen Dollarverfalls um 2,3 Prozent auf 2,8 Mrd. DM erhöht, die Bankengelder stiegen um 6,7 Prozent auf 3,3 Mrd. DM. Das angestrebte Ziel, zur weiteren Verbesserung der Bilanzstruktur die Kundeneinlagen auf 3 Mrd. DM auszuweiten, ist nach den Worten von Rädecke allein wegen des gesunkenen Dollars nicht gelungen.

Die Dollarschwäche hat auch bewirkt, daß das Kreditvolumen mit 3,6 Mrd. DM um gut 16 Prozent niedriger ausgewiesen wird. Die im Rahmen von Umschuldungsvereinbarungen erforderlich gewordenen Neukredite hätten den echten Rückgang des Kreditvolumens mehr als ausgeglichen. Generell, so Rädecke, sei die Bank bei ihrer vorsichtigen Politik im Kreditgeschäft geblieben.

Für dieses Jahr sagt Rädecke, wie schon im Vorjahr, voraus, daß sich das Ergebnis von 1985 nicht werde wiederholen lassen. Als Gründe nennt er einmal den Dollar, auf dem immerhin zwei Drittel der Bilanzsumme der Deutsch-Süd-Bank basiert. (Bei unverändertem Dollarkurs wäre allein 1985 die Bilanzsumme um gut 1,1 Mrd. höher ausgefallen.) Zum zweiten kämen eine Reihe neuer Umschuldungsverträge etwa mit Brasilien und Venezuela zum Tragen, mit entsprechend geringeren Margen.

Wochenschlußkurse

New York

	14.3.	7.3.
Adv. Micro Dev.	31,5	29,125
Aetna Life	66	61
Alcan Aluminium	34,125	32,875
Alcoa	45,75	43,625
Allied Signal	51,875	50,625
AMR Corp.	49,125	47,875
Ampco	14	13,25
Am. Cyanamid	70	65,625
Am. Express	69,625	67
Am. Motors	4,75	4,25
Am. Tel. & Telegr.	23,375	22,375
Amoco Corp.	59,125	55,25
Asarco	21,5	20,25
Atlantic Richfield	52	40,75
Avon Products	32,25	32
Bally	19,625	19
Bk. of America	17,25	16,125
Bethlehem Steel	21,875	19,75
Black & Decker	22,625	22,625
Boeing	53,375	54,375
Brunswick	30,75	26,75
Burroughs	67,5	64,125
Caterpillar	51,625	50,875
CBS	138,5	134,625
Celanese	195,75	189,25
Chase Manhattan	47,25	45,375
Chrysler	40	39,25
Citicorp	58,375	54,25
Clorox	54,375	50,875
Coca-Cola	108,75	98,75
Colgate	36,5	35
Commodore	8,5	7,875
Commwth. Edison	34,5	35,75
Comm. Satellite	36	38,625
Control Data	25,75	23
CPC Int.	64,625	59,75
Curtiss Wright	53,75	51,125
Deere	35	33,125
Delta Airlines	40,75	42,25
Digital Equipm.	160,125	158,625
Dow Chemical	52	48,875
Du Pont	77,5	70,75
Eastern Gas-Fuel	24,625	24,625
Eastman Kodak	58,125	58
Exxon	55,25	52,25
Firestone	24,125	26,75
Fluor	17,375	17,5
Ford	73,25	72,125
Foster Wheeler	14,875	13,875
Fruehauf	37,375	36,875
GAF Corp.	67,875	66,625
General Dynamics	79,5	78,125
General Electric	78	74,25
General Instr.	20,375	19,625

	14.3.	7.3.
General Motors	88,125	80,375
Gen. T. & E.	52,75	50,625
Global Nat. Res.	3,125	3
Goodrich	43,375	43,875
Goodyear Tire	34,875	34,625
Grace	49,375	50,25
Halliburton	23,125	22,5
Heinz	39	36,375
Hewlett Packard	44,25	42
Homestake	25,25	24
Honeywell	77,25	71,625
IBM	150,625	145,5
Int. Tel. & Tel.	44,125	43,125
Int. Paper	64,875	56,25
Int. North. Inc.	38,375	36,125
Jim Walter	59,375	50,5
Litton Industries	83,5	84
Lockheed Corp.	55,125	52,5
Loew's Corp.	67,875	63,125
Lone Star	33,875	33
Louisiana Land	27	23,75
LTV Corp.	9,625	8,375
Mc Dermott	18,625	18
Mc Donnel Doug.	83,75	78
Merck & Co.	161,625	150,75
Merrill Lynch	42,5	41,75
Mesa Petroleum	3	3
MGM (Film)	25,875	25,875
Minnesota M.	103,625	96,75
Mobil Oil	29,5	26,75
Monsanto	60,125	56,875
Morgan J.P.	77,625	74,375
Nat. Semiconductor	14	13,625
Navistar Int. Corp.	9,125	9
NCR	42,875	41,875
Newmont	51,5	48,375
PanAm World	8,25	8,75
Pantry Pride	14,25	14
Pfizer	56,875	54
Phibro	54,25	50
Philip Morris	118,375	103,875
Philips Petroleum	10,125	9,625
Pittston	14,5	13,25
Polaroid	70,25	65,25
Prime Computer	24,25	24
Procter & Gamble	76	68,375
RCA	62,5	62,375
Reynolds Ind.	42,875	37
Rockwell Int.	42,375	39,875
Rorer Group	37	36
Schlumberger	31,25	29,125
Sears, Roebuck	48	44
Singer	49,375	47,5
Sperry Corp.	51,75	49,125
Stand. Oil Calif.	38	35,125
Storage Techn.	4	5,25
Tandy	43,25	41
Teledyne	358	348,75

	14.3.	7.3.
Telex Corp.	62,25	64
Tesoro	10,25	9,75
Texaco	29	27,25
Texas Instrum.	128,375	121,75
Tosco	2,375	2,5
Trans World Corp.	45,375	42,625
Transamerica	39,5	38
Travellers	58,875	53,25
UAL	54,5	55,5
Unocal Corp.	17,75	17,625
Union Carbide	19,375	19,25
Union Oil of Calif.	22,5	21,375
US Gypsum	69,5	67
US Steel	23	22,25
United Technologies	55	53,75
Walt Disney	35,5	35,375
Warner Comm.	40,75	39,25
Westinghouse El.	52,125	49,5
Weyerhaeuser	37,75	34,125
Whittaker	27,25	26,375
Woolworth	78,875	69,5
Xerox	70,625	78,125
Zenith Radio	24,875	25,125
Dow Jones Index	1792,74	1699,83
Stand. & Poors	234,55	225,56

Toronto

	14.3.	7.3.
Abitibi-Price	26	26
Alcan Alu.	47,375	46,25
Bk. of Montreal	28,875	29,5
Bk. of Nova Scotia	13,25	12,625
Bell Cda Enterprises	39,5	39
Bluesky Oil	–	2,35
Bow Valley Ind.	11,375	11,25
Brenda Mines	9,5	8,125
Brunswick M & Sm.	13,5	–
Cdn. Imperial Bk.	18,125	16,375
Cdn. Pacific Ltd.	18,625	18,25
Cominco	12,25	12,875
Coseka Res.	1,65	1,65
Denison Mines	18,125	18
Dome Petroleum	1,86	2,25
Domtar	30,25	29
Falconbridge Ltd.	23,625	24,5
Great Lakes Forest	23,25	22,25
Gulf Canada	14,5	16,125
Gulfstream Res.	0,82	0,65
Hiram Walker Res.	28	26,75
Hudson Bay Mng. Sp.	7,25	7,25
Husky Oil	8,375	7,75
Imperial Oil -A-	46,25	45,75
Inco	21	22,25
Inter City Gas Ltd.	15	14,875
Interprov. Pipeline	48,5	38,625
Kerr Addison	15	15
Lac Minerals	21,75	41,75
Massey Ferguson	2,85	3,15
Moore Corp.	35	34,5
Noranda Mines	18,125	18,375
Norcen Energy Res.	15,5	13,125
Northgate Expl.	4,6	4,05
Northern Telecom.	40,375	38,875
Nova An Alberta "A"	6	6
Nu West Group	0,39	0,37
Oakwood Petrol	5,375	5,25
Placer Development	24	23
Provigo Inc.	18,75	19,25
Ranger Oil	4,65	4,1
Revenue Properties	2,26	1,95
Rio Algom	26,75	26,5
Royal Bk. of Can.	30	29
Seagram	77,375	72,875
Shell Canada	22	21,125
Sherritt Gordon	7,625	7,875
Stelco -A-	27,375	28
TransCdn. PipeLines	18	17,5
Westcoast Transm.	14,25	14
Index: TSE 300	2957,70	2927,00

Tokio

	15.3.	7.3.
Alps	1750	1790
Bank of Tokyo	804	850
Banyu Pharma	920	820
Bridgestone Tire	585	559
Canon	980	1020
Daikin Kogyo	636	650
Daiwa House	1100	955
Daiwa Sec.	1050	976
Eisai	1520	1490
Fuji Bank	1620	1610
Fuji Photo	1840	1870
Fuji Radio	–	2600
Hitachi	755	734
Honda	1070	1070
Ikegai Iron	388	400
Isetan	700	825
Ito Yokado	–	3250
Japan Air	10500	11970
Japan Met.	–	355
Japan Syn. Rubber	421	420
Kajima	620	569
Kansai Elec.P.	2660	2310
Kao Soap	1220	1200
Kawasaki H	163	161
Kawasaki S	151	148
Kirin Brewery	1010	915
Komatsu	476	475
Kubota Iron	388	358
Kyocera	4390	4310
Makita El.	998	920
Marui	1870	1810
Matsushita El. Ind.	1340	1280
Matsushita El. Wks.	1100	965
Mitsubishi CP	571	641
Mitsubishi El.	340	341
Mitsubishi Estate	1500	1260
Mitsubishi Heavy I.	407	380
Mitsui Co. Ltd	473	444
Mitsukoshi	710	670
Mitsumi El	1270	1220
Nichicon	–	–
Nikon Camera	414	400
Nikko Sec.	891	775
Nippon El.	1250	1260
Nippon Kokan	136	134
Nippon Oil	975	880
Nippon St.	166	164
Nippon Yusen	325	318
Nissan Motor	548	553
Nomura Sec.	1490	1360
Olympus	991	1050
Penta-Ocean	–	402
Pioneer	1800	1890
Renown	797	787
Ricoh	910	941
Sankyo	1260	1230
Seiyu Stores	–	1170
Sekisui Pref.	–	920
Sharp	870	890
Shiseido	1620	1630
Sony	3710	3600
Sumitomo Bank	1850	1800
Taisei Corp.	411	365
Taisho Marine	710	634
Takeda Chem.	1240	1160
Teijin	510	490
Tokyo Elec.	–	3170
Tokyo Gas	385	364
Tokio Marine	1100	955
Tokyo El. Power	3580	3170
Toray Ind.	542	516
Toshiba Elec.	363	345
Toto	1070	1010
Toyo Kogyo	383	380
Toyota Motor	1150	1210
Yamaichi	880	785
Yamanouchi	3010	3050
Yamaha	670	663
Yamazaki	1138	1100
Index	1166,59	1127,78

BERLINER COMMERZBANK / Zinsspanne gestiegen

Reges Privatkunden-Geschäft

th. Berlin

Ihren besten Abschluß seit ihrem Bestehen legt die Berliner Commerzbank AG für 1985 vor. Die Bilanzsumme stieg um fast 14 Prozent auf 5,46 (Vorjahr: 4,79) Mrd. DM. Das Betriebsergebnis lag erstmals über 100 Mill. DM. An die Mutter, die Commerzbank AG, Frankfurt, wird eine von 16 auf 18 Prozent erhöhte Dividende ausgeschüttet.

Das Kreditgeschäft mit der Privatkundschaft war nach Angaben des Vorstandes sehr lebhaft und wurde vor allem von der Nachfrage nach längerfristigen Baufinanzierungskrediten geprägt. Die Forderungen an Kunden nahmen um 11,8 Prozent auf 2,91 (2,60) Mrd. DM zu. Bei den Kundeneinlagen gab es einen Zuwachs um 9,2 Prozent auf 3,09 (2,83) Mrd. DM. Dabei erhöhten sich die Spareinlagen um 6,2 Prozent auf 938,9 (883,8) Mill. DM. Dieser Zuwachs wurde vor allem durch die Sondersparformen der Bank erzielt. Die von Privatkunden angelegten Mittel machten am Jahresende mit 47,3 Prozent fast die Hälfte der Bilanzsumme aus.

Der Zinsüberschuß nahm um 7,3 Prozent auf 164,21 (153,07) Mill. DM zu, der Provisionsüberschuß stieg sogar um 21,7 Prozent auf 33,31 (27,38) Mill. DM. Die Bank weist einen Jahresüberschuß von 40,32 (39,33) Mill. DM aus.

Auch für 1986 ist der Vorstand zuversichtlich. Man rechne zwar nicht mit einer „überschäumenden Kreditnachfrage", auch das Baufinanzierungsgeschäft in Berlin werde sich beruhigen. Dennoch wird erwartet, daß man die Dividende von 18 Prozent beibehalten und wieder 25 Mill. DM in die Rücklagen einstellen kann. Die Zahl der Mitarbeiter ist 1985 um 54 – darunter 14 Auszubildende – auf 1207 gestiegen. In diesem Jahr soll die Beschäftigtenzahl um weitere 35 Mitarbeiter wachsen.

WELTTEXTILABKOMMEN / Verhandlungsmandat

EG will gutes Beispiel geben

Ha. Brüssel

Nur vorsichtig will die EG ihren Markt für Textilimporte weiter öffnen. Trotzdem glaubt sie, gegenüber den USA und anderen Einfuhrländern mit gutem Beispiel voranzugehen. Der für Außenbeziehungen zuständige EG-Kommissar Willy de Clercq bezeichnete das vom Ministerrat erteilte Verhandlungsmandat für die Erneuerung des Welttextilabkommens (WTA) als ausgewogen. Ziel der Gemeinschaft sei die völlige Rückkehr zu den Regeln des Gatt, doch könne der Importschutz nur nach und nach abgeschafft werden.

Nach dem Mandat tritt die EG für eine Laufzeit des neuen Rahmenabkommens von mindestens vier, möglicherweise aber auch fünf Jahren ein. Die Frage, ob es sich wirklich um das letzte Abkommen handeln wird, ist noch nicht entschieden. Wie bisher soll es Globalplafonds für acht Gruppen von „sensiblen" Erzeugnissen wie Baumwollgarnen und -stoffen, Pullovern und Hosen geben, doch will die EG auf bestimmte restriktive Importklauseln verzichten.

Die Einfuhrmöglichkeiten sollen von Jahr zu Jahr nach Maßgabe der Wirtschaftskraft des Exportlandes und nach Art der Erzeugnisse aufgestockt werden: Für die vier Hauptlieferländer (Hongkong, Südkorea, Macau und Taiwan) sind für empfindliche Erzeugnisse nur Wachstumsraten zwischen null und ein Prozent, für die „normalen" WTA-Unterzeichnerstaaten zwischen vier und sechs Prozent jährlich und für die am wenigsten entwickelten Länder bis zu sieben Prozent jährlich vorgesehen.

Die Zahl der Importkontingente will die EG um 25 Prozent reduzieren. Für die Mittelmeerländer, mit denen Präferenzabkommen bestehen, sollen die bisherigen freiwilligen Export-Selbstbeschränkungsvereinbarungen erneuert werden. Vor allem will sich die EG erneut um eine umfassende Einfuhrregelung mit der Türkei bemühen. Die mit der EG assoziierte Türkei ist vor Hongkong das wichtigste Lieferland für Textilien.

Die erste wichtige Verhandlungsrunde im Gatt-Textilausschuß findet am 3. und 4. April in Genf statt. Während das dritte WTA Ende Juli ausläuft, gelten die bilateralen Abkommen der EG mit den einzelnen Lieferländern noch bis zum Jahresende.



Rheinisch-Westfälisches Elektrizitätswerk Aktiengesellschaft Essen

Bezugsangebot

Aufgrund der von der Hauptversammlung am 27. Februar 1986 erteilten Ermächtigung haben wir die Aufnahme einer

Optionsanleihe im Gesamtnennbetrag von DM 500000000,–

beschlossen.

Ein Bankenkonsortium unter gemeinsamer Führung der Deutsche Bank Aktiengesellschaft und der Dresdner Bank Aktiengesellschaft übernimmt die nom. DM 500000000.– Optionsschuldverschreibungen mit der Verpflichtung, sie den Aktionären des Rheinisch-Westfälischen Elektrizitätswerks *Aktiengesellschaft (nachfolgend »Gesellschaft«) zum Bezug anzubieten.* Börsenumsatzsteuer wird durch den Bezug nicht ausgelöst.

Die Aktionäre können Optionsschuldverschreibungen im Nennbetragsverhältnis 4,5:1 beziehen (auf je Stück 90 Aktien im Nennbetrag von je DM 50,– entfällt eine Optionsschuldverschreibung über nom. DM 1000,–).

Die Ausstattungsmerkmale der Optionsanleihe ergeben sich aus dem nachstehenden Prospekt.

Wir fordern hiermit die Bezugsberechtigten auf, ihr Bezugsrecht auf die Optionsschuldverschreibungen zur Vermeidung des Ausschlusses in der Zeit

vom 20. März 1986 bis zum 2. April 1986 einschließlich

bei einer inländischen Niederlassung der nachstehend aufgeführten Bezugsstellen während der üblichen Schalterstunden **auszuüben:**

Deutsche Bank Aktiengesellschaft
Deutsche Bank Berlin Aktiengesellschaft
Dresdner Bank Aktiengesellschaft
Bank für Handel und Industrie Aktiengesellschaft
Bank für Gemeinwirtschaft Aktiengesellschaft
Bayerische Hypotheken- und Wechsel-Bank Aktiengesellschaft
Berliner Commerzbank Aktiengesellschaft
Berliner Handels- und Frankfurter Bank
Commerzbank Aktiengesellschaft
Grunelius & Co.
Merck, Finck & Co.
National-Bank Aktiengesellschaft
Sal. Oppenheim jr. & Cie.
Trinkhaus & Burkhardt KGaA
Westdeutsche Landesbank Girozentrale
Westfalenbank Aktiengesellschaft
Commerz-Credit-Bank Aktiengesellschaft Europartner
Deutsche Bank Saar Aktiengesellschaft
Norddeutsche Landesbank Girozentrale

Zum börsenumsatzsteuerfreien Bezug von je nom. DM 1000,– Optionsschuldverschreibung zum Kurs von 100 % berechtigen die

Gewinnanteilscheine Nr. 46 von 90 Aktien (=nom. DM 4500,–).

Das Bezugsrecht auf die Optionsschuldverschreibungen wird vom 20. März 1986 bis 27. März 1986 einschließlich an allen deutschen Wertpapierbörsen gehandelt und amtlich notiert. Die Bezugsstellen sind bereit, den An- und Verkauf von Bezugsrechten nach Möglichkeit zu vermitteln.

Der Bezugspreis ist *bei Ausübung des Bezugsrechts*, **spätestens jedoch am 2. April 1986** zu zahlen.

Für den Bezug wird die übliche Bankenprovision berechnet; er ist provisionsfrei, sofern er unter Einreichung der Gewinnanteilscheine Nr. 46 durch den *Bezieher* während der *üblichen Geschäftsstunden* an den Schaltern einer Bezugsstelle vorgenommen wird und ein weiterer Schriftwechsel damit nicht verbunden ist.

Die Optionsschuldverschreibungen, die Optionsscheine und die Aktien aus der bedingten Kapitalerhöhung *sind zum Handel und zur amtlichen* Notierung an den Wertpapierbörsen zu Düsseldorf, Berlin, Bremen, Frankfurt/Main, Hamburg, Hannover, München und Stuttgart zugelassen.

Es ist vorgesehen, daß die amtliche Notierung der Optionsschuldverschreibungen am 14. April 1986 aufgenommen wird.

Die Optionsschuldverschreibungen werden bis zum Erscheinen der endgültigen Stücke in Globalurkunden verbrieft, die beim zuständigen Kassenverein hinterlegt werden. Ansprüche auf Auslieferung können erst *nach Ausdruck der Einzelurkunden* geltend gemacht werden.

Essen, im März 1986

Rheinisch-Westfälisches Elektrizitätswerk Aktiengesellschaft

Der Vorstand

Prospekt

für die Zulassung zum Börsenhandel der

DM 500000000,– Inhaber-Optionsschuldverschreibungen der 3½ % Optionsanleihe von 1986/1996

50000 Stück zu je DM 1000,– Nr. 00001 bis 50000
45000 Stück zu je DM 10000,– Nr. 50001 bis 95000

– Wertpapier-Kenn-Nummer 380 121 –

einschließlich der 190000 Inhaber-Optionsscheine

zum Erwerb von insgesamt Stück 3500000 Inhaber-Vorzugsaktien ohne Stimmrecht des Rheinisch-Westfälischen Elektrizitätswerks AG im Nennbetrag von je DM 50,–

Stück Nr. 000001 bis 050000 zum Erwerb von je einer Inhaber-Vorzugsaktie
Stück Nr. 050001 bis 100000 zum Erwerb von je sechs Inhaber-Vorzugsaktien
Stück Nr. 100001 bis 145000 zum Erwerb von je zehn Inhaber-Vorzugsaktien
Stück Nr. 145001 bis 190000 zum Erwerb von je sechzig Inhaber-Vorzugsaktien

– Wertpapier-Kenn-Nummer 703 709 –

sowie der

DM 175000000,– Inhaber-Vorzugsaktien ohne Stimmrecht
mit einem nachzuzahlenden Dividendenvorzug von 5%

aus der bedingten Kapitalerhöhung 1986
zur Sicherung der Optionsrechte der Inhaber der Optionsscheine aus der 3½ % Optionsanleihe von 1986/1996

3500000 Stück zu je DM 50,– Nr. 6516001 bis 10016000

mit Gewinnanteilberechtigung vom Beginn des Geschäftsjahres an, in dem sie aufgrund der Ausübung von Optionsrechten entstehen,

an den Wertpapierbörsen zu Düsseldorf, Berlin, Bremen, Frankfurt/Main, Hamburg, Hannover, München und Stuttgart.

Ausstattung der Optionsschuldverschreibungen und Optionsscheine

Stückelung:
Die Optionsanleihe im Gesamtnennbetrag von DM 500000000,– ist eingeteilt in unter sich gleichberechtigte, auf den Inhaber lautende Optionsschuldverschreibungen mit folgenden Nennbeträgen:

50000 Stück zu je DM 1000,–
Nr. 00001 – 50000
45000 Stück zu je DM 10000,–
Nr. 50001 – 95000

Optionsscheine:
Jeder Optionsschuldverschreibung im Nennbetrag von DM 1000,– *sind zwei Inhaber-Optionsscheine* mit Berechtigung zum Bezug von einer und sechs, also insgesamt sieben Vorzugsaktien ohne Stimmrecht im Nennbetrag von je DM 50,– des Rheinisch-Westfälischen Elektrizitätswerks Aktiengesellschaft beigefügt.

Jeder Optionsschuldverschreibung im Nennbetrag von DM 10000,– sind zwei Inhaber-Optionsscheine mit Berechtigung zum Bezug von zehn und sechzig, also insgesamt siebzig Vorzugsaktien *ohne Stimmrecht im Nennbetrag von je* DM 50,– des Rheinisch-Westfälischen Elektrizitätswerks Aktiengesellschaft beigefügt.

Die Optionsscheine können vom 15. Mai 1986 an von den Optionsschuldverschreibungen abgesondert und getrennt übertragen werden.

Verzinsung:
Die *Optionsschuldverschreibungen* werden vom 3. *April 1986* an mit jährlich 3 ½ % verzinst. Die Zinsen sind nachträglich am 3. April der Jahre 1987 bis 1996 fällig.

Rückzahlung:
Die Anleiheschuldnerin ist verpflichtet, die Optionsschuldverschreibungen am 3. April 1996 in einer Summe zum Nennbetrag zurückzuzahlen.

Kündigung:
Die Anleiheschuldnerin ist nicht berechtigt, die Optionsschuldverschreibungen zu kündigen.

Ein ordentliches Kündigungsrecht der Anleihegläubiger besteht nicht; sie haben jedoch das *übliche Recht zur Kündigung aus wichtigem Grund (§ 10 der Anleihebedingungen).*

Zahlstellen:
*Die fälligen Zinsscheine und Optionsschuldverschreibungen werden den Inhabern gegen Ein*reichung bei den inländischen Niederlassungen der in § 4 Absatz (1) der Anleihebedingungen genannten Banken kostenfrei eingelöst.

Besicherung:
Zur Besicherung aller Forderungen aus den Optionsschuldverschreibungen dient in Höhe des Forderungs*umfangs ein Teilbetrag an Gesamtgrundschulden*, die auf betrieblich genutztem Grundbesitz der Anleiheschuldnerin innerhalb eines Gleichrangrahmens lasten.

Treuhänderschaft:
Treuhänderin der Anleihegläubiger ist die Deutsche Bank Aktiengesellschaft. Die der Besicherung der Anleihegläubiger dienenden Grundschulden sind für die *Dresdner* Bank Aktiengesellschaft eingetragen und werden von dieser für die Deutsche Bank Aktiengesellschaft als Treuhänderin der Anleihegläubiger gehalten.

Ausübung des Optionsrechts:
Das Optionsrecht kann nur für die gesamte auf der Vorderseite eines jeden Optionsscheins ge*nannte Anzahl von Aktien ausgeübt werden. Zur Ausübung des Optionsrechts muß der Inhaber* des Optionsscheins eine schriftliche Erklärung unter Benutzung der bei den Annahmestellen erhältlichen Vordrucke gegenüber der Deutsche Bank *Aktiengesellschaft*, Düsseldorf, als Optionsstelle durch Vermittlung einer Annahmestelle abgeben, den Optionspreis zahlen und den Optionsschein *mit* allen noch nicht aufgerufenen Legitimationsscheinen einreichen. Die Op*tionserklärung* ist bindend. *Voraussetzung* für das Wirksamwerden *der Optionserklärung ist* der Eingang des Optionspreises und des Optionsscheins bei der Deutsche Bank Aktiengesellschaft, Düsseldorf, als Optionsstelle.

Optionsfrist:
Das Optionsrecht kann vom 15. Juli 1986 bis zum 20. März 1996 ausgeübt werden mit Ausnahme bestimmter, in § 2 Absatz (1) der Optionsbedingungen *näher genannter Zeiträume.*

Optionspreis:
DM 185,– je Vorzugsaktie ohne Stimmrecht im Nennbetrag von DM 50,–.

Verwässerungsschutz:
Durch Ermäßigung des Optionspreises oder Einräumung eines Bezugsrechts für Optionsscheininhaber gemäß § 6 der Optionsbedingungen.

Annahmestellen:
Die in § 5 der Optionsbedingungen genannten Banken.

Optionsstelle:
Deutsche Bank Aktiengesellschaft, Düsseldorf.

Bedingtes Kapital:
Zur Sicherstellung des Optionsrechts besteht ein bedingtes Kapital in Höhe von DM 175000000,–.

Bekanntmachung:
Bekanntmachungen, die die Optionsschuldverschreibungen und / oder die Optionsscheine betreffen, werden im Bundesanzeiger sowie in je einem Pflichtblatt der deutschen Wertpapierbörsen veröffentlicht.

Gerichtsstand:
Soweit nicht zwingende gesetzliche Vorschriften etwas anderes bestimmen, ist Gerichtsstand für alle Klagen aus den in den Anleihe- und Optionsbedingungen geregelten Rechtsverhältnissen Düsseldorf. Für Klagen gegen die Anleiheschuldnerin oder die Treuhänderin ist dieser Gerichtsstand ein ausschließlicher.

Wertpapier-Kenn-Nummer:

Optionsschuldverschreibungen mit Optionsscheinen:	380121
Optionsschuldverschreibungen *ohne* Optionsscheine:	380122
Optionsscheine:	703709

Das Unternehmen

Gründung, Sitz und Gegenstand

Das **Rheinisch-Westfälische Elektrizitätswerk Aktiengesellschaft** – im folgenden auch »RWE« oder »Gesellschaft« genannt – mit **Sitz in Essen** wurde im Jahre 1898 gegründet.

Die Gesellschaft unterhält zahlreiche Betriebsverwaltungen und Betriebsstellen in Nordrhein-Westfalen, Rheinland-Pfalz, Niedersachsen sowie in süddeutschen Bundesländern.

Gegenstand des Unternehmens ist ausschließlich die Versorgung der Bevölkerung mit Elektrizität, *Gas und Wasser. Zur Erreichung* des Gesellschaftszweckes kann die Gesellschaft elektrische Energie erzeugen, verwerten oder veräußern, ferner Anlagen und Einrichtungen aller Art, welche der Erzeugung, Verwertung oder Veräußerung von elektrischer Energie, von Gas und von Wasser dienen, erwerben, errichten und betreiben, allein oder gemeinsam mit anderen, *für eigene oder für fremde Rechnung*. Sie kann Grundstücke und andere Immobilien erwerben, verwerten und veräußern, auch Patente, Erfindungen und Erfahrungen erwerben, verwerten *und veräußern. Die Gesellschaft kann sich an Gesellschaften und anderen Unternehmun*gen und allen Geschäften beteiligen, die mit dem Gegenstand des Unternehmens zusammenhängen. Die Gesellschaft ist berechtigt, Zweigniederlassungen zu errichten.

Grundkapital

Das **Grundkapital** der Gesellschaft wurde zuletzt im Februar 1983 um DM 450000000,– auf *DM 2250000000,– erhöht* und ist eingeteilt in:

Inhaber-Stammaktien im Nennbetrag von **DM 1464294500,–**

13323702 Aktien zu je DM	50,–
571594 Aktien zu je DM	100,–
826125 Aktien zu je DM	400,–
410500 Aktien zu je DM	1000,–

Namensaktien im Nennbetrag von **DM 35705500,–**

11000 Aktien Serie A zu je DM	50,–
11000 Aktien Serie A zu je DM	400,–
142822 Aktien Serie B zu je DM	50,–
117644 Aktien Serie B zu je DM	100,–
29625 Aktien Serie B zu je DM	400,–

Inhaber-Vorzugsaktien *ohne Stimmrecht* im Nennbetrag von **DM 750000000,–** *mit einem* nachzuzahlenden Dividendenvorzug von 5%

6516000 Aktien zu je DM	50,–
352000 Aktien zu je DM	100,–
418750 Aktien zu je DM	400,–
221500 Aktien zu je DM	1000,–

Zur Übertragung der Namensaktien Serie B ist im Unterschied zu den Namensaktien Serie A die Zustimmung des *Aufsichtsrats* und der *Hauptversammlung* erforderlich. Sämtliche Namensaktien *unterliegen* in ihrer gesamten Höhe der Einziehung gemäß § 237 AktG gegen Erstattung von 115% des Nennbetrages. Die Hauptversammlung setzt den Zeitpunkt der Einzie*hung und die* Art der Durchführung fest. *Der Beschluß über die Einziehung bedarf einer Mehr*heit von drei Vierteln der abgegebenen Stimmen und mindestens drei Vierteln des bei der Beschlußfassung vertretenen Grundkapitals in getrennter Abstimmung der gesamten Aktien, der Stammaktien, der Namensaktien, der Vorzugsaktien ohne Stimmrecht.

Außer den Namensaktien, die je DM 50,– Nennbetrag 20 Stimmen, mithin also 14282200 Stimmen von insgesamt 43568090 Stimmen gewähren, besitzen Gemeinden und Gemeinde*verbände einen erheblichen Betrag an Inhaber-Stammaktien; sie haben daher in den Haupt*versammlungen insgesamt die einfache Stimmenmehrheit.

Die DM 1464294500,– Stammaktien und die DM 750000000,– Vorzugsaktien werden an allen deutschen Wertpapierbörsen gehandelt und amtlich notiert. Sie werden ferner an den Börsen in Basel, Genf und Zürich gehandelt und amtlich notiert.

Ausgabe von Optionsschuldverschreibungen

Die ordentliche Hauptversammlung vom 27. Februar 1986 hat den Vorstand ermächtigt, mit Zustimmung des Aufsichtsrats Optionsschuldverschreibungen (Teilschuldverschreibungen mit beigefügten Optionsscheinen, die Optionsrechte auf Vorzugsaktien ohne Stimmrecht mit dem *in § 19 Ziffern 1 und 2 der Satzung festgelegten Vorrecht bei der Verteilung des Bilanzgewinns* verbriefen) im Gesamtnennbetrag von bis zu DM 500000000,– mit längstens 10 Jahren Laufzeit auszugeben. Die Ermächtigung gilt bis zum 31. Dezember 1990; sie kann in Teilbeträgen ausgenutzt werden.

Der Optionspreis je Vorzugsaktie ohne Stimmrecht im Nennbetrag von DM 50,– ist mit bis zu 20% unter dem Durchschnitt der amtlichen Einheitskurse der Rheinisch-Westfälischen Börse zu Düsseldorf für Vorzugsaktien ohne Stimmrecht der Gesellschaft an den zehn Börsentagen vor dem Tag der Beschlußfassung des Vorstands über die Ausgabe der Optionsschuldverschreibungen festzulegen.

Die Hauptversammlung vom 27. Februar 1986 hat ferner beschlossen, das Grundkapital der Gesellschaft um bis zu DM 200000000,– *durch Ausgabe von auf den Inhaber lautenden* Vorzugsaktien ohne Stimmrecht *im* Nennbetrag von je DM 50,– bedingt zu erhöhen. Die bedingte Kapitalerhöhung dient zur Gewährung von Optionsrechten an die Inhaber der vorgenannten Optionsschuldverschreibungen und ist nur *insoweit durchzuführen, als die Inhaber* von Optionsscheinen von ihren Optionsrechten auf Bezug der Vorzugsaktien ohne Stimmrecht Gebrauch machen.

Die Aktionäre jeder Aktiengattung haben ihre für die Wirksamkeit der Hauptversammlungsbeschlüsse erforderliche Zustimmung in Form von Sonderbeschlüssen erteilt.

Gegen diese Beschlüsse haben zwei Aktionäre Widerspruch zur Niederschrift erklärt.

Das bedingte Kapital ist am 28. Februar 1986 in das Handelsregister des Amtsgerichts Essen *eingetragen* worden.

Aufgrund der ihm erteilten Ermächtigung hat der Vorstand der Gesellschaft beschlossen, eine **3 ½ % Optionsanleihe von 1986/1996 im Gesamtnennbetrag von DM 500000000,– mit beigefügten *Inhaber-Optionsscheinen zum Bezug* von Stück 3500000 Inhaber-Vorzugsaktien ohne Stimmrecht der Gesellschaft aufzunehmen.** Der Aufsichtsrat hat dem Beschluß zugestimmt. Mit Bescheid vom 27. Februar 1986 (Geschäftszeichen: VII A 2 - W 2628) hat der *Bundesminister der Finanzen im Einvernehmen mit dem Minister für Wirtschaft, Mittelstand* und Technologie des Landes Nordrhein-Westfalen die Ausgabe der Optionsschuldverschreibungen genehmigt.

Ein Bankenkonsortium unter Führung der Deutsche Bank Aktiengesellschaft und der Dresdner Bank Aktiengesellschaft hat die Optionsschuldverschreibungen mit der Verpflichtung übernommen, sie den Aktionären der Gesellschaft mit der Maßgabe zum Bezug anzubieten, daß auf je Stück 90 Aktien im Nennbetrag von *DM 50,– eine Optionsschuldverschreibung über* nom. DM 1000,– zum Kurs von 100% börsenumsatzsteuerfrei erworben werden kann; dies entspricht einem Verhältnis der Nennbeträge von 4,5 : 1.

Das Bezugsrecht kann in der Zeit vom 20. März 1986 bis zum 2. April 1986 einschließlich ausgeübt werden. Der Bezugspreis ist spätestens am 2. April 1986 zu zahlen.

Der Anleihegegenwert dient der Finanzierung von Investitionen, insbesondere auf dem Gebiet des Umweltschutzes.

Den **Gegenstand dieses Prospektes** bilden die DM 500000000,– 3 ½ % Inhaber-Optionsschuldverschreibungen von 1986/1996, die 190000 Inhaber-Optionsscheine zum Erwerb von insgesamt 3500000 Vorzugsaktien ohne Stimmrecht im Nennbetrag von je DM 50,– und die nom. DM 175000000,– Vorzugsaktien ohne Stimmrecht aus der bedingten Kapitalerhöhung 1986.

Die Anleihe- und Optionsbedingungen sind am Schluß dieses Prospektes abgedruckt.

Die Optionsschuldverschreibungen werden den Ausstellungsvermerk »Essen, im März 1986« tragen und mit den faksimilierten Unterschriften zweier Vorstandsmitglieder der Gesellschaft sowie der eigenhändigen *Unterschrift* eines Kontrolleurs versehen werden. Jeder Optionsschuldverschreibung werden 10 Inhaber-Jahreszinsscheine beigegeben. *Auf* den Optionsschuldverschreibungen, den Optionsscheinen und den Zinsscheinen wird ein Prägestempel der Gesellschaft angebracht.

Die Optionsschuldverschreibungen und die Optionsscheine sind bis zur Auslieferung von Einzelurkunden in der vorgesehenen Stückelung in einer Global-Inhaber-Optionsschuldverschreibung und einem Global-Inhaber-Optionsschein verbrieft, die bei der Wertpapiersammel*bank Nordrhein-Westfalen AG, Düsseldorf, hinterlegt worden sind.* Die Gesellschaft hat sich gegenüber den Zulassungsstellen der Wertpapierbörsen zu Düsseldorf, Berlin, Bremen, Frankfurt/Main, Hamburg, Hannover, München und Stuttgart unwiderruflich verpflichtet, diese Globalurkunden unverzüglich gegen Einzelurkunden auszutauschen, sobald diese fertiggestellt sind. Der Druck der Optionsschuldverschreibungen und der Optionsscheine ist eingeleitet. Bis zum Zeitpunkt des Austauschs können Ansprüche *auf Auslieferung* von Einzelurkunden nicht geltend gemacht werden.

Das zur Sicherung der Optionsrechte der Inhaber von Optionsscheinen aus der Optionsanleihe zur Verfügung stehende bedingte Kapital im Nennbetrag von insgesamt DM 175000000,– *ist eingeteilt in 3500000 auf den Inhaber lautende Vorzugsaktien ohne Stimmrecht der Gesell*schaft zu je DM 50,– Nr. 6516001 – 10016000. Aktien, die durch Ausübung des Optionsrechts erworben werden, nehmen vom Beginn des Geschäftsjahres an, in dem sie aufgrund der Ausübung von Optionsrechten entstehen, am Gewinn teil. Die neuen Vorzugsaktien ohne Stimmrecht werden in Druck und Ausstattung den ausgegebenen und im Umlauf befindlichen Vorzugsaktien der Gesellschaft entsprechen. Diese sind mit den faksimilierten Unterschriften des Vorsitzenden des Aufsichtsrats und zweier Vorstandsmitglieder sowie der eigenhändigen Unterschrift eines Kontrolleurs versehen. Die zugehörigen Bogen umfassen z. Z. die Gewinnanteilscheine Nr. 47 bis 60 und den Erneuerungsschein. Die neuen Aktien sollen jeweils so bald wie möglich für lieferbar erklärt werden.

Organe der Gesellschaft

Dem **Vorstand** der Gesellschaft, *der satzungsgemäß aus mindestens drei Personen besteht,* gehören z. Z. an:

Dr.-Ing. Günther Klätte, Heiligenhaus
Dr. jur. Friedheim Gieske, Essen
Heinz Heiderhoff, Mülheim a. d. Ruhr
Wolfgang Ziemann, Essen
Dr.-Ing. E. h. Franz Josef Spalthoff, Essen
Franz Josef Schmitt, Neuss
Bruno Steinborn, Bergheim/Erft.

Die Gesellschaft wird durch zwei Vorstandsmitglieder oder durch ein Mitglied des Vorstands zusammen mit einem Prokuristen gesetzlich vertreten.

*Der **Aufsichtsrat**, der sich nach § 96 Abs. 1 Aktiengesetz und § 7 Mitbestimmungsgesetz zu*sammensetzt, besteht satzungsgemäß aus zwanzig Mitgliedern. Z. Z. gehören ihm an:

Dr. h. c. Hermann J. Abs, Frankfurt/Main, *Ehrenvorsitzender*

Dr. F. Wilhelm Christians, Mitglied des Vorstands der Deutsche Bank AG, Düsseldorf, Vorsitzender.

Walter Freitag*), Kaufm. Angestellter, Essen, stellv. Vorsitzender

Walter Beer*), Mitglied des geschäftsführenden Vorstands der IG Bergbau und Energie, Bochum

Peter Germer*), *Betriebsdirektor*, Heiligenhaus

Heinz Hager, Oberstadtdirektor, Mülheim a. d. Ruhr

Martin Hambrecht*), Dreher, Sandhausen

Dr. Friedrich-Wilhelm Janssen, Oberkreisdirektor, Aachen

Dr. Georg Klinkhammer, Landrat, Koblenz

Willy Köning*), Monteur, Essen

Josef Kürten, Bürgermeister, *Düsseldorf*

Werner Marquardt*), Vorhandwerker/Schichtelektriker, *Grevenbroich*

Reinhold Mosch), Bezirksvorsitzender der Gewerkschaft ÖTV, Bezirk Nordrhein-Westfalen I, Solingen

Christian Netten*), Vorhandwerker, Inden-Pier

Peter Reuschenbach, Oberbürgermeister, Essen

Dr. Wolfgang Röller, Mitglied des Vorstands der Dresdner Bank AG, Frankfurt/Main

Dr. Wolfgang Schieren, Vorsitzender des Vorstands der Allianz AG Holding, München

Dr. Dieter Spethmann, Vorsitzender des Vorstands der Thyssen AG, Düsseldorf

Willi Töller*), Dreher, Frechen-Grefrath

Thomas Wegscheider*), Vorsitzender des Vorstands der Bank für Gemeinwirtschaft AG, Frankfurt/Main

Heribert Werhahn, Kaufmann, Neuss

*) Arbeitnehmervertreter im Aufsichtsrat.

RWE

Der Aufsichtsrat ist befugt, soweit es das Gesetz zuläßt, bestimmte Aufgaben Ausschüssen von Mitgliedern zu übertragen und sich in geeigneten Fällen der Hilfe von Sachverständigen, welche nicht Mitglieder sind, zu bedienen.

Jedes Mitglied des Aufsichtsrats erhält satzungsgemäß jährlich für seine Tätigkeit eine Mindestvergütung von DM 5000,–. Sie erhöht sich um je DM 1000,– für jedes volle Prozent Gewinnanteil, das über einen Gewinnanteil von 4 % des Nennwertes der Stamm- und Namensaktien hinaus ausgeschüttet wird. Der Vorsitzende des Aufsichtsrats erhält das Doppelte, sein Stellvertreter und die weiteren Mitglieder eines vom Aufsichtsrat gewählten Präsidiums erhalten je das Eineinhalbfache der vorgenannten Beträge. Den Mitgliedern werden die durch die Ausübung ihres Amtes entstehenden Auslagen – einschließlich einer etwaigen auf die Vergütung und den Auslagenersatz entfallenden Umsatzsteuer – erstattet.

Die Aufsichtsratsbezüge für das Geschäftsjahr 1984/85 betrugen DM 416700,–.

Die Hauptversammlungen werden am Sitz der Gesellschaft oder am Sitz einer deutschen Wertpapierbörse abgehalten, an der die Stammaktien und die Vorzugsaktien der Gesellschaft zum Handel und zur amtlichen Notierung zugelassen sind. Die ordentlichen Hauptversammlungen finden innerhalb von acht Monaten nach Ablauf des jeweiligen Geschäftsjahres statt. Bei der Ausübung des Stimmrechts gewähren je DM 50,- Nennbetrag der Stammaktien eine Stimme und je DM 50,– Nennbetrag der Namensaktien 20 Stimmen. Die Stammaktien haben somit insgesamt 29285890 Stimmen, die Namensaktien 14282200 Stimmen. In den Fällen der §§ 140 Abs. 2 und 141 Aktiengesetz gewähren je DM 50,– Nennbetrag der Vorzugsaktien eine Stimme.

Verwaltungsbeirat

Zur Beratung der Verwaltung in wichtigen Angelegenheiten besteht ein Verwaltungsbeirat, der z. Z. aus 76 Mitgliedern besteht. Die Mitglieder des Verwaltungsbeirats werden vom Vorstand nach Richtlinien des Aufsichtsrats berufen. Vorsitzender des Verwaltungsbeirats ist der Vorsitzende des Aufsichtsrats.

Die Vergütung für den Verwaltungsbeirat wird vom Vorstand im Einvernehmen mit dem Aufsichtsrat festgelegt. Für das Geschäftsjahr 1984/85 belief sich die Gesamtvergütung für den Verwaltungsbeirat auf DM 982700,–.

Geschäftsjahr, Bekanntmachungen und Zahlstellen

Das Geschäftsjahr der Gesellschaft läuft vom 1. Juli eines Jahres bis zum 30. Juni des folgenden Jahres.

Die Gesellschaft veröffentlicht ihre Bekanntmachungen satzungsgemäß im Bundesanzeiger. Darüber hinaus werden sie in je einem Pflichtblatt der Börsen zu Düsseldorf, Berlin, Bremen, Frankfurt/Main, Hamburg, Hannover, München und Stuttgart abgedruckt; außerdem werden die Bekanntmachungen in Basel, Genf und Zürich veröffentlicht. Zur Rechtsgültigkeit genügt die Veröffentlichung im Bundesanzeiger.

Die Gesellschaft verpflichtet sich, an jedem Börsenplatz, an dem die Stammaktien, die Vorzugsaktien, die Optionsschuldverschreibungen und die Optionsscheine zum Handel und zur amtlichen Notierung zugelassen sind, mindestens je ein Kreditinstitut als Zahl-, Hinterlegungs- und Annahmestelle zu bestimmen und bekanntzugeben, an dessen Schaltern alle die Aktien, die Optionsschuldverschreibungen und die Optionsscheine betreffenden Maßnahmen kostenfrei durchgeführt werden können.

Verwendung des Bilanzgewinns

Der Bilanzgewinn der Gesellschaft wird in nachstehender Reihenfolge verwandt:

1. Zur Nachzahlung etwaiger Rückstände von Gewinnanteilen auf die Vorzugsaktien aus den Vorjahren;
2. zur Zahlung eines Vorzugsgewinnanteils von 5 % des Nennwertes auf die stimmrechtslosen Vorzugsaktien;
3. zur Zahlung eines ersten Gewinnanteils auf die Stamm- und Namensaktien bis zu 4% des Nennwertes;
4. von dem unter Berücksichtigung des § 113 Aktiengesetz danach verbleibenden Bilanzgewinn zur Zahlung der im § 13 Abs. 1 und 2 der Satzung festgelegten, über die Mindestvergütung hinausgehenden Vergütung an den Aufsichtsrat;
5. zur Zahlung eines weiteren Gewinnanteils auf die Stamm- und Namensaktien in Höhe von 1 % des Nennwertes;
6. zur gleichmäßigen Zahlung etwaiger weiterer Gewinnanteile auf die Stamm-, Namens- und Vorzugsaktien, soweit die Hauptversammlung keine andere Verwendung beschließt.

Die Gesellschaft hat für die letzten fünf Geschäftsjahre folgende Dividenden ausgeschüttet:

Geschäftsjahr	dividendenberechtigtes Grundkapital Mio DM	Dividende DM je Aktie zu nom. DM 50,–	Ausschüttungsbetrag Mio DM
1980/81	1800	8,–	288
1981/82	1800	8,–	288
1982/83	1800	8,–	288
	450*)	2,–	18
1983/84	2250	8,–	360
1984/85	2250	8,–	360

*) neue Aktien aus der Kapitalerhöhung 1983

RWE-Jahresabschluß zum 30. Juni 1985

Bilanz zum 30. Juni 1985

Aktiva

	1.7.1984 DM	Veränderungen im Geschäftsjahr: Zugänge DM	Umbuchungen DM	Abgänge DM	Aktive Abschreibungen DM	30.6.1985 DM	Vorjahr Mio DM
Anlagevermögen							
Sachanlagen und immaterielle Anlagewerte							
Grundstücke und grundstücksgleiche Rechte							
mit Geschäfts-, Betriebs- u. anderen Bauten	1910262908	65895901	106046696	6678434		2075527071	
mit Wohnbauten	41031595	1333900	59187	258010		42166672	
ohne Bauten	205485085	9274122	./. 7815857	2681820		204261530	
Bauten auf fremden Grundstücken	42325142	1759869	1015183	47155		45053039	
Kraftwerksanlagen	7543824362	382428893	449437334	25770785		8349917804	
Leitungsnetzanlagen	13252254598	429450464	162143057	124618071		13719230048	
Gas-, Wasser- und sonstige Versorgungsanlagen	521509748	43705370	720837	774265		565161690	
Betriebs- und Geschäftsausstattung	214220690	85292386	9216021	3118189	99991831	205619077	
Anlagen im Bau	528088796	250513428	./. 345976423	6399013		426226788	
Anzahlungen auf Anlagen (davon 8536193 DM an verb. Unternehmen)	455169248	513904932	./. 375925661	198437		592950082	
Konzessionen und andere immat. Anlagewerte	44879600	4288992	1079626	1077182	8201347	40969689	
	24759051772	1787846257	–	171621361	108193178	26267083490	24759,1
Finanzanlagen							
Beteiligungen	2211245308	72132452			2850088	2280527672	
Herausgabeanspruch auf Treuhandvermögen	34338250					34338250	
Ausleihungen mit einer Laufzeit von mindestens vier Jahren (davon 622800000 DM an verb. Unternehmen, 60766247 DM durch Grundpfandrechte gesichert)	739664954	19428300*		18787505	9827781	730477968	
	2985248512	91560752*		18787505	12677869	3045343890	2985,2
	27744300284	1879407009*	–	190408866	120871047	29312427380	27744,3
* davon 4293835 DM Zuschreibungen							
Kernbrennelemente							
Kernbrennelemente im Einsatz	471474780	164657029	288710087		212857779	711984097	
Kernbrennelemente in Fertigung und Anzahlungen	310012976	116785885	./. 288710087			138088774	
	781487736	281442914	–		212857779	850072871	781,5

	DM	DM	Vorjahr Mio DM
Umlaufvermögen			
Vorräte			
Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe	1785188180		1771,6
In Ausführung befindliche Aufträge	19377327		13,4
Waren	188565		0,3
		1804754072	1785,3
Andere Gegenstände des Umlaufvermögens			
Geleistete Anzahlungen	327494120		313,5
Forderungen aus Lieferungen und Leistungen (davon 1527574 DM mit einer Restlaufzeit von mehr als einem Jahr)	1498900827		1373,7
Schecks	998079		1,4
Kassenbestand, Bundesbank- und Postgiroguthaben	5353204		3,8
Guthaben bei Kreditinstituten	521131569		456,9
Wertpapiere	56006243		16,4
Forderungen an verbundene Unternehmen	322370348		255,1
Forderungen aus Krediten, die unter § 89 AktG fallen (davon 2246660763 DM Forderungen aus Krediten, die unter § 89 Abs. 4 AktG fallen)	2247718113		2258,3
Sonstige Vermögensgegenstände	297104609		222,4
		5277077313	4901,6
		7081831385	6686,9
Rechnungsabgrenzungsposten			
Disagio und andere Geldbeschaffungskosten	2798946		5,1
Sonstige Rechnungsabgrenzungsposten	26508477		25,4
		29307423	30,5
		37273639059	35243,2

Passiva

	DM	DM	30.6.1985 DM	Vorjahr Mio DM
Grundkapital				
Stammaktien (29285890 Stimmen)			1464294500	1464,3
Namensaktien mit 20fachem Stimmrecht (14282200 Stimmen)			35705500	35,7
Vorzugsaktien ohne Stimmrecht			750000000	750,0
			2250000000	2250,0
Offene Rücklagen				
Gesetzliche Rücklage			944000000	944,0
Andere Rücklagen				
Rücklage für Anlagenerhaltung			1430000000	1430,0
Rücklage für langfristige Strombezugsverpflichtungen			100000000	100,0
Rücklage für unvorhersehbare Schadensfälle			100000000	100,0
Sonstige Rücklagen			440000000	440,0
			3014000000	3014,0
Sonderposten mit Rücklageanteil				
Berichtigungen zu Darlehen gemäß § 7c EStG 1949-1954			2006513	2,1
Rücklage gemäß § 52 Abs. 5 EStG			71434813	80,4
Rücklagen gemäß § 6 b EStG			13793874	7,6
Rücklage gemäß § 3 des Gesetzes über steuerliche Maßnahmen bei Auslandsinvestitionen der deutschen Wirtschaft			3559488	1,8
Rücklage gemäß Abschnitt 35 EStR			452126	–
			91246814	91,9
Sonderposten für Investitionszuwendungen zum Anlagevermögen				
Steuerpflichtige Zuschüsse			1195940	–
Steuerfreie Zulagen			203531	–
			1399471	–
Professor Dr. Koepchen-Studienstiftung			1000000	1,0

Wertberichtigungen	1.7.1984 DM	Veränderungen im Geschäftsjahr: Zuführungen DM	Zugänge durch käuflich übernommene Anlagen und Zuschüsse DM	Umbuchungen DM	Entnahmen für Abgänge DM	30.6.1985 DM	Vorjahr Mio DM
zu Posten des Sachanlagevermögens							
Grundstücke und grundstücksgleiche Rechte							
mit Geschäfts-, Betriebs- u. anderen Bauten	685787130	66215458	170409	3938521	2573797	753537721	
mit Wohnbauten	19249412	861216		./. 53037	84509	19973082	
ohne Bauten	7327407	1159867			1728	8485546	
Bauten auf fremden Grundstücken	16517842	1803016	4000	117389	14533	18427714	
Kraftwerksanlagen	6779620324	282784504	382476	55508429	24858374	7093437359	
Leitungsnetzanlagen	8791527761	688151785	7078173	100942	112790063	9374068598	
Gas-, Wasser- und sonstige Versorgungsanlagen	255218452	35617745	1709735	33950	608762	291969120	
Anlagen im Bau	59737624	70060000		./. 59646194		70151430	
	16614983972	1146653591	9344793	–	140931786	17630050570	16615,0
Pauschalwertberichtigung zu Forderungen						3000000	3,0
						17633050570	16618,0

	DM	DM	DM	Vorjahr Mio DM
Rückstellungen				
für Ruhegelder und Hinterbliebenenversorgung		2880210587		2868,3
für unterlassene Instandhaltungen		5605520		5,0
für Entsorgung im Kernenergiebereich	2916919300			2224,4
abzüglich geleistete Anzahlungen	294235900			291,7
		2622683400		1932,7
Andere Rückstellungen		2096291744		1947,9
			7604791251	6553,9
Verbindlichkeiten mit einer Laufzeit von mindestens vier Jahren				
Anleihen				
6 % Anleihe von 1963 (durch Grundpfandrechte gesichert)		15000000		20,0
6 % Anleihe von 1965 (durch Grundpfandrechte gesichert)		37500000		45,0
7¼% Anleihe von 1971 (durch Grundpfandrechte gesichert)		60000000		90,0
7 % Anleihe von 1972 (durch Grundpfandrechte gesichert)		60000000		90,0
Schuldscheindarlehen (davon 564750000 DM durch Grundpfandrechte gesichert)		860138351		975,9
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten (davon 259858458 DM durch Grundpfandrechte gesichert)		380788458		389,2
Sonstige Verbindlichkeiten (davon 156881 DM durch Grundpfandrechte gesichert)		216178709		210,3
(Von vorstehenden Verbindlichkeiten sind 1029151298 DM vor Ablauf von vier Jahren fällig)			1629605518	1820,4
Andere Verbindlichkeiten				
Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen		1061497011		818,6
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten		175000000		175,0
Erhaltene Anzahlungen		161578348		221,9
Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen		1547225770		1589,5
Sonstige Verbindlichkeiten		463741691		501,4
			3409042820	3306,4
Rechnungsabgrenzungsposten				
Anschlußbeisteuern und Baukostenzuschüsse		1278136552		1226,4
Sonstige Rechnungsabgrenzungsposten		1250527		0,5
			1279387079	1226,9
Bilanzgewinn			360115536	360,7
			37273639059	35243,2

	DM	Vorjahr Mio DM
Verbindlichkeiten aus Gewährleistungsverträgen	5284676	4,2
Haftung aus der Bestellung von Sicherheiten für fremde Verbindlichkeiten	52480500	69,5

Gewinn- und Verlustrechnung vom 1. Juli 1984 bis 30. Juni 1985

	DM	1984/85 DM	1984/85 DM	Vorjahr Mio DM
Umsatzerlöse		15328738217		14438,1
abzüglich Ausgleichsabgabe nach dem Dritten Verstromungsgesetz		300185147		281,5
		15028553070		14156,6
Bestandserhöhung der in Ausführung befindlichen Aufträge		5931455		9,7
			15034484525	14166,3
Andere aktivierte Eigenleistungen			63085291	58,8
Gesamtleistung			15097569816	14225,1
Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe (einschließlich Fremdleistungen für Unterhaltungsarbeiten), für bezogene Waren sowie Abschreibungen auf Kernbrennelemente			8467977209	8588,7
Rohertrag			6629592607	5636,4
Erträge aus Gewinnabführungsverträgen				
Überschüsse	89472208			41,9
Abführung für übernommene Steuern	112022344			101,7
		201494552		143,6
Erträge aus Beteiligungen				
Gewinnanteile	99997795			95,7
Körperschaftsteueranrechnung	50704686			47,6
		150702481		143,3
Erträge aus den anderen Finanzanlagen		774857		0,8
Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge		158584832		122,5
Erträge aus dem Abgang von Gegenständen des Anlagevermögens und aus Zuschreibungen zu Gegenständen des Anlagevermögens		25071107		38,7
Erträge aus der Auflösung von Rückstellungen		19001645		19,9
Erträge aus der Auflösung von Sonderposten mit Rücklageanteil		9078138		17,1
Sonstige Erträge (davon außerordentliche 13901864 DM)		142745309		112,0
			707452921	597,9
			7337045528	6234,3
Löhne und Gehälter		1432613761		1374,7
Soziale Abgaben		234906197		224,4
Aufwendungen für Altersversorgung und Unterstützung				
Altersversorgung	357497423			303,1
Unterstützungen	1327005			1,2
		358824428		304,3
Abschreibungen und Wertberichtigungen auf Sachanlagen und immaterielle Anlagewerte				
den Wertberichtigungen zugeführt	1146653591			1070,4
Aktive Abschreibungen	108193178			275,1
		1254846769		1345,5
Abschreibungen auf Finanzanlagen		12677869		13,3
Pachten für Werksanlagen und Netze		1727381323		710,8
Verluste aus Wertminderungen oder dem Abgang von Gegenständen des Umlaufvermögens außer Vorräten		17379793		12,8
Verluste aus dem Abgang von Gegenständen des Anlagevermögens		7090690		9,9
Zinsen und ähnliche Aufwendungen		181485983		180,6
Übertrag		5227206813	7337045528	4176,3

	DM	1984/85 DM	1984/85 DM	Vorjahr Mio DM
Übertrag		5227206813	7337045528	4176,3
Steuern				
vom Einkommen, vom Ertrag und vom Vermögen	365845755			525,4
Sonstige Steuern	913121			0,9
		366758876		526,3
Aufwendungen aus Verlustübernahme		54528175		60,2
Einstellungen in Sonderposten mit Rücklageanteil		8408046		8,4
Sonstige Aufwendungen		1320743845		1053,2
			6977645755	5824,4
Jahresüberschuß			359399773	409,9
Gewinnvortrag aus dem Vorjahr			715763	0,8
			360115536	410,7
Einstellung aus dem Jahresüberschuß in andere Rücklagen				
Rücklage für Anlagenerhaltung			–	50,0
Bilanzgewinn			360115536	360,7

Im Geschäftsjahr wurden 145761887 DM an Pensionszahlungen einschließlich der Zahlungen an rechtlich selbständige Versorgungskassen geleistet. In den folgenden fünf Geschäftsjahren werden die entsprechenden Zahlungen voraussichtlich 105 %, 108 %, 112 %, 118 % und 124 % betragen.

Rheinisch-Westfälisches Elektrizitätswerk
Aktiengesellschaft
Der Vorstand

Die Buchführung, der Jahresabschluß und der Geschäftsbericht entsprechen nach unserer pflichtmäßigen Prüfung Gesetz und Satzung.

Essen, den 21. November 1985

Treuhand-Vereinigung Aktiengesellschaft
Wirtschaftsprüfungsgesellschaft
und Steuerberatungsgesellschaft

Dr. K. Reiner, Wirtschaftsprüfer
Dipl.-Kfm. H. Suhrbier, Wirtschaftsprüfer

RWE

Erläuterungen zur Bilanz zum 30. Juni 1985

Aktiva

Stand der **Sachanlagen und immateriellen Anlagewerte** – 26267,1 Mio DM –. Die *Investitionen im Geschäftsjahr 1984/85 betrugen* 1787,8 Mio DM. Sie betrafen im wesentlichen Erweiterungen der Kraftwerksanlagen – 1084,8 Mio DM – und Leitungsnetzanlagen – 635,2 Mio DM –. In den Kraftwerksinvestitionen sind 721,3 Mio DM für die Nachrüstung mit Entschwefelungsanlagen und für andere Umweltschutzmaßnahmen enthalten. Die Nachrüstungsinvestitionen für *die Rauchgasreinigung werden entsprechend der durchschnittlichen Restnutzungsdauer der* Kraftwerke ohne Ausnutzung von Sonderabschreibungen in 10 Jahren abgeschrieben.

Nach Abzug der als **Wertberichtigungen** *dargestellten* Abschreibungen – 17630,1 Mio DM – beläuft sich das Netto-Sachanlagevermögen auf 8637,0 Mio DM. Dieser Wert ist durch steuerliche Sonderabschreibungen, überwiegend für Umweltschutzanlagen, und durch erhaltene Zuschüsse um insgesamt 538,9 Mio DM vermindert.

Die **Bewertung** der Sachanlagen erfolgt zu Anschaffungs- bzw. Herstellungskosten; letztere *unter Einrechnung angemessener Baugemeinkosten. Besonderheiten gelten für erworbene* gebrauchte Anlagen, deren Kaufpreise auf Bruttowerte aufgestockt werden unter gleichzeitiger Einstellung von Wertberichtigungen in Höhe der Aufstockungsbeträge, sowie für Bestände aus der DM-Eröffnungsbilanz, die nach den für sie geltenden gesetzlichen Bestimmungen geführt werden.

Bei den **Beteiligungen** – 2280,5 Mio DM – betrugen die Zugänge in 1984/85 72,1 Mio DM. Sie *enthalten folgende Einzahlungen aufgrund von Kapitalerhöhungen: Rheinbraun* US Corporation, Washington/Pennsylvania, 34,4 Mio DM, Société Luxembourgeoise de Centrales Nucléaires SA, Luxemburg, 22,5 Mio DM, Gesellschaft für Energiebeteiligung mbH, Essen, 6,9 Mio DM, Stadtwerke Düsseldorf AG, Düsseldorf, 4,7 Mio DM, Kraftwerk Voerde STEAG-RWE oHG, Voerde, 3,5 Mio DM. *Auf die Beteiligung an der Schnell-Brüter-Kernkraftwerksgesellschaft* mbH Gemeinsames Europäisches Unternehmen, Essen, nahm das RWE eine weitere – steuerlich zulässige – Teilwertabschreibung von 2,9 Mio DM vor. Bei der Société Luxembourgeoise d'Energie Nucléaire SA, *Luxemburg (Beteiligungsanteil 50 %), wurde zur Verrechnung eines* Verlustvortrages das Grundkapital um 178,7 Mio lfr (≈8,9 Mio DM) auf 1,3 Mio lfr herabgesetzt. Unseren Beteiligungsansatz hatten wir bereits zum 30. Juni 1978 wertberichtigt.

Eine Übersicht über die wesentlichen Beteiligungen, d. s. solche mit einem Gesellschaftskapital von mindestens 5 Mio DM, gibt die Tabelle im Anschluß an die Erläuterungen zum Konsolidierungsbereich. In ihr ist vermerkt, daß zwischen *RWE* und *Rheinische Braunkohlenwerke* AG (Rheinbraun), *Köln, sowie zwischen Rheinbraun und Union* Rheinische Braunkohlen Kraftstoff AG (UK), Wesseling, Ergebnisabführungsverträge bestehen.

Die **Ausleihungen mit einer Laufzeit von mindestens vier Jahren** – 730,5 Mio DM – enthalten u. a. Wohnungsbaudarlehen – 60,9 Mio DM –, Darlehen an Städte und Gemeinden – 12,4 Mio DM –, Darlehen im Zusammenhang mit der Wiederaufarbeitung *bestrahlter* Brennele*mente – 26,9 Mio DM – und ein Gesellschafterdarlehen an Rheinbraun im Zusammenhang* mit neuen Tagebauaufschlüssen – 622,8 Mio DM –.

Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe – 1785,2 Mio DM – bestehen überwiegend aus Uran- und Steinkohlenbeständen. Auf die Uranvorräte wurden Niederstwertabschreibungen und Importwarenabschläge vorgenommen. Die Kohlenhalden sind um 55,6 Mio DM abgewertet.

Forderungen aus Lieferungen und Leistungen – 1498,9 Mio DM – resultieren hauptsächlich aus Stromlieferungen an Sondervertrags- und Tarifkunden. Für besondere Risiken sind in an*gemessenem Umfang Einzelwertberichtigungen abgesetzt; für allgemeine Risiken* besteht eine passiv ausgewiesene Pauschalwertberichtigung.

Die **Wertpapiere** – 56,0 Mio DM – sind festverzinslich sowie überwiegend tarifbesteuert.

Forderungen an verbundene Unternehmen – 322,4 Mio DM – ergeben sich vorwiegend aus Zwischenfinanzierungskrediten an *Konzernunternehmen*, aus Stromverkauf sowie aus sonsti*gem Leistungsverkehr. Sie enthalten außerdem ein Darlehen an die* »Fundus« Wohnungsbau und Wohnungsverwaltung GmbH, Köln, für die Errichtung von Wohnungen für Kraftwerksbelegschafter in Höhe von 3,9 Mio DM.

Forderungen aus Krediten, die unter § 89 AktG fallen – 2247,7 Mio DM – beinhalten hauptsächlich die Finanzierungsvorlagen für die von einer Beteiligungs- bzw. einer Leasinggesell*schaft errichteten Kernkraftwerke Mülheim-Kärlich und Gundremmingen.*

Die **Sonstigen Vermögensgegenstände** – *297,1 Mio DM* – betreffen u. a. Finanzierungsvorla*gen an die Kraftwerk Voerde* STEAG-RWE oHG, Voerde, – 63,8 Mio DM –, *ein Darlehen an die* Preussag AG, Hannover, – 54,2 Mio DM – und Ansprüche auf Zuschüsse nach dem Dritten Verstromungsgesetz – 52,9 Mio DM –.

Passiva

Unter den **Sonderposten mit Rücklageanteil** – 91,2 Mio DM – *sind u. a. die* Vollabschreibung der in den Jahren 1949-1954 gewährten Darlehen zur Förderung des Wohnungsbaus, der noch nicht verrechnete Stundungsbetrag aus der Neubewertung der Pensionsrückstellungen zum 30. Juni 1982 sowie noch nicht verrechnete Rücklagen gem. § 6b EStG aus der Veräußerung von Anlagen passiviert.

Die **Rückstellungen für Ruhegelder und Hinterbliebenenversorgung** – 2880,2 Mio DM – sind mit dem Teilwert bewertet. Im Berichtsjahr wurden 211,9 *Mio DM zugeführt.*

Die **Rückstellungen für Entsorgung im Kernenergiebereich** abzüglich geleisteter Anzahlun*gen – 2622,7 Mio DM – sind für die Entsorgung bestrahlter Brennelemente, für die Stillegung* von Kernkraftwerken und für die Beseitigung radioaktiver Abfälle gebildet.

Die **Anderen Rückstellungen** – 2096,3 Mio DM – betreffen ungewisse Verbindlichkeiten u. a. für Steuern, aus Strombezugs- und Stromabgabepreisdifferenzen sowie solche im Kernkraftwerksbereich. Darüber hinaus beinhalten sie Verpflichtungen aus dem im Berichtsjahr abgeschlossenen Vorruhestands-Tarifvertrag.

Anleihen – *172,5 Mio DM* –

Ursprungsbetrag Mio DM	Bilanzwert Mio DM	Zinssatz %	Tilgungsrate Mio DM	Tilgungszeitraum
100,0	15,0	6	5,0	1969–1988
150,0	37,5	6	7,5	1971–1990
300,0	60,0	7¾	30,0	1977–1986
300,0	60,0	7	30,0	1978–1987

Rückzahlungen (Auslosungen) erfolgen zum Nennwert. Vorzeitige Tilgungen sowie Gesamt*kündigungen sind mit* Fristen *von drei bzw. vier Monaten möglich. Die Anleihen sind zum* Handel und zur amtlichen Notierung an allen deutschen Börsen zugelassen. Sie sind durch Grundpfandrechte gesichert.

Die **Schuldscheindarlehen** – 860,1 *Mio DM – setzen sich* aus verschiedenen Darlehen mit einer durchschnittlichen Verzinsung von 7,0 % p. a. sowie unterschiedlichen Laufzeiten bis längstens 1. Juni 1997 zusammen. Sie sind in Höhe von 564,8 Mio DM durch Grundpfandrechte gesichert.

Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten mit einer Laufzeit von mindestens vier Jahren – 380,8 Mio DM – bestehen aus Darlehen von verschiedenen *Kreditinstituten* zu bankübli*chen Zinssätzen. Durch Grundpfandrechte sind 259,9 Mio DM gesichert.*

Unter den ***Sonstigen Verbindlichkeiten mit einer Laufzeit von mindestens vier Jahren*** – 216,2 Mio DM – sind Darlehen des Großen Erftverbandes – 149,7 Mio DM – und des Landes Nordrhein-Westfalen – 44,0 Mio DM – erfaßt. Von der Kraftwerks-Verwaltungsgesellschaft Meppen mbH, Hamburg, wurden Pachtzinsen in Höhe von 9,9 *Mio DM* gestundet.

Vom **Gesamtbetrag der Verbindlichkeiten mit einer Laufzeit von mindestens vier Jahren** – 1629,6 Mio DM – sind 1029,2 Mio DM *vor Ablauf von vier Jahren fällig.*

Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen – 1061,5 *Mio DM* – bestehen aus Zah*lungsverpflichtungen für Investitionen und Instandhaltungen*, aus Strombezügen und aus der Beschaffung von Kernbrennstoffen.

Bei den **Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten mit einer Laufzeit von weniger als vier Jahren** – 175,0 Mio DM – handelt es sich um nicht gesicherte Kredite zur Finanzierung der im Zusammenhang mit unseren Abnahmeverpflichtungen gegenüber dem Steinkohlenbergbau gebildeten Steinkohlenreserve.

Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen – 1547,2 *Mio DM* – resultieren *größtenteils aus dem laufenden Abrechnungsverkehr mit Konzernunternehmen* aufgrund unserer Kohlen- und Strombezüge.

Unter den **Sonstigen Verbindlichkeiten mit einer Laufzeit von weniger als vier Jahren** – 463,7 Mio DM – sind noch zu zahlende Konzessionsabgaben, Zinsabgrenzungen sowie Darlehen und andere kurzfristige Zahlungsverpflichtungen bilanziert.

Die **Verbindlichkeiten aus Gewährleistungsverträgen** – 5,3 Mio DM – bestehen aus der RWE-Beteiligung am Kernkraftwerk Kaiseraugst AG (Schweiz).

Die **Haftung aus der Bestellung von Sicherheiten für fremde Verbindlichkeiten** – 52,5 Mio DM – ergibt sich aus einer grundpfandrechtlichen Sicherung langfristiger Verbindlichkeiten des Kraftwerks Buer GbR.

Nach der Gründer-Konvention haben die Gesellschafter der **Centrale Nucléaire Européenne à Neutrons Rapides SA (NERSA)** entsprechend *ihrer Beteiligung Anspruch* auf die Kraftwerksleistung. Sie übernehmen *dafür anteilig die* Finanzierung des Projekts. Auf das RWE entfällt ein Anteil von rd. 13 %, *auf den Konzern* insgesamt ein Anteil von 16 %.

Aus der **Mitgliedschaft in verschiedenen Gesamthandschaften**, die im Zusammenhang mit *Kraftwerksobjekten bzw.* mit Ergebnisabführungsverträgen bestehen, obliegt dem RWE die gesetzliche Haftung.

Zur Abdeckung des nuklearen Haftpflichtrisikos im Bereich der Anschlußdeckungssumme von 200 bis 500 Mio DM je Schadensfall aus dem Betrieb von Kernkraftwerken *besteht die* **Nuklear Haftpflicht GbR**, Frankfurt/Main, deren Gesellschafter sich *zur Übernahme eventuell auftretender Nuklear-Haftpflichtschäden verpflichtet haben.* Am Bilanzstichtag entfiel auf das RWE ein Anteil von 23,68 %. Für Schäden von 500 Mio DM bis 1 Mrd. DM stellt die Bundesrepublik Deutschland die Kernkraftwerksbetreiber frei; darüber hinaus haften sie ab 1. August 1985 unbegrenzt.

Im Zusammenhang mit dem abgeschlossenen **Vorruhestands-Tarifvertrag** *zwischen dem Arbeitgeberverband von Gas-, Wasser- und Elektrizitätsunternehmungen* e. V. (AGWE) einerseits und der Gewerkschaft Öffentliche Dienste, Transport und Verkehr und der Industriegewerkschaft Bergbau und Energie andererseits haften die Mitglieder des AGWE solidarisch entsprechend ihrem Anteil an der Gesamt-Mitarbeiterzahl für etwaige Ausfälle, *die sich durch Zahlungsunfähigkeit eines Mitglieds ergeben können.*

Am Bilanzstichtag betrugen die **Einzahlungsverpflichtungen** *auf Finanzanlagen* 60,5 Mio DM; *die* **Mithaftung** des RWE *für fremde* Einzahlungsverpflichtungen gemäß § 24 GmbH-Gesetz beläuft sich auf 53,3 Mio DM.

Bisher zugeflossene Zuschüsse nach §§3b, 5 und 6 des **Dritten Verstromungsgesetzes** sind bei Nichterfüllung der Abnahmeverpflichtungen für Steinkohle bzw. Steinkohlenstrom grundsätzlich rückzahlungspflichtig.

Darüber hinaus bestehen **im Konzern** – soweit aus der Konzernbilanz nicht ersichtlich – *nach*stehende **Haftungsverhältnisse *einschließlich der Bestellung* von Sicherheiten für eigene Verbindlichkeiten:**

Die Schnell-*Brüter-Kernkraftwerksgesellschaft* mbH Gemeinsames Europäisches Unternehmen (SBK) hat von der Bundesrepublik Deutschland, dem Königreich Belgien und dem Königreich der Niederlande für das Kraftwerksprojekt SNR 300 in Kalkar Errichtungskostenzuschüsse erhalten, die nach Maßgabe bestehender *Vereinbarungen aus künftigen Gewinnen aus dem Betrieb dieses Kraftwerks bedingt rückzahlbar sind.* Die bisher erhaltenen Zuschüsse betragen 3701193 TDM, die am Bilanzstichtag sämtlich mit Investitionen verrechnet waren. Bei Stillegung des Kraftwerks ist der durch Zuschüsse der Bundesrepublik Deutschland in Höhe von 32 Mio DM finanzierte Brennstoff *der Erstkernladung, soweit seine wirtschaftliche Aufarbeitung möglich ist, an den Zuschußgeber* zurückzugeben bzw. der Verkehrswert des Brennstoffs zu ersetzen. Am Bilanzstichtag waren für die Beschaffung von Brennstoff insgesamt 31796 TDM ausgegeben.

Von der Bundesrepublik Deutschland erhielt SBK zur Finanzierung ihrer Beteiligung an der Centrale Nucléaire Européenne à Neutrons Rapides SA (NERSA) einen *bedingt rückzahlbaren* Zuschuß in Höhe von 55 Mio DM.

Für den im Eigentum der Kernkraftwerk RWE-Bayernwerk GmbH (KRB) stehenden, inzwischen *stillgelegten Block A in Gundremmingen* bestehen gegenüber der Bundesrepublik Deutschland bedingte Rückzahlungsverpflichtungen für Zuschüsse in Höhe von 100 Mio DM.

Einzahlungsverpflichtungen auf Finanzanlagen im Gesamtkonzern bestanden am Bilanzstichtag in Höhe von 60533 TDM; die Mithaftung für fremde Einzahlungsverpflichtungen gemäß § 24 GmbH-Gesetz belief sich auf 53682 TDM.

Konzernabschluß zum 30. Juni 1985

Konzernbilanz zum 30. Juni 1985

Aktiva

Anlagevermögen	1.7.1984 TDM	Veränderungen im Geschäftsjahr: Zugänge TDM	Zuschreibungen TDM	Umbuchungen TDM	Abgänge TDM	Abschreibungen TDM	30.6.1985 TDM	Vorjahr Mio DM
Sachanlagen und immaterielle Anlagewerte								
Grundstücke und grundstücksgleiche Rechte								
mit Geschäfts-, Fabrik- und anderen Bauten	2319995	224703	146	291240	14251	245717	2576116	
mit Wohnbauten	180615	29022		2335	1060	8551	202361	
ohne Bauten	956797	118556		4003	43959	29090	1006307	
Bauten auf fremden Grundstücken	20707	2825		976	9	2764	21735	
Kraftwerksanlagen	946354	387773	83	411776	1085	305200	1439701	
Leitungsnetzanlagen	5566550	573391	3	213580	15347	899933	5438244	
Bergwerksanlagen des Braunkohlenbergbaus								
Tagebauaufschlüsse	743904	120838	2462	2934		104730	765408	
Maschinen und maschinelle Anlagen	1286379	278879	30	127059	29351	485581	1177415	
Schiffe	2561				329	1024	1208	
Sonstige Maschinen und maschinelle Anlagen	1159243	258781		82148	3311	241818	1255043	
Betriebs- und Geschäftsausstattung	465539	270768		42955	6768	262255	510239	
Anlagen im Bau	921813	589699		./. 443991	9076	110690	947755	
Anzahlungen auf Anlagen	945128	731889		./. 740759	856	22870	912532	
Konzessionen und andere immat. Anlagewerte	78769	19302		5745	1490	18060	84266	
Kosten der Ingangsetzung des Geschäftsbetriebes	4009	1025		./. 1			5033	
	15598383	3607451	2724	–	126892	2738283	16343363	15598,4
Finanzanlagen								
Beteiligungen	1736391	153329			663	3225	1885832	
Herausgabeanspruch auf Treuhandvermögen	34338						34338	
Wertpapiere des Anlagevermögens	23443	3297		54779	139		81380	
Ausleihungen mit einer Laufzeit von *mindestens vier Jahren*	398248	92151	7778		46780	19596	431801	
(davon 124460 TDM durch Grundpfandrechte gesichert, 293 TDM, die unter § 89 Abs. 2 AktG und	2192420	248777	7778	54779	47582	22821	2433351	2192,4
15575 TDM, die unter § 89 Abs. 4 AktG fallen)	17790783	3856228	10502	54779	174474	2761104	18776714	17790,8
Kernbrennelemente								
Kernbrennelemente im Einsatz	472456	164657		288711		213840	711984	
Kernbrennelemente in Fertigung und Anzahlungen	321722	117770		./. 288711			150781	
	794178	282427		–		213840	862765	794,2
Vorabraum des Braunkohlenbergbaus							62080	68,2

	TDM	TDM	Vorjahr Mio DM
Umlaufvermögen			
Vorräte		3010044	3019,9
Andere Gegenstände des Umlaufvermögens			
Geleistete Anzahlungen	350822		343,9
Forderungen aus Lieferungen und Leistungen (davon 4409 TDM mit einer Restlaufzeit von mehr als einem Jahr)	2780234		2596,8
Wechsel (davon 488 TDM bundesbankfähig)	3782		8,5
Schecks	4235		5,5
Kassenbestand, Bundesbank- und Postgiroguthaben	13820		13,7
Guthaben bei Kreditinstituten	1729532		1201,7
Wertpapiere	700808		466,2
Forderungen an verbundene Unternehmen	183310		133,2
Forderungen aus Krediten, die unter § 89 AktG fallen (davon 2250241 TDM Forderungen aus Krediten, die unter § 89 Abs. 4 AktG fallen)	2251925		2266,9
Sonstige Vermögensgegenstände	1762261		1382,1
		9760729	8398,5
		12770773	11418,4
Rechnungsabgrenzungsposten			
Disagio und andere Geldbeschaffungskosten	4012		6,6
Sonstige Rechnungsabgrenzungsposten	51031		42,6
		55043	49,2
		32527375	30120,8

Passiva

	TDM	30.6.1985 TDM	30.6.1985 TDM	Vorjahr Mio DM
Grundkapital				
Stammaktien		1464295		1464,3
Namensaktien mit 20fachem Stimmrecht		35705		35,7
Vorzugsaktien ohne Stimmrecht		750000		750,0
			2250000	2250,0
Offene Rücklagen				
Gesetzliche Rücklage		944000		944,0
Andere Rücklagen		2070000		2070,0
			3014000	3014,0
Konsolidierungsausgleichsposten				
Unterschiedsbetrag aus Kapitalkonsolidierung		1739933		1627,3
Unterschiedsbetrag aus Gewinnkonsolidierung		./. 126440		./. 64,2
			1613493	1563,1
Ausgleichsposten für Anteile in Fremdbesitz				
Anteile an Kapital und offenen Rücklagen		952532		869,9
Gewinnanteile	149745			107,2
Verlustanteile	23965			24,5
		125780		82,7
			1078312	952,6
Sonderposten mit Rücklageanteil				
Berichtigungen zu Darlehen				
gemäß den Erlassen über die steuerliche Behandlung von Auslandsinvestitionen der deutschen Erdölunternehmen		62006		58,3
gemäß § 7c EStG 1949-1954		4845		5,2
Rücklagen gemäß § 6b EStG		258706		252,1
Rücklagen gemäß § 52 Abs. 5 EStG		109136		122,9
Rücklagen gemäß § 74 EStDV		26559		35,4
Rücklagen gemäß § 3 des Gesetzes über steuerliche Maßnahmen bei Auslandsinvestitionen der deutschen Wirtschaft		3700		2,0
Rücklagen gemäß Abschnitt 35 EStR		459		0,0
Rücklagen gemäß § 1 *Entwicklungsländer-Steuergesetz – EntwLStG –*		294		0,3
			463705	476,2
Sonderposten für Investitionszuwendungen zum Anlagevermögen				
Steuerpflichtige Zuschüsse		2209		–
Steuerfreie Zulagen		1463		–
			3672	–
Studienstiftung und Wohlfahrtsfonds			2000	2,0
Pauschalwertberichtigung zu Forderungen			31913	28,0
Rückstellungen				
für Ruhegelder und Hinterbliebenenversorgung		4781642		4439,9
für unterlassene Instandhaltungen		21104		33,9
für Entsorgung im Kernenergiebereich	3324279			2682,0
abzüglich geleistete Anzahlungen	294327			– 291,7
		3029952		2390,3
Andere Rückstellungen		5786100		5305,0
			13598798	12169,1
Verbindlichkeiten mit einer Laufzeit von mindestens vier Jahren				
Anleihen (durch Grundpfandrechte gesichert)		217500		300,0
Schuldscheindarlehen (davon 592750 TDM durch Grundpfandrechte gesichert)		991579		1121,2
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten *(davon 371024 TDM durch Grundpfandrechte gesichert)*		1279623		1314,8
Sonstige Verbindlichkeiten (davon 2478 TDM durch Grundpfandrechte gesichert)		292460		292,0
(Von vorstehenden Verbindlichkeiten sind 1295969 TDM vor Ablauf von vier Jahren fällig)			2781162	3028,0
Andere Verbindlichkeiten				
Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen		2208057		1940,5
Verbindlichkeiten aus der Annahme gezogener Wechsel		–		38,4
Verbindlichkeiten gegenüber *Kreditinstituten*		641989		277,1
Erhaltene Anzahlungen		469765		532,2
Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen		225716		211,8
Sonstige Verbindlichkeiten		1563721		1170,0
			5107248	4170,0
Rechnungsabgrenzungsposten				
Anschlußbeisteuern und Baukostenzuschüsse		2088579		2010,9
Sonstige Rechnungsabgrenzungsposten		9343		9,4
			2097922	2020,3
Konzerngewinn			485150	447,5
			32527375	30120,8

	TDM	Vorjahr Mio DM
Verbindlichkeiten aus der Begebung und Übertragung von Wechseln	92383	60,7
Verbindlichkeiten aus Bürgschaften, Wechsel- und Scheckbürgschaften	38371	34,7
Verbindlichkeiten aus Gewährleistungsverträgen	111334	20,5
Haftung aus der Bestellung von Sicherheiten für fremde Verbindlichkeiten	54521	73,6

RWE

Konzernabschluß zum 30. Juni 1985

Konzern-Gewinn- und Verlustrechnung vom 1. Juli 1984 bis 30. Juni 1985

		1984/85 TDM	1984/85 TDM	Vorjahr Mio DM
Außenumsatzerlöse		28796186		27104,7
abzüglich Ausgleichsabgabe nach dem Dritten Verstromungsgesetz		370147		346,0
		28426039		26758,7
Bestandserhöhungen bei Erzeugnissen und Aufträgen		1868		119,9
			28427907	26878,6
Andere aktivierte Eigenleistungen			602411	694,8
Gesamtleistung			29030318	27573,4
Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe (einschließlich Fremdleistungen für Unterhaltungsarbeiten), für bezogene Waren sowie Abschreibungen auf Kernbrennelemente			15220424	14747,4
Rohertrag			13809894	12826,0
Erträge aus Gewinnabführungsverträgen mit nicht in den Konzernabschluß einbezogenen Unternehmen		54434		33,3
Erträge aus Beteiligungen an nicht in den Konzernabschluß einbezogenen Unternehmen	TDM			
Gewinnanteile	90702			90,2
Körperschaftsteueranrechnung	37143			36,4
		127845		126,6
Erträge aus den anderen Finanzanlagen		19734		18,3
Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge		312843		252,4
Erträge aus dem Abgang von Gegenständen des Anlagevermögens und aus Zuschreibungen zu Gegenständen des Anlagevermögens		77281		385,8
Erträge aus der Auflösung von Rückstellungen		110069		57,5
Erträge aus der Auflösung von Sonderposten mit Rücklageanteil		51969		75,4
Sonstige Erträge		377951		337,5
			1132128	1284,8
			14942020	14110,8
Löhne und Gehälter		3754388		3556,1
Soziale Abgaben		692140		649,3
Aufwendungen für Altersversorgung und Unterstützung		594832		651,3
Abschreibungen auf Sachanlagen und immaterielle Anlagewerte		2738283		2849,1
Abschreibungen auf Finanzanlagen		22821		223,3
Pachten für Werksanlagen und Netze		1714577		698,9
Verluste aus Wertminderungen oder dem Abgang von Gegenständen des Umlaufvermögens außer Vorräten und Einstellung in die Pauschalwertberichtigung zu Forderungen		39908		33,5
Verluste aus dem Abgang von Gegenständen des Anlagevermögens		46631		51,8
Zinsen und ähnliche Aufwendungen		283079		289,1
Steuern				
vom Einkommen, vom Ertrag und vom Vermögen	940628			987,7
Sonstige Steuern	642186			561,4
		1582814		1549,1
Aufwendungen aus der Übernahme der Verluste von nicht in den Konzernabschluß einbezogenen Unternehmen		55300		48,4
Einstellungen in Sonderposten mit Rücklageanteil		39508		254,5
Sonstige Aufwendungen		2775818		2681,4
			14340099	13535,8
Jahresüberschuß (Übertrag)			601921	575,0

	1984/85 Konzern TDM	1984/85 Konzernfremde TDM	1984/85 Gesamt TDM	Vorjahr Mio DM
Jahresüberschuß (Übertrag)	448481	153440	601921	575,0
Gewinnvortrag aus dem Vorjahr	80725	32344	113069	81,4
	529206	185784	714990	656,4
Einstellung in offene Rücklagen der Obergesellschaft	–	–	–	50,0
Veränderungen der Konsolidierungsausgleichsposten und der Ausgleichsposten für Anteile in Fremdbesitz	44056	58561	102617	146,3
	485150	127223	612373	460,1
Konzernfremden Gesellschaftern zustehender Gewinn				
noch nicht ausgeschüttet		149745	149745	107,2
bereits ausgeschüttet		1443	1443	0,5
		151188	151188	107,7
Auf konzernfremde Gesellschafter entfallender Verlust				
noch nicht übernommene Verluste		23965	23965	24,5
bereits übernommene Verluste		–	–	70,6
		23965	23965	95,1
Konzerngewinn	485150	–	485150	447,5

Rheinisch-Westfälisches Elektrizitätswerk
Aktiengesellschaft

Der Vorstand

Der Konzernabschluß und der Konzerngeschäftsbericht entsprechen nach unserer pflichtmäßigen Prüfung den gesetzlichen Vorschriften.

Essen, den 21. November 1985

Treuhand-Vereinigung Aktiengesellschaft
Wirtschaftsprüfungsgesellschaft
und Steuerberatungsgesellschaft

Dr. K. Reiner, Wirtschaftsprüfer — Dipl.-Kfm. H. Suhrbier, Wirtschaftsprüfer

Erläuterungen zum Konsolidierungsbereich

Von insgesamt 117 verbundenen Unternehmen im Sinne des § 15 AktG mit Sitz im Inland sind 94 Gesellschaften unter einheitlicher Leitung zusammengefaßt und daher gemäß § 18 AktG als Konzernunternehmen anzusehen. Von diesen 94 Unternehmen wurden 70 Gesellschaften in den Konzernabschluß einbezogen. Bei den übrigen Konzernunternehmen wurde entsprechend § 329 Abs. 2 AktG von der Einbeziehung in den Konzernabschluß abgesehen. Die wesentlichen konsolidierten Konzernunternehmen und andere wesentliche Beteiligungen des RWE sind nachstehend aufgeführt.

Die geschäftliche Entwicklung des Konzerns wird zu einem großen Teil vom Geschäftsverlauf beim RWE bestimmt, auf das 82 % der Umsatzerlöse aus der Stromabgabe und 47 % des gesamten Konzernaußenumsatzes entfallen. Es wird deshalb auf die Erläuterungen zum RWE-Abschluß verwiesen.

Wesentliche konsolidierte Konzernunternehmen
(Gesellschaftskapital von mindestens DM 5000000,–)
– Stand am 30. Juni 1985 –

Gesellschaft	Gesellschaftskapital Mio DM	Beteiligungsanteil gem. § 16 AktG %	Gewinnausschüttung Geschäftsjahr	Gewinnausschüttung %
Rheinische Braunkohlenwerke AG, Köln*)	500,0	fast 100		
Union Rheinische Braunkohlen Kraftstoff AG, Wesseling*)	234,0	100		
Schnell-Brüter-Kernkraftwerksgesellschaft mbH Gemeinsames Europäisches Unternehmen, Essen	220,0	69		
Heidelberger Druckmaschinen AG, Heidelberg	120,0	52	1983	18
Lech-Elektrizitätswerke AG, Augsburg	110,8	75	1983/84	15
Kernkraftwerk RWE-Bayernwerk GmbH, Gundremmingen	100,0	75		
Rheinelektra AG, Mannheim	80,0	62	1983/84 + Bonus	20 + 2
Lahmeyer AG, Frankfurt/Main	80,0	58	1983/84	20
Moselkraftwerke GmbH, Saffig	60,0	100	1983/84	7
Starkstrom-Anlagen-Gesellschaft mbH, Frankfurt/Main	60,0	100	1983/84	20
Main-Kraftwerke AG, Frankfurt/Main-Höchst	56,0	70	1983/84	15
Rhenag Rheinische Energie AG, Köln-Marienburg	55,1	54	1983 + Bonus	14 + 2
Maria Theresia Bergbaugesellschaft mbH, Köln*)	50,0	100		
Aktiengesellschaft für Energiewirtschaft, Mannheim	40,0	99	1983/84	20
Koblenzer Elektrizitätswerk und Verkehrs-AG, Koblenz	32,0	57	1983/84	12
Saarwasserkraftwerke GmbH, Saffig	25,0	100	1983/84	7
Rheinbraun Verkaufsgesellschaft mbH, Köln	20,0	100	1983/84	10,3 Mio DM
Kraftversorgung Rhein-Wied AG, Neuwied	18,0	70	1983/84	15
Westgas Aachen GmbH, Stolberg	17,5	58	1984	7
Rheinkraftwerk Albbruck-Dogern AG, Waldshut a. Rh.	16,0	52	1983/84	6
Kraftwerk Altwürttemberg AG, Ludwigsburg	15,8	92	1983/84 + Bonus	14 + 2
Union Rheinbraun Kohle und Mineraloel GmbH, Wesseling	15,2	100	1983/84	8,6
Rheinbraun-Wasser-Gesellschaft mbH, Köln	15,0	100	1983/84	11,9
Stierlen-Maquet AG, Rastatt	15,0	100	1983/84	15
Lahnkraftwerke AG, Limburg/Lahn	10,0	100	1983/84	5
Reederei und Spedition »Braunkohle« GmbH, Wesseling*)	10,0	100		
UK Mineralölwerke Wenzel und Weidmann GmbH, Eschweiler	8,4	100		
Bayerische Elektrizitätswerke GmbH, München	7,8	100	1983/84	6
Hürtherberg Steine und Erden GmbH, Köln	6,5	100	1983/84	1,4 Mio DM
Starkstrom-Gerätebau GmbH, Regensburg	6,4	100	1983/84	16
Uranerzbergbau-GmbH Bentheim, Köln*)	6,3	74		
Rheingau Elektrizitätswerke GmbH, Eltville*)	6,0	88		
Victoria Mathias Verwaltungsgesellschaft mbH, Essen*)	5,0	100		
Europäische Schnellbrüter-Kernkraftwerksgesellschaft mbH, Essen	5,0	51		

*) Es besteht ein Ergebnisabführungsvertrag.

Andere wesentliche Beteiligungen
(Anteile von 25 bis 50 % des RWE an Unternehmen mit einem Gesellschaftskapital von mindestens DM 5 000 000,–)
– Stand 30. Juni 1985 –

Gesellschaft	Gesellschaftskapital Mio DM	Beteiligungsanteil %	Gewinnausschüttung Geschäftsjahr	Gewinnausschüttung %
Société Luxembourgeoise de Centrales Nucléaires SA, Luxemburg	450,0	30	1984	5
Energie-Verwaltungs-Gesellschaft mbH, Düsseldorf	241,5	30	1983/84	10,0
Hochtief AG vorm. Gebr. Helfmann, Essen	200,0	39	1983 + Bonus	20 + 4
Kraftwerk Voerde STEAG-RWE oHG, Voerde	199,6	25	1984	4,2 Mio DM
Schluchseewerk AG, Freiburg i. Br.*)	165,0	50	1984	7
Deutsche Gesellschaft für Wiederaufarbeitung von Kernbrennstoffen mbH, Hannover*)	100,0	31		
Société Electrique de l'Our SA, Luxemburg	lfr 1250,0	41	1984	5,5
Vereinigte Saar-Elektrizitäts-AG, Saarbrücken	80,0	41	1983	11
Isarwerke GmbH, München	72,0	25	1983/84	17
Energieversorgung Oberhausen AG, Oberhausen*)	64,0	50		
Kraftwerk Buer GbR, Gelsenkirchen-Buer	60,0	50		
Energieversorgung Leverkusen GmbH (EVL), Leverkusen	40,0	50	1983	11
Niederrheinische Licht- und Kraftwerke AG, Mönchengladbach-Rheydt	30,0	50	1984	14
Bayerische Wasserkraftwerke AG, München	30,0	33⅓	1984	7
Gesellschaft für Energiebeteiligung mbH, Essen	28,5	45	1984/85	2,4 Mio DM
NUKEM GmbH, Hanau	10,0	45	1984	16
Kreis-Energie-Versorgung Schleiden GmbH, Kall/Eifel	6,0	50	1983	4

*) Es besteht ein Ergebnisabführungsvertrag über eine Gesellschaft bürgerlichen Rechts.

Wirtschaftliche und betriebliche Verhältnisse des RWE

Das RWE hat sich im Verlauf von mehr als acht Jahrzehnten über Gemeinde- und Ländergrenzen hinweg unter maßgeblicher Beteiligung kommunaler Körperschaften zu einem der größten privatwirtschaftlich organisierten Stromversorger der Welt entwickelt und steht heute an der Spitze eines bedeutenden Energiekonzerns. Mit einer Stromabgabe von nahezu 126 Milliarden kWh im Geschäftsjahr 1984/85 ist das RWE heute das größte Stromversorgungsunternehmen der Bundesrepublik Deutschland.

An zahlreichen Gesellschaften, deren Geschäftstätigkeit unmittelbar oder mittelbar mit der Energieversorgung zusammenhängt, ist das RWE beteiligt. Hier sind vor allem Beteiligungen an Stromerzeugungs- und -verteilungsunternehmen sowie im Bereich der Primärenergien Braunkohle, Wasser, Öl, Gas und Uran zu nennen. Rund 95% der Braunkohlenförderung und die gesamte Brikettfabrikation der Bundesrepublik entfallen auf den Konzern. Weitere Schwerpunkte liegen in der Gas- und Wasserversorgung, im Mineralöl- und Chemiegeschäft sowie in der Herstellung und dem Vertrieb von Maschinen, elektrotechnischen und sonstigen Anlagen.

Versorgungsgebiet

Ein Gebiet von über 25600 qkm mit einer Bevölkerung von rd. 6,7 Millionen Einwohnern wird vom RWE unmittelbar versorgt. Das Versorgungsgebiet umfaßt wesentliche Teile der Bundesländer Nordrhein-Westfalen, Rheinland-Pfalz und Niedersachsen. Darüber hinaus beliefert das RWE auch außerhalb dieser Gebiete eine große Anzahl von Wiederverkäufern und namhaften Industrieunternehmen aufgrund von Sonderabnehmerverträgen.

Kraftwerks- und Netzanlagen sowie Grundbesitz

Für die Erfüllung ihrer Versorgungsaufgaben stehen der Gesellschaft neben der Stromerzeugung aus eigenen und gepachteten Kraftwerken erhebliche Leistungsanteile von Konzern- und Beteiligungsgesellschaften, ferner vertraglich gesicherte Leistungen von Fremdlieferanten, überwiegend aus Steinkohlenkraftwerken sowie aus bedeutenden In- und ausländischen Wasserkraftwerken zur Verfügung. Insgesamt hat sich die Kraftwerksleistung von 2100 MW im Jahre 1948 – entsprechend der Steigerung des Strombedarfs – auf den heutigen Stand von 26810 MW erhöht.

Die Leistung der RWE-eigenen und gepachteten Kraftwerke beläuft sich auf 17569 MW. Davon entfallen 10122 MW auf Braunkohle, 4252 MW auf Kernenergie und 3195 MW auf die Primärenergieträger Steinkohle, Gas, Öl und Wasser.

	installierte Nettoleistung
Braunkohlenkraftwerke	
Niederaußem	2536 MW
Weisweiler	2124 MW
Frimmersdorf	2100 MW
Neurath	1986 MW
Fortuna II, III	801 MW
Goldenberg-Werk	575 MW
Kernkraftwerke	
Biblis	2386 MW
KRB II (75% RWE-Anteil)	1866 MW
Gaskraftwerke	
Meppen	585 MW
Huckingen	564 MW
Steinkohlenkraftwerke	
Ensdorf Block C	278 MW
Karnap	234 MW
Dettingen	93 MW
Ibbenbüren Block B (76% RWE-Anteil)	534 MW
Ölkraftwerke	
Scholven Block G + H (50% RWE-Anteil)	672 MW
Dettingen	54 MW
Wasserkraftwerke	
Speicher-Spitzenleistung	164 MW
Laufwasser	17 MW

Das RWE verfügt über ein umfangreiches **Hoch-, Mittel- und Niederspannungsnetz** in einer Gesamtlänge von rd. 138700 km.

Über sein Hochspannungsnetz steht das RWE in engem Verbund mit den anderen großen Versorgungsunternehmen des Bundesgebietes und der benachbarten Länder Niederlande, Belgien, Luxemburg, Frankreich, Schweiz und Österreich.

Mitte 1985 umfaßte das **Hochspannungsnetz:**

für 380 kV eine Leitungslänge von 4010 km, 37 Schalt- und Umspannanlagen und 42 Transformatoren mit 26,2 Mio kVA Leistung,

für 220 kV eine Leitungslänge von 6200 km, 113 Schalt- und Umspannanlagen und 197 Transformatoren mit 30,8 Mio kVA Leistung,

für 110 kV eine Leitungslänge von 10230 km, 612 Schalt- und Umspannanlagen und 1098 Transformatoren mit 33,7 Mio kVA Leistung.

Das **Mittel- und Niederspannungsnetz** hatte zum gleichen Zeitpunkt folgenden Umfang:

43460 km	Mittelspannungs-Leitungen (Freileitungen und Kabel),
1300	Mittelspannungs-Schalt- und Umspannanlagen und 560 Transformatoren mit 6 Mio kVA Leistung,
46320	Netzstationen mit 48960 Netztransformatoren und 14,2 Mio kVA Leistung (RWE-eigene Anlagen),
10320	Netzstationen mit 15940 Netztransformatoren und 6,7 Mio kVA Leistung (kundeneigene Anlagen),
75000 km	Niederspannungs-Leitungen (Freileitungen und Kabel),
1585000	Hausanschlüsse.

Der **Grundbesitz** der Gesellschaft verteilt sich auf das gesamte Versorgungsgebiet und umfaßt rd. 3947 ha.

In **Sachanlagen** hat das RWE vom 1. Juli 1948 bis zum 30. Juni 1985 rd. 32 Mrd. DM investiert.

Verträge

Die Stromlieferung im RWE-Versorgungsgebiet erfolgt im Rahmen langfristiger, mit Kreisen, Städten und Gemeinden abgeschlossener Konzessionsverträge. Aufgrund dieser Verträge hat die Gesellschaft das Recht, innerhalb des Versorgungsgebietes öffentliche Verkehrswege zur Verlegung von Übertragungs- und Verteilungsanlagen zu benutzen. Stromlieferungsverträge sind abgeschlossen mit rd. 18200 Sondervertragskunden, zu denen namhafte Industrieunternehmen wie BASF, Bayer, Hoechst, Vereinigte Aluminium-Werke, Kaiser Aluminium Europe, Leichtmetallgesellschaft, DEGUSSA, Mannesmann, Thyssen, Hoesch, Krupp, Klöckner sowie zahlreiche öffentliche Betriebe, u. a. die Deutsche Bundesbahn, gehören.

Ferner bestehen Stromlieferungsverträge mit anderen Energieversorgungsunternehmen, z. B. Gas-, Elektrizitäts- und Wasserwerke AG, Köln, Main-Kraftwerke AG, Frankfurt/Main-Höchst, Lech-Elektrizitätswerke AG, Augsburg, Pfalzwerke AG, Ludwigshafen, Vereinigte Saar-Elektrizitäts-AG, Saarbrücken, usw.

Langfristige Verträge über Strombezug bestehen u. a. mit STEAG AG bzw. Bergbau Elektrizitäts-Verbundgemeinschaft, Essen, VEBA Kraftwerke Ruhr AG, Gelsenkirchen, Preussag AG, Hannover, Saarbergwerke AG, Saarbrücken, Moselkraftwerke GmbH, Saffig, Schluchseewerk AG, Freiburg i. Br., Vorarlberger Illwerke AG, Bregenz, Tiroler Wasserkraftwerke AG, Innsbruck, Rheinkraftwerk Albbruck-Dogern AG, Waldshut a. Rh., Aarewerke AG, Aarau (Schweiz), Bayerische Wasserkraftwerke AG, München, Neckar AG, Stuttgart, und mit verschiedenen Industrieunternehmen.

Im Rahmen der zwischen der Elektrizitätswirtschaft und dem deutschen Steinkohlenbergbau in 1980 abgeschlossenen langfristigen Grundsatzvereinbarung (sog. Jahrhundertvertrag) hat das RWE sich verpflichtet, bis zum Jahr 1995 rd. 132 Millionen t SKE deutscher Steinkohle zu verstromen.

Darüber hinaus stellen Verträge und Absprachen mit den westeuropäischen Nachbarn eine wesentliche Grundlage für den überstaatlichen Stromaustausch dar. Zwischen dem RWE und der Société Electrique de l'Our SA, Luxemburg, besteht ein Vertrag über den Betrieb des Pumpspeicherkraftwerks in Vianden. Seine Leistung von 1096 MW dient dem RWE zur Erzeugung von Spitzenlastenergie.

Belegschaft

Am 30. Juni 1985 waren in den Betrieben des RWE 23731 Mitarbeiter beschäftigt.

Bauvorhaben

Nach der Inbetriebnahme der beiden Kernkraftwerksblöcke in Gundremmingen und des Steinkohlenkraftwerks Ibbenbüren liegt der Schwerpunkt der Investitionen der nächsten Jahre in der Durchführung der Umweltschutzmaßnahmen:

Hier ist vor allem die Nachrüstung der eigenen Braun- und Steinkohlenkraftwerke mit Rauchgasentschwefelungsanlagen zu nennen, deren Baugenehmigungen im Frühjahr 1985 erteilt wurden. Das Programm erfordert ein Investitionsvolumen von insgesamt 5,3 Mrd. DM und erstreckt sich bis ins Jahr 1988. Es umfaßt u. a. die Nachrüstung der RWE-Braunkohlenkraftwerke (9300 MW) mit 37 Entschwefelungsanlagen sowie der Steinkohlenkraftwerke Ibbenbüren und Ensdorf (1070 MW) mit nochmals 4 Anlagen. Von dem genannten Betrag werden bis zum 30. Juni 1986 rd. 2,3 Mrd. DM ausgegeben sein.

Des weiteren wurde mit ersten Maßnahmen zur Stickoxidminderung in den Kohlenkraftwerken begonnen. Neben Umbauten an Brennern und Kesseln führt das RWE zur Zeit umfangreiche Versuchsprogramme zur Erprobung insbesondere der Katalysatortechniken durch. Angesichts der noch ungeklärten technischen Fragen können noch keine zuverlässigen Angaben zu den Kosten dieser Investitionen gemacht werden.

An neuen Kraftwerken sind derzeit in Bau:

Mit der Errichtung des Müllheizkraftwerks Karnap wurde Mitte 1984 begonnen. Die Anlage, mit der die am gleichen Standort betriebene Altanlage ersetzt werden soll, wird wie vorgesehen Mitte 1987 in Betrieb gehen und den neuesten Umweltschutzanforderungen entsprechen. Die bei der Müllverbrennung gewonnene Wärme wird sowohl zur Stromerzeugung als auch zur Fernwärmeversorgung genutzt werden.

Im Koepchenwerk Herdecke wird eine neue 150-MW-Pumpturbine als Ersatz für alte Pumpspeichersätze errichtet, mit deren Fertigstellung 1988 zu rechnen ist.

Neben den eigenen Bauvorhaben ist das RWE an folgenden Projekten beteiligt:

Das Kernkraftwerk Mülheim-Kärlich mit einer Leistung von 1300 MW wird von der Société Luxembourgeoise de Centrales Nucléaires SA (SCN) errichtet. Die Anlage ist von der SCN an das RWE, das zu 30% an dieser Gesellschaft beteiligt ist, verpachtet. Die Finanzierung des Kraftwerks wird das RWE, gegebenenfalls durch Zahlungen im Rahmen des Pachtvertrags, sicherstellen.

In diesem Kraftwerk hat nach Abschluß der Montagearbeiten und Teilinbetriebnahmen die nukleare Erprobungsphase begonnen. Die Übernahme des Kraftwerks ist, wie vertraglich vereinbart, für August 1986 vorgesehen.

Ein 300-MW-Prototyp eines natriumgekühlten Brutreaktors wird von der Schnell-Brüter-Kernkraftwerksgesellschaft mbH Gemeinsames Europäisches Unternehmen in Kalkar/Niederrhein errichtet und später betrieben. Das Gemeinschaftsprojekt, an dem das RWE mit 68,85% beteiligt ist, wird von der Bundesrepublik Deutschland, Belgien, den Niederlanden und Großbritannien maßgeblich gefördert. Die Finanzierung erfolgt überwiegend durch Zuschüsse der Bundesrepublik Deutschland, der Niederlande und Belgiens sowie durch freiwillige Zuschüsse von deutschen kernkraftwerksbetreibenden Gesellschaften und den Herstellerfirmen.

Zur Aufrechterhaltung der Versorgungssicherheit wird die Gesellschaft auch in der Zukunft den Ausbau der Erzeugungskapazität im erforderlichen Umfang sicherstellen. Parallel zum Ausbau der Kraftwerksleistung erfolgt eine laufende Anpassung der **Übertragungs- und Verteilungsnetze**, um allen Lieferverpflichtungen wie bisher nachkommen zu können.

Insgesamt sind beim RWE in den kommenden fünf Jahren Investitionsvorhaben mit einem Gesamtvolumen von rd. 15 Mrd. DM geplant. Hiervon entfallen u. a. 8 Mrd. DM auf den Kraftwerksbereich und 4 Mrd. DM auf den Leitungsbau. Die Investitionssumme des RWE-Konzerns einschließlich des über Projektgesellschaften finanzierten Volumens von 1,2 Mrd. DM, die im wesentlichen auf das Kernkraftwerk Mülheim-Kärlich entfallen, beläuft sich im gleichen Zeitraum nach heutigem Stand auf ca. 25 Mrd. DM. Hier sind insbesondere die Aufwendungen zur Sicherung der Braunkohle als Primärenergie durch die RWE-Tochtergesellschaft Rheinische Braunkohlenwerke AG, Köln, zu erwähnen.

Absatz- und Umsatzentwicklung

Die **nutzbare Stromabgabe** und der **Umsatz** haben sich in den letzten drei Geschäftsjahren wie folgt entwickelt:

	1982/83	1983/84	1984/85
Nutzbare Stromabgabe in Mio kWh	116189	121653	125886
Umsatzerlöse des RWE in Mio DM	12961	14157	15029

Im Geschäftsjahr 1984/85 stammten 78,8 % des gesamten Stromaufkommens aus der Erzeugung eigener und gepachteter, überwiegend auf Braunkohlenbasis arbeitender Kraftwerke; 21,2% wurden durch Strombezug gedeckt.

Der **Außenumsatz des RWE-Konzerns** nahm in den letzten drei Geschäftsjahren folgende Entwicklung:

1982/83	24118 Mio DM
1983/84	26759 Mio DM
1984/85	28426 Mio DM

Im Geschäftsjahr 1984/85 entfiel der Außenumsatz auf folgende Bereiche:

Elektrizitätserzeugung und -verteilung sowie andere Versorgungsbereiche	16634 Mio DM
Braunkohlenbergbau	1265 Mio DM
Mineralöl und Chemie	7906 Mio DM
Übrige Konzernbereiche	2621 Mio DM

Unter Einschluß der Innenumsätze aus Lieferungen und Leistungen zwischen den in den Konzernabschluß einbezogenen Unternehmen belief sich der **Gesamtumsatz** 1984/85 auf 39413 Mio DM.

In den Wirtschaftszweigen des Konzerns und hier vor allem in der Herstellung und dem Vertrieb von Maschinen, elektrotechnischen und sonstigen Anlagen konnten auch im abgelaufenen Geschäftsjahr gute Ergebnisse erzielt werden. Im Mineralöl- und Chemiebereich dagegen fielen trotz einer Verbesserung der Erlössituation weiter Verluste an, die allerdings deutlich unter denen des Vorjahres liegen. Die bei UK Wesseling inzwischen durchgeführten Rationalisierungs- und Modernisierungsmaßnahmen werden sich jedoch erst ab 1986 auf das Ergebnis auswirken.

Am 30. Juni 1985 waren im Konzern 70249 **Mitarbeiter** beschäftigt.

RWE

Entwicklung im laufenden Geschäftsjahr

Der **Stromabsatz im RWE-Versorgungsgebiet** ist in den ersten sechs Monaten des Geschäftsjahres 1985/86 gegenüber dem gleichen Vorjahreszeitraum um 2,6% gestiegen. Neben der anhaltend günstigen konjunkturellen Entwicklung war dabei der frühe Wintereinbruch im November von Einfluß, der zu deutlich höheren Stromanforderungen besonders der Tarifkunden und für elektrische Wärmespeicheranlagen führte. Gleichwohl hat sich die **nutzbare Gesamtstromabgabe** nur um 0,7% erhöht. Dämpfend wirkte hier der weitere planmäßige Rückgang des vertraglichen Verbundgeschäfts; er konnte allerdings durch den Verkauf zusätzlicher unterbrechbarer Sonderlieferungen auf der Grundlage kurzfristiger Lieferabsprachen gemindert werden.

In der **Aufwandsrechnung** schlagen nunmehr zunehmend die Belastungen aus der Nachrüstung der Kohlenkraftwerke mit Entschwefelungsanlagen zu Buche. Steigende Tendenz weisen zudem die Pachten im Zuge der bevorstehenden Inbetriebnahme des Kernkraftwerks Mülheim-Kärlich sowie die Fremdstrombezugskosten aufgrund der inzwischen erfolgten Übernahme des Steinkohlenkraftwerks Voerde B auf. Ein Rückgang des Ergebnisses konnte jedoch durch die zu Beginn des Geschäftjahres vorgenommenen Preisanhebungen in Verbindung mit einer scharfen Kosten- und Ausgabenkontrolle sowie der Ausschöpfung aller Einsperungsmöglichkeiten verhindert werden.

Die **Investitionen** in Sachanlagen, Finanzanlagen und für Kernbrennelemente beliefen sich in den Monaten Juli bis Dezember 1985 auf knapp 1,3 Mrd. DM; gegenüber dem gleichen Vorjahreszeitraum bedeutet dies einen Anstieg um rd. 550 Mio DM. Allein auf Investitionen des Umweltschutzes in unseren Kraftwerken entfielen rd. 600 Mio DM. Die im ersten Halbjahr 1985 begonnenen Nachrüstarbeiten verlaufen an allen Blöcken planmäßig. Aufgrund der bis heute erreichten Projektfortschritte kann davon ausgegangen werden, daß die Umweltschutzauflagen nach der Großfeuerungsanlagen-Verordnung termingerecht, teilweise vor dem gesetzlichen Termin, erfüllt werden können.

Essen, im März 1986

Rheinisch-Westfälisches Elektrizitätswerk
Aktiengesellschaft

Rheinisch-Westfälisches Elektrizitätswerk AG
Jahresabschlüsse 1980/81 – 1984/85 (Zusammenfassung)

Bilanz (in Mio DM)	1980/81	1981/82	1982/83	1983/84	1984/85
Aktiva					
1. Anlagevermögen (incl. Kernbrennelemente)	24 342,1	25 657,2	27 307,7	28 525,8	30 162,5
2. Umlaufvermögen	4 745,6	5 121,5	6 136,6	6 686,9	7 081,8
3. Sonstiges Vermögen	33,6	28,9	29,8	30,5	29,3
Gesamt	29 121,5	30 807,6	33 474,1	35 243,2	37 273,6
Passiva					
1. Grundkapital	1 800,0	1 800,0	2 250,0	2 230,0	2 250,0
2. Rücklagen	2 417,0	2 502,0	2 964,0	3 014,0	3 014,0
3. Wertberichtigungen zu Sachanlagen	13 922,2	14 775,6	15 644,9	16 615,0	17 630,1
4. Lfr. Verbindlichkeiten und Rückstellungen	5 722,5	6 097,8	6 208,5	6 426,4	7 138,1
5. Sonstige Verbindlichkeiten	5 259,8	5 632,2	6 406,7	6 937,8	7 241,4
Gesamt	29 121,5	30 807,6	33 474,1	35 243,2	37 273,6
Gewinn- und Verlustrechnung					
1. Umsatzerlöse	10 984,4	12 443,0	12 960,6	14 156,6	15 028,6
2. Aktivierte Eigenleistungen	61,3	50,4	55,7	68,5	69,0
3. Übrige Erträge	577,9	814,4	661,1	597,9	707,5
Erträge insgesamt	11 623,6	13 307,8	13 677,4	14 823,0	15 805,1
4. Aufwendungen für Roh-, Hilfs-, Betriebsstoffe	6 525,6	7 364,9	7 800,2	8 588,7	8 468,0
5. Personalaufwendungen	1 682,8	1 738,9	1 931,1	1 903,4	2 026,3
6. Abschreibungen und Wertberichtigungen	993,4	1 046,0	1 125,4	1 345,5	1 254,8
7. Zinsaufwendungen	206,8	198,3	187,0	180,6	181,5
8. Steuern	775,0	728,0	772,0	526,4	366,8
9. Sonstige Aufwendungen	1 050,0	1 858,9	1 454,6	1 868,5	3 148,3
10. Jahresüberschuß	388,0	372,8	407,1	409,9	359,4
11. Dividende	288,0	288,0	306,0	360,0	360,0
Dividende %	16	16	16	16	16

Alle Jahresabschlüsse tragen folgenden Bestätigungsvermerk:

»Die Buchführung, der Jahresabschluß und der Geschäftsbericht entsprechen nach unserer pflichtmäßigen Prüfung Gesetz und Satzung«.

Treuhand-Vereinigung Aktiengesellschaft
Wirtschaftsprüfungsgesellschaft und Steuerberatungsgesellschaft, Essen

OPTIONSANLEIHE 1986/1996

Anleihebedingungen

§ 1

(1) Die von dem Rheinisch-Westfälischen Elektrizitätswerk Aktiengesellschaft (nachstehend auch »Anleiheschuldnerin«) aufgenommene Optionsanleihe im Gesamtnennbetrag von

DM 500 000 000,–

ist eingeteilt in unter sich gleichberechtigte, auf den Inhaber lautende Optionsschuldverschreibungen mit folgenden Nennbeträgen:

50 000 Stück zu je DM 1 000,–
Nr. 00001 – 50000

45 000 Stück zu je DM 10 000,–
Nr. 50001 – 95000

(2) Jeder Optionsschuldverschreibung sind zehn Inhaber-Jahreszinsscheine beigegeben. Die Optionsschuldverschreibungen und die Zinsscheine tragen die vervielfältigten Unterschriften von zwei Mitgliedern des Vorstands der Anleiheschuldnerin sowie einen Prägestempel der Anleiheschuldnerin, die Optionsschuldverschreibungen ferner die eigenhändige Unterschrift eines Kontrolleurs.

(3) Jeder Optionsschuldverschreibung im Nennbetrag von DM 1 000,– sind zwei Inhaber-Optionsscheine mit Berechtigung zum Bezug von einer und sechs, also insgesamt sieben Vorzugsaktien ohne Stimmrecht im Nennbetrag von je DM 50,– und jeder Optionsschuldverschreibung im Nennbetrag von DM 10 000,– sind zwei Inhaber-Optionsscheine mit Berechtigung zum Bezug von zehn und sechzig, also insgesamt siebzig Vorzugsaktien ohne Stimmrecht im Nennbetrag von je DM 50,– des Rheinisch-Westfälischen Elektrizitätswerks Aktiengesellschaft beigefügt. Die Optionsscheine können vom 15. Mai 1986 an von der Optionsschuldverschreibung abgesondert werden; in diesem Fall sind alle Optionsscheine von der Optionsschuldverschreibung abzusondern. Nach der Absonderung ist eine Übertragung einzelner Optionsscheine möglich.

§ 2

(1) Die Optionsschuldverschreibungen werden vom 3. April 1986 an mit jährlich 3½ % verzinst. Die Zinsen sind jährlich nachträglich am 3. April eines jeden Jahres fällig. Die erste Zinszahlung erfolgt am 3. April 1987. Der Zinslauf der Optionsschuldverschreibungen endet mit dem Beginn des Tages, an dem sie zur Rückzahlung fällig werden.

(2) Sofern die Anleiheschuldnerin die Verpflichtung zur Rückzahlung der Optionsschuldverschreibungen bei Fälligkeit – oder, wenn der Fälligkeitstag ein Samstag, Sonntag oder gesetzlicher Feiertag ist, am darauffolgenden Bankarbeitstag – nicht erfüllt, endet die Verzinsung nicht bei Fälligkeit, sondern erst mit der Einlösung der Optionsschuldverschreibungen, spätestens jedoch vierzehn Tage nach dem Zeitpunkt, an dem durch die Hauptzahlstelle bekanntgemacht wird, daß die Mittel der Hauptzahlstelle zur Einlösung zur Verfügung gestellt worden sind.

§ 3

(1) Die Optionsschuldverschreibungen werden am 3. April 1996 in einer Summe zum Nennbetrag zurückgezahlt.

(2) Den Anleihegläubigern steht, unbeschadet ihrer Rechte aus § 10, ein Kündigungsrecht nicht zu; dies gilt auch für den Fall, daß die Gesellschaft eine andere Gesellschaftsform annimmt, sich mit einem anderen Unternehmen verschmilzt oder ihr Vermögen auf eine andere Gesellschaft nach den Vorschriften des Umwandlungsgesetzes in der Fassung der Bekanntmachung vom 6. November 1969 (BGBl. I S. 2081), zuletzt geändert durch das Gesetz vom 25. Oktober 1982 (BGBl. I S. 1425), oder gleichartiger gesetzlicher Bestimmungen überträgt.

§ 4

(1) Die fälligen Zinsscheine und Optionsschuldverschreibungen werden den Inhabern gegen Einreichung bei den inländischen Niederlassungen der nachstehend bezeichneten Banken kostenfrei eingelöst:

Deutsche Bank AG
Deutsche Bank Berlin AG
Dresdner Bank AG
Bank für Handel und Industrie AG
Bank für Gemeinwirtschaft AG
Bayerische Hypotheken- und Wechsel-Bank AG
Berliner Commerzbank AG
Berliner Handels- und Frankfurter Bank
Commerzbank AG
Grunelius & Co.
Merck, Finck & Co.
National-Bank AG
Sal. Oppenheim jr. & Cie.
Trinkaus & Burkhardt KGaA
Westdeutsche Landesbank Girozentrale
Westfalenbank AG
Commerz-Credit-Bank AG Europartner
Deutsche Bank Saar AG
Norddeutsche Landesbank Girozentrale

(2) Die zur Rückzahlung fälligen Optionsschuldverschreibungen sind mit allen noch nicht fälligen Zinsscheinen einzureichen; der Betrag fehlender Zinsscheine wird vom Kapitalbetrag abgezogen.

(3) Die Zahlstellen sind bei der Einlösung der Optionsschuldverschreibungen und der Zinsscheine berechtigt, aber nicht verpflichtet, die Berechtigung des Einreichers zu prüfen.

(4) Die Anleiheschuldnerin kann die von den Anleihegläubigern innerhalb von zwölf Monaten nach Fälligkeit nicht erhobenen Beträge an Kapital und Zinsen bei dem Amtsgericht Essen unter Verzicht oder ohne Verzicht auf das Recht zur Rücknahme hinterlegen. Soweit auf das Recht zur Rücknahme verzichtet wird, erlischt jeglicher Anspruch der Anleihegläubiger gegen die Anleiheschuldnerin.

§ 5

(1) Die im § 801 Absatz 1 Satz 1 BGB bestimmte Vorlegungsfrist wird für die Optionsschuldverschreibungen auf zehn Jahre gekürzt (§ 801 Absatz 3 BGB).

(2) Der Anspruch gemäß § 804 Absatz 1 Satz 1 BGB wegen des Verlustes von Zinsscheinen ist ausgeschlossen (§ 804 Absatz 2 BGB).

§ 6

(1) Zur Besicherung aller Forderungen aus den Optionsschuldverschreibungen steht der Deutsche Bank Aktiengesellschaft als Treuhänderin der Anleihegläubiger (nachstehend auch »Treuhänderin«) in Höhe des jeweiligen Forderungsumfanges ein Teilbetrag an den nachstehend beschriebenen erstrangigen Gesamtgrundschulden zu.

(2) Die Gesamtgrundschulden sind auf betrieblich genutztem Grundbesitz, der im Allein- oder Miteigentum der Anleiheschuldnerin steht, für die Dresdner Bank Aktiengesellschaft eingetragen und stehen nach Maßgabe des zwischen der Anleiheschuldnerin und der Dresdner Bank Aktiengesellschaft bestehenden Gesamttreuhandvertrages und seiner Zusatz-Treuhandverträge zur Besicherung von Fremdmitteln zur Verfügung. Bei diesen Gesamtgrundschulden handelt es sich um eine Gesamtbuchgrundschuld über DM 4 000 000 000,– nebst 12% Jahreszinsen, die auf dem im Alleineigentum der Anleiheschuldnerin stehenden Grundbesitz eingetragen ist sowie um weitere auf dem im Miteigentum der Anleiheschuldnerin stehenden Grundbesitz lastende Gesamtbuchgrundschulden über insgesamt DM 670 000 000,–, die mit 14% bzw. 15% jährlich verzinslich sind.

(3) Soweit die Gesamtgrundschulden zur Besicherung der Forderungen aus den Optionsschuldverschreibungen dienen, werden sie von der Dresdner Bank Aktiengesellschaft nach Maßgabe dieser Bedingungen für die Treuhänderin gehalten.

(4) Die Treuhänderin ist berechtigt, einer Erweiterung der erststelligen Belastungen zuzustimmen; jedoch darf der Gesamtbetrag aller Grundschulden des jeweiligen Gleichrangrahmens 50% des Nettobuchwertes des jeweiligen dinglich haftenden Anlagevermögens nicht übersteigen. Der Nettobuchwert ergibt sich aus dem Wert, mit dem das dinglich haftende Anlagevermögen in der jeweils letzten Jahresbilanz enthalten war, zuzüglich der den verbrauchsbedingten Abschreibungsbedarf übersteigenden Abschreibungen.

(5) Die Rechte und Pflichten aus den §§ 7, 8, 10 Absatz (2) und 11 Absatz (2) dieser Bedingungen werden von der Dresdner Bank Aktiengesellschaft als der dinglich Berechtigten mit Zustimmung der Treuhänderin wahrgenommen.

§ 7

(1) Die Befugnisse der Treuhänderin hinsichtlich der Besicherung gemäß § 6 sind im Verhältnis zu den Anleihegläubigern ausschließliche, so daß die Anleihegläubiger die Rechte aus den Grundschulden nicht unmittelbar geltend machen können. Dagegen stehen die persönlichen Ansprüche aus den Optionsschuldverschreibungen den Anleihegläubigern unmittelbar gegen die Anleiheschuldnerin zu.

(2) Die Treuhänderin ist im Rahmen ihrer Treuhandschaft berechtigt, Verfügungen jeder Art unter Beachtung des unter § 6 Absatz (2) genannten Gesamttreuhandvertrages und seiner Zusatz-Treuhandverträge über die Grundschulden zu treffen, insbesondere:

a) Löschungen, Abtretungen, Pfandentlassungen und Gleichrangeinräumungen zu erklären und deren Eintragung in das Grundbuch zu bewilligen;

b) die Grundschulden im Interesse der jeweiligen Anleihegläubiger gerichtlich und außergerichtlich geltend zu machen, Prozesse hinsichtlich der Grundschulden als Klägerin oder Beklagte zu führen, den Erlaß einstweiliger Verfügungen zu erwirken und Zwangsversteigerungen und Zwangsverwaltungen des verpfändeten Grundbesitzes zu betreiben;

c) Willenserklärungen jeder Art, die sich auf die Grundschulden beziehen, abzugeben und zu empfangen sowie Zahlungen, insbesondere Zahlungen im Zwangsversteigerungs- und Zwangsverwaltungsverfahren, entgegenzunehmen.

§ 8

(1) Die Treuhänderin ist berechtigt, die Löschung von Gleichrang-Grundpfandrechten in dem Umfang zu bewilligen, in dem der Gesamtbetrag der eingetragenen Gleichrang-Grundpfandrechte den Gesamtkapitalbetrag aller durch diese Grundpfandrechte gesicherten Anleihen, Darlehen und Kredite übersteigt.

(2) Die Treuhänderin ist berechtigt und verpflichtet, einzelne Sicherungsgegenstände freizugeben, wenn

a) der Verkaufspreis oder der auf Verlangen der Treuhänderin durch einen ihr genehmen Sachverständigen ermittelte Wert des aus der Sicherung zu entlassenden Gegenstandes bei der Treuhänderin hinterlegt wird oder

b) an Stelle des freizugebenden Gegenstandes Ersatzsicherheiten treten oder

c) der Wert des Sicherungsgutes sich durch Zugänge oder Veränderung so erhöht hat, daß der Wertzuwachs den Wert des freizugebenden Gegenstandes nach dem Gutachten eines der Treuhänderin genehmen Sachverständigen erreicht oder

d) die innerhalb des Gleichrangrahmens besicherten Forderungen aus Anleihen, Darlehen und Krediten mit mindestens dem Betrag getilgt sind, der 50% des Wertes entspricht, mit dem der freizugebende Gegenstand bei der Festlegung der Beleihungsgrenze bewertet wurde, oder

e) Grundstücke von der Anleiheschuldnerin zur Anlegung oder zur Verbreiterung öffentlicher Straßen oder unentgeltlich für öffentliche, gemeinnützige oder wohltätige Zwecke abgetreten werden, jedoch nur bis zu einem Gesamtbetrag von DM 100 000,– jährlich, oder

f) der Wert der freizugebenden Gegenstände in jeweils zehn Jahren ½ % des Wertes des gesamten Sicherungsgutes nicht übersteigt, ohne daß insoweit die Voraussetzungen zu a) bis e) vorzuliegen brauchen.

(3) Die Treuhänderin ist zur Freigabe nicht berechtigt, wenn das in der Pfandhaft verbleibende Anlagevermögen nach dem Gutachten eines von der Treuhänderin zu bestimmenden Sachverständigen keine volle Sicherheit für die Anleihe mehr gewährleisten würde oder wenn es sich um einen Gegenstand handelt, durch dessen Ausscheiden aus dem Betriebsverband der Anleiheschuldnerin nach Auffassung der Treuhänderin der Zusammenhang oder die Einheitlichkeit des Betriebes wesentlich gestört würde.

§ 9

Die Anleiheschuldnerin ist verpflichtet, die verhafteten Anlagen ordnungsgemäß gegen branchenübliche Risiken in der branchenüblichen Weise versichert zu halten.

Die Treuhänderin ist berechtigt, jedoch nicht verpflichtet, die Einhaltung dieser Bestimmung zu überprüfen. Sie kann von der Anleiheschuldnerin verlangen, daß sie die Erfüllung der Versicherungspflicht nachweist und gegebenenfalls außerdem Hypotheken- und Zubehör-Hypothekensicherungsscheine beibringt.

§ 10

(1) Falls die Anleiheschuldnerin mit ihren Verpflichtungen aus den Optionsschuldverschreibungen, insbesondere mit der Zahlung fälliger Zinsbeträge, länger als einen Monat in Verzug gerät, sind die Anleihegläubiger insgesamt oder auch einzeln berechtigt, ihre Forderungen als fällig zu betrachten und sofortige Rückzahlung zum Nennbetrag zuzüglich aufgelaufener Zinsen zu verlangen. Die Verzinsung der Optionsschuldverschreibungen endet in diesem Falle erst mit der Einlösung, spätestens jedoch 14 Tage nach dem Zeitpunkt, an dem bekanntgemacht wird, daß die Mittel zur Einlösung zur Verfügung stehen.

(2) Unter diesen Voraussetzungen darf die Treuhänderin verlangen, daß die Rechte aus den bestellten Sicherheiten für die Anleihegläubiger geltend gemacht werden.

(3) Die Rechte der Anleihegläubiger gemäß Absatz (1) und die Befugnis nach Absatz (2) können von der Treuhänderin ausgeübt werden, wenn

a) die Anleiheschuldnerin ihre Zahlungen einstellt oder

b) das Konkursverfahren oder das Vergleichsverfahren zur Abwendung des Konkurses über das Vermögen der Anleiheschuldnerin eröffnet wird oder wenn die Anleiheschuldnerin die Eröffnung eines dieser Verfahren über ihr Vermögen beantragt oder wenn sie einen außergerichtlichen Vergleich anbietet oder

c) die Zwangsversteigerung oder die Zwangsverwaltung einzelner oder aller haftender Gegenstände angeordnet wird oder

d) die Anleiheschuldnerin ihre Pflicht zur Versicherung der Pfandstücke gemäß § 9 ungeachtet einer durch eingeschriebenen Brief ausgesprochenen Mahnung der Treuhänderin innerhalb eines Monats nicht erfüllt oder

e) ein erheblicher Teil der Betriebe der Anleiheschuldnerin, abgesehen von Fällen höherer Gewalt, eines Streiks oder einer Aussperrung, länger als 6 Monate stillliegt und keine gleichwertige Ersatzsicherheit angeboten wurde und deshalb die Rechte der Anleihegläubiger gefährdet erscheinen. Ob eine Gefährdung vorliegt, wird durch das Gutachten eines Wirtschaftsprüfers festgestellt. Den Wirtschaftsprüfer und den Zeitpunkt der Anfertigung eines Gutachtens bestimmt die Treuhänderin nach freiem Ermessen. Die Kosten des Gutachtens trägt in jedem Falle die Anleiheschuldnerin.

Die Deutsche Bank Aktiengesellschaft ist nicht verpflichtet, die in Satz 1 dieses Absatzes genannten Rechte geltend zu machen, wenn eine zu diesem Zweck einzuberufende Versammlung der Anleihegläubiger mit Mehrheit der abgegebenen Stimmen auf dieses Recht verzichtet. Dabei gewähren je DM 1 000,– Nennbetrag einer Optionsschuldverschreibung eine Stimme.

(4) Allgemeine unternehmenspolitische Entscheidungen der Anleiheschuldnerin wie z. B. ein Zusammengehen mit anderen Unternehmungen – in welcher Rechtsform auch immer – lösen die Rechtsfolgen der Absätze (1) und (2) nicht aus.

§ 11

(1) Die Deutsche Bank Aktiengesellschaft ist unbeschadet der Rechte Dritter berechtigt, im Zusammenhang mit der Einberufung einer Gläubigerversammlung die Befugnisse wahrzunehmen, die nach §§ 3 und 7 Absatz (3) des Gesetzes betreffend die gemeinsamen Rechte der Besitzer von Schuldverschreibungen vom 4. Dezember 1899 nebst Nachträgen einem von der Gläubigerversammlung bestellten Vertreter zustehen.

(2) Sie ist auch zu Verfügungen gemäß § 7 Absatz (2) über die Grundpfandrechte befugt, soweit es sich um die Ausführung von Beschlüssen der Anleihegläubiger gemäß Gesetz vom 4. Dezember 1899 nebst Nachträgen oder von Anweisungen des aufgrund dieses Gesetzes etwa bestellten Vertreters handelt.

§ 12

(1) Die Deutsche Bank Aktiengesellschaft haftet nicht dafür, daß sie in ihrer Eigenschaft als Vertreterin oder als Treuhänderin der Anleihegläubiger Erklärungen abgibt, nicht abgibt oder entgegennimmt oder sonstige Handlungen vornimmt oder unterläßt, es sei denn, daß sie die Sorgfalt eines ordentlichen Kaufmannes außer acht gelassen hat.

(2) Die Deutsche Bank Aktiengesellschaft ist von den Beschränkungen des § 181 BGB befreit.

(3) Die Deutsche Bank Aktiengesellschaft ist berechtigt, die ihr als Vertreterin der Anleihegläubiger bei der Wahrnehmung der Rechte der Anleihegläubiger etwa entstehenden Kosten den Anleihegläubigern im Verhältnis der diesen zustehenden Forderungen in Rechnung zu stellen und von ihnen einen entsprechenden Kostenvorschuß zu fordern.

(4) Die vorstehenden Absätze gelten entsprechend für die Dresdner Bank Aktiengesellschaft als eingetragene Grundschuldgläubigerin.

§ 13

(1) Die Deutsche Bank Aktiengesellschaft ist berechtigt, das ihr übertragene Amt der Vertreterin der Anleihegläubiger und/oder das Amt der Treuhänderin jederzeit mit einmonatiger Frist gegenüber den Anleihegläubigern zu kündigen oder auf einen Dritten zu übertragen. Die Kündigung bzw. Übertragung ist gemäß § 15 bekanntzumachen.

(2) Die Deutsche Bank Aktiengesellschaft ist verpflichtet, die Anleiheschuldnerin unverzüglich von einer Kündigung des Amtes des Gläubigervertreters oder einer Übertragung dieses Amtes auf einen Dritten durch eingeschriebenen Brief in Kenntnis zu setzen.

(3) Kündigt die Deutsche Bank Aktiengesellschaft das Amt des Gläubigervertreters, so hat sie die Geschäfte bis zur Bestellung eines neuen Vertreters durch eine gemäß den Vorschriften des Gesetzes vom 4. Dezember 1899 nebst Nachträgen einberufene Gläubigerversammlung, längstens jedoch auf die Dauer von sechs Monaten, fortzuführen. Macht die Gläubigerversammlung von ihrem Recht, einen neuen Vertreter zu bestellen, innerhalb dieser Frist keinen Gebrauch, so geht dieses Recht auf die Anleiheschuldnerin über. Überträgt die Deutsche Bank Aktiengesellschaft das Amt des Gläubigervertreters auf einen Dritten, so hat sie dafür Sorge zu tragen, daß ihr Nachfolger die Pflichten eines Gläubigervertreters im gleichen Umfang übernimmt, in dem sie diese selbst gehabt hat. Sie haftet jedoch nur, wenn und soweit sie bei Auswahl ihres Amtsnachfolgers die Sorgfalt eines ordentlichen Kaufmannes außer acht gelassen hat.

(4) Kündigt oder überträgt die Deutsche Bank Aktiengesellschaft ihr Amt als Treuhänderin, so gelten die Absätze (2) und (3) entsprechend. Sobald ein neuer Treuhänder bestellt ist, wird die Deutsche Bank Aktiengesellschaft ihre Rechte hinsichtlich der Sicherheiten auf ihn übertragen. Ein neuer Treuhänder ist insbesondere auch an § 6 Absatz (5) gebunden.

(5) Die durch eine Änderung im Amt als Gläubigervertreterin oder Treuhänderin entstehenden Kosten hat die Anleiheschuldnerin zu tragen, es sei denn, daß es sich um eine Kündigung oder Übertragung des Amtes handelt, die ausschließlich auf der freien Entscheidung der Deutsche Bank Aktiengesellschaft beruht.

§ 14

Eine Kündigung der Optionsschuldverschreibungen läßt die Rechte aus den Optionsscheinen unberührt.

§ 15

Die Bekanntmachungen der Anleiheschuldnerin oder der Deutsche Bank Aktiengesellschaft, die die Optionsschuldverschreibungen betreffen, werden im Bundesanzeiger sowie in je einem Pflichtblatt der deutschen Wertpapierbörsen veröffentlicht.

§ 16

Soweit nicht zwingende gesetzliche Vorschriften etwas anderes bestimmen, ist Gerichtsstand für alle Klagen aus den in diesen Anleihebedingungen geregelten Rechtsverhältnissen Düsseldorf. Für Klagen gegen die Anleiheschuldnerin oder die Treuhänderin ist dieser Gerichtsstand ein ausschließlicher.

Optionsbedingungen

§ 1

(1) Das Rheinisch-Westfälische Elektrizitätswerk Aktiengesellschaft, Essen, (nachstehend »Gesellschaft«) bietet dem Inhaber dieses Optionsscheins hiermit die auf der Vorderseite des Optionsscheins genannte Anzahl von Vorzugsaktien ohne Stimmrecht der Gesellschaft im Nennbetrag von je DM 50,– (nachstehend »Vorzugsaktien«) zum Optionspreis von DM 185,– je Aktie nach Maßgabe der nachstehenden Optionsbedingungen zum Bezug an.

(2) Der Optionsschein trägt die vervielfältigten Unterschriften von zwei Mitgliedern des Vorstands der Gesellschaft, einen Prägestempel der Gesellschaft sowie die eigenhändige Unterschrift eines Kontrolleurs. Mit dem Optionsschein sind sechs Inhaber-Legitimationsscheine verbunden. Die Gesellschaft wird die Verwendung der Legitimationsscheine gemäß § 7 bekanntmachen.

§ 2

(1) Das Optionsrecht kann vom 15. Juli 1986 bis zum 20. März 1996 einschließlich ausgeübt werden. Ausgenommen ist jedoch vor Hauptversammlungen der Gesellschaft jeweils der Zeitraum zwischen dem letzten Hinterlegungstag für die Aktien und dem dritten Banktag nach der Hauptversammlung, ferner ein Zeitraum von drei Wochen jeweils vor dem Ende der Geschäftsjahre der Gesellschaft sowie jeweils der Zeitraum zwischen dem Tag, an dem die Gesellschaft ein Angebot an ihre Aktionäre zum Bezug von neuen Aktien oder Teilschuldverschreibungen mit Wandel- oder Optionsrecht im Bundesanzeiger veröffentlicht, und dem letzten Tag der für die Ausübung des Bezugsrechts bestimmten Frist.

(2) Das Recht aus dem Optionsschein kann nur für die gesamte Anzahl von Aktien ausgeübt werden, die dem Inhaber des Optionsscheins zustehen.

§ 3

Zur Ausübung des Optionsrechts muß der Inhaber des Optionsscheins eine schriftliche Erklärung unter Benutzung der bei den Annahmestellen erhältlichen Vordrucke gegenüber der Deutsche Bank Aktiengesellschaft, Düsseldorf, als Optionsstelle durch Vermittlung einer der in § 5 genannten Annahmestellen abgeben, den Optionspreis zahlen und den Optionsschein mit allen noch nicht aufgerufenen Legitimationsscheinen einreichen. Diese Optionserklärung ist bindend. Voraussetzung für das Wirksamwerden der Optionserklärung ist der Eingang des Optionspreises und des Optionsscheins bei der Deutsche Bank Aktiengesellschaft, Düsseldorf, als Optionsstelle. Erklärungen, die der Optionsstelle in dem Zeitraum, in dem nach § 2 die Option ausgeschlossen ist, zugehen, gelten als zum nächstfolgenden Tag, an dem die Ausübung des Optionsrechts wieder zulässig ist, abgegeben und zugegangen. Die aufgrund der Ausübung des Optionsrechts auszugebenden Aktien werden bei der vermittelnden Annahmestelle alsbald nach Wirksamwerden der Optionserklärung zur Verfügung gestellt.

§ 4

Aktien, die durch Ausübung des Optionsrechts erworben werden, nehmen vom Beginn des Geschäftsjahres an, in dem sie aufgrund der Ausübung von Optionsrechten entstehen, am Gewinn teil.

§ 5

(1) Annahmestellen sind die Niederlassungen der nachstehenden Banken:

Deutsche Bank AG
Deutsche Bank Berlin AG
Dresdner Bank AG
Bank für Handel und Industrie AG
Bank für Gemeinwirtschaft AG
Bayerische Hypotheken- und Wechsel-Bank AG
Berliner Commerzbank AG
Berliner Handels- und Frankfurter Bank
Commerzbank AG
Grunelius & Co.
Merck, Finck & Co.
National-Bank AG
Sal. Oppenheim jr. & Cie.
Trinkaus & Burkhardt KGaA
Westdeutsche Landesbank Girozentrale
Westfalenbank AG
Commerz-Credit-Bank AG Europartner
Deutsche Bank Saar AG
Norddeutsche Landesbank Girozentrale

(2) Optionsstelle ist die Deutsche Bank Aktiengesellschaft, Düsseldorf.

§ 6

(1) Wenn die Gesellschaft in der Zeit bis zum 20. März 1996 unter Einräumung eines unmittelbaren oder mittelbaren Bezugsrechts an ihre Aktionäre ihr Kapital durch die Ausgabe neuer Aktien erhöht oder neue Teilschuldverschreibungen mit Wandel- oder Optionsrecht begibt, wird der Optionspreis zu dem in Absatz (3) bestimmten Stichtag um den Betrag ermäßigt, der sich aus dem Durchschnittskurs des den Aktionären gewährten Bezugsrechts an allen Handelstagen an der Rheinisch-Westfälischen Börse zu Düsseldorf aufgerundet bzw. abgerundet auf volle DM errechnet. Der Optionspreis wird jedoch in keinem Falle auf weniger als DM 85,– ermäßigt.

Die Sätze 1 und 2 finden keine Anwendung, soweit die Gesellschaft bei der Beschlußfassung über die Kapitalerhöhung bzw. über die Ausgabe weiterer Teilschuldverschreibungen mit Wandel- oder Optionsrecht auch den Inhabern der Optionsscheine ein Bezugsrecht auf die neuen Aktien bzw. neuen Teilschuldverschreibungen mit Wandel- oder Optionsrecht einräumt, welches dem den Aktionären eingeräumten Bezugsrecht entspricht.

(2) Im Falle einer Kapitalerhöhung aus Gesellschaftsmitteln wird der Optionspreis nicht ermäßigt. Statt dessen verpflichtet sich die Gesellschaft, den Inhabern von Optionsscheinen, wenn die Option ausgeübt wird, so viele zusätzliche Aktien zu verschaffen, daß der Inhaber des Optionsscheins so gestellt wird, als hätte er die Option im Zeitpunkt der Kapitalerhöhung aus Gesellschaftsmitteln bereits ausgeübt. Bruchteile von Aktien werden bei der Ausübung des Optionsrechts nicht verschafft. Die Optionsstelle wird sich bemühen, einen etwaigen Spitzenbetrag für Rechnung der Inhaber von Optionsscheinen zu verkaufen.

(3) Stichtag für die Ermäßigung des Optionspreises ist der erste Börsenhandelstag an der Rheinisch-Westfälischen Börse zu Düsseldorf nach Ablauf der Bezugsfrist für die neuen Aktien oder Teilschuldverschreibungen mit Wandel- oder Optionsrecht, deren Ausgabe die Ermäßigung des Optionspreises ausgelöst hat. Die Gesellschaft ist verpflichtet, den ermäßigten Optionspreis und den Stichtag, von dem ab der ermäßigte Optionspreis gilt, unverzüglich nach § 7 bekanntzugeben.

§ 7

Bekanntmachungen, die die Optionsscheine betreffen, werden im Bundesanzeiger sowie in je einem Pflichtblatt der deutschen Wertpapierbörsen veröffentlicht.

§ 8

(1) Erfüllungsort ist Düsseldorf.

(2) Gerichtsstand für alle Rechtsstreitigkeiten aus den in diesen Optionsbedingungen geregelten Angelegenheiten ist Düsseldorf. Die Gerichte in Düsseldorf sind auch zuständig für die Kraftloserklärung abhandengekommener oder vernichteter Optionsscheine.

Essen, im März 1986

Rheinisch-Westfälisches Elektrizitätswerk Aktiengesellschaft

Aufgrund des vorstehenden Prospektes sind die

DM 500 000 000,– Inhaber-Optionsschuldverschreibungen der 3½% Optionsanleihe von 1986/1996

50 000 Stück zu je DM 1 000,– Nr. 00 001 bis 50 000
45 000 Stück zu je DM 10 000,– Nr. 50 001 bis 95 000

einschließlich der 190 000 Inhaber-Optionsscheine

zum Erwerb von insgesamt Stück 3 500 000 Inhaber-Vorzugsaktien ohne Stimmrecht des Rheinisch-Westfälischen Elektrizitätswerks AG im Nennbetrag von je DM 50,–

Stück Nr. 000 001 bis 050 000 zum Erwerb von je einer Inhaber-Vorzugsaktie
Stück Nr. 050 001 bis 100 000 zum Erwerb von je sechs Inhaber-Vorzugsaktien
Stück Nr. 100 001 bis 145 000 zum Erwerb von je zehn Inhaber-Vorzugsaktien
Stück Nr. 145 001 bis 190 000 zum Erwerb von je sechzig Inhaber-Vorzugsaktien

sowie die

DM 175 000 000,– Inhaber-Vorzugsaktien ohne Stimmrecht
mit einem nachzuzahlenden Dividendenvorzug von 5 %

aus der bedingten Kapitalerhöhung 1986
zur Sicherung der Optionsrechte der Inhaber der Optionsscheine aus der 3½ % Optionsanleihe von 1986/1996

3 500 000 Stück zu je DM 50,– Nr. 6 516 001 bis 10 016 000

mit Gewinnanteilberechtigung vom Beginn des Geschäftsjahres an, in dem sie durch Ausübung von Optionsrechten entstehen

des

Rheinisch-Westfälischen Elektrizitätswerks Aktiengesellschaft
Essen

zum Handel und zur amtlichen Notierung an den **Wertpapierbörsen zu Düsseldorf, Berlin, Bremen, Frankfurt/Main, Hamburg, Hannover, München und Stuttgart zugelassen worden.**

Düsseldorf, Berlin, Bochum, Bremen, Essen, Frankfurt/Main, Hamburg, Hannover, Köln, München, Stuttgart, im März 1986

Deutsche Bank Aktiengesellschaft — Dresdner Bank Aktiengesellschaft

Deutsche Bank Berlin Aktiengesellschaft — Bank für Handel und Industrie Aktiengesellschaft

Bank für Gemeinwirtschaft Aktiengesellschaft — Bayerische Hypotheken- und Wechsel-Bank Aktiengesellschaft — Berliner Commerzbank Aktiengesellschaft

Berliner Handels- und Frankfurter Bank — Commerzbank Aktiengesellschaft — Grunelius & Co.

Merck, Finck & Co. — National-Bank Aktiengesellschaft — Sal. Oppenheim jr. & Cie.

Trinkaus & Burkhardt KGaA — Westdeutsche Landesbank Girozentrale — Westfalenbank Aktiengesellschaft

Dennoch bleibe ich stets an Dir, denn Du hältst mich bei meiner rechten Hand. Du leitest mich nach Deinem Rat und nimmst mich endlich mit Ehren an.

Psalm 73, 23-24

Eugen Gerstenmaier

* 25. 8. 1906 † 13. 3. 1986

wurde in Gottes Ewigkeit abberufen.

In Liebe und Dankbarkeit

Brigitte Gerstenmaier geb. von Schmidt
Cornelia Gerstenmaier
Albrecht-Georg Gerstenmaier
York Gerstenmaier
Ruth Gerstenmaier
Walther Gerstenmaier und Ruth geb. Scheffler
Maria Gerstenmaier
Gerhard Gerstenmaier und Katharina geb. Moll

5480 Remagen-Oberwinter, *Rheinhöhenweg 90*

Gottesdienst am 22. März 1986 um 11.00 Uhr in der Evangelischen Kreuz-Kirche, Bonn (Kaiserplatz). Im Anschluß daran Beisetzung auf dem Friedhof Oberwinter.

Betroffen nehmen wir Abschied von unserem Direktor i. R., Herrn

Heinrich Siever

der am *10. März 1986* im *67.* Lebensjahr unerwartet einem Herzleiden erlag.

Herr Siever hat unserem Hause von *1937* bis 1983 angehört, in den letzten zehn Jahren als Direktor für die Revision und die Organisation. Stets wirkte er weit über diesen Bereich hinaus. Mit unermüdlichem Einsatz, mit Ideenreichtum und großer Erfahrung trug Herr Siever viele Jahre lang in besonderem Maße dazu bei, die individuellen Fähigkeiten vieler bei uns arbeitender Menschen zu fördern und die Gesamtleistung der Hamburgischen Landesbank zu verbessern. Unser Haus verdankt ihm viel.

Wir trauern um einen lieben Kollegen, dessen Erinnerung bei uns fortleben wird.

Seinen Angehörigen gilt unser Mitgefühl.

Hamburgische Landesbank
– Girozentrale –

Der Deutsche Bundestag trauert um seinen früheren Präsidenten

Professor D. Dr.

Eugen Gerstenmaier

Mitglied des Deutschen Bundestages von 1949–1969
Präsident des Deutschen Bundestages von 1954–1969

Mit Eugen Gerstenmaier ist eine der letzten noch lebenden großen und prägenden Gestalten aus der Gründergeneration unseres Staates von uns gegangen, ein Wegbereiter für die geistige und demokratische Erneuerung, der am Aufbau unserer parlamentarischen Demokratie mitgewirkt und in den Nachkriegs- und Aufbaujahren entscheidend dazu beigetragen hat, Deutschland zu neuem Ansehen und zur Aufnahme in die Völkergemeinschaft zu verhelfen.

Der Deutsche Bundestag gedenkt seiner in Dankbarkeit und Verehrung.

Dr. Philipp Jenninger
Präsident des Deutschen Bundestages

Bonn, den 14. März 1986

Wir trauern um

Eugen Gerstenmaier

geb. 25. 8. 1906 gest. 13. 3. 1986

Wir verlieren mit ihm eine Persönlichkeit, die aus der Erfahrung im Widerstand gegen den Nationalsozialismus den Aufbau und die Entwicklung der CDU Deutschlands entscheidend mitgeprägt hat.

Sein politisches Wirken war bestimmt von seinem christlichen Glauben und seiner Bereitschaft zur Verantwortung.

Mit seinem reichen Wissen und seiner großen Menschlichkeit war er uns ein treuer und unverzichtbarer Ratgeber.

Sein Tod ist für uns ein schwerer und schmerzlicher Verlust. Sein politisches Erbe ist uns Verpflichtung.

Bundeskanzler Dr. Helmut Kohl
Vorsitzender
der Christlich Demokratischen Union Deutschlands

Dr. Heiner Geißler
Generalsekretär
der Christlich Demokratischen Union Deutschlands

DIE WELT

UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Herausgeber: Axel Springer †, Dr. Herbert Kremp

Chefredakteure: Peter Gillies und Manfred Schell

Stellvertretender Chefredakteur: Dr. Günter Zehm

Meinungen: Enno von Loewenstern

Chefs vom Dienst: Klaus Jürgen Fritzsche, Friedr. W. Heering, Jens-Martin Lüddeke, Rüdiger v. Wolkowsky, Bonn; Horst Hillesheim, Hamburg

Verantwortlich für Seite 1, politische Nachrichten: Gernot Facius; Deutschland: Armin Reck (stellv.); Diethart Goos (Deutschlandpolitik); Internationale Politik: Manfred Neuber (beurlaubt); Ausland: Jürgen Liminski, Marta Weidenhiller (stellv.); Seite 3: Burkhard Müller, Dr. Manfred Rowold (stellv.); Bundeswehr: Rüdiger Moniac; Osteuropa: Dr. Carl Gustaf Ströhm; Zeitgeschichte: Walter Görlitz; Wirtschaft: Gerd Brüggemann; Industriepolitik: Hans Baumann; Geld und Kredit: Claus Dertinger; Feuilleton: Dr. Peter Dittmar, Reinhard Beuth (stellv.); Geistige Welt/WELT des Buches: Alfred Starkmann, Peter Böbbis (stellv.); Fernsehen: Dr. Rainer Nolden; Wissenschaft und Technik: Dr. Dieter Thierbach; Sport: Frank Quednau; Aus aller Welt: Norbert Koch, Dr. Rudolf Zewell (stellv.); Reise-WELT und Auto-WELT: Heinz Horrmann, Birgit Cremers-Schiemann (stellv. für Reise-WELT); WELT-Report: Heinz Kluge-Lübke; WELT-Report Ausland: Hans-Herbert Holzamer; Leserbriefe: Henk Ohnesorge; Personalien: Ingo Urban; Dokumentation: Reinhard Berger; Grafik: Werner Schmidt; Fotoredaktion: Bettina Rathje.

Weitere leitende Redakteure: Dr. Hanns Gieskes, Werner Kahl, Lothar Schmidt-Mühlisch

Hamburg-Ausgabe: Knut Teske, Klaus Bruns (stellv.)

Bonner Korrespondenten-Redaktion: Günther Bading (Leiter), Heinz Heck (stellv.), Arnulf Gosch, Hans-Jürgen Mahnke, Dr. Eberhard Nitschke, Peter Philipps

Diplomatischer Korrespondent: Bernt Conrad

Deutschland-Korrespondenten Berlin: Hans-Rüdiger Karutz, Dieter Dose, Klaus Geitel; Düsseldorf: Dr. Wilm Herlyn, Joachim Gehlhoff, Harald Posny; Frankfurt: Dr. Dankwart Guratzsch (zugleich Korrespondent für Städtebau/Architektur), Inge Adham, Joachim Weber; Hamburg: Herbert Schütte, Jan Brech, Kläre Warnecke MA; Hannover: Michael Jach, Dominik Schmidt; Kiel: Georg Bauer; München: Peter Schmalz, Dankward Seitz; Stuttgart: Werner Neitzel

Chefkorrespondent (Inland): Joachim Neander

Chefreporter: Horst Stein, Walter H. Rueb

Auslandsbüros, Brüssel: Wilhelm Hadler; London: Reiner Gatermann, Wilhelm Furler; Johannesburg: Monika Germani; Kopenhagen: Gottfried Mehner; Miami: Werner Thomas; Moskau: Rose-Marie Borngässer; Paris: Peter Ruge, Joachim Schaufuß; Rom: Friedrich Meichsner; Washington: Fritz Wirth, Horst-Alexander Siebert

Auslands-Korrespondenten WELT/SAD: Athen: E. A. Antonaros; Beirut: Peter M. Ranke; Brüssel: Cay Graf v. Brockdorff-Ahlefeldt; Jerusalem: Ephraim Lahav; London: Christian Ferber, Claus Geissmar, Siegfried Helm, Peter Michalski, Joachim Zwikirsch; Los Angeles: Helmut Voss, Karl-Heinz Kukowski; Madrid: Rolf Görtz; Mailand: Dr. Günther Depas, Dr. Monika von Zitzewitz-Lonmon; Miami: Prof. Dr. Günter Friedländer; New York: Alfred von Krusenstiern, Ernst Haubrock, Hans-Jürgen Stück, Wolfgang Will; Paris: Heinz Weissenberger, Constance Knitter, Joachim Leibel; Tokio: Dr. Fred de La Trobe, Edwin Karmiol; Washington: Dietrich Schulz

Zentralredaktion: 5300 Bonn 2, Godesberger Allee 99, Tel. (02 28) 30 41, Telex 8 85 714, Fernkopierer (02 28) 37 34 65

1000 Berlin 61, Kochstraße 50, Redaktion: Tel. (0 30) 2 59 10, Telex 1 84 565, Anzeigen: Tel. (0 30) 25 91 29 31/32, Telex 1 84 565

2000 Hamburg 36, Kaiser-Wilhelm-Straße 1, Tel. (0 40) 34 71, Telex Redaktion und Vertrieb 2 170 010, Anzeigen: Tel. (0 40) 3 47 43 80, Telex 2 17 001 777

4300 Essen 18, Im Teelbruch 100, Tel. (0 20 54) 10 11, Anzeigen: Tel. (0 20 54) 10 15 24, Telex 8 579 104
Fernkopierer (0 20 54) 8 27 28 und 8 27 29

3000 Hannover 1, Lange Laube 2, Tel. (05 11) 1 79 11, Telex 9 22 919
Anzeigen: Tel. (05 11) 6 49 00 09
Telex 92 30 106

4000 Düsseldorf 1, Graf-Adolf-Platz 11, Tel. (02 11) 37 30 43/44, Anzeigen: Tel. (02 11) 37 50 61, Telex 8 587 756

6000 Frankfurt (Main) 1, Westendstraße 8, Tel. (0 69) 71 73 11; Telex 4 12 449
Fernkopierer (0 69) 72 79 17
Anzeigen: Tel. (0 69) 77 90 11 - 13
Telex 4 185 525

7000 Stuttgart 1, Rotebühlplatz 20a, Tel. (07 11) 22 13 28, Telex 7 23 966
Anzeigen: Tel. (07 11) 7 54 50 71

8000 München 40, Schellingstraße 39–43, Tel. (0 89) 2 38 13 01, Telex 5 23 813
Anzeigen: Tel. (0 89) 8 50 60 38 / 39
Telex 5 23 836

Monatsabonnement bei Zustellung durch die Post oder durch Träger DM 27,10 einschließlich 7 % Mehrwertsteuer. Auslandsabonnement DM 37,10 einschließlich Porto. Der Preis des Luftpostabonnements wird auf Anfrage mitgeteilt. Die Abonnementsgebühren sind im voraus zahlbar.

Bei Nichtbelieferung ohne Verschulden des Verlages oder infolge von Störungen des Arbeitsfriedens bestehen keine Ansprüche gegen den Verlag. Abonnementsabbestellungen können nur zum Monatsende ausgesprochen werden und müssen bis zum 10. des laufenden Monats im Verlag schriftlich vorliegen.

Gültige Anzeigenpreisliste für die Deutschlandausgabe: Nr. 64 und Kombinationstarif DIE WELT / WELT am SONNTAG Nr. 14 gültig ab 1. 10. 1985, für die Hamburg-Ausgabe: Nr. 50.

Amtliches Publikationsorgan der Berliner Börse, der Bremer Wertpapierbörse, der Rheinisch-Westfälischen Börse zu Düsseldorf, der Frankfurter Wertpapierbörse, der Hanseatischen Wertpapierbörse, Hamburg, der Niedersächsischen Börse zu Hannover, der Bayerischen Börse, München, und der Baden-Württembergischen Wertpapierbörse zu Stuttgart. Der Verlag übernimmt keine Gewähr für sämtliche Kursnotierungen.

Für unverlangt eingesandtes Material keine Gewähr.

Die WELT erscheint mindestens viermal jährlich mit der Verlagsbeilage WELT-REPORT. Anzeigenpreisliste Nr. 5, gültig ab 1. Oktober 1985.

Verlag: Axel Springer Verlag AG, 2000 Hamburg 36, Kaiser-Wilhelm-Straße 1.

Nachrichtentechnik: Harry Zander

Herstellung: Werner Koziak

Anzeigen: Hans Biehl

Vertrieb: Gerd Dieter Leilich

Verlagsleiter: Dr. Ernst-Dietrich Adler

Druck in 4300 Essen 18, Im Teelbruch 100; 2070 Ahrensburg, Kornkamp.

Ein kultureller Renner: Das ZDF-Quiz „denkmal"

Weg vom Fernsehen!

Meistens ist man ja sehr enttäuscht, weil man mit Murphys Gesetz nicht gerechnet hat, das besagt: Wenn etwas schiefgehen kann, geht es auch schief. Aber Helmut Greulich und Monika Moos, die beim ZDF die Serie der gehobenen Unterhaltungsspiele namens „denkmal" machen, sind restlos glücklich. Über Erwarten gut ist die Resonanz auf diese Sendung, die ja nicht nur Anspruchsvolleres bietet als das Fernsehen sonst so dem Zuschauer vorzusetzen pflegt, sondern die dieses zu allem Übel auch noch erst nach 22 Uhr tut...

Gerechnet hatten die Verantwortlichen mit etwa fünf Prozent Sehbeteiligung. Und selbst bei den Zahlenfetischisten des ZDF war man geneigt, das zu akzeptieren. Aber die einzelnen Sendungen erreichten bis zu

denkmal – ZDF, 22.05 Uhr

neun Prozent der TV-Zuschauer. Als durchschnittliche Sehbeteiligung konnten sieben Prozent ermittelt werden – das sind immerhin zwei Millionen Menschen, die zum Teil gegen durchaus attraktive Konkurrenz auf den anderen Kanälen entschieden haben.

Die Zielvorgabe des anspruchsvollen Ratespiels, den Betrachter zu aktivieren, ist auf mehrere Arten erfüllt worden. Zunächst einmal gab es für jede Sendung zwischen 10 000 und 25 000 Lösungseinsendungen – auch ein Erfolg, der alle Erwartungen weit übertraf. Helmut Greulich zeigte sich besonders erfreut darüber, daß die Zahl der richtigen Lösugen so hoch ist. Die Fehlerquote liegt konstant bei etwa zehn Prozent, was umgekehrt bedeutet: 90 Prozent der Einsendungen sind richtig!

Offenbar ist die Bevölkerung der Republik gar nicht so dumm, wie viele TV-Macher immer glauben. Helmut Greulich freut sich auch über die Zuschauerpost, die über die Aufgabenlösung hinausgeht. Die meisten Briefe sind zustimmend, manche gar enthusiastisch. Auf die erste Sendung gab es schon 300 Briefe – 100 mehr, als Protestschreiben gegen die Vergewaltigungsszene in der „Schwarzwaldklinik" in Mainz ankamen. Selbst jetzt treffen immer noch ein rundes halbes Hundert Briefe zu den einzelnen Sendungen ein. Tenor der Zuschriften: „Endlich einmal etwas, das uns fordert."

Wie sehr das „denkmal" Kreativität beim Zuschauer freisetzt, zeigen Beispiele wie die Briefe, die ihre Lösungen in gemalter oder gar in gedichteter Form anbieten. Nicht nur die Zuschauer sind des Lobes voll über die Sendung, sondern auch die Kollegen äußern Anerkennendes. Helmut Greulich berichtet nicht ohne Stolz davon, daß ein Redakteur vom Südwestfunk gesagt hat: „Endlich mal eine Sendung, die vom Fernsehen wegführt!" Hin nämlich zum Buch oder zur Schallplatte, weg von der Berieselung, hin zur eigenen Aktivität.

Daß eine Sendung versucht, die Zuschauer zum Abschalten zu bringen, ist keine Selbstverleugnung des Mediums. Helmut Greulich: „Eine Politik, die den Zuschauer um jeden Preis vor dem Apparat halten will, ist meiner Meinung nach verfehlt, weil sie die Bedürfnisse des Zuschauers verkennt."

Und um die Bedürfnisse des zuschauenden Mitspielers bei „denkmal" macht man sich sehr viele Gedanken. Ab der nächsten Sendung zum Beispiel wird es ausreichende Seh- und Denkpausen geben, um den Zuschauern Gelegenheit zu geben, ihre Lösungen ohne Hetze zu Ende zu notieren. Es wird um die Frau und ihre Darstellung in den Künsten gehen: ein aktuelles Thema, bei dem man überprüfen kann, wie weit man auf der Höhe der Zeit ist. Die letzte Sendung dieses Winterhalbjahres wird sich mit der Dialektik von Mensch und Maschine befassen – auch das ein Thema, das historische Wurzeln hat und dabei mitten in die Lebenswelt unserer Tage führt.

Damit wird „denkmal" glücklicherweise nicht am Ende sein: Für 1987 sind vier weitere Sendungen geplant, die von Januar bis April ausgestrahlt werden sollen. Da erhebt sich nun allerdings die Frage, warum nicht wenigstens zwei Termine mehr angeboten werden, damit der Zuschauer auch das richtige „Seriengefühl" entwickeln kann. An Geldmitteln kann und darf es ja wohl nicht liegen. Ein so schöner Erfolg müßte das ZDF doch dazu veranlassen, mit der Sendezeit etwas großzügiger zu sein.

Vielleicht überlegt man sich in Mainz auch einmal, ob es nicht möglich ist, die Sendung etwas vorzuverlegen. Der Einschaltquote würde das wohl keinen Schaden tun...

GERHARD CHARLES RUMP

KRITIK

Versöhnliches Finale

Eine an die jungen Kandidaten gestellte Quizfrage lautete: „Welcher Fall tut niemandem weh?" Die schnell gefundene Antwort: „Beifall." Der wurde in der Tat Joachim Fuchsberger in seiner 60. und letzten Folge von **Auf los geht's los** (ARD) reichlich gespendet und wird ihm über den Schmerz hinweghelfen, den er noch im Dezember letzten Jahres vor der versammelten Zuschauerschar deutlich werden ließ, als er in der eigenen Sendung seinen Rücktritt erklärte.

Versöhnlich stimmte das Finale, das Blacky als Botschafter von Unicef dem 40. Geburtstag des Kinderhilfswerks der Vereinten Nationen gewidmet hatte. Und das unter anderem deswegen, weil er dem Fernsehpublikum das Versprechen abnehmen konnte, stattliche dreieinhalb Millionen Mark Spenden auf die Unicef-Konten einzuzahlen (ein Umstand, den freilich auch einige clevere Unternehmer unter dem Deckmantel der guten Sache zur Schleichwerbung mißbrauchten).

Ein wesentlicher Teil am Erfolg dieser Sendung geht auf das Konto der vor der Kamera erfrischend natürlich agierenden jungen Gäste aus Österreich, der Schweiz und der Bundesrepublik. Marili, Sonja, Eva-Katrin und Sebastian sowie die anderen Kinder bestritten zum Vergnügen des Publikums bravourös das zur Staffage geschrumpfte Fragespiel. Der Rest war Galashow mit einem beeindrukkenden Aufgebot internationaler Stars wie Giulietta Masina, Peter Ustinov, Danny Kaye (alle Unicef-Botschafter) und Caterina Valente.

Einen besseren Abgang hätte sich Joachim Fuchsberger kaum verschaffen können, denn wer sich selbst ein so glänzendes Finale beschert, den wird man in guter Erinnerung behalten.

MARIA GROHME

Spielen und aufspielen

vl.- Was vermißt der Zuschauer stärker bei unseren Fernsehplauderern, Takt oder Bildung? Oder beides? Da bescheinigt ein Fernsehmitarbeiter namens Bernd Heller im „Aktuellen Sportstudio" dem Fußballspieler Olaf Thon nach seinem Einsatz gegen Brasilien gönnerhaft, daß dieser doch für seine einsachtundsechzig (Thon, auffahrend: „Einssiebzig!" Heller, lächelnd: Na gut, die zwei Zentimeter schenke er ihm), daß besagter Thon doch für diese Körpergröße einen beachtlichen – ja, was nun? Kopfballeinsatz? Da kommt es wenigstens noch auf die Körpergröße an – nein: einen beachtlichen Kampfgeist habe.

Gut, den einen fehlt es an der körperlichen Größe, den anderen an der geistigen; man kann nicht alles haben. Aber was hat Körpergröße mit Kampfgeist zu tun? Napoleon, der keine einsachtundsechzig groß war, hatte einen beachtlichen Kampfgeist. De Gaulle, weit mehr als einsachtundsechzig messend, auch.

Um einen anderen Vergleich heranzuziehen, der bei den Gästen im Sportstudio und ihren Befragern immer aktueller wird: Die einen spielen, und die anderen spielen sich auf.

STUDIO

Eine jetzt erstmals getroffene formelle **Vereinbarung zwischen dem ZDF und dem „DDR"-Fernsehen** legt fest, daß künftig für die Verwendung von Ausschnitten aus nicht „aktuellen Sendungen" der jeweils anderen Fernsehanstalt und für Ausschnitte, die länger als fünf Minuten sind, ein Entgeld bezahlt werden muß. Bisher war es üblich, sich ohne Genehmigung und Bezahlung ausschnittweise aus dem Programm des anderen Senders für eigene Zwecke zu bedienen. Die Freiheit der Berichterstattung und das Zitatrecht bleiben aber von der Regelung unberührt.

Die Übereinkunft wurde in einem Briefwechsel zwischen dem stellvertretenden Vorsitzenden des Komitees für Fernsehen der „DDR", Hans-Joachim Seidowsky, und dem Leiter der Hauptabteilung Programmplanung des ZDF, Walter Konrad, getroffen. ZDF-Intendant Dieter Stolte bezeichnete die Absprache als einen schon lange überfälligen Schritt zur Verbesserung der Beziehungen zwischen dem Fernsehen der „DDR" und dem ZDF.

AP



ARD/ZDF-VORMITTAGSPROGRAMM

9.45 ARD-Ratgeber
Touristik-Informationen
10.00 Tagesschau
10.03 Verschollen im Harem
11.30 Die Know-hoff-show
12.15 Weltspiegel
12.55 Presseschau
13.00 Tagesschau

ARD

16.00 Tagesschau
16.10 Jeder hat sein Nest im Kopf
Wiederbegegnung mit Norden/-Ostfriesland
17.25 Auf und davon!
16teiliger australischer Abenteuerfilm von Robert Mirams
4. Teil: Wettlauf gegen die Zeit
17.50 Tagesschau
Dazw. Regionalprogramme
20.00 Tagesschau
20.15 Liebling – Kreuzberg
5. Folge: Kleine Fische
20.59 Ein Platz an der Sonne
Bekanntgabe der Wochengewinner der ARD-Fernsehlotterie 1986 für das Deutsche Hilfswerk
21.00 Arme Welt – Reiche Welt
Wie frei darf die Presse sein?
Bericht von Winfried Scharlau
22.00 Jonas
Kabarett, Satire, Parodie
von und mit Bruno Jonas
Mit Lisa Fitz, Dietmar Bär, Hans Kemner, Rudolf Kowalski u. a.
Regie: Ulrich Brock
22.30 Tagesthemen
23.00 Klassenverhältnisse
Spielfilm von Jean-Marie Straub und Danièle Huillet nach Franz Kafkas Romanfragment „Der Verschollene"
Mit Christian Heinisch, Mario Adorf, Reinald Schnell, Friedrich Wilhelm Vöbel u. ä.
Regie: Jean-Marie Straub, Danièle Huillet
1.05 Tagesschau
1.10 Nachtgedanken
Späte Einsichten mit Hans Joachim Kulenkampff

ZDF

16.00 heute
16.04 Biotechnologie
11. Folge: Gene für Grünes
Anschl. heute-Schlagzeilen
16.35 Die Maultrommel
Musik und Poesie
Moderation: Anke und Benny
17.00 heute / Aus den Ländern
17.15 Tele-Illustrierte
17.50 SOKO 5113
Sichtvermerk
Dazw. heute-Schlagzeilen
19.00 heute
19.30 Abschiedsvorstellung
Kriminalkomödie von Curth Flatow
Mit Eberhard Fechner, Lola Müthel, Peter Pasetti u. a.
Regie: Peter Weck
21.20 WISO
Computermesse in Hannover / Bericht von der Leipziger Frühjahrsmesse / Tip: Prämienwirrwarr in der Autoversicherung / Konzertierte Aktion im Gesundheitswesen
Moderation: Hans-Ulrich Spree
21.45 heute-journal
22.05 denkmal
Heute versuchen die beiden Moderatoren der Frage nach dem „ewig Weiblichen" auf den Grund zu gehen.
23.05 Die stillen Stars
Nobelpreisträger privat gesehen von Frank Elstner
Heute: Professor Charles Hard Townes
23.35 Das verrückte Orchester
Nonsens nach Noten
Das verräterische Foto (2)
0.05 heute

SAT 1

15.00 Kimba, der weiße Löwe
15.30 Lassie
16.00 Musicbox
17.00 Raumschiff Enterprise
18.00 Westlich von Santa Fé
Oder: Regionalprogramme
18.30 APF blick
18.45 Schätz' mal
19.45 Davon träumen alle Mädchen
Deutscher Spielfilm (1961)
21.30 APF blick
22.15 WM – Das Wirtschaftsmagazin
22.45 JuxBox Extra
23.00 Matt Houston
23.45 APF blick

3SAT

18.00 MiniZiB
18.10 Meine Familie hat Diamantenfieber
18.35 Sachunterricht
19.00 heute
19.20 3SAT-Studio
19.30 Vorsicht, Musik!
20.15 Sport-Zeit
21.15 Zeit im Bild 2
21.35 Kulturjournal
21.45 Montagskino
Der Richter, den sie Sheriff nannten
23.35 Kennwort: Kino
23.40 3SAT-Nachrichten

RTL-plus

19.22 Karlchen
19.30 Sierra
20.15 RTL-Spiel
20.20 Filmvorschau
20.30 Ein glorreicher Bandit
21.47 RTL-Spiel
21.52 Ich liebe das Milieu
22.40 Wetter / Horoskop / Betthupferl

III.

WEST
19.00 Aktuelle Stunde
20.00 Tagesschau
20.15 Lindenstraße
20.45 Hilferufe
Wege aus der Krise
Sigrid Evers – Panik auf der Straße
21.45 Medizin-Magazin
Gemeinsam gegen Herzinfarkt
22.15 Ein Schwarzer unter Roten – Gustav Fehrenbach
Der christliche Gewerkschafter und der Paragraph 116
22.35 Wiedergesehen – neugesehen
Kurzer Prozeß
Fernsehfilm von Michael Kehlmann und Carl Merz nach Jeffrey Ashford
Mit Helmut Qualtinger u. a.
0.20 Letzte Nachrichten

NORD
18.30 Fußballschule (7)
19.00 Praktische Tips
19.15 Prisma
20.00 Tagesschau
20.15 Das Montagsthema
Klimakatastrophe
21.00 Markt der Ideen
Giftiges Zuhause
22.00 Die Geschichte der Molly X
Amerikanischer Spielfilm (1949)
Mit June Havoc, John Russell u. a.
Regie: Crane Wilbur
23.20 Nachrichten

HESSEN
18.00 Sesamstraße
18.30 Black Beauty
18.55 Plumpa
19.05 Drei – D Spezial
Super-8-Film-Festival
20.00 Trends
20.45 Die Sprechstunde
Zu wenig Blut in den Herzkranzgefäßen.
21.30 Drei aktuell
21.45 Autosport
21.50 Magnum
Schwarzer Markt
22.35 Focus on Jazz
19. Deutsches Jazzfestival Frankfurt

SÜDWEST
19.26 Sandmännchen
19.30 Bonanza
20.15 Diplomat und Dichter
Erwin Wickert, Botschafter im Ruhestand und Schriftsteller, im Gespräch mit Südfunk-Intendant Hans Bausch
20.55 Klimbim
21.40 Café Keese
22.25 Jazz am Montagabend
Albert Mangelsdorff (tb), Wolfgang Dauner (p), Thomas Heidepriem (b), Alphonse Mouzon (dm)
23.20 Nachrichten

BAYERN
18.45 Rundschau
19.00 Live aus dem Alabama
Das Jugendprogramm
20.45 Das nasse Wunder
Wasser, ein ganz besonderer Saft
Bericht von Gero von Boehm
21.30 Rundschau
21.45 Blickpunkt Sport
22.45 Z. E. N.
William Turner
Venedig-Aquarelle
22.50 Magnum
Der Mann mit Higgins Gesicht
23.35 Rundschau

Pankraz, die Forscher und der Schiffbrüchige

Adolf Muschg, Romancier und Germanistikprofessor aus der Schweiz, *hat* vor der *Mainzer* Akademie einen feinziselierten Vortrag gehalten, der jetzt auch im Druck erschienen ist. Es geht darin um die Wiedergewinnung einer „fröhlichen Wissenschaft", wie sie einst Goethe praktizierte und Nietzsche feierte. *Muschg glaubt, daß Wissenschaft* ohne innere Fröhlichkeit, ohne liebevolle Freude am Sinnlichen gar nicht gedeihen könne. Sie würde zum Leerlauf erstarren, zur blinden, automatischen Bedienung äußerer Interessen, um am Ende sowohl das Subjekt, den Forscher, wie auch *das* Objekt, den Forschungsgegenstand, abzutöten.

Über die Aktualität solcher Verdächte kann es wohl keinen Zweifel geben. *Massenbetrieb* und immer engere Parzellierung der Forschungsaufgaben, Fachidiotismus, Geheimjargon der einzelnen Disziplinen, dauernder Rechtfertigungszwang vor Politik und „kritischer" Öffentlichkeit, internes Gerangel um Etat-Anteile und „*Drittmittel*" – alles dies ist nur allzu geeignet, den Wissenschaftlern auch noch den letzten Rest von Freude an ihrer Arbeit auszutreiben. Die sogenannte „scientific community" präsentiert sich über weite Strecken als steril *gewordenener* Selbsterhaltungs-Apparat, als ein Konglomerat aus Mißgelauntheit und trostlosem Erbsenzählen, kollegialer Eifersüchtelei und publizistischem *Maulheldentum, Dienst* nach Vorschrift und Nebenbeschäftigung für die *eigene Brieftasche.*

Die Fröhlichkeit ist ins „Hobby" nach Feierabend abgewandert – und genau so hat es kommen müssen, meint Adolfg Muschg. Für ihn steht *fest,* daß Fröhlichkeit und Hobby untrennbar zusammengehören und daß der Sündenfall der Naturwissenschaft begann, als sie aufhörte, Liebhaberei, Spiel, freie, apparatelose Kommunikation mit der Natur zu sein, als sie sich „in Dienst" nehmen ließ und zur wichtigsten gesellschaftlichen Produk*tionskraft aufstieg.*

Muschgs großer Gewährsmann heißt Goethe, der als Naturforscher nie über den Liebhaber-Status hinausgelangte, für den schon Brillen und sonstige Okulare böse Vergewaltigungsinstrumente gegenüber der *Natur* waren *und der seine* Forschungen immer nur als ernsthaftes Hobby *betrieb. In* den Augen des Zürichers ist eine solche *Hobby*-Gesinnung keineswegs ein Manko. Sie habe im Gegenteil Goethes Forschungen erst zu jener „höheren Heiterkeit" verholfen, *die* das wahre Zeichen von Freiheit und unverstelltem Wissen sei. Allerdings räumt Muschg ein, daß Goethe, was etwa die Farbenlehre und den Kampf gegen Sezierung und Quantifizierung betreffe, „vor dem Richterstuhl *des* Wissenschaftsbegriffs" unrecht bekommen habe.

Da hilft dann die anschließende Feststellung wenig, „daß dieser Wissenschaftsbegriff mittlerweile selber auf der Anklagebank sitzt". Ob angeklagt oder nicht, die Wissenschaft, wie sie sich nun einmal entwickelt hat, ist heute eine gewaltige Konstruktion, die das moderne Leben wie mit stählernen Armen zusammenhält, ja, die geradezu zum inneren Gesetz des modernen Lebens geworden ist. Millionen von Wissenschafts-Profis sind auf den verschiedenen Etagen tätig, und es kann nie und nimmer darum gehen, alle diese Profis in den Stand von Amateuren zurückzuversetzen, ih*nen die Brillen und die Instrumente* wegzunehmen und einen „weichen" Wissenschaftsbegriff zu predigen.

Was aber möglich ist und nach dem Stand der Dinge auch bitter notwendig, wäre eine Stärkung und Veredelung des wissenschaftlichen Korpsgeistes, seine Reinigung von Elementen *bürokratischer Breitärschigkeit* und mausgrauer Indolenz; dann kämen die Lust und die Freude vielleicht von allein zurück. Nicht so sehr Goethe als vielmehr *der von Muschg so ungnädig* behandelte Friedrich Nietzsche könnte uns hier das animierende Gegengift liefern. Nietzsche war es schließlich auch, der einem seiner Bücher ausdrücklich den Titel „Die fröhliche Wissenschaft" gab, und darin *rühmte* er *nicht* den „weichen", sondern durchaus den „harten", den traditionellen Wissenschaftsbegriff, der freilich nur von feinen, hochsensiblen Männern ge*handhabt werden dürfe.*

„Wir wollen die Feinheit und *Strenge der Mathematik in* alle Wissenschaft hineintreiben, soweit dies nur irgend möglich ist, um damit unsere menschliche Relation zu den Dingen festzustellen ... Es liegt ein tiefes und gründliches Glück darin, daß die Wissenschaft Dinge ermit*telt, die standhalten und die immer* wieder den Grund zu neuen Ermittlungen abgeben – es könnte ja anders sein! Unsere Glückseligkeit gleicht der des Schiffbrüchigen, der ans Land gestiegen ist und mit beiden Füßen sich auf die alte feste *Erde stellt – staunend, daß sie nicht* schwankt."

Nicht diffus-freundliches Herumtändeln mit den Dingen also ist nach Nietzsche Quellgrund wissenschaftlicher Fröhlichkeit, sondern ihr entschlossenes Zurückführen auf das, was standhält. Die Festigkeit wissenschaftlicher Aussagen *liefert kein sanftes Ruhekissen* („es könnte ja anders sein!"), sondern lediglich den Grund für weitere „Ermittlungen". Nietzsche scheut den polizistischen Unterton im Wort „Ermittlungen" nicht. Im gleichen Atemzuge aber umreißt er die ungeheure *Freude und Fröhlichkeit* dessen, der wissenschaftliches Ter*rain gewinnt:* die Fröhlichkeit des aus höchster Not geretteten Schiffbrüchigen. Wer diese Fröhlichkeit weder zu empfinden vermag noch sie bei seiner Arbeit anstrebt, der ist für Nietzsche kein wahrer Wissenschaftler.

Es ist *dies* ein anspruchsvoller, aber keinesfalls verzweifelter Wissenschaftsbegriff. Wenn es gelänge, wenigstens eine Ahnung davon zur experimentellen wie ethischen Richtschnur unseres wissenschaftlichen Lebens zu erheben – die Auslese der führenden Männer und Frauen, die Selbstrekrutierung der „scientific community" wäre sorgfältiger, die Anforderungen an die Auserwählten wären höher, die Laune in den Labors und sonstigen Versuchsanlagen wäre besser.

Pankraz

Nonos „Risonanze erranti" in Köln uraufgeführt

Die Trommeln gepeitscht

„Risonanze erranti", also „umherirrende Resonanzen", hat der *italienische* Komponist Luigi Nono sein jüngstes Werk getauft, das jetzt in der Rheinhalle der Kölner Messe als Koproduktion von WDR und Südwestfunk seine Uraufführung erlebte. *Es* spielt 40 Minuten und kommt mit *ganz kleiner, ökonomisch* durchlichteter Besetzung aus. Ein Mezzosopran, ein Flötist mit mehreren Instrumenten, ein Spieler für Tuba und Posaune sowie vier Schlagzeuger: das ist auf der Seite der *herkömmlichen* Klangerzeugung schon alles. Die Musiker wurden koordiniert vom Dirigenten Peter Hirsch, ihre Töne elektronisch verarbeitet, was der unermüdliche Hans Peter Haller von der Freiburger Strobel-Stiftung besorgte, und für die *Gesamtleitung zeichnete* Nono selbst.

Man wird auf *die* Beziehung der „Risonanze erranti" zu Nonos exorbitantem Streichquartett „Fragmente (Stille. An Diotima)" geradezu mit der Nase gestoßen. In sein Streichquartett hatte Nono ganz kurze Textfragmente Hölderlins notiert, zur Vorsicht mit der strengen *Ermahnung,* diese Textstellen nur ja niemals zu rezitieren. *Für seine „Risonanze* erranti" hat Nono nun abermals Lyrik *ausgedünnt,* vier Gedichte von Herman Melville sowie Ingeborg Bach*manns* „Keine Delikatessen". Von diesen Gedichten bleiben wieder nur einzelne Worte, die untereinander keinen Zusammenhang mehr ergeben.

Nun aber werden diese Sprachtrümmer nicht verschwiegen wie im Quartett, sondern von der trefflichen Susanne Otto rezitiert. Die Stimme wird sogar zum bindenden Element der Komposition, was freilich nicht heißt, daß der Text nun auch zum roten Faden würde. Man soll ihn wohl eher als bloße Erinnerungspunkte Nonos begreifen, so daß das eigentliche Werk *sich aus der Lyrik-Erinnerung* und der Komposition gleichsam nur im Kopfe des Komponisten oder des Hörers zusammensetzen kann.

Nono geht nicht gerade schonend mit den Zuhörern um. Vor allem für die kleinen Trommeln hat er sich eine *rechte Gemeinheit ausgedacht. Die* Spieler biegen ihre Holzschlegel senkrecht nach oben zurück, so daß sie unter extrem starker Spannung stehen. Wenn sie loslassen, schlägt das Holz mit ungeheurer *Heftigkeit* auf die Trommel und verursacht ei*nen schmerzend scharfen,* peitschenden, ja knallenden Laut, der dann auch noch elektronisch verstärkt wird. Das wäre ja zu ertragen, wenn man sich auf solche Attacken einrichten, sich gleichsam psychisch die Ohren verstopfen könnte. Aber genau das *läßt Nono nicht zu.* Denn die von der Live-Elektronik vielfach gebrochenen und aufgespaltenen Klänge werden zu wundervoll zarten Tongespinsten, die ganz leise und oft wie von ferne durch den Raum dringen, die das Ohr aufs feinste sensibilisieren und weit öffnen. Um so größer ist dann das Erschrecken über diese martialischen Schlagzeug-Folterungen.

Womit Nono also auch in den „Risonanze erranti" sein altes Thema vom Widerstreit zwischen Wunsch und Wirklichkeit, Gedanke und Tat, *Außenwelt und Innerlichkeit* gestaltet. REINHARD BEUTH

„Mich interessiert die Melodie" – Interview mit dem neuen Pariser Opern-Intendanten Jean-Louis Martinoty

„Bei mir singt auch Yves Montand"

Als letzte wichtige Personalentscheidung vor der gestrigen Wahl in Frankreich setzte der Kulturminister Jack Lang noch die Bestellung eines neuen Chefs für die Pariser Oper durch. Die Wahl fiel auf den 40jährigen Regisseur Jean-Louis Martinoty, der häufig in Karlsruhe zu Gast war und dort zu den treibenden Kräften der Händel-Feste gehörte. Der studierte Altphilologe ist in einer ganz besonderen Situation: Er wird der letzte Opern-Intendant am Palais Garnier sein. Wenn sein Vertrag 1989 ausläuft, soll nämlich die neue „Opéra Bastille" eingeweiht werden. Als musikalischen Direktor der Opéra bringt Martinoty den deutschen Dirigenten Lothar Zagrosek nach Paris.



„In die Oper gehört alles, was irgendwie mit Theater, Musik, Stimme, Bild und Tanz zu tun hat – auch das Kino über Oper": Jean-Louis Martinoty FOTO: AFP

WELT: Läßt sich, noch dazu in den letzten drei Jahren seiner Existenz als Opern-Spielstätte, an einem technisch so unzureichenden Haus wie dem Palais Garnier überhaupt noch etwas ändern?

Martinoty: Entweder man wurstelt weiter wie bisher – dann taucht das neue Konzept der „Opéra Bastille" auf wie der Phönix aus der Asche. Oder, und das will ich versuchen, man bereitet jetzt schon das Publikum auf eine neue Oper, auf die Oper der Zukunft vor. Natürlich liegt vieles für die nächsten Jahre bereits fest, aber ich habe genügend Freiraum, um meine Ideen *sozusagen als Gitter* über das alte Repertoire zu legen.

WELT: *Wie sehen diese Ideen in* der Praxis aus?

Martinoty: Zum Beispiel sollen Beziehungen hergestellt werden zwischen verschiedenen Opern – mit der gleichen Besetzung und demselben Regisseur sind etwa die beiden Mozart-Opern „*Idomeneo*" und „Titus" geplant, in zusätzlicher Verbindung mit Schauspielen von Crébillon und Racine; oder auch Beziehungen zwischen einer Oper und anderen Gattungen: Warum kann man im Umkreis einer „Fidelio"-Inszenierung nicht auch einmal einen Beethoven-Liederabend machen, oder die Leonoren-Ouvertüre, „Egmont" mit einem Schauspieler und „Christus am Ölberg" zusammen aufführen?

WELT: Die Rede war sogar von Chanson-Abenden, etwa mit Yves Montand und anderen.

Martinoty: Das sind kleine Details. Was mich interessiert, ist die Tradition der französischen Melodie: De*bussy, Ravel, Duparc, Chausson, Fauré.* Wer legt denn die Grenze fest zwischen Lied und Chanson, zwischen Poulenc und Ferré? Warum sollen Chansonniers nicht auch im selben Rahmen auftreten? Ich fände es jedenfalls höchst interessant zu sehen, *ob das funktioniert.*

WELT: Auch mit neuer Musik *haben Sie viel vor?*

Martinoty: Man redet immer davon, es gebe kein Publikum für neue Musik – und währenddessen strömen Millionen in Ausstellungen mit neuer Kunst. Ich glaube, gerade bei neuen Opern ist das Blocksystem, sind die begleitenden Veranstaltungen besonders wichtig. Übrigens gehören zu diesem dramaturgischen Konzept künstlerischer Blöcke natürlich auch genau ausgearbeitete und genau einstudierte Inszenierungen. Und das wiederum ist nichts für den Opern-Jet-set, der heute in Paris, morgen in Mailand und übermorgen in New York singt.

WELT: Also keine großen Sänger-Namen mehr in Paris?

Martinoty: Doch, sicher. Für die ist im Repertoire noch genug Platz. Die *nächsten* drei Jahre werden ja *nicht* nur aus solchen Blöcken bestehen. Außerdem ist es erstaunlich, wie viele große Sänger – ich nenne Jessye Norman, Trudeliese Schmidt, James King – sich für solche Ideen interessieren.

WELT: Alles, was Sie über *Ihr Konzept* gesagt haben, läuft auf eine Öffnung des Opernbetriebs hinaus; verstehen Sie sich als Wegbereiter der Opéra Bastille?

Martinoty: Das könnte man durchaus sagen. Man muß die Ideen, die an *der neuen Oper realisiert werden sollen,* jetzt schon popularisieren. Es *muß neben dem herkömmlichen* Opernbetrieb Platz für Experimente geschaffen werden. In die Oper gehört alles, was irgendwie mit Theater, Musik, Stimme, Bild und Tanz zu tun hat – auch zum Beispiel das Kino über Oper. Auch neue Darbietungs*formen, wie die Verbindung von moderner* Kunst und Musiktheater oder das Théâtre action. Ich arbeite bereits mit Jenkins, Adami, Appel, Debré, Hartung usw.

WELT: *Apropos Opéra Bastille:* Wie sicher ist es denn, daß sie so realisiert wird, *wie das jetzt geplant* ist?

Martinoty: Am Projekt selber ist sicher nichts mehr zu ändern: Die Oper wird gebaut. Was darin stattfindet – das kann natürlich noch verändert werden. An meiner Arbeit wird das *sowieso nichts* ändern. Wenn die Opéra Bastille nicht zustande kommt wie geplant, müßten wir ihr Konzept eben im Palais Garnier realisieren. Das ist nicht leicht, aber wir hätten keine andere Wahl.

WELT: Befürchten Sie nicht, daß *durch die neue* Oper *die angestrebte* kulturelle Dezentralisierung in Frankreich unterlaufen werden könnte?

Martinoty: Erstens ist in den vergangenen zehn Jahren sehr viel für die regionalen Bühnen getan worden: Die Budgets wurden *erhöht,* die Qualität hat enorm zugenommen. Zwei*tens findet in Paris ja nur eine* Verlagerung statt. Daß wir im Palais Garnier in echter Not leben, wird von niemandem bestritten: Trotz der hohen Subventionen müssen die Kartenpreise noch einmal erhöht werden – so kann es nicht weitergehen.

WELT: *Sollen die drei Jahre im* Palais Garnier für Sie nur ein Intendanten-Intermezzo sein, oder könnten Sie sich auch für später noch einmal eine Intendanz vorstellen?

Martinoty: Man hat mich früher schon öfter gefragt, ob ich nicht die Leitung eines Theaters übernehmen wolle – ich habe *immer* abgesagt. Ich war in der Vergangenheit kein Kandidat und werde es auch in Zukunft nicht sein. Ich fühle mich als Regisseur, und ich finde, das ist schwer genug. Natürlich, wenn „meine" Stadt mich fragt, das ist etwas ande*res, da helfe ich aus.*

WELT: Ihre Berufung zum Inten*danten ging* ja ziemlich schnell über die Bühne. Waren Sie selbst auch überrascht?

Martinoty: Überrascht nicht, bei einem solchen Posten gibt es natürlich Vorgespräche. Der alles entscheidende Anruf kam übrigens genau an meinem *40. Geburtstag. Mit 39 war ich* wahrscheinlich noch zu jung.

STEPHAN HOFFMANN

Braunschweig zeigt den Maler Bernd Koberling

Auf Lapplands Wassern

Bernd Koberling gehört zu der Künstlergruppe, die – *zunächst* eher isoliert und im Verborgenen – im Berlin der sechziger Jahre jene „Neue Deutsche Malerei" begründete, die in den letzten Jahren auf spektakulären Ausstellungen ihren Siegeszug feierte und deren jüngste Apotheose die große Schau „Deutsche Kunst im 20. Jahrhundert" in London und Stuttgart war. In diesen Ausstellungen war Koberling, Jahrgang 1938, stets vertreten, doch im Gegensatz zu Weggefährten wie *Baselitz, Hödicke* oder Lüpertz war ein umfassender Überblick seines Werkes bislang ausgeblieben. Etwa 40 Bilder aus 22 Jahren, die den zurückgelegten Weg nachzeichnen, zeigt nun der Braunschweiger Kunstverein.

1959 bereiste Koberling Lappland und geriet dabei in den Bann jener *unberührten Landschaft: ein Erlebnis,* dessen Umsetzung in Malerei seine Kunst bis heute trägt. Eine frühe Arbeit zeigt ihn als Fischer in den dunklen Gewässern dieser Region. Es ist ein dreiteilig, horizontal und flächig komponiertes Bild, das zwischen Pop-art und expressiver Plein-Air-Malerei anzusiedeln und dadurch durchaus zeitlich einzuordnen ist. Gleichzeitig stellt es aber auch den Auftakt zu seiner Landschafts- und *Figurenmalerei dar, die* bis *heute* nachwirkt. Denn dieses rauschhaft gefundene Sujet bestimmte seinen Stil.

Das erlebte, erschaute Naturbild sollte, trotz augenscheinlicher, in Braunschweig keineswegs vertuschter Krisen, Koberlings künstlerische Vision bleiben. *Ein Rom-Stipendium* an der Villa Massimo Ende der sechziger Jahre brachte daher mehr Verwirrung als Erfolg, denn Koberling, der vom nordisch Behangenen bereits erfüllt war, konnte kein Interesse an jener alten Kulturlandschaft finden.

Gewiß fehlt seinen Bildern die romantische Schwerblütigkeit eines Nolde, aber auch *eines Kiefer oder* Baselitz. Dennoch entstehen besonders in den siebziger Jahren Arbeiten von durchaus überzeugender Poesie. *Es sind dies vor allem die* sogenannten Wasser- und Steinfeldbilder, in denen Koberling eine Synthese von Abstraktion und Gegenständlichkeit gelingt, die – um es bildhaft zu sagen – *Hann Trier mit Markus* Lüpertz verbindet.

In diesen Bildern rückt Koberling sein Sujet so nah an sich heran, daß eine ornamentale und ganz in Farbe aufgelöste, schwerpunktlose Strukturierung der Bildfläche entsteht. Dadurch erreicht er, daß der Betrachter sich ins Bild hineinversetzt fühlt, eine *kalkulierte Absicht, die in Titeln* wie „Unter den Bäumen" oder „Im Mohn" mitschwingt.

Das ekstatische Naturerlebnis kommt in den sogenannten Spannweiten nochmals zum Tragen. Koberling aber tut sich schwer, die erarbeitete Ausdrucksfähigkeit zu bewahren; allzu durchlässig erweist sich seine Malerei. So dürften die neueren Arbeiten, in denen das Figurative und der kompositionelle Aufbau wieder an Gewicht gewinnen, durchaus auch unter dem Eindruck jüngerer Künstler wie *Middendorf* oder Fetting entstanden sein.

MARIANA HANSTEIN

Bis 6. April; anschließend Aarhus Kunstmuseum bis 25. Mai. Katalog 20 Mark. „Neue Bilder" von Koberling zeigt außerdem bis 17. Mai die Galerie Gmyrek in Düsseldorf.



Nordisch geprägt: Bild von Bernd Koberling aus der „Wal"-Serie FOTO: KATALOG

München: Uraufführung von Kroetz' „Der Nusser"

Ein fleischernes Wrack

Das jüngste Stück des Franz Xaver Kroetz mit dem bajuwarischen Titel „Der Nusser" beginnt bei der Uraufführung im Münchner Residenz-Theater mit dem ohrenbetäubenden Geknatter von Maschinengewehren und dem minutenlangen Schrei eines verletzten Menschen. Aber je länger der Schrei dauert, um so mehr löst sich die anfängliche Betroffenheit auf in das Gefühl, hier übe jemand einen akustischen Anschlag auf das vegetative Nervensystem aus. Der Schmerz verpufft in leere Theatralik. Aha, denkt man, während die Hände schon zu den Ohren greifen, hier will uns einer das Gruseln lehren.

Das verblüffendste an diesem zweieinhalbstündigen Theaterabend ist die Beobachtung, wie wenig der Regisseur Kroetz, der seine eigene Uraufführung besorgte, dem Autor Kroetz über den Weg traut; und wie wenig der Propagandist Kroetz sich auf die Wirkung seines dramatischen Gestaltungstalents verläßt. „Der Nusser" (das bedeutet „Versager") geht *zurück auf Ernst Tollers* expressionistisches Antikriegsdrama „Hinkemann". Je mehr Kroetz den Toller bearbeitete, um so mehr Zweifel und Unsicherheit hinsichtlich der Gestaltungsmittel haben ihn offenbar befallen.

So ist *aus dem „Hinkemann" ein* Stück geworden, das wild hin- und herschlingert zwischen Naturalismus, Expressionismus und neubayerischer Schreckens-Mystik. Kroetz – das könnte man schon bei seinem letzten Stück „Bauernsterben" beobachten – ist in einen Zwiespalt geraten: Die Rolle des sozialen Anklägers wird hart bedrängt von der des erlösungshungrigen Weltuntergangspropheten.

So auch in „Der Nusser": Der Eugen Hinkemann (Josef Bierbichler), der da aus dem Ersten Weltkrieg mit zerschossenem Geschlecht nach Hause kommt und nun an seiner fehlenden Männlichkeit scheitert, wird von Kroetz mehrfach symbolisch überhöht. Im ersten Teil des Stückes bleibt Kroetz ziemlich dicht bei seiner Figur. An den vier Figuren Eugen, seiner Frau Grete (Monika Baumgartner), den Freunden Liese (Gundi Ellert) und Paul (Peter Brombacher) exemplifiziert er, wie eine Behinderung einen Menschen innerlich zu zerstören vermag, zumal es sich hier um das Sexuelle als Statusfrage handelt. Mißtrauen, Männlichkeitswahn, Hilflosigkeit in Mitleid und soziale Isolierung führen zu einer Selbstzerstörung, deren Folgen eigentlich unausweichlich erscheinen.

Das hat Kroetz mit naturalistischer Akribie beschrieben, manchmal beängstigend dicht gestaltet. Josef Bierbichler ist zwischen drei gesunden Menschen am Badestrand ein fleischernes Wrack, *eine Art Modellkarosserie* mit nichts unter der Motorhaube. Es ist beeindruckend, wie dieser Bierbichler langsam leer zu werden vermag, wie die Brüchigkeit Platz greift, wie selbst das Fleisch sichtlich zu verfallen scheint, wenn der *gestaltende Wille es nicht mehr* beseelt.

Aber Kroetz läßt dem noch einen zweiten Akt folgen. Und hier nun bricht es aus dem Autor heraus. Arbeitslose Rummelplatzbewerber müssen sich vor einem SA-Typen (Kurt Raab) in *vorweggenommener* KZ-Manier nackt ausziehen. Krüppel müssen an die Rampe treten und massenweise Gebrechen zelebrieren. Ein Zwerg (Peter Luppa) beschwört *die Solidarität der Behinderten. An* der Reling eines riesigen Schiffes (was soll das nun wieder bedeuten?) beißt Bierbichler Ratten und Mäusen die Kehlen durch, daß das Blut nur so aufspritzt und ihm vom Kinn tropft. Vor dem Kruzifix wird um Erlösung *gebarmt. Neben dem Altar,* vor dem die Freunde gerade heiraten, hängt sich Ehefrau Grete auf. Und am Schluß muß Adolf Hitler fragen: „Wollt Ihr den totalen Krieg?".

Selbst das *Bühnenbild von* Götz Loepelmann stellt sich als reines Plakat dar; wo Innenräume gefragt sind, werden düstere Fabrikanlagen auf riesige Prospekte gemalt oder Mietskasernen in schlichter Einfalt gezeichnet. Der Menschenraum wird zum Prospekt. Und Wagner-Klänge kontrastieren mit alten Edelschnulzen: „Ich bin von Kopf bis Fuß auf Liebe eingestellt!" Josef Riedels musikalische Untermalung hat in ebenso nervtötenden wie einfallslosen Klischees den einzigen Zweck: dem Zuschauer klarzumachen, daß alles ziemlich beschissen ist.

Man kann immer wieder nur darüber staunen, wie hilflos-verzweifelt Kroetz mit seinen bayerisch-katholischen Obsessionen ringt und unter lauter Blut-und-Boden-Mystik den sozialen Aufklärer in sich sucht. Das Zwanghafte teilt Kroetz mit Achternbusch: eines bewältigenden Gedankens sind beide nicht fähig.

LOTHAR SCHMIDT-MÜHLISCH

JOURNAL

China huldigt William Shakespeare

dpa/UPI, **Peking**

Die Volksrepublik China huldigt Shakespeare mit einem bislang einmaligen Festival: 22 chinesische Theater- und Opernensembles werden im April elf Shakespeare-Werke in Peking und 13 in Schanghai aufführen – und zwar in Techniken und in Kostümen der traditionellen chinesischen Oper. Viele Werke kommen erstmals in der Volksrepublik auf die Bühne, so „Richard III." und „Die lustigen Weiber von Windsor". Außerdem sind Seminare mit Shakespeare-Experten aus China, Großbritannien, der „DDR", Kanada, Italien und den USA geplant.

Ruhrgas sponsert Munch-Ausstellung

lnw, **Essen**

Eine umfassende Ausstellung von Werken des norwegischen Malers Edvard Munch aus Sammlun*gen in Europa und den USA soll im* September des kommenden Jahres im Essener Folkwang-Museum gezeigt werden. Initiator und Träger ist die Ruhrgas AG, die damit das „Jubiläum" des dann zehnjährigen Bezugs von Erdgas aus Norwegen begehen will. Nach Essen soll die Ausstellung im Kunsthaus Zürich gezeigt werden, das damit sein 200jähriges Bestehen begehen will.

Aufnahmeordnung verfassungswidrig

lnw, **Düsseldorf**

Die Aufnahmeordnung der Staatlichen Kunstakademie Düsseldorf ist nach Auffassung der 15. Kam*mer des* Düsseldorfer Verwaltungsgerichts aus formalen Gründen verfassungswidrig. Die 1975 vom Kultusminister durch Runderlaß festgelegten Grundsätze bedürften der gesetzlichen Regelung. Der Kläger, der mit dem Gang zum Gericht seine Aufnahme in die Akademie erstreiten wollte, hatte dennoch keinen Erfolg. Die Kammer billigte nämlich dem Gesetzgeber, dem Landtag von Nordrhein-Westfalen, eine Frist bis zum 23. November 1987 zu. Bis dahin muß die Aufnah*me durch ein Gesetz geregelt sein.*

Niederlassung in Hongkong

dpa, **Heidelberg**

Der wissenschaftliche Springer-Verlag *mit* Sitz in Berlin, Heidelberg, New York und Tokio hat eine Niederlassung in Hongkong eröffnet. Die neue Niederlassung soll als Basis für den Ausbau von Werbung und Verkauf in Südostasien und in der Volksrepublik China dienen.

Horowitz spielt die „Kreisleriana"

dpa, **Berlin**

Die „Kreisleriana" von Robert Schumann steht im Mittelpunkt der beiden Konzerte, die der 81jährige amerikanische Pianist Vladimir Horowitz in Berlin und Hamburg gibt. Ferner stehen Werke von Schubert, Liszt und Chopin auf dem Programm. Horowitz spielt am *11. Mai* in der Hamburger Musikhalle und an Pfingsten, 18. Mai, in der Berliner Philharmonie. Die Konzerte – Eintrittspreise zwischen 25 und 400 Mark – beginnen um 16.00 Uhr.

Fred Thieler 70

Eigentlich wollte er Mediziner werden. Aber wegen seiner jüdischen Mutter mußte er das Studium abbrechen und zeitweise untertauchen. Fred Thielers künstlerischer *Weg begann erst nach dem Kriege.* Vertieft durch die Begegnung mit Hartung, Poliakoff und Soulages in Paris, entstand, vom wechselnden Zeitgeist unbehelligt bis auf den *heutigen Tag, das* Werk *einer der* überragenden Künstlergestalten der informellen Malerei in Deutschland. Der geborene Königsberger lebt, lehrt und arbeitet seit 1959 in Berlin. Seine künstlerische Liberalität machte es möglich, daß er Konstruktiven *gleichermaßen* zur „Vaterfigur" wurde wie Berliner Realisten und Vorreitern der Neuen Heftigkeit. Überdies war Thieler ein respektierter „Vize" in den Vorständen des Deutschen Künstlerbundes, der Berliner Akademie der Künste und der Internationalen Gesellschaft für Bildende Künste. Die große Retrospektive seiner Arbeiten (siehe WELT v. 13. Feb.) geht heute, an seinem Siebzigsten, in Berlin zu Ende und wird ab 13. April in Saarbrücken gezeigt. PHG

Pantelis Prevelakis †

dpa, **Athen**

Der griechische Schriftsteller Pantelis Prevelakis ist in Athen im Alter von 77 Jahren gestorben. Von seinen zahlreichen Romanen sind seit 1962 vier in deutscher Übersetzung bei Herder und Suhrkamp erschienen: „Die Sonne des Todes", „Das Haupt der Medusa", „Der Engel im Brunnen" und „Chronik einer Stadt". Prevelakis hat neben Romanen Gedichte, Dramen sowie kunst- und literaturkritische Werke geschrieben, antike Tragödien und Werke französischer Autoren ins Neugriechische übersetzt.

Arktischen Temperaturen getrotzt

Bundesbahn testete Intercity-Experimental erfolgreich in der Klimakammer

PETER ZERBE, Wien

Mit 250 Kilometer in der Stunde rauscht der Intercity-Experimental (ICE) der Deutschen Bundesbahn über die Gleise. Bei einer Temperatur von 30 Grad unter Null wirbeln Schneemassen auf und setzen sich am Fahrgestell fest. An der Außenhaut bildet sich ein Panzer aus Schnee und Eis, nur die beiden Scheibenwischer an den beheizten Scheiben geben dem Lokomotivführer den Blick auf Strecke und Signale frei. *Die drei Stirnlampen sind durch den* weißen Überzug keine Hilfe mehr, und trotzdem – die Stimmung im Cockpit ist gut. In Hemdsärmeln sitzen die beiden Lokführer in ihren „Rennfahrersitzen" und haben den „Star der Schiene" *unter Kontrolle.*

Extreme Bedingungen

Drei Wochen lang wiederholte sich dieses Szenarium fast täglich. War ein Arbeitstag beendet, erreichten die Temperaturen am nächsten Tag plus 30 Grad. Dieser Check war der Höhepunkt im Testprogramm der Bundesbahn. In der Klimakammer der österreichischen Bundesforschungs- und Versuchsanstalt in Wien-Arsenal wurden jetzt zwei Testreihen für Bremsen und Klimaanlage des ICE abgeschlossen.

Die europäischen Eisenbahnen, vertreten durch ihr Forschungs- und Versuchsamt ORE, unterhalten zusammen mit dem Bundesministerium für Bauten und Technik in Wien diese Anlage, die größte ihrer Art in Europa. Extreme Bedingungen – Schneestürme bei minus 50 Grad oder Sahara-Klima mit 50 Grad über Null – lassen sich hier zu jeder Jahreszeit erzeugen. In der Fahrversuchskammer sind darüber hinaus Windgeschwindigkeiten bis zu 250 Kilometer in der Stunde möglich. Bei kleineren Querschnittsflächen können sogar auch 400 Kilometer pro Stunde simuliert werden.

Mit sechs „Schneekanonen" lassen sich verschiedene Schneearten herstellen. So kann geprüft werden ob feinster Pulverschnee durch Türritzen dringt oder ob Eisschnee die Bremsen beeinträchtigt. Wie die meisten großen Bahnverwaltungen prüft die Deutsche Bundesbahn Baumuster von Triebfahrzeugen, Reisezugwagen und Güterwagen für bestimmte Anforderungen (zum Beispiel Kühlwagen) in Wien, bevor sie für die Serienfertigung freigegeben werden. So konnten mit dem Test des ICE einige „Kinderkrankheiten" aufgedeckt werden.

„Der Zug ist sicher und entspricht voll unseren Erwartungen", erklärte Ulrich Westerkamp, Leiter der Versuchsanstalt des Bundesbahnzentralamtes in *Minden.* „*Bei allen* Testreihen haben die drei unabhängig von einander arbeitenden Bremssysteme einwandfrei reagiert, wenn der Zug auf dem Fahrversuchsstand von 250 Kilometer in der Stunde zum Stehen *gebracht wurde."*

Bei der Motorbremse war nach Ansicht der Eisenbahner von vornherein nichts zu befürchten. Das bestätigte sich auch bei der Wirbelstrombremse, wenn zwischen einem Magneten an der Maschine und den Schienen ein Magnetfeld aufgebaut wird, das den Zug bremst. „Bei der herkömmlichen Luftdruckbremse", so betonte Westerkamp ferner, „platzte der Eispanzer an den Bremsbelägen, wenn wir sie betätigten. Hier ist vielmehr von Bedeutung ob die Oberfläche der *Schiene trocken oder feucht ist."*

Problem Luftumwälzung

Gearbeitet werden muß noch an der Klimaanlage des Versuchszuges. In einem der *Mittelwagen wurden* umfangreiche Messungen unternommen. Die Luftumwälzung fiel nicht *zur Zufriedenheit der Mindener* Tester aus. „Hier müssen wir uns noch etwas einfallen lassen, denn bei Tempo 250 kann man *nicht* mal eben ein Fenster öffnen", so Westerkamp.

Nach den erfolgreichen Tests beginnen Anfang April zwischen Neubeckum und Gütersloh wieder Geschwindigkeitstests, um Bremsen und Schwingungen weiter zu untersuchen. Dabei hofft man, die bisherige Rekordgeschwindigkeit von 324 Kilometer in der Stunde noch übertreffen zu können.

Die vorgesehene Spitzengeschwindigkeit von 350 Kilometern in der Stunde und vielleicht noch etwas mehr soll dann gegen Ende des Sommers auf einem 30 Kilometer langen Teilstück der Neubaustrecke Würzburg–Hannover im Raum Gemünden gefahren werden.

Überlebt unter tonnenschweren Trümmern

DW. Singapur

Bei der Suche nach Überlebenden des Hoteleinsturzes in Singapur haben die Rettungsmannschaften gestern neue Hoffnungen geschöpft. *Mit Hilfe hochempfindlicher Mikro*fone wurden in einem Tresorraum die Stimmen mehrerer Menschen geortet. *Die Bergungsarbeiten kamen* jedoch nur schleppend voran, da mit einem weiteren Zusammensacken der tonnenschweren Trümmer (rechts) gerechnet werden mußte. Bis gestern wurden neun Menschen lebend und sechs tot geborgen, mehr als 50 Opfer werden noch unter dem Schuttberg vermutet, darunter 26 Hotelangestellte und 16 Mitarbeiter einer Bankfiliale.

Rund 500 Helfer sind im Einsatz. Gestern morgen gelang ihnen ein Einstieg in die Trümmer, nachdem ein großes Stück des Hoteldaches mit Winden hochgehoben worden war. Der stellvertretende Ministerpräsident Goh Chok Tong sagte, es sei ein Loch durch die Trümmer gebohrt worden, durch das Luft zu möglichen weiteren Überlebenden gepumpt werden könne. Das sechsstöckige Hotel „New World" in der Altstadt von Singapur war am Samstag eingestürzt. In dem Hotel hielten sich vor allem Touristen aus Malaysia und Indien auf. Über die Ursache des Einsturzes wurde auch gestern noch gerätselt. Eine Gasexplosion wird nicht ausgeschlossen.



FOTO: AP

War Hillary nicht der erste auf dem Mount Everest?

DW. London

Von einer Pocket-Kamera, die in der Nähe des Gipfels des Mount Everest unter Schnee verborgen liegen soll, verspricht sich eine Expedition den Aufschluß über die Tragödie zweier britischer Bergsteiger, die den höchsten *Berg der Erde* (8138 Meter) bereits 29 Jahre vor Sir Edmund Hillary und Sherpa Tensing bezwungen haben sollen und beim Abstieg ums Leben kamen. Der Organisator der Expedition, der amerikanische Computerfachmann Tom Holzel (45), glaubt, wie die „Sunday Times" gestern berichtete, die Kamera mit Hilfe von Metalldetektoren bergen und so nachweisen zu können, daß die Briten George Mallory und Andrew Irvine im Juni 1924 die ersten auf dem Everest waren. Holzel, der sich zwölf Jahre um die Genehmigung Chinas für den Aufstieg von Tibet aus bemühte, will den 62 Jahre alten, gefrorenen Film nachts in einer Höhe von 7000 Metern entwickeln. Würde das Material in einen anderen Temperaturbereich gebracht, drohte dessen Zerstörung.

Verein der Judenchristen

dpa, Hamburg

Judenchristen haben in der Bundesrepublik einen eigenen Verein gegründet: „ZeLeM – Verein zur Förderung des messianischen Glaubens in Israel". Der Verein „ZeLeM" soll nach seinen Satzungen unter anderem der Förderung der Beziehungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und Israel dienen.

Selbst verbrannt

dpa, München

Ein junger Mann hat sich am Samstagnachmittag in einem Park nahe dem Münchner Messegelände selbst verbrannt. Der etwa 20jährige übergoß sich mit Benzin, das er sich in zwei Kanistern an einer Tankstelle besorgt hatte, und zündete sich an.

Falsche Blutproben?

dpa, Hamburg

Der FDP-Bundestagsabgeordnete Josef Grünbeck hat den Verdacht geäußert, daß Hunderttausende von Autofahrern zu Unrecht ihren Führerschein wegen Trunkenheit am Steuer verloren haben, weil die Blutproben falsch gewesen sind. In der heutigen Ausgabe der Zeitung „Auto Bild" äußert Grünbeck die Vermutung, daß die Computer zur Analyse des Blutalkohols wahrscheinlich in allen Bundesländern falsch programmiert seien und durch Stromschwankungen zudem ungenau arbeiteten.

Vernehmung ausgesetzt

DW. Wuppertal

Die Vernehmung der 27jährigen Wuppertaler Krankenschwester Michaela Röder, die nach eigenen Angaben mindestens sechs alte Krankenhauspatienten durch Injektionen getötet hat, ist über das Wochenende unterbrochen worden. Wie Staatsanwalt Karl Hermann Majorowsky mitteilte, hatten die vernehmenden Kriminalbeamten „keine ruhige Minute". Der Staatsanwalt selbst mußte 241 telefonische Anfragen zu der außergewöhnlichen Todesserie beantworten. „Unter diesen Umständen wäre eine Vernehmung der Frau sinnlos *gewesen." In dieser Woche* werden Staatsanwaltschaft und Kriminalpolizei die Exhumierung und *Obduktion* verstorbener Patienten der Klinik vornehmen. Besonders schwer wird der Nachweis der beiden *von der* Krankenschwester verwendeten Medikamente. Nach ihrem Geständnis hatte Michaela Röder den schwerkranken alten Leuten Ampullen mit den beiden Kreislauf-Wirkstoffen Clonidin und Kaliumchlorid *gespritzt* – eine tödliche Mischung.

WETTER: Hochdruckeinfluß

Lage: Ein ausgedehntes Hochdruckgebiet *mit Kern über Rußland* bestimmt weiterhin das Wetter in der Bundesrepublik.

Vorhersage für Montag: Im Norden vielfach starke, im Westen und Süden nach Nebel und Hochnebel auflockernde Bewölkung und niederschlagsfrei. Höchste Temperaturen im Norden 5 bis 8, sonst 9 bis 13 Grad. Tiefstwerte in der kommen*den Nacht nahe null Grad.* Schwacher bis mäßiger Wind aus Ost bis Südost.

Weitere Aussichten: Keine durchgreifende Änderung.

Sonnenaufgang am Dienstag: 6.30 Uhr*, Untergang: 18.31 Uhr; **Mondaufgang:** 9.30 Uhr, Untergang: 2.35 Uhr (* in MEZ, zentraler Ort Kassel).

Vorhersagekarte für den 17. März, 7 Uhr

H Hochdruckzentrum; T Tiefdruckzentrum; wolkenlos; heiter; halb bedeckt; wolkig; bedeckt; Windstille; Nordwind 10 km/h; Ostwind 20 km/h; Südwind 30 km/h; Westwind 40 km/h; Nebel; Nieseln; Regen; Schnee; Schauer; Gewitter; Niederschlagsgebiet; Temperaturen in °C; Warmfront; Okklusion; Kaltfront am Boden; Kaltfront in der Höhe; Luftströmung warm; Luftströmung kalt; Isobaren

Temperaturen in Grad Celsius und Wetter vom Sonntag, 12 Uhr (MEZ):

Deutschland:

Ort	°C	Wetter
Berlin	4	bd
Bielefeld	7	bd
Braunlage	2	bd
Bremen	5	bd
Dortmund	10	bw
Dresden	10	he
Düsseldorf	11	bw
Erfurt	7	bw
Essen	8	bd
Feldberg/S.	2	he
Flensburg	3	bd
Frankfurt/M.	10	he
Freiburg	11	he
Garmisch	7	he
Greifswald	2	bd
Hamburg	5	bd
Hannover	7	bw
Kahler Asten	2	bd
Kassel	8	bd
Kempten	7	he
Kiel	3	bd
Koblenz	11	bw
Köln-Bonn	10	he
Konstanz	5	wl
Leipzig	6	bd
List/Sylt	3	bd
Lübeck	5	bd
Mannheim	11	wl
München	7	wl
Münster	8	bw
Norderney	6	wl
Nürnberg	11	wl
Oberstdorf	10	he
Passau	10	he
Saarbrücken	9	wl
Stuttgart	10	wl
Trier	12	he
Zugspitze	-7	he

Ausland:

Ort	°C	Wetter
Algier	16	he
Amsterdam	11	he
Athen	11	he
Barcelona	14	he
Belgrad	5	wl
Bordeaux	17	he
Bozen	11	he
Brüssel	9	he
Budapest	2	wl
Bukarest	2	bd
Casablanca	15	bw
Dublin	11	he
Dubrovnik	14	wl
Edinburgh	8	he
Faro	18	he
Florenz	16	he
Genf	9	he
Helsinki	-3	bd
Hongkong	24	R
Innsbruck	12	he
Istanbul	7	bw
Kairo	22	wl
Klagenfurt	5	he
Konstanza	1	S
Kopenhagen	0	Sp
Korfu	15	he
Las Palmas	20	he
Leningrad	2	wl
Lissabon	14	he
Locarno	11	he
London	11	he
Los Angeles	9	Rs
Luxemburg	8	he
Madrid	13	he
Mailand	13	he
Malaga	16	bw
Mallorca	16	he
Moskau	4	wl
Neapel	18	he
New York	8	bd
Nizza	15	he
Oslo	-2	S
Ostende	10	he
Palermo	15	he
Paris	13	wl
Peking	9	wl
Prag	9	he
Rhodos	19	he
Rom	13	he
Salzburg	6	he
Singapur	30	bw
Split	15	wl
Stockholm	-1	bd
Straßburg	11	wl
Tel Aviv	20	he
Tokio	16	bw
Tunis	17	he
Valencia	16	wl
Varna	3	he
Venedig	12	he
Warschau	5	wl
Wien	6	bw
Zürich	3	he

bd = bedeckt; bw = bewölkt; Gr = Graupel; Gw = Gewitter; he = heiter; IW = in Wolken; Ne = Nebel; R = Regen; Rs = Regenschauer; S = Schneefall o. Schneeschauer; Sp = Sprühregen; Sr = Schneeregen; wl = wolkenlos

Weibliche Matrosen erhitzen Hollands Gemüter

Ehefrauen von Marinesoldaten fühlen sich betrogen / Stabsarzt spricht von „sexuellen Ausschweifungen"

HELMUT HETZEL, Den Haag

Immer mehr niederländische Frauen, deren Männer an Bord eines Schiffes der königlichen Marine Dienst tun, sorgen sich um ihre Ehe und die Treue ihres Gatten. Der *Grund: Auf zahlreichen Schiffen* absolvieren seit kurzem junge und häufig äußerst attraktive weibliche Matrosen *im Alter zwischen 18 und 35* Jahren ihren Dienst neben wehrpflichtigen Männern und Berufssoldaten. „*Dies geschieht gemeinsam* und kooperativ und verläuft reibungslos", ließ das Haager Verteidungsministerium *bisher* immer verlauten.

„Rundweg erlogen, Halbwahrheiten, Beschönigungen", meint dagegen der ehemalige Stabsarzt M.C. Bongarts. Auf den Schiffen komme es, seit Frauen an Bord sind, „regelmäßig zu sexuellen Ausschweifungen". Es herrsche eine Atmosphäre, die man „in jeder Hinsicht als gespannt bezeichnen könne". Die ersten Beziehungen zwischen männlichen und weiblichen Besatzungsmitgliedern würden bereits angeknüpft, noch bevor der Heimathafen außer Sicht ist. Darunter, so Bongarts, leide nicht nur die Einsatzbereitschaft der Marine, sondern in erster Linie die an Land zurückgebliebenen Ehefrauen der Matrosen – und langfristig auch deren Ehen. Bongarts muß es wissen, tat er doch selbst auf einem Schiff mit „gemischter Besatzung" Dienst.

Der Stabsarzt warf mit diesen Äußerungen einen mächtigen Stein ins Wasser, ein Stein, der für die sturmerprobte holländische Marine inzwischen zu einer gefährlichen Klippe zu werden droht. Aufgebracht und teilweise empört rückten zahlreiche Ehefrauen von Marinesoldaten in die oberste Befehlszentrale des Haager Verteidigungsministeriums ein. Sie demonstrierten dort gegen einen, wie sie meinen, „unhaltbaren Zustand", den sie insgeheim schon immer für möglich gehalten hatten und der durch die Enthüllungen des Stabsarztes nun auch noch wahr zu sein scheint.

Sie *forderten* vom Verteidigungsminister: „Frauen von Bord – retten Sie unsere Ehen." Eine der Demon*strantinnen wurde sogar noch deutli*cher: „Das ist ja, als würde man den Mäusen Speck auf den Bauch binden." *In Holland fragt man daher: Ist* die Moral der Marine in Gefahr?

Die aufsehenerregende Protestaktion der Ehefrauen schlug hohe Wellen in der Öffentlichkeit und brachte die Marineführung in die Defensive. Angeheizt wurde die ganze Auseinandersetzung um die „Amazonen zur See" noch durch Vertreterinnen aus der Frauenbewegung. Sie halten die Tatsache, daß Frauen nun endlich auch in der Marine Dienst tun dürfen, für einen Akt der Emanzipation. „Den Mut, den unsere ersten weiblichen Matrosen auf See beweisen, gehört nicht kritisiert, sondern gelobt. Sie verdienen dafür allesamt Blu*men", so Mariette Christoph* von der „Stiftung Frau und Uniform".

Unterdessen *nimmt* die Diskussion immer amüsantere Formen an. Eine Studie soll belegen, daß die Schei*dungsquote im holländischen Mari*nestützpunkt Den Helder um 20 Prozent über dem Durchschnitt liege. Doch wer kommt eigentlich zu wem? Die Maus zum Speck oder der Speck zur Maus – diese Frage hat man offensichtlich noch nicht ausgiebig genug durchdacht.

Wehmütiger Abschied von einem Kapitel Rockmusik

HANNE-L. HEILMANN, Essen

In ein Meer von Wunderkerzen verwandelte sich in der Nacht von Samstag auf Sonntag die Grugahalle in Essen. 8000 Zuschauer nahmen im ausverkauften Haus Abschied von der Institution „Rockpalast-Festival".

Die Musik lieferten Big Country (Großbritannien), Jackson Browne (USA) und die Kölner Gruppe BAP. Noch kurz vor vier zwang das begeisterte Publikum die Veranstalter zum Abbruch eines Interviews mit der Kölner Rockband und rief diese zur dritten Zugabe auf die Bühne. Es wurde eine der längsten Rockpalast-Nächte – ausgestrahlt nach Frankreich, Luxemburg, Österreich, Finnland, die Schweiz, Italien, Ungarn und sogar in die Sowjetunion.

Peter Rüchel, Leiter des WDR-Jugendfernsehens, und Regisseur Christian Wagner hatten die Idee zu dieser einzigartigen Veranstaltung, die 1977 in der *Essener* Grugahalle startete. Nicht nur ein über Europa gespanntes Ausstrahlungsnetz und die langen *nächtlichen Sendezeiten* mit gleichzeitiger Hörfunkübertragung machten den Reiz des Rockpalast-Festivals aus. Vor allem die persönliche Note war es, die den jungen Zuschauern gefiel. Denn dieses Mammutunternehmen, bei dessen Realisierung über zweihundert Personen mithalfen, gelang die 17 Male nur durch die Zusammenarbeit aller Beteiligten, die das Rockpalast-Festival zu ihrem persönlichen Anliegen machten.



Kurze Verschnaufpause nach der zweiten Zugabe: Die „Rockpalast"-Moderatoren Evelyn Seibert und Ken Janz interviewen den verschwitzten Wolfgang Niedecken (links) von der Kölner Rock-Gruppe BAP.

FOTO: HEILMANN

Und so zeigten in der Nacht zum Sonntag besonders die Szenen hinter der Bühne, was dem *Rockpalast*-Team diese Sendung bedeutete: Peter Rüchel, Christian Wagner, den Moderatoren Evelyn Seibert und Ken Janz, aber auch dem ehemaligen Moderator Albrecht Metzger stand – trotz der Hoffnung, weiterhin eine Möglichkeit für Live-Musik zu finden – gerade während der letzten Minuten die Betroffenheit über das „Aus" allzu deutlich im Gesicht.

Moderatorin Evelyn Seibert bemühte sich, nicht weiter über das Ende des Rockpalast-Festivals nachzudenken, „sonst schaffe ich das letzte Interview nicht." Und Moderator Ken Janz sprach aus, was viele dachten: „*Es ist* kein Nachtrauern, es ist keine Wehmütigkeit, was man jetzt empfindet. Es geht vielmehr ein Stück Musikgeschichte in Europa zu Ende." Doch selbst das große Engagement konnte dies nicht verhindern.

Immer seltener wurde in der letzten *Zeit* der Publikumsgeschmack in dem Maße wie früher getroffen, die Schwierigkeit, gute Live-Bands zu finden, wuchs. „Oft untersagten die Plattenfirmen oder Promoter bekannter Gruppen, bei uns zu spielen. Sie hatten Angst, daß sonst deren normale Konzerte nicht mehr genügend besucht würden", erklärt Ken Janz die Situation.

Für Rocksängerin Ina Deter aller*dings ist das Ende* der Rock-Nacht ein Politikum, wie sie während des abschließenden Interviews kundtat. *Ihre ganze Hoffnung seien „Die Grünen"*, erklärte sie kurz vor Sonnenaufgang vor laufenden Kameras. *Doch das letzte* Wort *zum* Thema Rockpalast-Festival hatte Peter Rüchel. Nach der Sendung sagte er der *WELT*: „Ich finde es gut, daß sich unter den verschiedensten Aspekten Leute mit dem Rockpalast beschäftigen und vielleicht aus dem Ensemble der Meinungen etwas Positives entsteht, etwas, das wahrnimmt, daß *Rockmusik* ein wichtiger Bestandteil unserer Kultur ist und deshalb Teil des Fernsehprogramms sein muß."

ZU GUTER LETZT

„Beamte am meisten betroffen". Aus einer Umfrage der Tübinger Wickert-Institute zum aktuellen Thema Frühjahrsmüdigkeit.